

Christian Cwik
Hans-Joachim König
Stefan Rinke (Hrsg.)

Diktaturen in Lateinamerika im Zeitalter des Kalten Krieges



Christian Cwik / Hans-Joachim König / Stefan Rinke (Hrsg.)

Diktaturen in Lateinamerika im Zeitalter des Kalten Krieges

HISTORAMERICANA

Herausgegeben von
Debora Gerstenberger, Michael Goebel,
Hans-Joachim König und Stefan Rinke
Band 47

Wissenschaftlicher Beirat

Pilar González Bernaldo de Quiros (Université de Paris)
Sandra Kuntz Ficker (El Colegio de México)
Federico Navarrete Linares (Universidad Nacional Autónoma de México)
Thiago Nicodemo (Universidade Estadual de Campinas)
Scarlett O'Phelan (Pontificia Universidad Católica del Perú)
Ricardo Pérez Montfort (Centro de Investigaciones y Estudios Superiores
en Antropología Social, México)
Eduardo Posada-Carbó (University of Oxford)
Hilda Sabato (Universidad de Buenos Aires)
Rafael Sagredo Baeza (Universidad Católica de Chile)
Lilia Moritz Schwarcz (Universidade de São Paulo)

Christian Cwik / Hans-Joachim König / Stefan Rinke (Hrsg.)

Diktaturen in Lateinamerika im Zeitalter des Kalten Krieges

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar

wbg Academic ist ein Imprint der wbg

© 2022 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt

Die Erstausgabe erschien 2020 im Verlag Hans-Dieter Heinz, Akademischer Verlag Stuttgart.

Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.

Umschlag und Titelei: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH

Umschlagsabbildung: Mitglieder der Militärjunta die am 11. September 1973 Salvador Allende stürzte.

Von links nach rechts: César Mendoza, Generaldirektor der Carabineros; José Toribio Merino,
Oberbefehlshaber der Marine; Augusto Pinochet, Oberbefehlshaber des Heeres und Gustavo Leigh

Guzmán, Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte. Biblioteca Nacional de Chile

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-27444-4

Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-534-27445-1

Dieses Werk ist mit Ausnahme der Einbandabbildung als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-Lizenz CC BY International 4.0 («Attribution 4.0 International») veröffentlicht. Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	7
CHRISTIAN CWIK, HANS-JOACHIM KÖNIG, STEFAN RINKE	
VON DEN GENERALKAPITANATEN ZUR DIKTATUR DER GENERÄLE. EIN HISTORISCHER RÜCKBLICK	23
CHRISTIAN CWIK (UNIVERSITÄT GRAZ)	
DIE ZWEITE REPUBLIK 1933–1958: KUBA UNTER BATISTA. GESCHEITERTE MASSENREVOLUTION UND MILITÄRISCHE STABILISIERUNG (1933–1940)	47
MICHAEL ZEUSKE (UNIVERSIDAD LA HABANA)	
KARIBIK, KALTER KRIEG UND ENTWICKLUNGSDIKTATUREN. NOTIZEN ÜBER DIE VENEZOLANISCHEN MILITÄRDIKTATUREN (1948-1958)	83
TOMÁS STRAKA (UNIVERSIDAD ANDRÉS BELLO)	
ENTWICKLUNG DURCH MILITÄRDIKTATUR? DIE PERUANISCHE MILITÄRHERRSCHAFT 1968-1980	119
HANS-JOACHIM KÖNIG (KATHOLISCHE UNIVERSITÄT EICHSTÄTT)	
OMAR TORRIJOS. PANAMAS MILITÄRDIKTATOR UND VOLKSTRIBUN	167
HOLGER MEDING (UNIVERSITÄT ZU KÖLN)	
DER 11. SEPTEMBER 1973 UND DIE ERSTEN HUNDERT TAGE DER CHILENISCHEN JUNTA	199
STEFAN RINKE UND MANUEL BASTIAS (FREIE UNIVERSITÄT BERLIN)	
STAATSTERRORISMUS IN ARGENTINIEN IN POSTPERONISTISCHER ZEIT. EINE ANALYSE DER POLITISCHEN REPRESSION DER LETZTEN DIKTATUREN	223
CAROLINA CRISORIO (UNIVERSIDAD DE BUENOS AIRES)	
AUTORENVERZEICHNIS	265

CHRISTIAN CWIK, HANS-JOACHIM KÖNIG UND STEFAN RINKE

DIKTATUREN IN LATEINAMERIKA UND IN DER KARIBIK IM ZEITALTER DES KALTEN KRIEGES

EINFÜHRUNG UND ZUSAMMENFASSUNG

Nach wie vor macht es Sinn, sich mit dem Thema Diktatur und autoritärer Herrschaft in Lateinamerika zu beschäftigen. Seit den Staatsgründungen nach den Unabhängigkeitskriegen der ehemaligen spanischen, portugiesischen und französischen Kolonien zu Beginn des 19. Jahrhunderts haben langjährige Alleinherrscher, zivile und militärische Caudillos oft auf regionaler Ebene, und Diktaturen, meist durch Putsch an die Macht gekommene Militärdiktatoren, die politischen Prozesse in Lateinamerika geprägt. Dies resultierte vorwiegend aus einer Legitimationskrise, aus der Unmöglichkeit, in der postkolonialen Epoche einen Konsens über allgemein verbindliche Spielregeln zu finden. Vorstellungen, dass nur der starke Mann und seine Autorität oder eine starke Gruppe, wie sie seit der Professionalisierung nationaler Armeen im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Militär darstellte, besser als repräsentative Demokratien dem jeweiligen Land dauerhaften Frieden und die notwendige Ordnung sichern könnten, bestimmten deshalb die politischen Überzeugungen.¹ Die Etablierung oft jahrzehntelanger Diktaturen und autoritärer Herrschaft war in vielen Ländern Lateinamerikas eine Tatsache. Bis in die jüngste Gegenwart sind solche

¹ Zur Beschreibung und Analyse des politischen Prozesses in Lateinamerika sowie der Entstehung und Begründung von Diktaturen siehe die Beiträge bei Klaus Lindenberg (Hrsg.): Politik in Lateinamerika. Hannover 1971. Die Texte mit ihren Anmerkungen gleichen zudem einer umfangreichen Bibliographie der bis zu diesem Zeitpunkt erschienenen Fachliteratur. Eine Beschreibung unterschiedlicher Typen von Caudillos und Diktatoren liefert Ernesto Garzón Valdés: Caudillos und Diktaturen in Lateinamerika. Ein Klassifizierungsvorschlag. In: Iberoamericana, 4. Jahrg. N. 3 (11) 1980, S. 3-28. Bzgl. neuerer Ansätze siehe Scott Mainwaring/Aníbal Pérez-Liñán: Democracies and Dictatorships in Latin America: Emergence, Survival, and Fall. New York 2013.

Vorstellungen virulent, und nach der Rückkehr zu demokratischen Regimes, nachdem die Gewaltdiktaturen der 1960-1980er Jahre überwunden waren, sowie nach dem Scheitern von Linksregierungen sind autoritäre Regimes heute wieder auf dem Vormarsch, und die Rückkehr des Militärs wird wieder diskutiert.

Der vorliegende Band beschreibt bestimmte Erscheinungsformen von Diktatur im 20. Jahrhundert, fragt nach ihren internen und externen Bedingungen und Begründungen sowie nach ihrer Legitimation. Die Beiträge dieses Sammelbandes waren Bestandteil der Ringvorlesung „Militärdiktaturen und linksautoritäre Regierungen in Lateinamerika und in der Karibik im Zeitalter des Kalten Krieges (1945-1990)“, die im Wintersemester 2016/17 an der Universität Wien mit lateinamerikanischen und europäischen Historiker*innen stattfand.² Sie war von Christian Cwik und Berthold Unfried im Rahmen der Thematik „Weltregionen in globalgeschichtlicher Sicht“ am Forschungsschwerpunkt „Global History“ des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte geplant/konzipiert worden. Im Zentrum der Betrachtung stand nicht vordringlich der Ost-West-Konflikt an sich, standen nicht die beiden Supermächte USA und Sowjetunion und ihre Auseinandersetzungen seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs, 1945/47, bis zur Auflösung der Sowjetunion, 1991, nicht die anti-kommunistische Interventionspolitik der USA in Lateinamerika, nicht die politischen und ökonomischen Versuche der Sowjetunion, im sogenannten „Hinterhof“ der USA Einfluss zu gewinnen. Seit der Erklärung der Monroe-Doktrin von 1823 betrachteten die USA die Westliche Hemisphäre als ihren Einflussbereich, der nach dem 2. Weltkrieg zunächst mit dem Rio-Pakt von 1947 und mit der Errichtung der von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) von 1948 zur gemeinsamen Abwehr gegen den internationalen

² Sie sind ergänzt durch den Beitrag des Venezolaners Tomás Straka und den Chilenen Manuel Bastias Saavedra als Coautor des Beitrags zu Chile.

Kommunismus eine neuerliche Stabilisierung erfuhr.³ Für die Sowjetunion bedeutete die Etablierung eines kommunistischen und von ihr unterstützten Regimes in Kuba keine dauerhafte Präsenz.⁴ In der Ringvorlesung standen vor allem lateinamerikanische Akteure im Zentrum.

So bezeichnet „Zeitalter des Kalten Kriegs“ nicht bloß eine bestimmte Zeitspanne innerhalb der Geschichte Lateinamerikas, vielmehr impliziert der Terminus „Kalter Krieg“ für die Beiträge dieses Bandes eine inhaltliche Dimension, nämlich die Fragen, welche Einwirkungen der internationale Rahmen des Krieges auf das Handeln und die Ausrichtung von politischen Regimes in Lateinamerika in dieser Zeit hatte; welcher Handlungsspielraum sich durch die Konkurrenz zwischen den USA, der kapitalistischen Welt, und der Sowjetunion, der sozialistischen Welt, ergab; welche Unterstützung bzw. welcher Druck von den Großmächten erfolgte. Dabei werden auch die internen Bedingungen, die wirtschaftlichen und demographischen Gegebenheiten, vor allem auch die Entwicklung der Militärs zu Berufsmilitärs mit qualifizierter Ausbildung und dementsprechendem politischen Gestaltungsanspruch berücksichtigt.

Tatsächlich nutzten Diktaturen in Lateinamerika in dieser Zeit die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion, die Konkurrenz zwischen den Systemen für ihre je eigene politische Agenda, um den ökonomischen und gesellschaftlichen Problemen ihrer Staaten zu begegnen, die Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit, nach Überwindung der immer noch bestehenden gesellschaftlichen Spaltung zu unterstützen oder abzublocken und fehlende Legitimation durch

³ Siehe dazu Claudia Detsch: Noch immer im Kalten Krieg? Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA fernab von strategischer Allianz und gleicher Augenhöhe. In: FES. Perspektive. April 2014; Stefan Rinke: Lateinamerika und die USA. Eine Geschichte zwischen Räumen von der Kolonialzeit bis heute. Darmstadt 2017.

⁴ Siehe Nicola Miller: Soviet Relations with Latin America, 1959-1987. Cambridge 1989; Tobias Rupprecht: Soviet Internationalism after Stalin. Interaction and Exchange between the USSR and Latin America during the Cold War. Cambridge 2015.

Repression zu ersetzen, größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Industrienationen sowie nationale Souveränität gegenüber der Hegemonialmacht USA zu erlangen oder sich z. B. mit der „Doktrin der nationalen Sicherheit“ weiter deren Einfluss unterzuordnen.

Von diesen unterschiedlich agierenden und unterschiedlich ausgerichteten Diktaturen handelt dieser Sammelband. Wir danken den Referenten, die ihre Vorlesungsmanuskripte für diesen Band zur Verfügung gestellt und für die schriftliche Fassung bearbeitet haben. Ihre je eigene Beschreibung und Analyse zeichnet ein differenziertes Bild von einigen rechtsautoritären und repressiven sowie von linksautoritären Diktaturen und von deren Antworten auf den globalpolitischen Kontext des „Kalten Krieges“.

In seinem Essay „Von den Generalkapitanaten zur Diktatur der Generäle“ gibt Christian Cwik einen Überblick über die vielfältigen Diktaturen, konkret die Militärdiktaturen in Lateinamerika und in der Karibik und erklärt deren hohe Dichte u.a. damit, dass es sich bei den entstandenen Staaten um ehemalige Kolonien unter Militärverwaltung (Generalkapitanien), wo Kriege gegen Indigene, gegen Outlaws (Piraten, Maroons, Banditen etc.), Kriege zwischen verschiedenen kolonialen Interessensgruppen sowie mit verfeindeten europäischen Mächten permanente militärische Bereitschaft und Disziplin erforderten. Auch die Loslösung von den europäischen Mutterländern im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts mündete in Spanisch-Amerika vielerorts in brutalen Unabhängigkeitskriegen (1810 bis 1825) mit Millionen von Opfern, Das Mutterland Spanien entließ die Kolonien nicht freiwillig in die Unabhängigkeit. Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Interessengruppen um Aufbau und Organisation der neuen Staaten, um Föderalismus oder Zentralismus, um Liberalismus oder Konservatismus setzten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in nahezu allen lateinamerikanischen Staaten als blutige Bürgerkriege fort. Daraus

ergab sich nicht nur eine Militarisierung der Politik, sondern auch der Gesellschaft.

Diese eher endogene Beschreibung politischer Gestaltung ergänzt Cwik durch einen Überblick über die ideologische Dimension politischen Handelns, indem er gleichsam als Hinführung zum Zeitraum des Kalten Krieges die Aktivitäten der USA und der Sowjetunion in Lateinamerika seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts inklusive kommunistischer oder sozialistischer Parteigründungen in Lateinamerika einerseits sowie Hinwendung zu europäischen faschistischen Ideologien andererseits darstellt.

Dabei hatten im Kampf um Einfluss in den Amerikas die seit 1783 unabhängigen USA gegenüber der erst 1922 entstandenen Sowjetunion nicht nur hinsichtlich ihrer geographischen Nähe einen scheinbar uneinholbaren Startvorteil. Um die Wende zum 20. Jahrhundert betrieben die USA eine aggressive Politik gegenüber Lateinamerika, wobei ökonomische Interessen, Akkumulation von Kapital durch US-amerikanische Unternehmen, Fruchtmultis, Ölfirmen, Minenunternehmen usw., im Vordergrund standen. Gegen den vom Finanzkapitalismus gesteuerten US-Imperialismus, der sich überall in Lateinamerika und der Karibik ausbreitete, hatten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts starke nationalistische und sozialistische Bewegungen entwickelt. Durch den Erfolg der bolschewistischen Revolution in Russland im Jahre 1917 erhielten letztere einen enormen Auftrieb. Einige linke Bewegungen suchten aktiv die Unterstützung Moskaus sowie in weiterer Folge der kommunistischen Internationale. Starken Einfluss auf die Radikalisierung linker Bewegungen in Kontinentalamerika und der Karibik übten vor allem europäische Einwanderer aus. Dass schon vor dem Ausbruch des Kalten Krieges Auseinandersetzungen zwischen Kapitalisten und Kommunisten existierten, dass Antikommunismus schon längst ein Begründungsinstrument sowohl für die Interventionspolitik der

USA als auch für die Errichtung rechter Diktaturen war, wird ebenso deutlich wie das Bestreben der USA und lateinamerikanischer Diktatoren, die Errichtung eines zweiten Kubas in Lateinamerika und der Karibik zu vermeiden.

Ein Beispiel für eine rechte Diktatur liefert Michael Zeuske in seinem Beitrag „Kuba unter Batista, 1933-1958“. Er beschreibt, wie und mit welchen Strategien es dem aus einfachsten Verhältnissen stammenden Sergeanten Fulgencio Batista y Zaldívar gelang, Einfluss auf die Politik Kubas zu nehmen, 1940 zunächst Präsident zu werden und sich dann 1952 zum Diktator aufzuschwingen. Zeuske tut dies, indem er die allgemeine Geschichte Kubas dieser Jahre darstellt und so das Umfeld beschreibt, in dem Batista agierte. Bei seinem Aufstieg halfen dabei verschiedene historische Entwicklungen.

Zunächst war es die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Regime des Diktators Eduardo Machado, der die alte Machtelite, die Großgrundbesitzer vertrat. Gegen ihn revoltierten seit Mitte 1930 Studenten, untere Armeerränge und Intellektuelle und erreichten den Sturz Machados. In dem danach entstehenden Machtvakuum kam es zu Aufständen besonders auf dem Land, verschiedene Regierungen wurden gebildet, und der zum Chef des Generalstabs aufgestiegene Batista übernahm die Rolle des starken Mannes im Hintergrund. Die Auflösung der alten Armee und Einrichtung eines neuen Heeres gaben ihm die Möglichkeit, diese Truppen gegen unliebsame Gruppen einzusetzen. Schon in dieser Zeit erkannte Batista die Vorzüge einer Art rassistischen Populismus (Förderung afrokubanischer Elemente) einerseits sowie die Notwendigkeit guter Beziehungen zu US-amerikanischem Kapital andererseits. Bei den Wahlen von 1939 setzte er nicht die Armee ein, obwohl er sich ihrer sicher war, hielt sich vielmehr an demokratische Regeln, versprach Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der ländlichen Zuckerarbeiter und bildete eine Parteienallianz, die „*Coalición Socialista Popular*“, an der auch die Kommunisten beteiligt waren. Die

Zusammenarbeit blieb auch in den Jahren seiner Präsidentschaft von 1940-1944. 1942 kam es sogar zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR.

Nach dem Ende seiner Präsidentschaft verließ Batista Kuba und kehrte erst 1948 mit dem Ziel zurück, erneut Einfluss auf die Politik Kubas zu nehmen. Wieder waren es politische und gesellschaftliche Umstände, die, wie Zeuske darlegt, Batista dazu verhalfen. Kubas Wirtschaft war zwar gewachsen, doch Auseinandersetzungen zwischen linken Parteien um den richtigen Weg zu Reformen, sozialer Veränderung und Verbesserungen für Landarbeiter machten die Regierung unbeliebt. Streiks und Demonstrationen waren die Folge. Nachdem Batista bei den Präsidentschaftswahlen von 1951 mit einer eigenen Partei nicht reüssierte, setzte er sich an die Spitze eines rechten Militärputsches gegen den aus dem Amt scheidenden Präsidenten Carlos Prío. Da Batista seine Machtübernahme nicht legitimieren konnte, setzte er auf repressive Maßnahmen. Im Unterschied zu früher bekämpfte Batista (1952-1958) nun jede Form des Sozialismus auf Kuba und erreichte so auch die Anerkennung durch die USA.

Mit seiner Diktatur ordnete sich Batista in die Riege der antikommunistischen lateinamerikanischen Diktatoren der frühen 1950er Jahre. Zu diesen gehörte auch Marcos Pérez Jiménez in Venezuela. Auf ihn geht Tomás Straka in seinem Beitrag „Karibik, Kalter Krieg und Entwicklungsdiktaturen. Notizen über die venezolanischen Militärdiktaturen, 1948-1958“, im Kontext der Geschichte Venezuelas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein. Schon der Titel des Beitrags deutet an, dass der Autor ein besonderes Augenmerk auf die besondere geographische Lage Venezuelas richtet. Sie war gerade für die USA in Zeiten des Kalten Krieges aus strategischen Gründen wichtig und bestimmte, bedingt auch durch wirtschaftliches Interesse nicht nur an den Ölfeldern, deren Politik sowohl gegenüber Militärregierungen als auch gegenüber demokratischen Regimes. Nach der Auffassung des Autors war in dieser Hinsicht Venezuela so etwas wie ein

Experimentierfeld für diese Politik. Diktaturen hatte es in Venezuela schon vor dem Militärputsch vom 24. November 1948 gegeben, im 19. wie auch im 20. Jahrhundert; unter ihnen ragt die langjährige Diktatur von Juan Vicente Gómez (1908-1935) heraus. Ebenso hatte es demokratische Regimes gegeben, u. a. ab 1945 die nach einem von Kommunisten, der Demokratischen Aktion und einigen Militärs durchgeführten Putsch gebildete Regierung von Rómulo Betancourt und die im Februar 1948 durch Wahlen zustande gekommene Regierung unter Präsident Rómulo Gallegos.

Die Furcht vor zu großem Einfluss von kommunistischen und sozialistischen Ideen, vor einer linken Wende bei Teilen der venezolanischen Bevölkerung, auch die angebliche Unerfahrenheit der Venezolaner mit Demokratien veranlasste das Militär unter der Führung einiger Offiziere, zu denen auch Marcos Pérez Jiménez gehörte, zum Putsch und zur Übernahme der Regierung. In gewissem Sinn gab es, wie Straka ausführt, auch eine genuin venezolanische ideologische Untermauerung für das Intervenieren von starken Männern in der Politik. Denn nach der Argumentation des venezolanischen Soziologen Laureano Vallenilla Lanz, die er 1919 in seinem Buch „Der demokratische Cäsarismus“ ausbreitete, konnte nur ein starker Cäsar, nicht aber die liberale Demokratie Ordnung und Fortschritt schaffen.

Da die USA Venezuela als wichtigsten Verbündeten in der Karibik betrachteten, da die Militärjunta sich anschickte, das Land zu modernisieren und es mithilfe der Ölressourcen und der Vergabe von Konzessionen zu entwickeln, für Wachstum und Kaufkraft zu sorgen, erlangte sie die Anerkennung und Unterstützung durch die USA. Tatsächlich erwiesen sich in der Folgezeit die venezolanischen Militärs als gute Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus. Über Jahre billigten die USA zwar das Handeln der Militärjunta, jedwede Form von Demokratisierungs- und Reformbewegung als kommunistisch zu diffamieren, doch im Kontext einer allgemeinen Hinwendung zu

demokratischen Regierungen Ende der 1950er Jahre entzogen die USA der Militärdiktatur unter Pérez Jiménez ihr Vertrauen und forderten den Diktator zum Rücktritt auf.

In seinem Beitrag „Entwicklung durch Militärdiktatur“ befasst sich Hans-Joachim König mit der peruanischen Militärdiktatur im Zeitraum von 1968 bis 1980. Dabei legt er den Schwerpunkt auf die Regierungszeit von General Juan Velasco Alvarado (1968-75), unter dessen Führung das Militär am 3. Oktober 1968 putschte, um die von den Vorgängerregierungen versprochenen, aber nicht eingelösten ökonomischen und sozialen Entwicklungen/Modernisierungen mit einer eigenen Regierung zu verwirklichen. Die Krisensituation in Peru vor 1968, ungerechte Landverteilung, verfehlte Politik der Wirtschaftseliten, Abhängigkeit von Drittstaaten, besonders von den USA, Ausschluss der breiten Bevölkerung, das allgemeine Versagen der repräsentativen Demokratie diente ihnen als Legitimation für den Umsturz. Anders als bei früheren Einmischungen in die Politik trat das Militär eben nicht zur Unterstützung der Herrschenden und zur Aufrechterhaltung des status quo an.

Um die im Titel gestellte Frage beantworten zu können, skizziert König nicht nur die Krisensituation vor 1968; er beschreibt auch die Hauptakteure des Putsches, d.h. ihre Herkunft teils aus Mittelschichten, teils aus ländlichen Regionen, vor allem aber ihre Ausbildung an der Militärhochschule CAEM. Dort wurden sie nicht mehr nur in den traditionellen militärischen Lehrfächern wie Geographie und Kartographie, sondern auch in neuen Fächern wie Ökonomie, Politik und Soziologie unterwiesen. In dem Maße wie dabei die Entwicklungsprobleme und Entwicklungspotenziale des Landes analysiert und diskutiert wurden, entstand bei den Militärs die Selbsteinschätzung, dass das Militär wegen seiner Professionalisierung bei der Umsetzung dieser Potenziale eine entscheidende Rolle spielen konnte, ja spielen musste.

Vor diesem Hintergrund geht König auf die Ziele der im Wesentlichen von Juan Velasco Alvarado geprägten und motivierten Militärjunta sowie die einzelnen Maßnahmen zu ihrer Erreichung ein. Zu den wirtschaftlichen und sozialen Strukturveränderungen gehören die Nationalisierung wichtiger, von US-Firmen betriebenen Ölraffinerien, womit die Militärs sich zwar mit den USA anlegten, aber die öffentliche Meinung auf ihre Seite zogen; im Übrigen erlaubten sie sich diesen Schritt, weil sie zur gleichen Zeit politische und wirtschaftliche Beziehungen zur UdSSR aufnahmen. Zu den Strukturveränderungen gehören ferner die Agrarreform zur Abschaffung von Latifundien und Minifundien mit der Maßgabe, dass Eigentum eine soziale Funktion erfüllen muss, und Reformmaßnahmen zur Förderung einer nationalistischeren und humaneren Industrie. Flankiert werden sollen diese Reformen durch Veränderungen im Bildungssystem und durch die Hinführung zu einem Bewusstsein einer eigenen peruanischen Identität, was durch die Rückbesinnung auf die vorspanische Geschichte erreicht werden soll. Im politischen Bereich sollte als Instrument der politischen Beteiligung ein Nationales System zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung dienen und als Parteiersatz fungieren.

Der Autor stellt nicht nur die entsprechenden Reden, Dekrete und begleitenden Symbole und Bilder dar, mit denen die Militärjunta diese Maßnahmen vorstellte, propagierte und um Zustimmung bat, belässt es also nicht bei der Selbstdarstellung der Diktatur, sondern beschreibt auch Umsetzung und Ergebnisse der Maßnahmen. Die Analyse ergibt, dass, obwohl die hochgesteckten, gleichzeitig angegangenen Ziele und hohen Erwartungen aufgrund interner Modernisierungshemmnisse, struktureller Planungsfehler sowie negativer internationaler Rahmenbedingungen nur zum kleinen Teil erfüllt werden konnten, die linksautoritäre, sozialreformerische Militärdiktatur unter Velasco Alvarado zumindest im Agrarbereich Modernisierungsimpulse gegeben hat und sich deshalb

von den zeitgleichen repressiven Militärdiktaturen Argentinien und Chile abhebt, jedoch Ähnlichkeiten mit der in Panama aufweist.

Zeitgleich mit Velasco Alvarado gelangte in Panama ein weiterer Militär durch einen Putsch 1968 an die Macht. In seinem Beitrag „Omar Torrijos: Panamas Militärdiktator und Volkstribun“ analysiert Holger M. Meding dessen Aufstieg, der wesentlich mit der Geschichte Panamas, mit der Entwicklung vom Vasallen der USA hin zum renitenten Staat verbunden ist. 1903 hatte sich Panama mit Unterstützung der USA von Kolumbien gelöst, war ein selbständiger Staat geworden, hatte jedoch den USA Land für den Bau eines interozeanischen Kanals durch den Isthmus abgetreten, diesen im Kanalvertrag von 1903 die Hoheit in der Kanalzone zugebilligt und in der Verfassung von 1904 sogar ein Interventionsrecht in die inneren Angelegenheiten des Landes eingeräumt. Meding beschreibt, wie sich in der Folgezeit in Panama der Anschluss an die Weltwirtschaft und die Modernisierung der maroden Infrastruktur am Isthmus einerseits mit der Wahrnehmung zunehmender Abhängigkeit und Bevormundung von den USA andererseits immer mehr miteinander in Widerstreit gerieten. Proteste sowohl gegen die USA als auch gegen die panamaische Innenpolitik und gegen die oligarchischen Strukturen des Landes waren die Folge; volksnah-nationalistische und antiamerikanische Regierungen kamen an die Macht. US-kritische und proamerikanische Regierungen wechselten einander ab, teils durch Putsche, teils durch Wahlen, bis 1968 ein erneuter Putsch den Obersten Omar Torrijos an die Macht brachte.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Entwicklung analysiert Meding, wie es Torrijos gelang, an der Macht zu bleiben, wie er dazu Repression und zugleich Reformmaßnahmen kombinierte und vor allem den Unmut über die von den USA dominierte Kanalzone einsetzte. Der junge Oberst Omar Torrijos setzte sich innerhalb der Militärjunta durch. Organisierter Widerstand wurde mit Gewalt

unterdrückt, die Verfassung aufgehoben, politische Parteien wurden verboten und Gegner verhaftet. Mit linkspopulistischen Maßnahmen, neuen Programmen zur Arbeitsplatzsicherung und staatlichen Konjunkturpaketen im kleinindustriellen Bereich, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden, aber auch mit seinem direkten Kontakt zur Bevölkerung bei Reden auf Märkten und Dorfplätzen sammelte Torrijos die sozialschwachen Massen hinter sich. Eine 1972 erlassene neue Verfassung entmachtete endgültig das Parlament und verlagerte politische Entscheidungen auf Kommunal- und Regionalebenen, wo politische Maßnahmen durch Akklamation Zustimmung erhalten sollten. Mit der so gewonnenen Gestaltungsfreiheit konnte Torrijos tatsächlich Veränderungen für Landarbeiter und Bananenarbeiter, Verbesserungen in der Gehaltsstruktur, im Bildungswesen durchsetzen. Misserfolge im Inneren überdeckte Torrijos durch seine Forderung nach voller Souveränität über die von den USA beherrschten Kanalzone. Überhaupt entwickelte sich die Panamakanalfrage zum wichtigsten nationalen und internationalen Projekt des Diktators. Das bedeutete zwar Konflikt mit den USA, doch gelang es Torrijos, die internationale Situation zu nutzen und Unterstützung sowohl in Lateinamerika als auch in Westeuropa und von der Sowjetunion zu erhalten.

Torrijos gelang das schier Unmögliche, er zwang die USA in Neuverhandlungen, die im September 1977 schließlich zur Ratifizierung der sogenannten Carter-Torrijos -Verträge 1977 führten, in denen die Rückgabe der Kanalzone für den 31. Dezember 1999 besiegelt wurde. Bis dahin sollte Neutralität in der Kanalzone bestehen, und die USA verlangten demokratische Reformen. Dazu war Torrijos bereit. Allerdings kam er am 31. Juli 1981 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben, so dass er nicht den Beweis erbringen konnte, ob er tatsächlich den Weg zurück zur Demokratie beschritten hätte. Dennoch gehörte Torrijos den Ausführungen Medings zufolge nicht zu den zeitgleichen repressiven Diktatoren.

Mit einem dieser Diktatoren, mit General Augusto Pinochet Ugarte beschäftigen sich Stefan Rinke und Manuel Bastias in ihrem Beitrag „Der 11. September 1973 und die ersten hundert Tage der chilenischen Junta“. Sie greifen aus der siebzehn Jahre währenden Diktatur unter Pinochet die Anfänge heraus, um die schrittweise Präzisierung der Umsturzziele zu analysieren. Die Autoren verstehen die ersten Monate der chilenischen Militärjunta, die sich entgegen aller bisherigen chilenischen Tradition von demokratischen Regierungswechseln am 11. September 1973 gewaltsam an die Macht putschte, als einen zweifachen Reaktionsprozess auf die vorhergehende Regierung des Sozialisten Salvador Allende und der Unidad Popular: einerseits Zerschlagung der unter Allende in der Zeit zwischen 1970 und 1973 geschaffenen politischen, sozialen und kulturellen Institutionen, andererseits Schaffung und Gestaltung eines neuen politischen Systems mit neuen Werten, das Wiederholungen solcher Regime wie das des Sozialisten Allende und sogar das von dessen Vorgänger, dem reformorientierten Christdemokraten Eduardo Frei vorbeugen sollte und konnte. In den Augen der Militärs hatten alle zivilen Institutionen ihre Legitimität verspielt, weshalb sie durch militärische ersetzt werden mussten.

Ausgehend von diesen Prämissen analysieren Rinke und Bastias zunächst die brutalen Mechanismen der Auslöschung, die gerade in den ersten hundert Tagen nach dem Putsch nicht nur Auslöschung von Institutionen, Zensur und Abschaffung der Pressefreiheit, Einschränkung von Versammlungsfreiheit, Entpolitisierung der Arbeiterbewegung, sondern auch die physische Auslöschung besonders von Anhängern der Unidad Popular, von Gewerkschaftlern, von Mitgliedern der kommunistischen und sozialistischen Parteien bedeutete. Die hohe Zahl wird dadurch erklärt, dass die Militärjunta zum einen noch nicht einig genug über die Verfahren der Machtausübung war und in sogenannten Notfallsituationen Entscheidungen dem Ermessen untergeordneter Offiziere besonders des Militärs

und der militarisierten Polizei Chiles, den Carabineros, überließ und sie zum anderen mit der Ausrufung des Ausnahmezustands auch die Zivilbevölkerung der Militärgerichtsbarkeit unterstellte.

Rinke und Bastias zeigen weiter auf, mit welchen Argumenten die Militärjunta, an deren Spitze General Augusto Pinochet stand, ihr Handeln, d.h. die Errichtung der Diktatur legitimierten. Die Militärjunta präsentierte ihr Vorgehen als notwendige und legale Tat zur Wiederherstellung der chilenischen Nation und chilenischer Werte, als eine militärische Aktion zur Verteidigung gegen einen inneren Feind, zur Wiederherstellung von Sicherheit und innerer Stabilität. Dabei stützte sie sich auf die zu dieser Zeit in mehreren lateinamerikanischen Militärdiktaturen verwendete Doktrin der Nationalen Sicherheit. Während über diese Verpflichtungen zur Wiederherstellung innerhalb der in der Junta vertretenen unterschiedlichen Waffengattungen Konsens herrschte, bestand im Moment des Sturzes von Allende keine Einigkeit über Ziele, Dauer und Ausprägung der Militärdiktatur, womit die Autoren auch das anfängliche Gewaltchaos erklären. Erst im Laufe des Oktobers schälte sich unter dem Einfluss von Pinochet als Zweck der Militärintervention die Gründung einer neuen politischen Ordnung heraus. Nicht mehr Wiederherstellung, sondern Erneuerung sollte das Ziel sein, um die der liberalen Demokratie angeblich innewohnenden institutionellen Defizite zu vermeiden. Damit nahm die Militärjunta Argumente und Forderungen auf, die schon in den vorhergehenden Regierungen Frei und Allende Teile der politischen Rechten formuliert hatten und die nach dem Putsch wieder in Leitartikeln erschienen. Nun betonte die Militärjunta den erneuernden Charakter ihrer Herrschaft und erhielt so die Zustimmung zahlreicher Gruppen der Zivilgesellschaft, die mit der Regierung Allende unzufrieden gewesen waren und diese sogar destabilisiert hatten. Die Umstrukturierung der chilenischen Wirtschaft in neoliberaler Form tat ein Übriges, der Militärdiktatur Legitimität zu verschaffen. Doch die anfängliche Zustimmung zerfiel bald.

In ihrem Beitrag „Staatsterrorismus in Argentinien in postperonistischer Zeit“ beschäftigt sich Carolina Crisorio mit einer der repressivsten Militärdiktaturen Lateinamerikas in der Zeit des Kalten Krieges. Sie dauerte von 1976 bis 1983 und hielt sieben Jahre lang das Land in Schrecken. Im Gegensatz zu den anderen Autoren dieses Bandes lebte die aus San Miguel de Tucumán stammende Historikerin während dieser Jahre in Argentinien, erlebte die Diktatur vor Ort.

Carolina Crisorio beschreibt die Entstehung der argentinischen Militärdiktatur als Antwort auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens nach dem Sturz von Juan Domingo Perón 1955, der selbst durch Putsch an die Macht gekommen war, und der nachfolgenden Regierungen. Das Ziel einiger dieser Regierungen war es, die sozialen Errungenschaften des Peronismus rückgängig zu machen, was wiederum zu sozialen Protesten und politischem Widerstand in Form städtischer und ländlicher Guerilla führte. Die Spaltung im Peronismus selbst trug ebenfalls zur Instabilität bei; eine letzte Amtszeit Peróns nach seiner Rückkehr 1973 aus dem Exil in Spanien und die Präsidentschaft seiner unfähigen letzten Ehefrau Maria Estela Martínez nach Peróns Tod im Juli 1974 verstärkten nur die Instabilität. Am 24. März 1976 übernahm das Militär die Macht.

Vor diesem Hintergrund beschreibt Crisorio anhand von Zeugnissen, Verordnungen und Tabellen detailliert die Mechanismen und Begründungen der Militärdiktatur, bei denen auch der Hinweis auf die Doktrin der Nationalen Sicherheit nicht fehlt. Das Charakteristikum der argentinischen Militärdiktatur besteht in der Anwendung von Gewalt und Repression in allen möglichen Varianten. Wie kaum eine andere richtete sie die Streitkräfte gegen das eigene Volk. Jeder Widerstand führte ausnahmslos zur Verhaftung oder zum Verschwinden der verschleppten Person. Folter und Tod waren die täglichen Begleiter des Regimes. Repression durchdrang den Alltag der Menschen in jeder Lebenslage, reichte bis tief hinein in die Familien. Der Schilderung von

Staatsterrorismus steht jedoch auch die Schilderung der Aufarbeitung der Verbrechen nach dem Ende der Diktatur mit dem Aufruf „Nie mehr“, *Nunca Más*, gegenüber.

CHRISTIAN CWIK

VON DEN GENERALKAPITANATEN ZUR DIKTATUR DER GENERÄLE

EIN HISTORISCHER RÜCKBLICK

Historisch betrachtet ist die Dichte an Militärdiktatoren in Lateinamerika und der Karibik im globalen Vergleich die höchste.¹ Auch was die Kriminalitäts- und Gewaltstatistik betrifft, wird diese traurigerweise von den Americas angeführt.² Da die meisten Diktaturen gewaltsam abgelaufen sind, wirft das natürlich die Frage auf, warum gerade diese Weltregion die Statistiken anführt. Inwieweit europäischer Kolonialismus und transatlantische Sklaverei, die in den Americas über mehrere Jahrhunderte betrieben wurden, die Ursache für diese Entwicklungen gewesen sein könnten, soll in diesem einleitenden Beitrag genauso analysiert werden wie die Frage, welchen Einfluss der Kalte Krieg auf die Radikalisierung der Diktaturen in Lateinamerika hatte.

Die Eroberung (Conquista) Americas (Indies) war von Anfang an eine kriegerische Auseinandersetzung um Territorien (Inseln und Festland). Der brutale Krieg der kastilischen (später spanischen) Eroberer gegen die indigene Bevölkerung der Americas ist in zahlreichen Chroniken und Schriften festgehalten, von denen die von Bartolomeo de las Casas verfasste Schrift über die „Verwüstung der westindischen Länder“ die Gewalt der ersten fünf Dekaden europäischer

¹ <https://en.wikipedia.org/wiki/Dictator> (Die Liste auf Wikipedia ist ungenau und unvollständig, trotzdem weist sie für Nord-, Zentral- und Südamerika die höchste Zahl aus.)

² America: Crime Index by Country 2020 Mid-Year. https://www.numbeo.com/crime/rankings_by_country.jsp?title=2020-mid®ion=019 sowie https://www.numbeo.com/crime/rankings_by_country.jsp?title=2020-mid®ion=029 (18.11.2020)

Kriegsführung in den Amerikas vielleicht am deutlichsten beschreibt.³ Die Kriege, die von den iberischen Königreichen (Kastilien und Portugal) in den Amerikas geführt wurden, waren Eroberungskriege und standen in der Tradition der Reconquista, die 1492 mit der Einnahme des Taifa von Granada abgeschlossen wurde. So mancher „amerikanische Conquistador“ der ersten Dekaden hatte sich zuvor seine „Sporen“ im Kampf gegen die „Mauren“ oder im Krieg gegen die Guanchen auf den Kanarischen Inseln verdient, war also kampferprobt, und oft bestimmten Gewalt und Brutalität bereits seit Jugendtagen seinen europäischen Alltag.⁴

Von Anbeginn der Entdeckungen bestimmten Militärs über Erfolg und Misserfolg kolonialer Projekte in den Amerikas. Ein Blick auf die koloniale Verwaltung zeigt, dass es sich bei den Gouverneuren in der Anfangsphase der Conquista meistens um Militärs handelte, die auch mit zivilen Aufgaben betraut wurden. Dies verwundert kaum, da kriegerische Auseinandersetzungen den Alltag in den Kolonien bestimmten. Dabei ging es jedoch nicht nur um Kriege gegen Indigene (*unfinished conquest*), sondern auch um Kampfhandlungen gegen renitente Landsleute (Bürgerkriege) und gegen entlaufene Sklaven (Maroons) sowie um militärische Auseinandersetzungen mit europäischen Eindringlingen (Franzosen, Engländer, später auch Niederländer). Verwaltungstechnisch wurden die kastilischen und portugiesischen Kolonien in den Amerikas in Militärprovinzen (*Capitanias*) organisiert, die im Unterschied zu den dazu parallel existierenden politischen Provinzen viel weiter ins Landesinnere reichten. Ihre Aufgabe war weiterhin essenziell, oblag ihnen doch der militärische Schutz der noch immer

³ Erschien als „La Brevísima relación de la destrucción de las Indias“ im Jahre 1552 in Sevilla. Bartolomeo de las Casas war Mitglied des römisch-katholischen Dominikanerordens und bekleidete verschiedene Bischofsämter in den amerikanischen Kolonien Kastiliens. Bartolomeo de las Casas: Brevisima relación de la destrucción de las Indias. Sevilla 1552. <https://jcb.lunaimaging.com/luna/servlet/detail/JCB~1~1~228~60002~-Title-page-?vq=q:las%2Bcasas&mi=29&trs=55#> (18.11.2020).

⁴ Stefan Rinke: Conquistadoren und Azteken: Cortés und die Eroberung Mexikos. München 2019.

fragilen kolonialen Siedlungen sowie die Bewachung der Korridore zu den wichtigen Silber- und Goldminen sowie anderen Ausbeutungsstätten. Dafür notwendig war militärischer Festungsbau, der von spanischen Militäringenieuren geplant und von afrikanischen und indigenen Sklaven ausgeführt wurde. Die überall in Iberoamerika errichteten Wehranlagen waren die größten Bauprojekte in den Kolonien,⁵ verschlangen hohe Summen Gold und Silber, wodurch sie auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor wurden. Neben den Kirchen gelten sie als Leuchtturmprojekte kolonialer Architektur und prägen das Bild Lateinamerikas bis heute. Noch während der in diesem Band besprochenen Diktaturen im Zeitalter des Kalten Krieges, dienten einige dieser Festungen (*Fortalezas*) als Gefängnisse für politische Feinde, wodurch die direkte Verbindung vom militärischen Kolonialismus zur republikanischen Militärdiktatur augenscheinlich wird.

Der militärische Charakter des iberischen Kolonialismus in den Americas ist somit kein historischer Nebenschauplatz, sondern ein wichtiger Bestandteil für die Rekonstruktion der Geschichte Lateinamerikas. Aber auch die ab dem 17. Jahrhundert in den Americas Fuß fassenden europäischen Nordatlantikmächte operierten hauptsächlich militärisch und bauten ihre kolonialen Verwaltungsapparate auf den Schultern von Militärs auf.

In Iberoamerika wurden übergeordnete Militärprovinzen, die *Capitanias Generales* (Generalkapitanien) eingerichtet, die parallel zu den Vizekönigreichen (Neuspanien und Peru, später Neugranada und La Plata), und den juristischen Provinzen (*Audiencias*) existierten oder mit ihnen verschmolzen.⁶ Aufgrund ihrer geringeren territorialen Ausdehnung galten sie jedoch als effizienter als die

⁵ Fernández del Hoyo, María Antonia: *Las defensas: la fortificación estratégica de las Indias*. Madrid 1985.

⁶ Alfonso García-Gallo: *La Capitanía general como institución de gobierno político en España e Indias en el siglo XVIII*. Memoria del Tercer Congreso Venezolano de Historia. Caracas 1979, S. 537-582.

Vizekönigreiche. Den Generalkapitanien stand ein *Capitán General*, ein Generalhauptmann vor, dem vom König das Kommando der kastilischen/spanischen Truppen übertragen wurde. Fiel die Provinz der Generalkapitanie mit der des Vizekönigreichs zusammen (Mexiko-Stadt, Lima), trug der Vizekönig gemäß den *Reales Ordenanzas para las Fuerzas Armadas de España* den Titel eines *Capitán General*.⁷ Dies gilt im Übrigen auch für die *Audiencias*, wo das Amt des Präsidenten im Falle dieser Überschneidung vom Vizekönig übernommen wurde. Diese Kumulierung von politischer, militärischer und juristischer Macht in einer Person hinterließ ihre Spuren im politischen System lateinamerikanischer Staaten bis in die Gegenwart. Simón Bolívar, der erste „große Präsident“ (Großkolumbien) war als „allmächtiger Libertador“ mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Er steht wie kein anderer Unabhängigkeitskämpfer stellvertretend für den Transitionsprozess von Kolonien zu Nationalstaaten. Diktatorische Machtfülle wohnte somit sowohl dem spanischen Kolonialsystem als auch dem postkolonialen Republikanismus inne.

KRIEGE BIS ZUM TOD: DAS 19. JAHRHUNDERT

Der Dekolonisierungsprozess Spanisch-Amerikas startete nahezu zeitgleich mit jenem in Anglo-Amerika in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Die Auseinandersetzung wurde kriegerisch gelöst und forderte einen sehr hohen Blutzoll unter Militärs und Zivilisten. Eine der Ursachen für den langen Weg der spanischen Kolonien in die Unabhängigkeit lag in den Ereignissen rund um den Siebenjährigen Krieg (1756-63). Mit dem Rücken zur Wand übertrugen die Metropolen ihren Kolonien temporär begrenzt mehr Autonomierechte im Kampf

⁷ Fernando De Salas López: *Ordenanzas Militares en España e Hispanoamérica*. Madrid 1992.

gegen die inneren und äußeren Feinde. Mit dem Ende des Krieges (Friede von Paris 1763) endete der Autonomiestatus für die Kolonien abrupt, was in Folge zu Unabhängigkeitsbestrebungen führte. Diese wurden durch die harte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Metropolen beschleunigt. Die Steuerschrauben wurden angezogen, um die durch den Krieg ausgelöste schwere Wirtschaftskrise zu bekämpfen. In den spanischen Kolonien führte dies vielerorts zu Aufständen gegen die bourbonische Steuerpolitik, zu den sogenannten Comunerosrevolten im nördlichen Südamerika.⁸ In den britischen Kolonien in Nordamerika gelang es den Aufständischen, die Regierung Großbritanniens 1775 in einen Krieg zu zwingen, an dessen Ende 1783 die Armee des Philadelphia-Kongresses mit Hilfe französischer und spanischer Truppen siegreich blieb. Insbesondere die Teilnahme der spanischen Armee auf Seiten der antikolonialen Truppen stärkte auch in Spanisch-Amerika, die Anhänger der Unabhängigkeit. Konspirationen wie jene des Hauptmanns Manuel Gual und Oberst José María España, 1795-1797, in Venezuela sowie die gescheiterten Militärinterventionen des Generalleutnants Francisco de Miranda 1805 und 1806 ebenfalls in Venezuela.⁹ Die beiden wohl bekanntesten Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar¹⁰ und José de San Martín waren ebenfalls Offiziere, letzterer sogar im Rang eines spanischen Generals. Die ab 1809 beginnenden Unabhängigkeitskriege, die sowohl als Kolonialkriege als auch als Bürgerkriege zwischen königstreuen und aufständischen Lateinamerikanern geführt

⁸ Hans-Joachim König: *Kleine Geschichte Kolumbiens*. München 2008, S-38-43; Anthony Mc Farlane: *Desórdenes civiles e insurrecciones populares*. Quito 2001.

⁹ Francisco de Miranda nahm am Amerikanischen-Unabhängigkeitskrieg teil. Michael Zeuske: *Francisco de Miranda y la modernidad en América*. Prisma histórico Bd. 2. Madrid 2004.

¹⁰ Sein voller Name war Simón José Antonio de la Santísima Trinidad Bolívar Palacios Ponte Andrade y Blanco. Seine Vorfahren wanderten bereits gegen Ende des 16. Jahrhunderts nach Venezuela aus. Sie entstammte einer neuchristlichen Familie aus Kastilien (heute Baskenland) die rasch in den „Funktionärsadel“ in Venezuela sowie Santo Domingo aufstieg.

wurden, forderten bis zu ihrem offiziellen Ende 1825 Millionen Tote und Verwundete. Mit dem *Decreto de Guerra a Muerte* (Dekret Krieg bis zum Tode) vom Juli 1813 (bis zum 25. November 1820 in Kraft) entwickelte Simón Bolívar das Konzept des totalen Krieges „*todos los europeos y canarios casi sin excepción fueron fusilados*“ (fast ausnahmslose Erschießung aller Europäer und Kanaren).¹¹ Als nach rund zehn bis fünfzehn Jahren die Kriege gegen Spanien endgültig erfolgreich beendet werden konnten, übernahmen die siegreichen Militärs die politische Macht in den neuen Republiken. Das Vizekönigreich La Plata zerfiel in mehrere Staaten, von denen sich Paraguay, Bolivien und Uruguay als eigenständige Staaten nachhaltig behaupten konnten. Bereits 1813 errichtete José Gaspar García Rodríguez de Francia y Velasco eine Diktatur in Paraguay, die erst mit seinem Tod 1840 endete. Ihm folgten die Diktatoren Carlos Antonio López (1844-1862) und Francisco Solano López (1862-1870) nach, wobei letzterer das Land in den Tripel-Allianz-Krieg (1864-1870) gegen Argentinien, Uruguay und Brasilien führte, der Schätzungen zufolge die Bevölkerung Paraguays mehr als halbierte, von etwas mehr als 500.000 auf rund 221.000.¹² Auch Uruguay war aus den Trümmern eines Krieges entstanden. Hier gerieten argentinische und brasilianisch/portugiesische Truppen aneinander, ehe eine Rebellenarmee mit Unterstützung Großbritanniens 1825 einen eigenen Staat ausrief, der für die nächsten Dekaden in heftigen Bürgerkriegen versank. Doch auch die Vereinigten Republiken des Río de la Plata (oder von Südamerika), das zukünftige Argentinien kamen nicht zur Ruhe; die Gegensätze zwischen Zentralisten und Föderalisten führten zu zahlreichen Kriegen, die erst 1861 beendet werden konnten. In Chile trat 1817 der siegreiche Unabhängigkeitsgeneral Bernardo O’Higgins Riquelme, Sohn des spanischen Vizekönigs, das Amt des

¹¹ Decreto de guerra a muerte. https://es.wikisource.org/wiki/Decreto_de_guerra_a_muerte (22.11.2020).

¹² Adrian J. English, *Armed Forces of Latin America. Their Histories, Development, Present Strength and Military Potential*. London 1982, S. 346f. und 354.

Director Supremo an, das mit weitreichenden diktatorischen Vollmachten ausgestattet war. General Andrés de Santa Cruz übernahm 1829 die Macht in Bolivien, nachdem der venezolanische Befreier Hoch-Perus, Marschall Antonio José de Sucre, auf das Präsidentenamt verzichtet hatte. Andrés de Santa Cruz bekleidete zudem das Amt eines Diktators von Peru (1827-29) und führte beide Länder in eine Konföderation (1836-39), gegen die Chile und Argentinien letztlich erfolgreich Krieg führten. Peru hatte sich bereits am 10. November 1824 in eine Diktatur verwandelt, als der peruanische Kongress den Präsidenten Großkolumbiens, Simón Bolívar, zum Diktator des Landes ernannte. Großkolumbien, das die Staaten Venezuela, Kolumbien, Panama und Ecuador umfasste, war 1819 entstanden, und General Simón Bolívar wurde ihr erster Präsident (mit autoritären Vollmachten). Zum Vizepräsidenten Großkolumbiens wurde ebenfalls ein Militär ernannt, General Francisco de Paula Santander. Mit dem Tod Bolívars zerfiel Großkolumbien und Santander wurde Präsident der neugegründeten Republik Neugranada (heute Kolumbien und Panama). In Venezuela, das sich 1829 von Großkolumbien unabhängig erklärte, wurde General José Antonio Páez Präsident, ein Amt, das er mehrfach ausübte, wobei er 1846 sogar zum Diktator ernannt wurde, um den Krieg zwischen den Kreolen und Farbigen niederzuschlagen. Auch von 1861–1863 regierte Páez als Präsident mit diktatorischer Gewalt, wiederum begründet mit militärischer Notwendigkeit, nämlich der Niederschlagung des 1859 ausgebrochenen Föderationskriegs.¹³ Auch in Ecuador wurde mit General Juan José Flores ein Militär zum ersten Präsidenten des Landes gewählt.

Der Blick nach Mexiko und Zentralamerika ergibt ein ähnliches Bild. In Mexiko hatte sich Oberst Agustín C. D. de Iturbide y Arámburu 1821 gegen die spanische Armee durchgesetzt und das Land somit in die Unabhängigkeit geführt. Am 21.

¹³ Michael Zeuske: Simón Bolívar, Befreier Südamerikas. Geschichte und Mythos. Berlin 2011.

Juli 1822 ließ er sich aber als Augustin I. krönen und wurde damit zum ersten Kaiser von Mexiko, wobei sein Regierungsstil militärische Züge aufwies. Nach seiner Absetzung 1823 übernahm 1824 ein weiterer Militär, Guadalupe Victoria, die Präsidentschaft. Von 1833 bis 1855 bestimmte General Antónío López de Santa Ana die Geschicke des Landes, wobei Kriege um Texas (1835-36) sowie der Kuchenkrieg mit Frankreich (1838-39) das Land bereits in den 1830er Jahren in eine tiefe Krise stürzten. Im mexikanisch-US-amerikanischen Krieg von 1846-48 nahm General López de Santa Ana eine unrühmliche Rolle als Diktator des Landes ein, weswegen ihm die Verluste der Provinzen Kalifornien, Nevada, Utah und Arizona sowie Teilen von Colorado, New Mexicos und Wyomings seiner Doppelstrategie anzulasten sind.

Obwohl die Unabhängigkeit der zentralamerikanischen Provinzen des Vizekönigreichs Neuspanien relativ unblutig über die Bühne ging und mit der Gründung der zentralamerikanischen Konföderation 1823 eine für Lateinamerika vorbildhafte Union entstanden zu sein schien, spitzte sich der Transitionsprozess zu einem blutigen Kräftemessen zwischen Liberalen und Konservativen und somit zwischen Föderalisten und Zentralisten zu.

Die Geschichte der jungen lateinamerikanischen Republiken im 19. Jahrhundert wurde von Militärs bestimmt, die nicht selten selbst die Macht im Land übernahmen und in weiterer Folge diktatorisch regierten. Die ersten Präsidenten der neuen Staaten waren oft Generäle aus den Unabhängigkeitskriegen, die als Caudillos ihre Macht auf die Militärs stützten.¹⁴ Verschiedene militärische Konflikte und Kriege bestimmten die Entwicklung von Kolonien zu unabhängigen Staaten,¹⁵ darunter zahlreiche Bürgerkriege und Invasionen fremder Mächte (UK, Frankreich, USA)

¹⁴ John Lynch: *Caudillos in Spanish America, 1800–1850*. Oxford 1992; Pedro Cotés: *Los caudillos*. Bogotá 2009.

¹⁵ Spanisch-Florida wurde 1819 an die USA abgetreten und nach 1825 blieben nur die Antilleninseln Kuba und Puerto Rico bis 1898 bei Spanien. Die Dominikanische Republik kehrte 1861 für vier Jahre (bis 1865) in die Obhut der spanischen Krone zurück.

sowie Kriege gegen die indigene Bevölkerung, wodurch die „Militarisierung der Gesellschaft“ weiter voranschritt.

IM SCHATTEN DES KALTEN KRIEGES

Im Kampf um Einfluss in den Amerikas im 20. Jahrhundert genossen die seit 1783 unabhängigen USA gegenüber der erst 1922 entstandenen Sowjetunion nicht nur hinsichtlich ihrer geographischen Nähe einen scheinbar uneinholbaren Startvorteil. Spätestens seit den Kriegen gegen Mexiko (1840er bis 1850er Jahre) breiteten sich die USA gegen Süden und Westen (Turner Thesis)¹⁶ aus. Begleitet von einer aggressiven Interventionspolitik verwandelten sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Karibische See in ihren Hinterhof und installierten in Zentralamerika und auf einigen karibischen Inseln Marionettenregierungen. Diese Politik wurde um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert auf Südamerika ausgedehnt, wobei ökonomische Interessen (Akkumulation von Kapital durch US-amerikanische Unternehmen, Fruchtmultis, Ölfirmen, Minenunternehmen usw.) im Vordergrund standen. Die militärische Besetzung Kubas 1898, die direkte Einmischung in den 1.000 Tagekrieg Kolumbiens sowie schließlich die Gründung Panamas 1903, mit der die Übertragung von Hoheitsrechten über die zukünftige Kanalzone (1903-1999) einhergingen, stellten den Höhepunkt dieser ersten imperialen Phase dar. Das Chaos des Ersten Weltkrieg nutzten die USA, um die so genannten „Bananenrepubliken“ im karibischen Raum noch enger an sich zu

¹⁶ Die „Turner“ oder „Frontier“ Thesis wurde von Frederick Jackson Turner (1861-1932) vertreten. Sie besagt, dass die Amerikaner mit dem Vordringen der Grenze nach Westen dort im Kampf der Zivilisation gegen die Wildnis ihre Demokratie gewonnen haben. Frederick Jackson Turner: *The Frontier in American History*. New York; Ders.: *The Significance of Sections in American History*. In: *The Wisconsin magazine of history*: Volume 8, number 3, (March 1925), S.255-280.

binden, nachdem Präsident Theodore Roosevelt als Folge der Venezuelakrise 1902/03 bereits 1904 für Washington ein Interventionsrecht bei inneramerikanischen Konflikten (Roosevelt-Corollary) erreicht hatte.¹⁷

Gegen den vom Finanzkapitalismus gesteuerten US-Imperialismus, der sich überall in Lateinamerika und der Karibik ausbreitete, hatten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts starke nationalistische und sozialistische Bewegungen entwickelt. Durch den Erfolg der bolschewistischen Revolution in Russland im Jahre 1917 erhielten letztere einen enormen Auftrieb. Einige linke Bewegungen suchten aktiv die Unterstützung Moskaus sowie in weiterer Folge der kommunistischen Internationale. Führende Protagonist*innen der lateinamerikanischen und karibischen Linken¹⁸ reisten nach Europa, um den „realen Sozialismus“ zu studieren, insbesondere nach der erfolgreichen Etablierung der Sowjetunion 1922. Nicht alle linken Aktivist*innen waren freiwillig nach Europa gereist, sondern mussten bereits aufgrund von Verfolgung und Terror durch rechtsgerichtete autoritäre Regime ihre amerikanischen Heimatländer verlassen. Die linksnationalistische Entwicklung der mexikanischen Revolution unter den Regierungen von Präsident Álvaro Obregón Salido (1920-24) und Lázaro Cárdenas del Río (1934-40) widerspiegelt beispielsweise sehr deutlich den Einfluss des europäischen Sozialismus auf lateinamerikanische Transformationsprozesse. Nach ihrer Rückkehr (legal und illegal) in ihre Heimatländer versuchten die lateinamerikanischen Aktivist*innen die rechtsgerichteten Regimes zu stürzen. Dabei wurden sie oft von Stalin oder der Komintern unterstützt. Doch bis auf Chile, wo Kommunisten und Sozialisten

¹⁷ Cwik Christian: US-intervention in the Caribbean. In: 1914-1918-online. International Encyclopedia of the First World War (2014): www.1914-1918-online.net/ (29.07.2019); Stefan Rinke: Im Sog der Katastrophe. Lateinamerika und der Erste Weltkrieg. Frankfurt am Main 2015.

¹⁸ Wie beispielsweise die beiden peruanischen Marxisten Jose Carlos Mariátegui (1919-1923) und Victor Raúl Haya de la Torre (1927-31); die trinidadischen Marxisten George Padmore und C.L.R. James.

gemeinsam mit Radikalliberalen als Volksfront 1938 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatten und die Sozialisten bis 1941 an der Regierung beteiligt waren, scheiterte die Linke in Lateinamerika.¹⁹

Einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Radikalisierung linker Bewegungen in Kontinentalamerika und der Karibik übten europäische Einwanderer aus. Viele waren bereits in ihrer alten Heimat politisch aktiv gewesen und flohen als politische Flüchtlinge über den Atlantik. Andere wurden von Stalin gezielt in die Amerikas entsandt, um am Aufbau kommunistischer Parteien mitzuwirken.²⁰ Hervorzuheben ist hier der Exodus der republikanischen Kämpfer*innen aus dem Spanischen Bürgerkrieg nach Mexiko, der 1938-1942 seinen Höhepunkt erreichte.

Die meisten nationalistisch geprägten Politikprojekte in Lateinamerika und der Karibik entsprangen dem Umfeld konservativer Parteien, konservativer Offiziere sowie der katholischen Kirche. Obwohl sie sich Antikolonialismus und Anti-imperialismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten, wurden nationalistische Parteien zu Partnerinnen Washingtons im Kampf gegen Kommunismus, Sozialismus und Anarchismus. Insbesondere unter den lateinamerikanischen Militärs wurde der seit 1922 erfolgreiche italienische Faschismus zum Vorbild, später auch der portugiesische Salazarismus (ab 1932), der deutsche Nationalsozialismus (ab 1933) und schließlich der spanische Franquismus (ab 1936). Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führten zum Niedergang der liberalen Parteien und förderten auch in den Amerikas den Aufstieg nationalistischer Parteien und Bewegungen.²¹ Hinzu

¹⁹ Pedro Milos: *Frente popular en Chile: su configuración, 1935-1938*. Santiago 2008.

²⁰ Ein bekannter Fall ist jener der deutschen Kommunistin Olga Benario Prestes, die 1934 im Moskauer Exil den brasilianischen Kommunisten Luiz Carlos Prestes kennenlernte und ihn bei seinem fehlgeschlagenen Putschversuch gegen Getulio Vargas 1935 in Brasilien unterstützte. Anita Leocadia Prestes: *Olga Benário Prestes - uma comunista nos arquivos da Gestapo*. São Paulo 2017; Dies.: *Luiz Carlos Prestes. Um Comunista Brasileiro*. São Paulo 2015.

²¹ Carlos Fernando López de la Torre: *El "núcleo duro" de los fascismos periféricos en América Latina*. In: *Nuevo Mundo Mundos Nuevos. Colloques* (2017).

kam, dass das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutsche Reich über Auslandsorganisationen in Kontinentalamerika und der Karibik aktiv wurde und so Einfluss auf das politische Klima ausüben konnte. Diktatoren, wie der seit 1930 regierende brasilianische Präsident Getulio Vargas, der guatemalteckische Diktator Jorge Úbico Castañeda (1931-1944), der salvadorianische Diktator Maximiliano Hernández Martínez (1931-1944) kokettierten noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges damit, Bündnispartner Berlins und Roms zu werden, und umwarben Mussolini und Hitler sowie nach 1939 auch den spanischen Diktator Franco.

Die in der Historiographie als Kalter Krieg bezeichnete Auseinandersetzung zwischen „Ost“ und „West“, wurde wie kein anderer Krieg über vierzig Jahre lang global geführt. Mit seinem Ausbruch 1945, begannen die Auseinandersetzungen zwischen der durch die Regierung in Moskau, als Führungsmacht des sozialistisch-kommunistischen Blocks, sowie der durch Washington als Führungsmacht des kapitalistischen Blocks unterstützten Gruppen auch in Lateinamerika und der Karibik, an Härte und Intensität zunahmen. Die sogenannte „Kubakrise“²² gilt unter vielen Experten als Höhepunkt des Kalten Krieges. Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Kapitalisten stellten in den Americas jedoch kein neues Phänomen dar, sie existierten bereits lange vor dem Ausbruch des Kalten Krieges. Dabei beschränken sich diese Auseinandersetzungen nicht nur auf die Americas, sondern selbstverständlich auch auf alle anderen Kontinente, im Speziellen auf Europa. Es war letztlich dem Kampf gegen den Faschismus geschuldet, der gegen Ende der 1930er Jahre weltweit an Bedeutung gewann, dass der Konflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus für einige Jahre in den Hintergrund rückte.

<https://journals.openedition.org/nuevomundo/71337> (31.07.2019).

²² Die Kubakrise wird auch Oktoberkrise, Raketenkrise oder Karibikkrise genannt; sie fand im Oktober 1962 statt.

Einige der kommunistischen und sozialistischen Parteien in Lateinamerika und der Karibik konnten bereits vor 1945 auf realpolitische Erfolge zurückblicken. Fast gleichzeitig mit dem Ausbruch der bolschewistischen Revolution im zaristischen Russland im Herbst 1917 konnten sich auch in den Amerikas revolutionäre Bewegungen durchsetzen, deren Ursprünge bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Diese traten vielerorts zuerst als Vereine in Erscheinung, manifestierten sich später als Gewerkschaften, ehe nach 1918 politische Parteien im modernen Sinne entstanden. So wurde die erste kommunistische Partei Lateinamerikas 1918 in Argentinien gegründet, 1919 folgte die Gründung der kommunistischen Partei Mexikos. Die Vereinigten Staaten von Mexiko, wo seit 1911 verschiedene politische und soziale Bewegungen in mehreren Revolutionszyklen („die Mexikanische Revolution“) versuchten, die postkolonialen Strukturen des Porfiriat²³ zu überwinden, wurden zum Laboratorium für politische Veränderungen links der Mitte. Die Gründung der mexikanischen kommunistischen Partei im Jahre 1919 ist Ausdruck dieser Transformation. Unter Präsident Álvaro Obregón Salido (1920-24) entwickelte sich die Mexikanische Revolution nach links, wenn auch nicht in eine kommunistische Richtung so doch stark sozialreformativ. Auch agrarreformativ inkorporierte Obregón einige Konzepte des legendären Revolutionsführers Emiliano Zapata, der 1919 auf Befehl von Obregóns Gegenspieler Venustiano Carranza²⁴ ermordet worden war.

Eine weitere politische Strömung, die dem Linksspektrum zugeordnet wird, übte gerade im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts großen Einfluss auf soziale Veränderungen in Lateinamerika und der Karibik aus: der Anarchismus.

²³ Der Name Porfiriat bezieht sich auf die Regierungszeit von José de la Cruz Porfirio Díaz Mori, der als Präsident (9 Regierungsperioden), aber auch als starker Mann im Hintergrund von 1876 bis 1911 Mexiko regierte.

²⁴ José Venustiano Carranza De La Garza übte von 1917 bis 1920 das Präsidentenamt aus.

Insbesondere in Argentinien und Mexiko, aber auch im angloamerikanischen Raum kam es zur Gründung anarchistischer Bewegungen, die nach den Vorbildern der spanischen und italienischen Anarchisten aktiv wurden. Vor allem anarchistisch organisierte Gewerkschaften überdauerten in Lateinamerika und der Karibik die Zwischenkriegszeit und blieben auch während des Kalten Krieges eine politische Konstante. Autoritäre Regierungen, wie beispielsweise die von Juan Domingo Perón in Argentinien (1946 bis 1955) sowie von 1973 bis 1976 (nach seinem Tod 1974 regierte seine Frau Isabel Perón bis zu ihrem Sturz), bauten auf den politischen Rückhalt durch linksgerichtete Gewerkschaften (nicht anarchistische), wodurch die ideologische Ausrichtung des Peronismus in seiner Gesamtheit nur schwierig einzuordnen ist, vor allem aus europäischer Perspektive. Nationalismus in der Tradition der 1920 und 1930er Jahre findet sich auch nach 1945 in zahlreichen Regierungen Lateinamerikas wieder, auch in solchen, die sich als linksgerichtet bezeichneten (Guatemala, Bolivien, Kuba, Panama, Peru, Nicaragua, Venezuela).

Genuin „linke Gesinnung“ entstammt in Lateinamerika meist indigenistischem Gedankengut, wie wir es beispielsweise bei den drei peruanischen Intellektuellen José Carlos Mariátegui, Luis E. Valcárcel und Gonzales Prada finden. Auf einen sozialistischen Inkaismus referierend,²⁵ versuchten sie diesen mit marxistischen Ideen zu vermengen. Dabei knüpften sie genauso an die Tradition des utopischen Sozialismus der jakobinischen Sansculotten (aus der Französischen Revolution) wie an jesuitische Modelle aus der Zeit des „Jesuitenstaates“ an. Ihre Ziele waren die Zerstörung konservativen Strukturen der weißen Kolonieoligarchie sowie der Kampf gegen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

²⁵ Louis Baudin: *Essais sur le socialisme. I. Les Incas du Pérou*, Paris 1944.

Insbesondere nach den gescheiterten bürgerlichen Revolutionen von 1848/49 flohen tausende Protagonisten vor der Reaktion des Neoabsolutismus in die Amerikas. Ideen, wie die des Utopischen Sozialismus wurden im Exil weiterentwickelt, wobei der gelebte Liberalismus in den Amerikas diese Entwicklungen förderte. In den Amerikas fanden keine bürgerlichen Revolutionen statt. An ihre Stelle tritt der Kampf der kreolischen Aristokratie um Unabhängigkeit von den europäischen Metropolen. Dennoch kam es im 19. Jahrhundert in Lateinamerika nicht zu revolutionären Prozessen: ein 1830, 1848 oder 1870/71 blieb aus, sodass sich die revolutionären Erfahrungen auf die kolonialen Unabhängigkeitsprozesse sowie die Auseinandersetzungen zwischen Zentralismus und Föderalismus beschränkten, die weitgehend von den bereits „eingeborenen“ wirtschaftlichen Eliten forciert wurden. Diese „Revolutionen von oben“ standen nicht in Verbindung zu linken und linksliberalen Bewegungen und ihren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit für alle Staatsbürgerinnen, sondern folgten der Prämisse der Errichtung territorialer Nationalstaaten. Die brutalen Ausrottungskriege gegen die native Bevölkerung zwischen Feuerland und Alaska (1830 bis 1930) sind Ausdruck dieser Politik. Widerstand gegen den Genozid an den Erstamerikaner*innen fand um die Jahrhundertwende den Weg in die politischen Programme linker und liberaler Bewegungen, wodurch sie sich von ihren europäischen Pendanten unterschieden.

Erfolgreiche kommunistische Parteien feierten vor 1945 in den Amerikas Erfolge. Parallel zum Ausbruch der bolschewistischen Revolution 1917 im zaristischen Russland gewinnen andere revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik an Momentum. Geleitet werden die Strömungen von sozialistischen Klubs, Gewerkschaften und auch zum Teil Parteien, die links bzw. sozialistisch aufgestellt sind. Die seit 1911 stattfindende mexikanische Revolution war auch gleichzeitig ein Motor revolutionärer Bewegungen, die auch aus dem linken Spektrum operierten. Die Bewegung unter Emiliano Zapata war

eine Bauernbewegung, die für gleiche Rechte der Indigenen innerhalb der Mexikanischen Revolution kämpfte. Die zapatistischen Aktivitäten erreichten 1912/13 ihren ersten Höhepunkt, nahmen 1915 noch an Intensität zu, als es zu einer Kooperation mit dem Revolutionär Pancho Vila kam, dessen Politik anarchistische Züge hatte.

Konservative und liberale Eliten antworteten häufig mit militärischer Repression auf die linken Proteste. Die enge Zusammenarbeit zwischen Militär und Justiz wurde für sie zum Schlüssel für die Aufrechterhaltung der Staatssicherheit. Stalins aktive internationalistische Politik bereitete dem politischen Gegner Kopfzerbrechen. Bis zur Konsolidierung der UdSSR (1922-26) agierten die sozialistischen und kommunistischen Parteien, Verbände und Gewerkschaften in Lateinamerika und der Karibik weitgehend autonom. Die Kommunistische Internationale richtete ab 1924 ihren Fokus auch auf den amerikanischen Kontinent und die Karibik und unterstützte dabei den Aufbau von Parteistrukturen, die den Sturz des Kapitalismus im Sinne einer Weltrevolution vorbereiten sollten. So mancher lateinamerikanische Präsident „kokettierte“ mit der Unterstützung durch Stalin. Letztlich übte jedoch der europäische Faschismus auf Lateinamerika eine größere Anziehungskraft aus, vor allem der italienische, spanische und portugiesische), zudem er auch von den USA als kleineres Übel betrachtet (und auch akzeptiert) wurde.

Antikommunistisch, aber nicht unbedingt immer US-freundlich entwickelten sich die Diktaturen in Argentinien. Mehrere argentinische Offiziere der militärischen Geheimorganisation *Grupo de Oficiales Unidos* (GOU), zu der auch der spätere Präsident Juan Perón gehörte, verbrachten in den 1930er Jahren mehrere Jahre in Mussolinis Italien und Hitlers Deutschem Reich, um den Faschismus zu studieren. Der Putsch der GOU im Juni 1943 gilt als erster erfolgreicher faschistischer Staatsstreich in den Amerikas. Erst im Februar 1945 erklärte man in letzter Minute (so wie auch Ecuador und Paraguay) Hitler den Krieg. Bis auf Chile hatten

alle lateinamerikanischen Staaten dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Perón, der 1946 die Wahlen als Kandidat der Arbeiterpartei gewinnen konnte, hatte sich als Arbeitsminister der regierenden Militärjunta (1943-1945) einen guten Namen in der Arbeiter*innenschaft Argentiniens erarbeitet.²⁶ Der Peronismus, der auch als *Justicialismus* bekannt ist, versuchte einen „Dritten Weg“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu gehen, um Argentinien als amerikanisches Gegenmodell zu den USA positionieren.

Sicherlich hatte der Nichtangriffspakt zwischen Hitlerdeutschland und der durch Stalin geführten Sowjetunion im Jahre 1939 die Position extrem rechter und linker Gruppen in den Amerikas geschwächt, was Washington mit seiner panamerikanischen Politik zu nutzen wusste. Spätestens seit dem US-britischen „Destroyers-for-Bases-Agreement“ von 1940 versuchte Washington, die lateinamerikanischen Staaten als Verbündete gegen Hitler und seine Verbündeten zu gewinnen.²⁷

Der Sieg gegen die Achsenmächte 1945 war ein Sieg des Westens und des Ostens über den Faschismus in Europa und Asien. Der militärische und politische Erfolg Moskaus in Europa und anderen Kriegsschauplätzen bestätigte die lateinamerikanische Linke in ihrem antifaschistischen Kampf, in dem sie sich auch Anti-imperialismus an die Fahnen heftete. Dieser war fast immer gegen die hemisphärische Hegemonialmacht USA gerichtet, demnach sozialistisch-antiimperialistisch. So gelang es beispielsweise der guatemaltekischen Linken unter dem Präsidenten Prof. Dr. Juan José Arévalo Bermejo, bei den Wahlen 1945 an die Macht zu gelangen und den „Geistigen Sozialismus“ auszurufen.²⁸ Sein Nachfolger

²⁶ Felix Luna: Perón y su tiempo. Buenos Aires 1990; Fermín Chávez.: Perón y el peronismo en la historia contemporánea. Buenos Aires 1975.

²⁷ Brasilien stellte sogar Truppenkontingente (ca. 25.000 Soldaten) für die Krieg gegen Hitler in Europa (vor allem Italien) ab. Ricardo Neto Bonalume: A nossa Segunda Guerra: os brasileiros em combate, 1942-1945. Expressão e Cultura. Rio de Janeiro 1995.

²⁸ Piero Gleijeses: Shattered Hope: The Guatemalan Revolution and the United States, 1944–1954. Princeton 1991.

Jacobo Arbenz Guzman setzte diesen Weg fort, bis er 1954 durch die CIA und Contras weggeputscht wurde. In Venezuela hatte sich 1945 eine linksgerichtete Junta aus linken Sozialdemokraten (*Acción Democrática*) und Militärs an die Macht geputscht, nachdem dort seit 1908 permanent Militärdiktatoren (Juan Vicente Gómez, 1908-1935, Eleazar López Contreras, 1935-1941 und Isaías Medina Angarita, 1941-1945) regiert hatten.²⁹

Der Koreakrieg (1950-1953) fand in Kontinentalamerika und der Karibik kaum Unterstützer; außer Kolumbien und Kanada, die Truppen nach Asien schickten, unterstützten nur noch Kuba und El Salvador die multinationale Armee der UNO gegen das kommunistische Triumvirat (Nordkorea, China und die Sowjetunion). Hinzukam, dass sich im April 1952 in Bolivien der *Movimiento Nacionalista Revolucionario* (MNR) in einer „nationalen Revolution“ gegen die rechten Militärs durchsetzen konnte. Der MNR nahm sich die mexikanische Revolution zum Vorbild und begann mit der Verstaatlichung der ausländischen Minen im Land und startete eine Agrarreform.³⁰

Weiteres Ungemach braute sich in der britischen Kolonie British Guiana zusammen, wo Churchill nach der Wahl des linksgerichteten Arztes Cheddi Berret Jagan im Frühjahr 1953 eine Sowjetisierung Guianas vermutete und britische Truppen in den Nordosten Südamerikas entsandte, um den gerade eben erst gewählten jungen Chief Minister wieder abzusetzen.³¹

Mit dem Sieg der UdSSR über den Faschismus und Nationalsozialismus in Europa und Asien im Zweiten Weltkrieg sowie der Etablierung kommunistischer Regierungen in Osteuropa und Asien erhielt der Kommunismus ein Siegerimage, das

²⁹ Rafael Arráiz Lucca: El "trienio adeco" (1945-1948) y las conquistas de la ciudadanía. Caracas 2011; Jorge Olavarria: La Revolución Olvidada. Caracas 2008.

³⁰ Forrest Hylton/ Sinclair Thomson: Revolutionary Horizons: Past and Present in Bolivian Politics, London, New York 2007.

³¹ Colin A. Palmer: Cheddi Jagan and the Politics of Power: British Guiana's Struggle for Independence. Chapel Hill 2010.

ihm in Lateinamerika und der Karibik große Sympathien einbrachte. Um sich aus der wirtschaftlichen und politischen Umklammerung Washingtons zu lösen - der Zweite Weltkrieg hatte diese noch intensiviert –, hoffte vor allem das antiimperialistische Lager in Lateinamerika und der Karibik auf Unterstützung durch die Sowjetunion, die ihrerseits im Hinterhof der USA Einfluss gewinnen wollte. Dies führte in Folge zur indirekten und direkten Konfrontation zwischen den USA und ihren Verbündeten auf der einen sowie der UdSSR und ihren Bruderstaaten auf der anderen Seite.

Bereits 1945 übertrug sich diese Konfrontation auf die Situation in Venezuela, wo ein Putsch der linksgerichteten *Acción Democrática* (AD) den Militärdiktator Isaias Medina hinwegfegte. In Guatemala gewann Juan José Arévalo Bermejo 1945 mit seinem „geistigen Sozialismus“ die Wahlen, wobei er sich auf die beiden linken Putschisten Hauptmann Jacobo Árbenz und Major Francisco Arana stützte. Beide Fälle waren Warnung genug, sodass die USA weiterhin an ihren rechtsgerichteten Diktatoren auch nach 1945 festhielt (z.B. Somoza, Trujillo) sowie neuen Militärmachthabern den Weg zur Präsidentschaft ebnete, teilweise auch mit militärischer Unterstützung (z.B. Castillo Armas, Stroessner, Aramburu Silveti Duvalier „Papa Doc“). Bis zum Sieg der Revolution auf Kuba im Jahre 1959 gelang es den USA, alle linksgerichteten Regierungen zu stürzen (z.B. Venezuela, Guatemala) oder sie zu „deradikalisieren“ (z.B. Bolivien), um den Einfluss der Sowjetunion auf die westliche Hemisphäre zurückzudrängen. Der militärische und politische Erfolg Fidel Castros über den von den USA unterstützten kubanischen Militärdiktator Fulgencio Batista im Dezember 1959/Januar 1960 und die Ausrufung einer sozialistischen Revolution provozierte eine klare Reaktion Washingtons, Spätestens 1961 war der Kalte Krieg mit voller Wucht in Lateinamerika und der Karibik angekommen. Die Niederlage der von den USA unterstützten Konterrevolutionäre in der Schweinebucht im April 1961 verschärfte den Konflikt zwischen

den USA und der UdSSR und zog Lateinamerika in ihren Bann. Fidel Castro forderte von Nikita Chruschtschow einen atomaren Raketenschutzschild, woraus sich im Herbst 1962 die Raketenkrise (auch als Oktoberkrise oder karibische Krise bekannt) entwickelte, die unseren Planeten bis an den Rand eines nuklearen Krieges führte. Schweinebucht und Raketenkrise stärkten das Ansehen Fidel Castros und seiner Revolutionäre (vor allem Che Guevara) und bestärkte jene linken Gruppierungen in ihrem Weg in den Untergrund (Guerilla). Vor diesem Hintergrund sind sowohl die Gründungen zahlreicher marxistisch-castristischer Guerillabewegungen in Lateinamerika und der Karibik zu sehen wie z.B. in Venezuela, Kolumbien, Argentinien, Bolivien, Peru, Nicaragua, El Salvador) als auch der Aufstieg linksnationalistischer Militärs in Peru, Panama und Suriname zu beobachten. Aber auch bereits lange etablierte Linksparteien bedienten sich plötzlich castristischer und marxistischer Rhetorik und verließen den moderaten Weg der Sozialdemokratie. In Brasilien, der Dominikanischen Republik, in Chile und auf Jamaika gewannen in den 1960er und frühen 1970er Jahren Kandidaten dieser moderaten Linken an den Wahlurnen. Da ein Sieg auf demokratischer Ebene äußerst unwahrscheinlich schien, intervenierte Washington offen und verdeckt in den genannten Staaten, um die Linksregierungen zu stürzen, was auch gelingen sollte. Aus der Frustration heraus kam es auf Grenada und in Nicaragua 1979 zur gewaltsamen Vertreibung der US-freundlichen Regime durch marxistische Bewegungen.

Doch auch in dieser zweiten Phase von 1959 bis 1990 gelang es den USA, die meisten linksgerichteten Regierungen, mit Ausnahme Kubas, zu stürzen oder sie zu „deradikalisieren“. Dabei unterstützte Washington mit Hilfe der CIA (zu den Beratern zählten auch flüchtige Nationalsozialisten) gewalttätige Militärputsche in Brasilien (1964), in Bolivien (1971), in Uruguay und Chile (1973) sowie in Argentinien (1976). Zu direkten militärischen Interventionen kam es in der Dominikanischen Republik 1965, auf der Karibikinsel Grenada 1983 sowie im

Jahre 1989 in Panama. Die USA unterstützten zudem „Gegenarmeen“ wie etwa die *Contras*, die von Honduras aus gegen das sandinistische Nicaragua kämpften (1981-1990). Die Folge dieser hemisphärischen Politik war oft die Etablierung brutale Militärdiktaturen, die ihre Legitimität aus der Auseinandersetzung des Kalten Kriegs ableiteten. Ziel war stets die Verhinderung eines zweiten Kubas in Lateinamerika und der Karibik, doch waren die eigenen nationalen, regionalen und sozialpolitischen Interessen nicht immer mit den Interessen der USA kompatibel.

Eines der Hauptmotive für den Putsch von 1976 in Argentinien war die schwierige ökonomische Situation, die vollkommen aus dem Ruder zu laufen drohte. Dafür verantwortlich machten die Militärs und ihre Unterstützer aus der weißen Oberschicht die politische Linke im Land, die ich ihrer Ansicht nach Argentinien während der Perón-Jahre von 1973 bis 1976 destabilisiert hätte. Immer wieder übernahmen Militärs das politische Kommando und riefen importsubstituierende Maßnahmen als Allerheilmittel aus, nur wollten sich wirtschaftliche Erfolge nicht einstellen. War es Perón in seinen ersten beiden Präsidentschaften noch möglich, die Kluft zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen über die Gewerkschaften „zu überwinden“, so gelang ihm dies in seiner letzten Regierungszeit (1973-74) nicht mehr. Neben den gesellschaftlichen Umbrüchen und ökonomischen protektionistischen Reformen des Peronismus, zeichnete diesen vor allem auch seine Neutralität, die als „Dritter Weg“ bezeichnet wird, hinsichtlich des sich entwickelnden Kalten Krieges aus. 1955 putschten rechte Militärs mit Unterstützung Washingtons gegen Präsident Perón, ein Ereignis, das sich 21 Jahre später gegen die Präsidentin Perón wiederholen sollte. Zahlreiche Anhänger*innen des Peronismus wurden gnadenlos verfolgt und vertrieben, die Republik in Antiperonisten und Peronisten gespalten, militärisch-diktatorische und zivil-demokratische Regierung wechselten einander ab.

Ohne Zweifel radikalisierte sich die argentinische Linke in den 1960er Jahren, vor allem unter dem Eindruck der kubanischen Revolution, zu deren Ikonen der argentinische Guerillero Che Guevara wurde. Die Rückkehr Peróns aus dem spanischen Exil sollte die festgefahrenen Fronten zwischen rechts und links aufweichen, doch überlebte er seine 1973 begonnene dritte Präsidentschaft um nicht einmal ein Jahr. Ihm folgte seine konservative Frau Isabel Perón, wodurch die Gräben zwischen rechten und linken Peronisten noch tiefer wurden. Die unter Isabel Perón gegründeten Paramilitärs zur Bekämpfung des Kommunismus, die Triple A (Alianza Antiimperialista Argentina), töteten führende Oppositionelle. Der Putsch der Militärs im März 1976 besiegelte die Errichtung einer neuen Diktatur in Argentinien.

CONCLUSIO

Die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik lehrt uns, dass die europäische Militarisierung des Raumes bereits mit der Conquista begann. Kolonien waren immer auch Militärprovinzen, wobei den Generalkapitanien und Kapitanien exekutive Gewalt zukam. Diese wurde in kolonialer und postkolonialer Zeit immer wieder auch diktatorisch ausgeübt. Notwendig wurde dies durch die permanenten Angriffe durch innere und äußere Feinde.

Viele der europäischen Konflikte wurden in die Amerikas verlagert und fanden wie beispielsweise der niederländische Unabhängigkeitskrieg (auch als 80-jähriger Krieg von 1568 bis 1648 bekannt), der Spanische Erbfolgekrieg (1700 -1713/14), der Asiento-Krieg (1739 – 1743), der Siebenjährigen Krieg (1756-1763), der Amerikanische Unabhängigkeitskrieg (1775-1783) sowie fast alle sieben Koalitionskriege (1793-1815), auch in den Amerikas statt. Ein direktes Resultat dieser Kriege war die Gründung von Militärregierungen (juntas).

Zur Zeit der großen Unabhängigkeitskriege war das spanische Kolonialreich ein Fleckentepich, auf dem nur einige Städte unter kolonialer Kontrolle sowie Korridore miteinander verbunden waren. Es war den neuen Nationalstaaten vorbehalten, die beanspruchten Territorien zu bevölkern, was zu neuen Kriegen und Abhängigkeiten führte, diesmal mit verschiedenen europäischen und amerikanischen Mächten. Insbesondere die USA nutzten die Gunst der Stunde und schickten ihre marines. Das 20. Jahrhundert war wie kein anderes von den imperialistischen Bestrebungen der USA geprägt. Unabhängigkeiten existierten und existieren nur mehr auf Papier, waren doch die meisten Inseln und Küstensäume von den USA besetzt. Ideologisch gewann der Nationalismus hinsichtlich der Territorialfrage in Lateinamerika und der Karibik an Bedeutung. Die nationale Gesinnung sollte helfen, das auf Karten beanspruchte Territorium endlich unter staatliche Kontrolle zu bringen, ein Prozess, der in Europa im 18. Jahrhundert weitgehend abgeschlossen ist. Um all das durchzusetzen, bedurfte es nationaler Militärs und keiner Söldner.

Die meisten nationalen Armeen übernahmen das Präsidentenamt während des Staatswerdungsprozess über einen klassischen Putsch. Eine interessante Ausnahme bildet Brasilien, das im 19. Jahrhundert in eine unabhängige Monarchie umgewandelt und von einem Kaiser regiert wurde.

MICHAEL ZEUSKE

DIE ZWEITE REPUBLIK 1933–1958: KUBA UNTER BATISTA

GESCHEITERTE MASSENREVOLUTION UND MILITÄRISCHE STABILISIERUNG (1933–1940)

Seit Mitte 1930 entwickelte sich eine urbane Revolutionsbewegung, die im August und September 1933 ihren Kulminationspunkt erreichte. In diesem historischen Moment schlossen sich Aktivisten der Studentenbewegung, untere Armeerränge, vor allem Sergeanten, Unteroffiziere, und Reformintellektuelle für kurze Zeit zusammen. Die seit den frühen zwanziger Jahren heranwachsende patriotische Bewegung zur nationalen Erneuerung lieferte die Leitideen sowie Rhetoriken in unterschiedlicher Färbung und verband sich mit zeitgenössischen Ideologien und praktischen politischen Strömungen.¹ Die Bewegung ging von Havanna und erstmals nicht aus dem *Oriente* oder einer anderen Provinz aus. Ihre Hintergründe waren massive Arbeitskämpfe unter anarchosyndikalistischer, kommunistischer oder trotzkistischer Führung² in den Städten. Das Machado-Regime repräsentierte in der Machtspitze und an der Basis der Macht auf dem Lande die Herrschaft der aus den Unabhängigkeitskriegen hervorgegangenen „patriotischen“ Generale und Obristen. Nach dem Zusammenbruch des Regimes in Havanna kam es zu einem Machtvakuum vor allem auf dem Lande und zu einer breiten Massenmobilisierung in den Zuckergebieten des „großen“ Kuba. Hier hatten sich die *Coroneles* der Unabhängigkeitskriege zu Großagrariern

¹ Anna Cairo Ballester: La revolución del 30 en la narrativa y el testimonio cubanos. La Habana 1993.

² Luchas obreras contra Machado, recopilación e introducción de Mirta Rosell. La Habana 1973.

gewandelt; hier beherrschten die Latifundien und ausländische Central-Besitzer das flache Land. Sie kontrollierten das Land, die wirtschaftliche Macht, die Klientelschaften und Schlägertrupps, die sich nun als "gute Patrioten" delegitimiert sahen. Landarbeiter besetzten *Centrales* und *Sowjets* aus. Lange unterdrückte Gewalt und Rachegefühle machten sich als Terror und Lynchjustiz Luft. Landlose Bauern okkupierten Ländereien oder verteidigten sie vor dem Zugriff der Plantagensellschaften.³ Die eigentliche Massenrevolution hat auf Kuba 1933-1935 stattgefunden. Eine kurzfristige Regierung der alten Elite unter dem Sohn von Carlos Manuel de Céspedes, Carlos Miguel de Céspedes, wurde durch die Massenmobilisierung hinweggefegt.

Nach dem Sturz der oligarchischen Regierung Céspedes formierte sich eine Pentarchie, in der sich bald der Nationalreformer Ramón Grau San Martín (1887–1969) durchsetzte. Er übernahm das Präsidentenamt. Grau war Medizinprofessor der Universität Havanna, mithin ein Doktor. Auch Militärs nahmen an der Revolution teil. Noch keine Generäle, sondern Unteroffiziere der *Unión Militar Revolucionaria*.⁴ Innenminister wurde der Martianer – er versuchte das Martí-Programm einer Republik „für alle und mit allen“ umzusetzen – Antonio Guiteras Holmes (1906–1935).⁵

³ Pablo De la Torriente Brau: Realengo 18. La Habana 1962; V. Rovira, S. García: Los »soviets« de Nazábal, Hormiguero y Parque Alto de la provincia de las Villas. In: Islas, Nr. 31, Santa Clara (oct.-dic. 1968), S. 221-253; Barry Carr: Identity, Class, and Nation: Black Immigrant Workers, Cuban Communism, and the Sugar Insurgency, 1925–1934. In: HAHR, 78:1 (1998), S. 83–117; Ders.: Mill Occupations and Soviets: The Mobilization of Sugar Workers in Cuba 1917-1934. In: Journal of Latin American Studies. Vol. 28 (1996), S. 129–158.

⁴ M. Franco Varona: La revolución del 4 de septiembre. La Habana 1934; Luis E. Aguilar: Cuba 1933: Prologue to Revolution. Ithaca, NY, 1972.

⁵ Olga Cabrera: Guiteras, la época, el hombre. La Habana 1974; José Tabares del Real: Guiteras. La Habana 1975.

Fulgencio Batista y Zaldívar (1901–1973)⁶, vom Zuckerschnitter, Gelegenheitsarbeiter, Sergeanten und Telegraphen-Schnellschreiber (Taquigraph) zum Obersten und Chef des Generalstabes⁷ aufgestiegen, übernahm die Rolle des starken Mannes im Hintergrund.⁸ “Vom Schicksal ausgewählt” war sein Motto für die Rolle, die er in der kubanischen Geschichte spielen wollte. Er paktierte zunächst mit der Grau-Regierung. Dann schlug er einen Aufstand des alten Mambi-Offizierskorps nieder. Batista ließ die Offiziere im kurz zuvor eröffneten *Hotel Nacional* einfach zusammenschießen.⁹ Wenig später wurde die alte Armee aufgelöst und ein “konstitutionelles Heer” in der Tradition von 1906 geschaffen.¹⁰ Damit schuf Batista einen Aufstiegskanal für vor allem farbige Unterschichten. Er stand in Verbindung mit dem Botschafter der USA, Jefferson Caffery, und begann Heer, *Guardia Rural* und paramilitärische Terrorgruppen gegen Landarbeiter und bald auch gegen städtische Streikbewegungen einzusetzen. Grau unternahm kaum etwas dagegen, um die traditionellen Kräfte im Lande zu beruhigen.

Rituale symbolisieren politische Grundhaltungen; Performanz verschafft ihnen Authentizität. Grau verweigerte beim Präsidentenschwur der Verfassung von 1901 die

⁶ Tabares del Real: Batista: contrarrevolución y reformismo. 1933-1945. In: Temas, no. 24-25 (enero-junio de 2001), S. 66-82; Robert Whitney: State and Revolution in Cuba. Mass Mobilization and Political Change, 1920-1940. Chapel Hill & London 2001, S. 122-123.

⁷ “Decreto no. 1538”. In: Hortensia Pichardo (Hrsg.): Documentos para la historia de Cuba. 5 vols. In 4 Bden. La Habana 1973, IV/Primera Parte, S. 24.

⁸ Antoni Kapcia: Fulgencio Batista, 1933-1944; From Revolutionary to Populist: In: Authoritarianism in Latin America Since Independence ed. W. Fowler, Westport, CT.: Greenwood 1996, S. 73-92.

⁹ Louis A. Pérez Jr.: Army Politics, Diplomacy and the Collapse of the Cuban Officer Corps: The ›Sergeants‹ Revolt of 1933. In: Journal of Latin American Studies 6 (1), 1975, S. 59-71; Federico Chang: El ejército nacional de la república neocolonial, 1899–1933. La Habana 1981; Rafael Fermoselle: The Evolution of the Cuban Military: 1492–1986. Miami 1987; Kapcia: The Siege of the Hotel Nacional, Cuba 1933: A Reassessment. In: J. Lat. Amer. Stud., 34 (2002), S. 283-309.

¹⁰ Pichardo: Documentos, IV/Primera Parte, S. 327-328.

Anerkennung, weil sie das Platt-Amendment enthielt. Er schwor nicht auf die Verfassung. Im Gegenzug hatten die USA seine Regierung nicht anerkannt. Die Regierung Grau San Martín war aus unterschiedlichsten Anti-Machado-Kräften zusammengesetzt. Sie zerbrach am Widerstand der USA und an der Ablehnung der kubanischen Oberschichten. Sie zerbrach auch an der Konkurrenz der Militärs und an der Unkontrollierbarkeit der sozialen Bewegungen (aber auch deren Unfähigkeit, sich national zu organisieren), obwohl die Regierung eine wahre Flut von Dekreten zur Regelung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme (unter anderem auch ein Sozialversicherungssystem und das Frauenwahlrecht¹¹) erließ. In der neuen Regierung entstanden schnell innere Widersprüche. Unter dem Druck der Massenbewegung wurden die exponiertesten Mitglieder der alten politischen Elite aus dem öffentlichen Sektor entfernt¹² und zum Teil bestraft, der Acht-Stunden-Tag dekretiert, ein Arbeitsministerium geschaffen und Mindestlöhne im Zucker eingeführt.¹³ Mit dem Nebeneffekt, die Arbeiterbewegung zu spalten, wurde im November 1933 ein “Gesetz zur Nationalisierung der Arbeit” erlassen, nach dem fünfzig Prozent der Beschäftigten einer Firma Kubaner sein mussten.¹⁴ Das dazugehörige Gesetz über die Ausweisung (“Repatriierung”) arbeitsloser Ausländer gehört nicht zu den Ruhmesblättern kubanischer Legislation.¹⁵

Wäre das Heer wirklich auf der Seite der Regierung gewesen oder hätte ein Mann wie Guiteras militärische und zivile Führung vereinigen können, hätte die Revolution von 1959 schon 1933 beginnen können. Aber das sind “Was-Wäre-

¹¹ Das hatte de jure schon Machado in seiner Verfassungsänderung gewährt, aber es war von der Opposition abgelehnt worden; siehe: Doris Henning: *Frauen in der kubanischen Geschichte*. Frankfurt am Main 1996, S. 130 ff; Pichardo: *Documentos, IV/Primera Parte*, S. 193.

¹² Ebenda, S. 66-71.

¹³ Ebenda, S. 83-88; 190-193.

¹⁴ Ebenda, S. 98-100.

¹⁵ Viele Haitianer wurden, vor allem von kubanischen Colonos und Zuckerunternehmern, die Arbeitskräfte brauchten, versteckt, siehe die Einschätzung bei: Joel James Figarola, José Millet, Alexis Alarcón: *El Vodú en Cuba*. La Habana 1999, S. 53-68.

Wenn-Thesen“, die sich kein Historiker leisten kann. Sie spielten aber zweifelsohne als „historische Erfahrungen“ eine Rolle für nachfolgende Generationen und Politiker.

Die Massenbewegungen, Besetzungen und Streiks in Stadt und Land ließen die Regierung nicht zur Ruhe kommen. Die Kommunisten waren unfähig zur Führung des Prozesses. Sie nahmen zur Regierung Grau eine ultralinke Position¹⁶ ein; die Anarchosyndikalisten verweigerten eine Zusammenarbeit. Sie lehnten eine Organisation auf nationaler Ebene und „den Staat“ überhaupt ab. Die Studentenbewegung entzog Grau bald die Unterstützung. Die Trotzlisten um Sandalio Junco unterstützten Grau oder Guiteras. Diese Konstellation ermöglichte es Batista und der bewaffneten Gewalt, Zünglein an der Waage zu spielen und den Bruch mit der Hegemonialmacht zu verhindern.

Máximo Gómez vor allem, aber auch Antonio Maceo, hatten sich dem naheliegenden bonapartistischen Caudillismo verweigert; Batista nutzte die Pattsituation der gesellschaftlichen Kräfte. Im Januar 1934 zwangen Batista, die Interventionsdrohung der USA, Kommunisten und Massenbewegungen Grau zum Rücktritt. Die stärkste unter diesen Kräften war das Militär, geführt von einem listigen Populisten. Die nachrevolutionäre Diktatur war da. Es war keine reine charismatische Diktatur, sondern eher eine populistische und bonapartistisch-schlitzohrige Herrschaft. Kuba hat eine bonapartistische Tradition.¹⁷

Um die nachfolgende antirevolutionäre „Regierung des nationalen Wiederaufbaus“ von Mendieta zu stützen, gewährten die USA die offizielle Aufhebung des Platt-

¹⁶ Carlos Franqui: *Journal de la révolution cubaine*. Paris 1976, S. 566.

¹⁷ R. Whitney: *State and Revolution in Cuba*, S. 122-148; José Tabares del Real: *La revolución del 30: sus dos últimos años*. La Habana 1971; Lionel Soto: *La revolución del 33*. 3 Bde.. La Habana 1977.

Amendments,¹⁸ flankiert allerdings von einer für Kuba negativen Quotenfixierung des Zuckerexports nach dem *Jones-Costigan-Act* und einem zweiten Reziprozitätsvertrag, der Zucker und andere landwirtschaftliche Produkte bevorzugte, aber nicht günstig für die notwendige Diversifizierung war.¹⁹ Grau gründete zwar 1934 in Anlehnung an den Namen der Partei Martí den sozialdemokratischen *Partido Revolucionario Cubano (Auténtico)*.²⁰ Aber die Initiative lag längst bei Batista und der Armee sowie von der Diktatur gestützt „Regierungen der Ordnung“ (Carlos Hevia, Manuel Márquez Sterling, schließlich Carlos Mendieta). Batista und Mendieta mussten den Acht-Stunden-Tag und das Streikrecht sowie andere Gesetze der Grau-Regierung zwar formal anerkennen, bedienten sich in der Realpolitik aber vor allem der Peitsche, um die Revolution abzuwürgen. Der Generalstreik von 200.000 Arbeitern unter Führung der Gewerkschaft *Confederación Nacional Obrera de Cuba* wurde gewaltsam beendet. Die Regierung erließ bald ein Ausnahmegesetz nach dem anderen. Schnellgerichte wurden eingeführt.²¹ Ein Gesetz verkündete eine Übergangsverfassung, die *Ley Constitucional de la República de Cuba* (3. Februar 1934), die das Frauenwahlrecht positiv fest schrieb, aber das gleiche für die Sondergerichtsbarkeit der Militärs tat.²² Bereits 1935 wurde die modifizierte Verfassung von 1901 wieder gültig. Guiteras versuchte mit seiner Organisation *Joven Cuba* den militärischen Kampf im Oriente zu organisieren. Er übernahm die Symbolfarben der Anarchosyndikalisten

¹⁸ Emilio Roig de Leuchsenring: *Historia de la enmienda Platt. Una interpretación de la realidad cubana*. La Habana 1973³ (1. Auflage, 2 Bde., 1935); James Hitchman: *The Platt Amendment Revisited: A Bibliographical Survey*. In: *The Americas*, XXIII (April 1967), S. 343-369; Lejeune Cummins: *The Formulation of the Platt Amendment*. In: *The Americas*, XXIII (April 1967), S. 370-389.

¹⁹ Pérez Jr.: *Cuba. Reform & Revolution*, S. 279 f.; Ramiro Guerra y Sánchez: *La industria azucarera. Su importancia, su organización, sus mercados, su situación actual*. La Habana 1940; Ders.: *Azúcar y población en las Antillas*. La Habana 1970 (5. Auflage); Raúl Cepero Bonilla: *Azúcar y abolición*. La Habana 1971.

²⁰ Pichardo: *Documentos*, IV/Primera Parte, S. 290-317.

²¹ Ebenda, S. 321-325, 329-333.

²² Ebenda, S. 270-287.

Rot/Schwarz (zugleich die Farben Haitis und Elleguás). Die kommunistische Linke lehnte dieses als Abenteuerertum ab. Die Linke spaltete sich unter dem Druck der Niederlage weiter auf. Ein trotzkistischer *Partido Bolchevique Leninista Cubano* (PBLC, Kubanische bolschewikisch-leninistische Partei) entstand.²³ Auch der Versuch der rassistischen Rechten (Teile des ABC) nach dem Vorbild Mussolinis und Hitlers einen „Marsch auf Havanna“ zu organisieren,²⁴ scheiterte. Viele Führer des ABC fanden danach Unterschlupf in den bürgerlichen Parteien, vor allem bei den Auténticos, und machten oft im Staatsapparat Karriere. 1935 wurden Streik und Massenmobilisierung durch Einsatz von Armee und Polizei beendet. Den blutigen Schlusspunkt bildete die Ermordung von Guiteras und seiner Mitkämpfer (unter anderem des Venezolaners Carlos Aponte) im Mai 1935 bei Matanzas.

Kuba durchlebte eine Periode der Repression, des Terrorismus und verschärften Rassismus (unter anderem den Versuch, eine offen suprematistische Organisation, den Ku Klux Klan Kubano - KKKK - nach US-amerikanischem Vorbild zu etablieren²⁵), der paktierten Transition und der vom Militär abgesicherten Restabilisierung des semi-parlamentarischen Systems;²⁶ frei nach dem Heine-Wort: „Eine Revolution ist ein Unglück, aber eine verunglückte Revolution ist ein noch größeres Unglück“. Batista zog die Fäden. Er stützte sich zur Eindämmung der breiten, aber schlecht organisierten sozialen Bewegungen auf die Armee und paramilitärische Gruppen sowie auf die fortgesetzte Interventionsdrohung der

²³ Newton Briones Montoro: *Aquella decisión llamada*. La Habana 1998; Rafael R. Soler Martínez: *El partido bolchevique leninista de Cuba*. In: *Revista de la Biblioteca Nacional José Martí*, Año 90, No. 2-3 (Abril-Septiembre 1999), S. 97–116; Gary Tennant: *The Hidden Pearl of the Caribbean. Trotskyism in Cuba*. 2000, S. 77-121.

²⁴ Juan Chongo Leiva: *El Fracaso de Hitler en Cuba*. La Habana 1989, S. 21-34.

²⁵ Alejandro de la Fuente: *A Nation for All. Race, Inequality, and Politics in Twentieth-Century Cuba*. Chapel Hill & London 2001, S. 204-207.

²⁶ Foreign Policy Association [Raymond L. Buell; Leland Jenks et al.]: *Problemas de la nueva Cuba*. New York 1935; siehe auch: Buell: *The Caribbean Situation. Cuba and Haiti*. In: *Foreign Policy Reports*, Vol. IX, No. 8 (June 21, 1933), S. 82-92.

USA.²⁷ Daraus erklärt sich die Instabilität der Regierungen Carlos Hevia (16.–17. Januar 1934), Carlos Mendieta Montefür (1934-35), José A. Barnet (1935-36), Miguel Mariano Gómez Arias (Mai-Dezember 1936). Einzig die Präsidentschaft von Federico Laredo Brú (1936–1940) währte fast die volle Amtsdauer. Von all diesen Marionetten-Präsidenten war nur der Sohn von José Miguel Gómez, Miguel Mariano, gewählt worden. Als er Eigeninitiative gegenüber dem Militär erkennen ließ, wurde er gestürzt.²⁸ Alle anderen Regierungswechsel wurden von der Armee – und damit von Batista – inszeniert. Der General stand gegen den Doktor: Batista gegen Grau.

Eine Expertenkommission aus den USA, an der sich auch die Kubakenner Raymond Leslie Buell und Leland Jenks beteiligten, kam nach dem Studium der sozialen Unzufriedenheit und der Massenmobilisierung unter Führung der Gewerkschaft und der Kommunistischen Partei zu folgenden Einsichten, die fast als Zukunftsprognosen gedeutet werden können:

„Da der Fall gegeben ist, dass die Insel von den Vereinigten Staaten als ihrem Hauptmarkt abhängt, ist der Triumph des Kommunismus in Kuba schwer vorstellbar während die Vereinigten Staaten ihr kapitalistisches System beibehalten.“²⁹

Ein „kommunistisches Kuba“ wurde zwar verneint, aber die Denkooption war da! Auch die Blockade beschäftigte die Experten schon:

„Im Falle einer möglichen wirtschaftlichen Blockade des Auslandes, könnte sich die innere Wirtschaft Kubas stärken ... die Stimulierung des Handels mit der Sowjetunion würde den

²⁷ Irwin F. Gellman: Roosevelt and Batista: Good Neighbor Diplomacy in Cuba, 1933–1945. Albuquerque 1973; R. Whitney: The Architect of the Cuban State: Fulgencio Batista and Populism in Cuba, 1937-1940. In: JLAS, vol. 32, part 2 (May 2000), S. 435-459; R. Whitney: What do the People 'think and feel'? Mass Mobilization and the Cuban Revolution of 1933. In: Journal of Iberian and Latin American Studies, vol. 3, no. 2 (December 1997), S. 1-31.

²⁸ Pichardo: Documentos, IV/Segunda Parte, S. 98-111.

²⁹ Foreign Policy Association: Problemas (hier zitiert nach: Pichardo: Documentos, IV/Primera Parte, S. 493-512, 512).

Austausch von Zucker gegen Weizen, Petroleum, Maschinerie und andere Produkte erlauben“.³⁰

Erst 1939 wurden demokratische Wahlen nach einem neuen Wahlgesetz³¹ abgehalten. Mit Unterstützung der Kommunisten – die damit endgültig zu einer Gewerkschaftspartei wurden – und der Regierung wurde der neue Gewerkschaftsdachverband *Confederación de Trabajadores de Cuba* (CTC) gegründet. Alle politischen Parteien konnten legal wirken, unter anderem auch ein kurzlebiger *Partido Nazi Cubano*. Obwohl sich Batista, wie der deutsche Botschafter in Havanna richtig beobachtete, auf innenpolitischem Parkett nach links bewegte, boten die Beziehungen zu Großbritannien, zu Italien, aber auch und vor allem zum faschistischen Deutschland (Handelsvertragsverhandlungen) günstige Möglichkeiten, die Spielräume gegenüber den USA zu erweitern und die wirtschaftliche Diversifizierung voranzutreiben.³²

Die Masse der Kubaner hegte während des spanischen Bürgerkrieges tiefe Sympathien für die Republikaner.³³ Die Anti-Hitler-Koalition war im Entstehen. Batista hielt sich mit feinem Gespür an die demokratischen Regeln. Ein ehrgeiziges, auf die Armee gestütztes Erziehungsprogramm³⁴ in den *Institutos cívicos*

³⁰ Ebenda, S. 512.

³¹ Riera Hernández: *Cuba Política*, S. 483ff.; Enrique Hernández Carujo: *Historia constitucional de Cuba*. 2 vols.. La Habana 1960; Auch ein neues Strafgesetzbuch war 1934 eingeführt worden. Es löste das spanische Strafgesetzbuch von 1870 ab, siehe: Kurt Madlener: *Die Entwicklung des kubanischen Strafrechts nach der Revolution*. In: Rafael Sevilla; Claus Rode (Hrsg.): *Kuba. Die isolierte Revolution? Unkel/Rhein, Bad Honnef 1993*, S. 278-303.

³² Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA-AA, B), R 114481: Handelsvertragsverhältnis zu Deutschland, Mai 1936 bis September 1939.

³³ Consuelo Naranjo Orovio: *Cuba, otro escenario de lucha. La guerra civil y el exilio republicano español*. Madrid 1988; José Luis Abellán: *El exilio español de 1939*, 7 vols.. Madrid 1978; Pichardo: *Documentos*, IV/Segunda Parte, S. 80-9; zur Beteiligung von Kubanern, siehe: Fernando Vera Jiménez: *Cubanos en la Guerra Civil española. La presencia de los voluntarios en las Brigadas Internacionales y el Ejército Popular de la República*. In: *Revista Complutense de Historia de América* 25 (1999), S. 295-321.

³⁴ Pichardo: *Documentos*, IV/Segunda Parte, S. 116-142.

co-militares für 100000 arme Bauern, die *Escuela Montuna*, Bergschule, sowie Sozialinstitutionen auf dem Lande, Tuberkulosebekämpfungsprogramme, Alters- und Kinderheime, fanden breite Unterstützung der ländlichen Bevölkerung. All dies fasste Batista im sogenannten *Plan Trienal* (Dreijahresplan) zusammen. Er setzte in nationaler Rhetorik auf Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit. Er betrieb eine Art rassistischen Populismus durch Förderung afrokubanischer *Cabildos*, Religionen und Klubs.³⁵ Batista veranlasste auch die Verteilung von Staatsländereien und ließ den Zuckerexport mäßig besteuern.³⁶ Der Kern seiner Maßnahmen war die *Ley de Coordinación Azucarera* (Gesetz zur Zuckerkoordination),³⁷ die bescheidene tarifliche und soziale Standards sicherte, aber eine langfristige Modernisierung behinderte. Batista schuf einen spezifischen neokolonialen Staatskapitalismus (der zusammen mit der iberischen Staatstradition der Bürokratisierung und Monopolvergabe eindeutig in die Traditionslinie des heutigen „sozialistischen“ Staatskapitalismus gehört).³⁸

Vor allem die tariflichen und sozialen Standards gaben 1938 den Anlass zum Versuch der kubanischen Plantagenelite und Teilen der Armeeführung, sich des nützlichen Emporkömmlings zu entledigen. Aber Batista konnte sich der Soldaten sicher sein, obwohl er, um Staatspräsident werden zu können, von seinem Posten als Oberbefehlshaber der Armee hatte zurücktreten müssen. Seine Popularität wuchs. Er bildete eine Parteienallianz, eine „kleine Volksfront“, die *Coalición Socialista Popular*, aus Liberalen, Nationalisten, Populares, Realistas, Menocalistas, *Conjunto Nacional Democrático* (CND) und *Unión Revolucionaria Comunista*. Deren Hauptgegner war die zivile bürgerliche Reformalternative unter Grau aus vor allem PRC und A.B.C. sowie *Acción Republicana* und *Partido Agrario Nacional*.

³⁵ Stephan Palmié: *Das Exil der Götter*. Frankfurt am Main 1991, S. 176;

³⁶ Pichardo: *Documentos*, IV/Segunda Parte, S. 112-115.

³⁷ Ebenda, S. 211-218.

³⁸ Tabares del Real: *Batista: contrarrevolución y reformismo. 1933-1945*. In: *Temas*, no. 24-25 (enero-junio de 2001), S. 66-82, hier S. 76.

Die Batista-Allianz reichte von den Kommunisten³⁹ des *Partido Unión Revolucionaria Comunista* (PURC), gebildet aus dem *Partido Comunista* von Blas Roca (Francisco Wilfredo Calderio, 1908-1988) und der *Unión Revolucionaria Cubana* von Juan Marinello (1898-1977), bis zum *Partido Demócrata Republicano* des ehemaligen "Kaisers" Mario Menocal.⁴⁰ In Santiago feierten die Menschen in diesem Kriegsjahr keinen richtigen Karneval; aber die *Unión*, wie die Batista-Allianz genannt wurde, ließ wenigstens neue Arbeitskleidung und Wahlplakate (sowie Geld für Rum) ausgeben, so dass die etwas eigentümliche Veranstaltung als *Carnaval de la Unión* in die Tradition der Stadt einging.⁴¹

Für die kulturelle Identität der Kubaner sind die Jahre 1929 und 1938 wichtig. 1938 entstand das neben Victor Manuel Garcías (1897-1969) *Gitana Tropical* (1929) wohl kubanischste Gemälde der Kunstgeschichte: *El rapto de las mulatas* (Der Raub der Mulattinnen) von Carlos Enríquez (1900-1957). Enríquez gab damit, wenige Jahre vor dem Einsetzen der Bilderflut in Fotografie, Printmedien und Fernsehen, zwei originellen kubanischen Mythen höchst expressive künstlerische Form: dem rebellischen Machismus der Guajiros und dem sexuellen Mythos der Mulattin.⁴²

³⁹ Jean Ortiz : Fulgencio Batista et les Communistes: qui a trompé le diable? In: Cuba sous le régime de la constitution de 1940. Politique, pensée critique, littérature, sous la direction de James Cohen et Françoise Moulin Civil, avant-propos de Paul Estrade. Paris 1997, S. 123-144; Adam Anderle : Algunos problemas de la evolución del pensamiento antiimperialista en Cuba entre las dos guerras mundiales; comunistas y apristas. Szeged 1975; R. Whitney: State and Revolution in Cuba, passim; Tabares del Real: Batista. contrarevolución y reformismo, S. 66-82.

⁴⁰ Riera Hernández: Cuba Política, S. 483-491.

⁴¹ José Millet, Rafael Brea, Manuel Riuz Vila: Barrio, Comparsa y Carnaval Santiaguero. Santiago de Cuba, Santo Domingo, Rep. Dominicana, 1997, 199-200.

⁴² Exposición de Arte en la Universidad de La Habana. 300 años de arte en Cuba, organizada por el Instituto de Artes Plásticas, La Habana 1940; José Sánchez, Carlos Henríquez: La Habana: Editorial Letras Cubanas 1996; Félix Pita Rodríguez: Apuntes para una valoración de Carlos Enríquez. In: Islas. Revista de la Universidad Central de las Villas, Santa Clara, No. 60 (Mayo-Abril 1978), S. 49-62.

Die Einbeziehung der national organisierten Arbeiterbewegung und der organisierten Linken gab Batista breite Wirkungsmöglichkeiten und stärkte den habituellen Antikommunismus der Grau-Anhänger.⁴³ Zunächst kam es zur Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung (1940)⁴⁴ nach dem Vorbild Weimars und der spanischen Verfassung von 1931, in der viele die Erfüllung der Forderungen der zwanziger Jahre und die Einlösung der Demokratisierungsversprechungen von 1933 sahen. Fernando Ortiz, der schon mit seinen Arbeiten über die Sklaven Furore gemacht hatte, legte weitere Grundlagen für die modernen Kulturwissenschaften, indem er den Begriff Transkulturation prägte.⁴⁵ Zugleich förderte er den Mythos des Zucker- und Tabak-Kubas.⁴⁶ Mittlerweile ist das Ortiz'sche „Afro“-Konzept, damals (und heute) von schwarzen Intellektuellen eher abgelehnt, weil ihrer Meinung schon der Begriff „Kubaner“ an sich eine starke „afrikanische“ Komponente enthalte,⁴⁷ eine glückliche Verbindung mit dem braudelianischen Meeresflächen- und Küstenstrukturalismus eingegangen und ist zu einem sozialgeschichtlichen und kulturhistorischen Allerweltsbegriff geworden.⁴⁸

Mit Batista erlangt der Populismus neue Dimensionen. Das mag an der politischen Geographie, nämlich an der sozio-regionalen Basis der Spitzenpolitiker Kubas verdeutlicht werden. Die Führung der Separatisten 1868–1898 hatte

⁴³ Alberto Baeza Flores: *Las cadenas vienen de lejos : Cuba, América Latina y la libertad*. México, D.F., 1960, S. 100-112.

⁴⁴ Pichardo: *Documentos*, IV/Segunda Parte, S. 329-418; Juan José Casasús: *La constitución a la luz de la doctrina magistral y de la jurisprudencia*. La Habana 1946; Leonel-Antonio De la Cuesta (Hrsg.): *Constituciones cubanas: desde 1812 hasta nuestros días*. New York 1974.

⁴⁵ Silvia Spitta: *Between Two Waters: Narratives of Transculturation in Latin America*. Houston, Texas, 1995.

⁴⁶ Fernando Ortiz: *Contrapunteo cubano del tabaco y del azúcar* (advertencia de sus contrastes agrarios, económicos, históricos y sociales, su etnografía y su transculturación), Introducción de Bronislaw Malinowski. La Habana 1940; Ders.: *El engaño de las razas*. La Habana 1975 (erste Auflage 1946).

⁴⁷ Alberto Arredondo: *El negro en Cuba*. La Habana 1939, S. 107-115.

⁴⁸ Paul Gilroy: *The Black Atlantic. Modernity and Double Consciousness*. London 1993.

ihre Basis im Oriente und Camagüey gehabt; zwischen 1902 und 1933 kamen die Präsidenten – allesamt weiße Kreolen – aus regionalen Eliten verschiedener Provinzen beziehungsweise sie hatten sich durch den Militärdienst in den Kreis der politischen Eliten aufgeschwungen, so Estrada Palma aus dem Oriente, José Miguel Gómez und Gerardo Machado aus Las Villas; Mario Menocal und Alfredo Zayas stammten aus Havanna. Ab 1933 kamen alle Präsidenten außer Carlos Mendieta und Federico Laredo Brú (beide Las Villas) aus Havanna. Aber der einflussreichste Politiker der Zweiten Republik, Fulgencio Batista, war bei seiner Mutter in bescheidensten Verhältnissen in Banes im „schwarzen“ Oriente aufgewachsen. Die Legitimität (und den zweiten Nachnamen) hatte er sich durch einen Meineid seiner Zeugen vor einem Standesbeamten erkaufte. Außerdem war er Nachkomme von Mulatten und Indios, eventuell auch von Chinesen, ein Typ, der in Kuba *Chino*, Chinese, genannt wird. Batista wurde in seiner Jugend auch *El mulato lindo*, der hübsche Mulatte, oder *Venus* genannt.⁴⁹ Batista war nicht sehr gebildet, sprach aber die Sprache des Volkes. Er kannte die Gestik kubanischer Gesprächsperformanz. Er verstand es, Menschen zu gewinnen.⁵⁰ All dies trug zu seiner Popularität bei den breiten Unterschichten bei. Das wiederum zwang fast alle politischen Kräfte, in den Konsens einzustimmen. Nachdem Batista allerdings an der Macht war, fand – fast alchimistisch – eine typische

⁴⁹ Edmund A. Chester: *A Sergeant Named Batista*. New York 1954 (eine Apologie Batistas); Fulgencio Batista: *Piedras y Leyes*, México, D.F. 1961; Michèle Olsina: *Fulgencio Batista et la politique intérieure cubaine de 1933 à 1958*, doctorat d'Etat, Paris X, 1987 (zit. in: *Cuba sous le régime*, S. 58); Hugh Thomas: *Cuba or the Pursuit of Freedom*. London 1971, S. 635ff; Rubiera Castillo: *Reyita*, S. 50; Antoni Kapcia: *Fulgencio Batista, 1933–1944. From Revolutionary to Populist*. In: *Authoritarianism in Latin America Since Independence*, ed. Fowler, L., Westport, CT.: Greenwood, 1997; *Tabares del Real: Batista. contrarevolución y reformismo*, S. 66-82.

⁵⁰ Georges Soria: *Cuba à l'heure Castro*. Paris 1961, S. 126.

Transsubstantiation seiner Ethnie statt: er wurde vom *Mulato/Chino* zu *El Indio*, dem Indigenen.⁵¹

Seit Mitte der dreißiger Jahre entwickelte sich die Bevölkerung Kubas auf eigener demographischer Basis (wozu nicht zuletzt das Gesetz zur Nationalisierung der Arbeit beigetragen hatte); das Land war kein eigentliches Einwanderungsland mehr. Etwa zwei Drittel dieser Kubanerinnen und Kubaner, vor allem aus den Unterschichten, sahen sich in irgendeiner Weise als „Negros“ – auch wenn die meisten versuchten, kulturell ihr „Weißsein“ zu demonstrieren. Das hatte tiefe Auswirkungen auf das Wahlverhalten.

Es war ein wichtiges nationales Symbol des Aufstiegs der farbigen Unterschichten, dass in der Krisenzeit seit 1933 mit Batista erstmals ein „Negro“ aus dem Oriente die politische Führung und dann 1940 auch die Präsidentschaft übernahm. Besondere Auswirkungen hatte der Aufstieg der afrokubanischen Unterschichten zunächst vor allem auf die politische Rolle und die soziale Zusammensetzung des Heeres, der Polizei und anderer bewaffneter Kräfte mit staatlicher Hoheitsgewalt, wie der *Guardia Rural*.⁵² Mit dem Aufstieg Batistas vollzog sich eine stillschweigende Aufweichung der Ethnisierung der Politik, wie sie die konservativen (auch wenn sie Liberale hießen) „weißen“ Eliten 1902 bis 1933 betrieben hatten. So unvollkommen diese neue Politik auch gewesen sein mag, sie hatte tiefgreifende Folgen. Batista war wirklich, wie Robert Whitney herausgearbeitet

⁵¹ Fuente: *A Nation for All*, S. 208.

⁵² Die Zusammensetzung änderte sich natürlich nicht sofort. 1953 aber zeigt ein Ereignis im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Moncada-Kaserne, wie sich durch die neue soziale Zusammensetzung auch der Korpsgeist geändert hatte. Als Castro und eine Gruppe von Moncadaangreifern, unter denen sich auch die beiden »Neger« Armando Mestre und Juan Almeida befanden, von einer Streife der Guardia Rural – alles Afrokubaner unter Führung des schwarzen Leutnants Pedro Sarría – gefangengenommen wurden, sagten die Guardias zu Mestre und Almeida: „Und ihr, was macht ihr hier mit diesen Weißen? Ihr seid Neger. Was könnt ihr mit denen gewinnen?“ Nach einem Erinnerungsbericht Sarrías von 1973 in Verde Olivo seien seine Guardias *konsterniert* gewesen, Schwarze bei dieser Aktion [gegen Batista] zu sehen; alles nach: Martín: *El joven*, S. 150 und 275; siehe auch Pedro Sarría: *Mi prisionero Fidel: recuerdos del teniente Pedro Sarría* [narrada a] Barrero Medina, Lázaro. La Habana 1989.

hat, der „Architekt des kubanischen Staates“.⁵³ José Tabares del Real verbleibt dagegen eher im Gefängnis des Strukturalismus, wenn er Batista nur als einen Akteur des „kubanischen Staatskapitalismus“⁵⁴ sieht, obwohl es diesen Staatskapitalismus natürlich gegeben hat und er die Zeit Batistas in der Essenz vielleicht am deutlichsten mit dem heutigen „sozialistischen“ Staatskapitalismus verbindet.

DER „LATEINAMERIKANISCHE HONIGMOND“ AUF KUBA (1940–1944)

Das Wort vom „lateinamerikanischen Honigmond“ stammt von André Gunder Frank⁵⁵ und bezieht sich auf die Tatsache, dass Lateinamerika und Kuba durch die Verwicklung der großen Mächte in Krise und Krieg eine Zeit des Wirtschaftsaufschwunges erlebten. Allerdings gab es auch eine Reihe von Schwierigkeiten, die den „Honigmond“ verdunkelten.

Nach Inkraftsetzung der sicherlich demokratischsten Verfassung, die Kuba bis dahin hatte, erlebte die Insel in der Zeit vom Zweiten Weltkrieges bis zu den Anfängen des Kalten Krieges⁵⁶ relativ stabile demokratisch-populistische Regierungen, nämlich die interventionistisch-militärische Batistas (1940–1944) und anschließend die interventionistisch-zivile der *Auténticos* unter Ramón Grau San Martín (1944–1948) sowie Carlos Prío Socarrás (1948–1952). Die neue Verfassung verfügte die Rassengleichheit, das Frauenwahlrecht, das Recht auf Arbeit sowie die Aufhebung der rechtlichen Diskriminierung illegitimer Kinder (die jetzt die zwei Nachnamen etwa der Mutter annehmen durften) und insgesamt eine sehr

⁵³ Whitney: The Architect of the Cuban State, S. 435-459.

⁵⁴ Tabares del Real: Batista: contrarevolución y reformismo, S. 66-82.

⁵⁵ André Gunder Frank: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt am Main 1968, S. 293.

⁵⁶ Harold D. Sims: Cuba. In: Leslie Bethell; Ian Roxborough: Latin America Between the Second World War and the Cold War, 1944–1948. Cambridge 1992, 217-242.

progressive Arbeitsgesetzgebung sowie eine Begrenzung des Latifundiums.⁵⁷ Die Kubaner gaben ihr allerdings schon bald den Spitznamen „die Jungfräuliche“, weil viele Artikel durch Ausführungsbestimmungen umgesetzt werden sollten, was aber nicht geschah.⁵⁸ Das betraf vor allem die Arbeitsgesetzgebung, die wirkliche Rassengleichheit und die Lebensumstände der armen Bauernschaft, speziell die Kreditvergabe auf dem Lande sowie die Begrenzung des Latifundiums. Ganz im Gegensatz zum hehren Text führten Zuckerkonjunktur und Ausweitung der Viehwirtschaft unter Bedingungen der verstärkten Nachfrage nach Zucker und Fleisch in Kriegszeiten zu Benachteiligung und Vertreibungen kleiner Bauern ohne formale Besitzrechte, *Preclaristas*, von Staatsland und von den Grenzen der Grundbesitzungen. 1943 hatte Kuba knapp 4,8 Millionen Einwohner.

In der Regierung Batista gab es, gefördert durch die Anti-Hitler-Koalition und das Volksfrontkonzept der Kommunistischen Internationale zwei Minister der PURC, Juan Marinello und Carlos Rafael Rodríguez, vor allem deshalb, weil einerseits die *Auténticos* keinerlei Allianzen mit den Kommunisten eingehen wollten.⁵⁹ Andererseits war Batista bestrebt, sich den Einfluss der Kommunisten auf die Gewerkschaften und auf die farbige Arbeiterschaft zunutze zu machen. Die PURC wechselte nach der Auflösung der Kommunistischen Internationale ihren Namen und nannte sich seit 1944 *Partido Socialista Popular* (PSP). Der PSP galt wegen

⁵⁷ Pichardo: Documentos, IV/Segunda Parte, S. 329-418 ; Cuba sous le régime de la constitution de 1940. Politique, pensée critique, littérature, sous la direction de James Cohen et Françoise Moulin Civil, avant-propos de Paul Estrade. Paris 1997.

⁵⁸ Nicolas Graizeau: Genèse, exégèse et pratique de la Constitution de 1940. In: Ebenda, S. 23-58; Juan Bautista Moré y Benítez: Leyes complementarias de la constitución. La Habana 1941; Nestor Carbonell: El espíritu de la Constitución Cubana de 1940. Madrid 1974.

⁵⁹ Batista wurde zu Beginn der vierziger Jahre auch von Kommunisten anderer Länder, beispielsweise von Otto Katz (André Simone), recht positiv eingeschätzt, siehe: André Simone: Batista, Zucker und die Atlantik-Charter. In: Freies Deutschland, 2. Jg., Nr. 10 (10. September 1943), S. 9-11.

seines fundamentalen Antirassismus als (fast) „schwarze“ Partei.⁶⁰ Diese pragmatische Politik der Kommunisten sollte sich später als Grundfehler erweisen.

Der japanische Angriff auf Pearl Harbour und die von Hitler persönlich verkündete Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, zwangen auch Kuba, dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären. Kuba trat an der Seite der Anti-Hitler-Koalition in den Zweiten Weltkrieg ein. Noch 1941 kabelte der deutsche Geschäftsträger aus Havanna:

„Staatspräsident Batista war immer USA Regierung totalitärer Neigungen verdächtig. Hinzu kommt seine aus der Revolution stammende Feindschaft mit Sumner Welles. Bei Bekanntwerden Panamavorgänge größte Bestürzung bei kubanischer Regierung angeblich auch scharfer amerikanischer Druck, dem nach langem Zögern am Jahrestage Staatspräsident nachgab und mit seiner Erklärung strikte Neutralität aufgab.[...] Gleichwohl bleibt Havanna voll von Gerüchten, daß Spannung Entfernung Batistas verlange, die soweit geht, dass englische Kreise behaupten nötigenfalls werde man vor seiner Ermordung Ende dieses Monats nicht zurückschrecken. Welles würde dann nach Havanna kommen und ‚Ordnung schaffen‘. Demgegenüber festzustellen, daß Batista nach wie vor Wehrmacht fest in der Hand hat ...“⁶¹

1942 kam es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR.⁶² Zeitweilig griff eine Kriegspanik um sich, vor allem wegen der deutschen U-Boote, die Schiffe in der Karibik angriffen, einige versenkten und damit den Zuckerexport gefährdeten und die nordamerikanische Handelsflotte beunruhigten. Literarisch verewigt worden sind jene Zeiten in Hemingways Roman „Inseln im Strom“.⁶³ Damit trug auch Hemingway bei zur Fama Kubas (und seines

⁶⁰ Fuente: A Nation for All, S. 193.

⁶¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA-AA, B), R 29677: Akten betreffend Mittelamerika 1940 bis 1943, f. 164532r.: Telegramm Nr. 264 aus Havanna vom 18. Oktober 1941 an Auswärtiges Amt in Berlin, Geschäftsträger Tauchnitz.

⁶² Diego de Pereda: El nuevo pensamiento político de Cuba. La Habana 1943; Ruby Hart Philipps: Cuba, Island of Paradox. New York 1959.

⁶³ Zu Hemingway auf Kuba siehe: Norberto Fuentes: Hemingway in Kuba. Berlin 1988.

Rums). Der Dichter Félix Pita Rodríguez schrieb in seinem Gedicht *Romance de América la bien guardada*:

“Por los caminos de Europa

Sucios de sangre y odio”

(Auf den Wegen Europas

schmutzig von Blut und Hass ...) ⁶⁴

Wirklich in Krise geriet die kubanische Wirtschaft zunächst durch den Wegfall der europäischen Märkte und den Niedergang des nordamerikanischen Tourismus während des Krieges. Allerdings glichen die Tabak- und Zuckerlieferungen in die USA und an die Westalliierten das Größte aus. Und eine der Symbolfiguren der Anti-Hitler-Koalition, Winston Churchill, rauchte sozusagen immer – wahrscheinlich sogar im Bett - Havannazigarren. Das beflügelte den Luxuskonsum; der Mythos will, dass Churchill allein 300.000 Zigarren der Luxusmarke „H. Upmann“ ⁶⁵ geraucht hat. Heute gilt der dicke Nichtsportler mit der Havanna den Freunden der Zigarrenkultur als Ikone.

Die zivilen *Auténticos* und ihre Parteienallianz konnten sich bei den Wahlen 1944 gegen den unfähigen Kandidaten der Batista-Koalition, Carlos Saladrigas, durchsetzen. Die *Auténticos* machten sich die Unzufriedenheit über die Wirtschaftskrise einerseits und die Konflikte auf dem Lande zunutze. Batista hatte ein direktes, geheimes und obligatorisches Wahlrecht eingeführt. Auch davon profitierten die Antibatista-Kräfte. Sie siegten mit antikommunistischer Propaganda, dem Mythos Grau San Martíns, Kritik der Bürger am Militarismus und den Stimmen der Landbevölkerung. Batista ging ins „Exil“ nach Daytona Beach. Er nahm seinen treuen Polizeichef Mariano Faget mit.

⁶⁴ Zitiert nach: Islas 62 (Enero-Abril 1979), S. 21. (Übersetzung durch den Autor)

⁶⁵ Eine Firma Bremer Abstammung, siehe: Fe Iglesias García: H. Upmann y Compañía, una empresa alemana en Cuba. In: Michael Zeuske, Ulrike Schmieder (Hrsg.): *Regiones europeas y Latinoamérica (siglos XVIII y XIX)*. Frankfurt am Main, Madrid 1999, S. 365-386.

Der "Honeymoon Lateinamerikas" auf Kuba findet seinen ästhetisch-visuellen Ausdruck in den kubistischen Formen der Frauenbilder und stillen, besonnenen Landschaften (wie *Río San Juan, Matanzas* ca. 1943) der Maler Víctor Manuel, im Expressionismus sowie in der kreolischen Wiedererfindung altflämischer Formen und Farben eines Jorge Arche (1905-1956) oder Antonio Gattorno (1904-1980), aber auch im modernisierten Kostumbrismus eines Eduardo Abela. Sie scheinen nicht so recht zu diesen aus heutiger Sicht recht unruhigen Zeiten zu passen. Der Betrachter ist eher geneigt, den futuristischen Muralismus eines Mario Pogolotti (1902-1088) mit seinen Klassenkampfbildern, beeinflusst von Diego Ribera (wie *Paisaje cubano*, 1933), oder den dynamischen Romantizismus von Carlos Enríquez (wie *El Combate*, 1941) für den genuinen künstlerischen Ausdruck dieser Epoche zu halten. Diese Unterschiede der Perspektiven, vor allem aber die Vielfalt der ästhetischen Sichtweisen, zeigen aber eben, dass jede Epoche eine Vielfalt von Entwicklungsmöglichkeiten beinhaltet. Seit 1927 existierte auf Kuba die ästhetische Moderne in der Malerei.⁶⁶ Die Vielfalt dieser Moderne ist auf der Insel nie zugunsten eines einzigen "Realismus" (den es auch gegeben hat) oder eines künstlichen Gegensatzes Akademie-Sezession aufgegeben worden. Große Künstler Kubas, wie Carlos Enríquez, der Surrealist Wifredo Lam (Wifredo Oscar de la Concepción Lam y Castilla, 1902-1982) oder der Schöpfer eines modernisierten tropischen Farbbarocks, René Portocarrero (1912-1985), haben nicht oder nur kurz an der Akademie studierten, weil sie sich im akademischen Ambiente nicht wohl fühlten. Trotzdem spielt die Akademie San Alejandro in den Biographien fast aller kubanischen Maler und Bildhauer eine

⁶⁶ José Lezama Lima: Paralelos. La pintura y la poesía en Cuba (en los siglos XVIII y XIX). In: Casa de las Américas VII, 41 (marzo-abril 1967, S. 46-65 (wieder abgedruckt in: Leonel Capote: La visualidad infinita. La Habana 1994, S. 66-106); Rigol: Apuntes sobre la pintura y el grabado en Cuba (De los orígenes a 1927). La Habana 1982; Juan A. Martínez: Cuban Art & National Identity. The Vanguardia Painters, 1927-1950. Gainesville 1994.

eminente Rolle, auch in den Biographien von Avant-Gardisten, wie Victor Manuel, Roberto Diago, Amelia Peláez, Eberto Escobedo, Carmelo González, Flora Fong, Roberto Fabelo oder Ángel Ramírez. In der Akademie haben, zu unterschiedlichen Zeiten, auch Cirilo Villaverde, José Martí, Carlos Baliño, Pablo de la Torriente Brau, Eduardo Chibás oder Camilo Cienfuegos ästhetische Ausbildung erhalten. Einer der Hauptwege der praktischen Ästhetik, die Malerei, neben Poesie und Musik, wohl der wichtigste Weg zum Wahren, Guten und Schönen, war auf Kuba immer der Weg der Vielfalt. Das gilt auch für Literatur und Kritik - die Zeitschrift *Orígenes* unter Lezama Lima (1944-1956), das Avantgardeblatt Kubas, ist noch heute Zeugnis dafür.

EIN DEMOKRATISCHES INTERREGNUM DER DOKTOREN (1944–1952)

Mit dem Wahlsieg der *Auténticos* war eine Chance für Reformen unter Führung von zivilen Politikern gegeben.⁶⁷ Mit Grau San Martín kam für die Kubanerinnen und Kubaner zehn Jahre nach 1933 so etwas wie der Patriarch der verratenen Revolution an die Macht. Vizepräsident wurde der konservative Raúl de Cárdenas. Die *Auténticos* beriefen sich, gestützt auf das nationale Bürgertum und die urbanen Schichten, auf die Nation und auf die unerfüllte Revolution von 1933 sowie auf José Martí.⁶⁸ Eine Kommission der PSP (Blas Roca, Juan Marinello, César Villar, Salvador García Agüero und José Luciano Franco) versicherte den neugewählten Präsidenten der Zusammenarbeit.⁶⁹ Die *Auténticos* an den Macht führten in gewisser Weise das Reformprogramm Batistas weiter, allerdings ohne sich auf eine "kleine Volksfront" mit den Kommunisten zu stützen. Sie betrieben

⁶⁷ Enrique A. Baylora: *Political Leadership in the Cuban Republic, 1944–1958*. Gainesville, Fla., 1971 (mikroverfilmte Phil. Diss.).

⁶⁸ Ottmar Ette: *José Martí*. Tübingen 1991, Teil I.

⁶⁹ Mario Morales Rodríguez: *La frustración nacional-reformista en la Cuba republicana*. La Habana 1997, S. 32.

unter dem Slogan „Kuba den Kubanern“ eine nationalistische Politik. Eine breite Demokratisierungshoffnung in der Bevölkerung trug die *Auténticos*.⁷⁰ Die USA hielten sich unter dem Slogan von der “Reife der kubanischen Demokratie“ von allzu deutlicher Einmischung fern. Während des Zweiten Weltkrieges gab es auf Kuba etwa 3.000 bis 3.500 deutsche, meist jüdische Emigranten; da Kuba ein wichtiges Tor zur Einreise in die USA war, hielten sich zeitweilig etwa 15.000 Flüchtlinge auf der Insel auf (die meisten längere Zeit in Flüchtlingslagern).⁷¹

Im Schatten der Zuckerquote und der Kriegskonjunktur hatte sich seit den unruhigen dreißiger Jahren ein kubanisches Unternehmertum entwickelt, das den Zuckersektor zu siebzig Prozent dominierte. Der Krieg stärkte die Zuckerwirtschaft.⁷² Auch die kubanische Zigarren- und Zigarettenproduktion, wie die der Firma Partagás, erweiterte sich. In den Radioprogrammen der vielen kleinen und großen Stationen - Kuba war eines der Pionierländer der populären Radiokultur mit regionalen und lokalen Sendestationen - eroberte sich die bäuerliche Gesangskultur, der *Punto guajiro cubano* (mit Alltagsthemen im Steggreifstil), zusammen mit der Werbung für kubanische Produkte, über das neue Medium ein begeistertes Massenpublikum.⁷³

In der Tendenz lief diese nationale Rhetorik jedoch, wie schon bei José Miguel Gómez und Alfredo Zayas, auf eine Art Wirtschaftspolitik hinaus, die in Zeiten guter Konjunktur die Illusion der Kubanisierung förderte und zu einem weiteren

⁷⁰ Charles D. Ameringer: *The Cuban Democratic Experience: The Auténtico Years, 1944-1952*. Gainesville, Fla. 2000.

⁷¹ Christian Cwik; Verena Muth: *European Refugees in the Wider Caribbean in the Context of World War II*. In Karen E. Eccles and Debbie McCollin (Hrsg.): *World War II and the Caribbean*. Kingston 2017, S. 256-288; Detlev Brunner: *Fritz Lamm – Exil in Kuba*. In: Helga Grebing, Christl Wickert (Hrsg.): *Das “andere Deutschland” im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich*. Essen 1994, S. 146-172.

⁷² M. Morales Rodríguez: *La frustración nacional-reformista*, S. 19-29.

⁷³ *Decimas recobradas del aire y del olvido, estudio y antología, prólogo María Teresa Linares*. La Habana 1997.

Anstieg des Pfründenwesens im Staatsapparat und der Korruption führte. Wegen dieser allgegenwärtigen Korruption⁷⁴, wegen der Unsicherheit und wegen der sich ausbreitenden Gewalt sowie der Inkonsequenz der Parteiführer in entscheidenden Fragen entfremdeten sich viele Anhänger der Führung der *Auténticos*. Der demokratische Konsens wurde schnell untergraben.

Als ihre breite soziale Basis sahen die *Auténticos* die gleichen städtischen Klassen an wie die Kommunisten.⁷⁵ Deshalb auch die scharfe Konkurrenz, die erst nach dem Beginn des Kalten Krieges 1947 voll zum Durchbruch kam. Anlass war vor allem der Versuch, die Führung der Kommunisten über die Gewerkschaften, speziell über die Großgewerkschaft *Confederación de Trabajadores de Cuba*, durch die *Comisión Obrera Auténtica* – ein verlängerter Arm des Arbeitsministeriums unter dem ehemaligen Kommunisten (und ehemaligen Trotzlisten) Eusebio Mujal – zu brechen.⁷⁶ Als dies zunächst misslang, gingen die *Auténticos* zum Staatsterror über. Das brachte, zusammen mit antikommunistischem Druck aus den USA, den Erfolg. Dabei bediente sich die Führung der *Auténticos* der Mitglieder der zu Beginn der dreißiger Jahre entstandenen radikalen Organisationen, die jetzt jegliche ideologische Bindung verloren hatten und zu Politmafias (vulgo *gangsterismo* bzw. *bonchismo*, von *bonche*, Krawall) verkommen waren. Konzentriert in Havanna, gab es fast ein Dutzend dieser Organisationen, die starken Einfluss auf die Studentenschaft ausübten und sich oft aus dieser rekrutierten. Von außen breitete sich die Mafia aus den USA über Kuba aus, vor allem im Hotelgewerbe und Glücksspielsektor.

⁷⁴ Ernesto Vignier, Gerardo Alonso: La corrupción política y administrativa en Cuba, 1944–1952. La Habana 1963; M. Morales Rodríguez: La frustración nacional-reformista, S. 48–50, 171.

⁷⁵ Theo R. Crevenna (Hrsg.): Materiales para el estudio de la clase media en América Latina, 6 vols.. Washington, D.C., 1950/51, Bd. II, S. 30–89.

⁷⁶ Harold D. Sims: Collapse of the House of Labor: Ideological Divisions in the Cuban Labor Movement and the U.S. Role, 1944–1949. In: Cuban Studies/Estudios Cubanos XXI (1991), S. 123–147.

Grau machte gegen Wahlunterstützung und Hilfe der Politgangster Fabio Ruiz von der *Acción Revolucionaria Guiteras* (ARG), Nachfolgeorganisation der *Joven Cuba* von Guiteras, zum Polizeichef von Havanna. Mario Salabarrías vom *Movimiento Socialista Revolucionario* (MSR), dem auch Rolando Masferrer, Boris Goldenberg,⁷⁷ Faure Chaumón, Manolo Castro angehörten, wurde zum Chef der Geheimpolizei. Emilio Tró von der *Unión Insurreccional Revolucionaria* (UIR) ernannte Grau zum Polizeichef in Havannas modernistischem Villenviertel Marianao.⁷⁸

Auch so kann Korruption aussehen. Rekrutiert wurden *single young men*, die Akteure von Gewaltkulturen, vornehmlich aus der Studentenschaft. Das Geld kam oft von der Regierung. Auch unter den Doktoren war Gewalt Bestandteil der Regierungspolitik; die Grundlagen waren schon in der ersten Regierung Batista gelegt worden. Viele Menschen starben unter ungeklärten Umständen. Der Kommunist Lázaro Peña (1911–1974) wurde massiv bedroht und der schwarze Führer der Zuckergewerkschaft, Jesús Menéndez (1911–1948), in Manzanillo hinterrücks erschossen. Der Führer der Seeleutengewerkschaft, Aracelio Iglesias Díaz (1902–1948), fiel einem Mordkomplott zu Opfer.⁷⁹ Der PSP wurde verfolgt. Ihre Mitglieder wurden aus den Führungspositionen der Gewerkschaften, vor allem der CTC, verdrängt. Dort hatten sie von 1939 bis 1947 sehr erfolgreich Politik gemacht, vor allem im Kampf um höhere Löhne und gegen den Rassismus.⁸⁰ Gewalt und mafiöse Politik zerfraßen die nationale Bürgergesellschaft von innen. Trotz andauernder nationalistischer Rhetorik, eine Agrarreform zugunsten der Campesinos durchzuführen, kam es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwi-

⁷⁷ Zu Goldenberg siehe: Robert M. Levine: *Tropical Diaspora. The Jewish Experience in Cuba*. 1993, S. 238.

⁷⁸ Raúl Aguiar Rodríguez: *El bonchismo y el gangsterismo en Cuba*. La Habana 2000.

⁷⁹ Verde Olivo, La Habana, Jg. V, No. 13 und Verde Olivo, Jg. V, No. 29.

⁸⁰ Fuente: *A Nation for All*, S. 222-243.

schen Landvermessern der großen Latifundisten und Companies sowie Campesinos. *Desalojo*, Vertreibung vom Land, das sie bebauten, aber für das sie keine Eigentumstitel hatten, war der Schrecken der Campesinos und ihrer Familien. 10 Tage nach der Präsidentschaftsübernahme durch Prío wurde Sabino Pupo, der Führer der Asociación Campesina von Santa Lucía durch gekaufte Mörder der Manatí Sugar Co. getötet.⁸¹

Im internationalen Rahmen wurde Kuba in Form der sogenannten “Havanna-Charta” unter den Auténticos nicht gerade Vorreiter, aber wichtiger Beteiligter der global-westlichen Wirtschaftsliberalisierung. Die Havanna-Charta war Teil einer besonders von den USA ausgehenden Strategie zur Neuordnung der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen. Erster Ansatz hierzu war die Bretton-Woods-Konferenz im Jahre 1944, auf der sowohl der Internationale Währungsfonds, als auch die Weltbank (damalige Bezeichnung: International Bank of Reconstruction) ins Leben gerufen wurden. Es folgten die Panamerikanische Konferenz (Conferencia de Chapultepec) mit dem “Plan Clayton”, der eine Wirtschafts-Charta für die lateinamerikanischen Länder schaffen sollte.⁸² Auf der Havanna-Konferenz, bei der von November 1947 bis März 1948 Vertreter von 56 Staaten im Kapitol zusammentrafen, sollte der dritte Pfeiler der neuen Weltwirtschaftsordnung, die handelspolitische Komponente, errichtet werden. Das gelang zunächst auch mit der Anfang 1948 von den Regierungsvertretern firmierten Havanna-Charta. Kernpunkt der Charta war unter anderem der weitreichende Abbau von Zollschranken und Handelshemmnissen. Daneben enthält die Charta bereits erste Selbstverpflichtungen zur Einhaltung von Sozialstandards.⁸³

⁸¹ Antero Regalado: *Las luchas campesinas en Cuba*. La Habana 1979; Morales Rodríguez: *La frustración nacional-reformista*, S. 111f.

⁸² Zum Umfeld siehe: Morales Rodríguez: *La frustración nacional-reformista*, S. 15-18.

⁸³ Conferencia de las Naciones Unidas sobre Comercio y Empleo. La Habana 1947. Acta final y documentos conexos, Lake Success, New York: Comisión Interina de la Organización

Die US-Regierung hatte zwar ihrerseits dem Vertrag zugestimmt, der US-Kongress lehnte jedoch schon bald eine Ratifizierung mit dem Hinweis ab, dass durch diese völkerrechtlichen Bestimmungen die gesetzgeberische Souveränität des Kongresses eingeschränkt würde. Neben verfassungsrechtlichen Bedenken kam hier jedoch auch die Haltung des protektionistischen Lagers in den USA zum Ausdruck. Die Havanna-Charta war damit zwar gescheitert. Zentrale Komponenten des Textes wurden jedoch im GATT-Vertrag (General Agreement on Tariffs and Trade) aufgegriffen. Im Unterschied zur Havanna-Charta hat dieser Vertrag, der Anfang 1948 in Kraft trat, jedoch nicht den Status eines völkerrechtlichen Vertrags. Er wurde nun von den USA mitgetragen. Neben den USA war Kuba eines der 23 Gründungsmitglieder des GATT.⁸⁴

Der Kalte Krieg wirkte nicht nur hinderlich auf den Flug dieser Schwalbe der dritten Globalisierung. Auch die kubanische Innenpolitik änderte sich. Unter den *Auténticos* kam es zur Spaltung. Aus dem PRC (A) ging, wegen der Nichtverwirklichung der nationalen Ziele, 1947 der *Partido del Pueblo Cubano (PPC, Ortodoxo)* unter dem brillanten Antikommunisten, das heißt, Gegner der kubanischen PSP, Eduardo Chibás (1907–1951) hervor. Chibás war einer der Studentenführer von 1933.⁸⁵ Ein begnadeter Redner (heute würde es heißen: „ein Medienprofi“), der vor allem das städtische kleine Bürgertum und die Jugend ansprach, griff Chibás in einer wöchentlichen Radiosendung die Regierungs-

Internacional del Comercio, 1948; Conferencia de las Naciones Unidas sobre Comercio y Empleo, 1º, La Habana 1947; Reports of committees and principal sub-committee. Conference on Trade and Employment held in Havana, Cuba, from 21 Nov. 1947 to 24 March, 1948; Geneva, Interim Commission for the International Trade Organization, 1948.

⁸⁴ Information von Ralf Breuer, Köln.

⁸⁵ Luis Conte Agüero: Eduardo Chibás, el Adalid de Cuba. Miami 1987 (1. Auflage 1955; zweifelsohne eine Apologie, aber wertvoll wegen der Details und der Nähe des Autors zu Chibás; siehe: Thomas: Cuba, S. 751); Elena Alavez: Eduardo Chibás en la hora de la Ortodoxia. La Habana 1994; Dina Martínez Díaz: Un estudio sobre la Ortodoxia en Cuba entre 1947 y 1958. La Habana 1998 (Tesis de Doctorado no publicada).

korruption an. Ein Massenpublikum dankte es ihm mit treuer Anhängerschaft. Einer seiner begeisterten Anhänger und Mitglied der Orthodoxen Partei seit 1947 war ein junger Mann namens Fidel Castro Ruz. Die *Ortodoxos* profilierten sich gegen *Auténticos*, Batista und PSP.

In den Wahlen 1948 siegte jedoch noch einmal der Kandidat der *Auténticos*, Carlos Prío Socarrás.⁸⁶ Batista trat wieder in Erscheinung. Er wurde in Las Villas zum Senator gewählt und pflegte seine Beziehungen zur Armee. Mit Prío diskreditierten sich die *Auténticos* an der Macht endgültig. Seine Regierung bestand aus Vertretern der Generation von 1933; der Premier war ehemaliger Führer des ABC. Der Staatsapparat wurde weiter aufgebläht, Korruption und Spekulation waren allgegenwärtig. Die Kultur der Gewalt zerfraß das demokratische Gemeinwesen. Die zivile Reformalternative scheiterte schon vor dem Putsch Batistas,⁸⁷ hatte aber als Versuch eigene historische Qualität. Portell-Vila ist aus der Rück-Sicht jedenfalls der Meinung, dass die Kubaner von 1944 bis 1952 das demokratischste Regime Lateinamerikas ihr Eigen nennen konnten.⁸⁸ Korruption, Kokain und Gewalt gehörten von Anfang bis Ende dazu.⁸⁹

1951 beging Chibás vor laufenden Mikrofonen einen Selbstmordversuch aus Protest gegen die Korruption. Kurze Zeit darauf starb er. Die *Ortodoxos* hatten einen Märtyrer. Vielen galt Chibás auch als Verrückter. Das änderte aber nichts an der Tatsache, dass sich im Wahlkampf 1951/52 ein Sieg der *Ortodoxos*, unterstützt vom PSP, über die Wahlkampfvereine der *Auténticos* und Batistas abzeichnete. Ein neuer Reformschub schien möglich, zumal auch ein wirtschaft-

⁸⁶ William S. Stokes: The Cuban Revolution and the Presidential Elections of 1948. In: Hispanic American Historical Review 31 (February 1951, S. 37-79; International Bank for Reconstruction and Development: Report on Cuba. Baltimore 1951.

⁸⁷ Morales Rodríguez: La frustración nacional-reformista, passim.

⁸⁸ Portell-Vilá: Nueva historia de la República de Cuba, 1898-1979. Miami 1986, S. 599-605.

⁸⁹ Enrique Cirules: El imperio de la Habana. La Habana 1999.

licher Wandel, weg von der Monoproduktion und der Abhängigkeit des Zuckers, im Bereich des Möglichen lag.

DIKTATUR UND GUERRILLAKRIEG 1953–1958: DER UNGEWÖHNLICHE WEG DER MACHT: DER ZWEITE BATISTATO (1952–1958)

Getragen von einer breiten Anti-Prío-Stimmung und gestützt auf eine Verschwörung von Armeeeoffizieren, griff Batista zum letzten Mittel, um sich als Retter Kubas zu präsentieren und – den Sieg einer Reformpartei zu verhindern. Präventiv richtete sich der Putsch auch gegen die Möglichkeit von Antikorruptionsaufständen oder Racheakten gegen den Prío-Clan. In gewisser Weise rettete der Putsch Prío, dessen Clique keine legale Untersuchung ihrer Machenschaften ungeschoren überstanden hätte.

Offiziere übernahmen das Armeehauptquartier Camp Columbia und die Telefonzentrale des Landes. Unter dem Vorwand, Prío selbst plane einen Staatsstreich, um seine Regierungszeit zu verlängern (und so Untersuchungen der Korruption durch die nächste Regierung zu verhindern, der Wahlkampf der Ortodoxos konzentrierte sich auf diese Frage), ließ Batista am 10. März 1952 den Präsidentenpalast besetzen. Der General trieb die Doktoren aus dem Regierungspalast. Batista ahmte Bonaparte nach. Prío ging nach Miami. Wegen des Putsches konnte er sich eine Opferrolle zulegen und spielte bald eine wichtige Rolle in der bürgerlichen Opposition gegen Batista.

Das Volk von Havanna rief dem gestürzten Präsidenten “Prío raus” nach. Es gab kaum Widerstand. Es gab kurzfristige Streiks (etwa bei Sagua la Grande⁹⁰). Studenten der FEU baten Prío zwar um Waffen, wurden aber solange hingehalten,

⁹⁰ De la sierra del Escambray al Congo. En la vorágine de la Revolución Cubana. Entrevista con Victor Dreke. New York, London, Montreal, Sydney 2002, S. 46 f.

bis der gestürzte Präsident und seine raffgierigen Brüder verschwunden waren.⁹¹ Aber der Vorgang an sich, der Putsch, war ungeheuerlich. Batista baute auf seinen Ruf sowie auf das Unbehagen an Politgangstertum und Korruption. Er setzte auch auf die faktische Kraft der Rekordzuckerernte von 1952. Batista versprach allen alles: „Das Volk und ich sind die Diktatoren“. Marta Fernández de Batista führte sich auf wie Evita Perón, war aber nicht so erfolgreich. Im Mai 1952, aus Anlass des 50. Jahrestages ließ er die große Reiseprozession der Virgen del Cobre durch ganz Kuba zu. Die Virgen besuchte praktisch jede Ortschaft der Insel; den Abschluss der Veranstaltung bildete eine große Messe in Havanna.⁹²

Die Anerkennung der USA für das Batista-Regime erfolgte sehr schnell. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt. Der neue Machthaber versprach ein neues Grundgesetz, das den „demokratischen und progressiven Inhalt“ der Verfassung von 1940 bewahren sollte.⁹³ Auch Martikult und Nationalismus wurden bedient: als gemeinsames Symbol beider ließ Batista die gigantische Martístatue und den Turm auf der heutigen Plaza de la Revolución errichten. Der Komplex sollte 1953, zum 100. Jahrestag der Geburt José Martí, eingeweiht werden. Da aber der Bau pompös und teuer war und Korruption allgegenwärtig, kam der Diktator nicht mehr dazu.

Es kam zunächst zu einer politischen Pattsituation, denn keine der großen politischen Parteien oder Organisationen tat etwas gegen den Usurpator. Die Gewerkschaften⁹⁴ stellten sich mehrheitlich hinter Batista; der Auténtico-Gewerkschaftsboss Eusebio Mujal gar biederte sich an. Die *Auténticos* waren diskreditiert, die *Ortodoxos* desorientiert und führerlos (auch weil es zu viele Präkandidaten gab: Emilio Ochoa, der Journalist Luis Conte Agüero, der Philosoph Roberto Agramonte

⁹¹ Enrique Oltuski: *Gente del llano*. La Habana 2001, S. 11 ff.

⁹² Portuondo Zúñiga: *La virgen del Cobre y la nación cubana*, S. 64-69.

⁹³ Academia de la Historia de Cuba: *Constituciones del República de Cuba*. La Habana 1952, mit Faksimiledruck aller Verfassungen von 1869 bis 1952, inclusive der „Ley Constitucional de la República de Cuba 1952“, S. 243-354.

⁹⁴ Harold D. Sims: *Cuban Labor and the Communist Party, 1937–1958: An Interpretation*. In: *Cuban Studies/Estudios Cubanos* XV (Winter 1985), S. 43-58.

(1904-1995), der Historiker Herminio Portell-Vilá und andere⁹⁵). Die Parteien konnten dem Diktator nichts entgegensetzen; die meisten afrokubanischen Organisationen und Persönlichkeiten unterstützten ihn.⁹⁶

Die Kommunisten der PSP protestierten zwar. Aber sie fühlten sich durch den Terror teils handlungsunfähig, teils wegen früherer Zusammenarbeit mit Batista unentschlossen. Batista trompetete das Horn des Antikommunismus. Aber die Führer der PSP, Juan Marinello, Lázaro Peña, Blas Roca, Aníbal Escalante und Joaquín Ordoqui gingen zunächst ziemlich unbehelligt ihren Tätigkeiten nach; die Zeitung *Noticias de Hoy* erschien regelmäßig (bis 1953). Die Maschinerie lief einfach weiter. Was allgemein den Regierungen angelastet wurde, Korruption, Nepotismus, Günstlingswirtschaft, Patronagewesen, Nichtbeachtung von Gesetzen, Jagd nach Geld, Sex und Gewalt, Luxuskonsum und Sinekuren, hatte die politische Kultur des Landes zutiefst zerfressen. Im urbanen Kuba, vor allem in Havanna, war eine der materialistischsten Gesellschaften der Welt entstanden; eine Mischung zwischen den Segnungen der amerikanischen Moderne, mafiösen Strukturen und spanisch-katholischer Elitementalität.

Die Stadt Havanna – vor allem auf der Strecke Calle 23 oder Línea durch die unter Batista gebauten Tunnel über die Quinta Avenida, vom Nuevo Vedado bis nach Miramar, Marianao und Siboney – wurde ein Bilderbuch der amerikanisch-kubanischen Architektur der ersten sechzig Jahre des 20. Jahrhunderts.⁹⁷ Heute ist die Stadt ein Museum der klassischen Moderne. Auch heute als “authentisch kubanisch” geltende Architektur, wie etwa das “koloniale” Hotel Nacional ist das hybride

⁹⁵ Thomas: Cuba, S. 754.

⁹⁶ Fuente: A Nation for All, S. 242-247.

⁹⁷ Ricardo Segre: Continuidad y renovación en la arquitectura cubana del siglo XX. In: Santiago IV (marzo 1981), S. 9-35; Emma Alvarez-Tabío Albo: Vida, masión y muerte de la burguesía cubana. La Habana 1989.

Ergebnis der Wiedererfindung eines “mediterranen” Stils in den Südstaaten der USA, vor allem in Miami, Florida.

Das urbane Kuba war auch als Konsumgesellschaft und in der Anwendung neuer Technologien eine der modernsten Gesellschaften Lateinamerikas. Das lässt sich mit einigen wenigen Zahlen am Beispiel der Ausbreitung des Films, des Telefons oder des neuen Mediums Fernsehen und des Autos zeigen. 1955 hatte Kuba 550 Lichtspieltheater mit 370.500 Plätzen in fast allen Städten der Insel. Dazu kamen etwa 200 kleinere Unternehmen, die mit 16mm-Equipments während der Ernte in improvisierten Sälen oder Klubs Filme vorführten. 1955 wurde das erste Auto-Kino mit 800 Plätzen eingerichtet. Filme aus den USA überschwemmt den nationalen Markt schon seit dem ersten Weltkrieg.⁹⁸ Mexikanische oder gar europäische Produktionen hatten es schwer. 1957 kam ein Fernseher auf 25 Einwohner; bei Telefonen betrug die entsprechende Quote 1/38 und bei Autos 1/40 – Kuba belegte auf diesen Gebieten erste Plätze in Lateinamerika. Die Liste ließe sich fortsetzen. In einigen Stadtvierteln Havannas glaubt man sich noch heute, auch und vor allem wegen der Interieurs der Häuser, aber auch wegen ihrer Architektur (die durch die vierzig Jahre Sozialismus sozusagen konserviert worden sind), in der Kulisse eines frühen Doris-Day-Films.

Das Einkommen pro Kopf (374 Dollar) war nach dem Ölboom-Land Venezuela (857 Dollar) das höchste in Lateinamerika. Ende der vierziger Jahre besaß Kuba nach Argentinien die höchsten Devisenreserven Lateinamerikas. Havanna galt als eine der teuersten Städte der Welt. Die Stadt hatte 1954 weltweit die meisten Cadillacs per Kopf. Die zu dieser Zeit weltgrößte Coca-Cola-Fabrik stand auf Kuba. Die kubanischen Mittel- und Oberklassen konsumierten nach US-Mustern; oftmals auch gleich in den USA, bevorzugt in Miami, wohin seit 1927 eine Fluglinie der *Pan American* führte. Nur war das kubanische Pro-Kopf-Einkommen zwar doppelt

⁹⁸ Pérez Jr.: *On Becoming*, S. 283-287.

so hoch wie im lateinamerikanischen Durchschnitt, aber fünfmal niedriger als das der USA (2.000 Dollar).⁹⁹ Das konnte auf die Dauer nicht gut gehen. Diese urbane Gesellschaft existierte auf Kosten einer Ressource, die sie zwar manchmal bedauerte, aber kaum beachtete oder gar kannte – das “kleine” Kuba der ruralen Subsistenzbauernschaft, der Landarbeiter und der Arbeitslosen, die nur saisonal überhaupt in die Geldwirtschaft einbezogen waren.¹⁰⁰

Unter Batista zehrte die Wirtschaft zunächst von der konjunkturellen Kubanisierung, aber es kam auch zu Krisen. Der Koreakrieg brachte einen Boom und eine Rekordzuckerernte. 1955/56 kam es zum Einbruch der Zuckerproduktion; zur Ernte im Dezember 1955 streikten die Zuckerrohrschneider, unterstützt vor allem durch Studenten. 1957 bescherten Suezkrise und schlechte Rübenzuckerernten in Europa nochmals ein sehr gutes Jahr. 1958 geriet das Land in eine tiefe soziale, politische und mentale Krise. Die Zuckerproduktion war in der offenen Exportwirtschaft endgültig an ihre Grenzen gestoßen. Das Auf und Ab der Zuckerwirtschaft verstärkte die politische Unrast und das allgemeine Gefühl der Unsicherheit.¹⁰¹

⁹⁹ Ders.: Cuba. Reform & Revolution, S. 296 f.

¹⁰⁰ Brian H. Pollitt: Some Problems of Enumerating the ›Peasantry‹ in Cuba. In: Journal of Peasant Studies IV (Jan. 1977), S. 162–180; Vladimir Akulai, Domingo Rodríguez Frago: La situación socioeconómica del campesinado cubano antes de la revolución. In: Islas LIV (mayo-agosto 1976), S. 55-80; Vor der extremen Armut der Landbevölkerung hatte schon Lowry Nelson mit seiner “ruralen Soziologie“ von 1945/46 gewarnt: Lowry Nelson: Rural Cuba. Minneapolis 1950. Das Hauptproblem der “ländlichen Kuba“ war ihm das extrem niedrige Einkommen der Landbevölkerung und die schlechte Infrastruktur, Ebenda, S. 247-251. Allein 575 000 Männer waren bezahlte Landarbeiter, ca. die Hälfte davon Zuckerrohrschneider, die nur während der Ernte wirklich Arbeit fanden. Von rund 3,8 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen (bei einer Gesamtbevölkerung von 5,8 Millionen 1953) über 14 Jahre fanden 49 Prozent nur 10 oder weniger Wochen Arbeit im Jahr, davon 82 Prozent Frauen, siehe: Cuba. Tribunal Superior Electoral: Censos de población, viviendas y electoral. La Habana 1953, S. 176.

¹⁰¹ Raúl Cepero Bonilla: Política Azucarera, 1952–1958. México 1958; Antonio Santamaría García: El crecimiento económico de Cuba Republicana (1902-1959). Una revisión y nuevas estimaciones en perspectiva comparada (población, inmigración golondrina, ingreso no azucarero y producto nacional bruto. In: RI, vol. LX, núm. 219 (2000), S. 505-545.

Insgesamt gesehen stand Kuba in den fünfziger Jahren vor der Chance einer wirtschaftlichen Transformation, die das Land vom klassischen Binom Dependenz–Monokultur hätte wegführen können. Zucker war zwar noch das Hauptprodukt, von dem vieles abhing, aber er hatte keine Zukunft.¹⁰² Eine kubanisierte und diversifizierte Wirtschaft war entstanden. Investitionen gingen schon massiv in den Tourismus (Motto: „Die zweite *Zafra* Kubas“; 1957 rund 380.000 Touristen, vor allem US-Amerikaner) und in die einheimische Industrie;¹⁰³ im weiteren in neue Formen der Viehzucht und Genussmittelproduktion sowie Gemüse- und Früchteanbau für den schnell expandierenden Food-Markt in den USA.¹⁰⁴ Die notwendige Industrialisierung (und Mechanisierung der Landwirtschaft) allerdings wurde durch die langfristigen Folgen des Reziprozitätsabkommens von 1934, die hohen Arbeitskosten sowie die Bestimmungen zur Sicherheit der Arbeitsplätze für die, die Arbeit hatten, behindert. Demographisch gesehen, in den wichtigsten Verhaltensweisen und Konsumtionsgewohnheiten (nicht so sehr in den Werten), war das urbane Kuba schon 1953 Teil der westlichen Moderne (bei der UFA gab es den Film *Habanera*, mit Zarah Leander, in dem allerdings die Akteure wie als Deutsche verkleidete Spanier aussehen).¹⁰⁵ In der alten Bundesrepublik des Wirtschaftswunders wurde Batista-Kuba zum Teil der populären Schlagermusik: 1955 lud Caterina Valente zur “Fiesta Cubana” ein, 1957 sang Jimmy Makulis eine Seemannsschmalzette “Auf Cuba sind die Mädchen braun”, im gleichen Jahr zogen Margot Eskens und Sylvio Francesco mit “Wenn du wieder mal auf Cuba bist” (eine Calypsoadaption) nach. Den Gipfel der Sozialkritik im Gewand einer wiedererstandenen *Habanera*, sozusagen als

¹⁰² Siehe *The State of Agriculture in 1959*. In: Thomas: *Cuba*, S. 1548–1559 (Appendix XII).

¹⁰³ María Antonia Marquéz Dolz: *The Nonsugar Industrial Bourgeoisie and Industrialization in Cuba, 1920-1959*. In: *LARR* 22/4 (Fall 1995), S. 59-80.

¹⁰⁴ Ismael Zuaznábar: *La economía cubana en la década del 50*. La Habana 1986; Marifeli Pérez-Stable: *The Cuban Revolution. Origins, Course and Legacy*. New York 1994, S. 33-35.

¹⁰⁵ Losada: *Cuba. Población y economía*, S. 341.

Kommentar zum Guerrillakrieg, lieferte souverän Caterina Valente 1958 mit ihrem "Spiel noch einmal für mich, Habañero".

Der zweite *Batistato* war eine Diktatur mit einem zu alten Diktator und einer vorherrschenden alten Wirtschaftselite sowie einem zerfallenden, korrupten Parteiensystem, die die Probleme einer sich modernisierenden Gesellschaft nicht zu lösen vermochten.¹⁰⁶ Der *Batistato* war von Anfang an wenig legitimiert und zeigte sich bald repressiv und extrem korrupt. Batista regierte mit schwarzen Kassen aus Lottomillionen und schmutzigem Mafiageld. Die US-amerikanische Mafia unterwanderte das Land immer weiter. Havanna lief Las Vegas den Rang ab. Investoren und Bauleute planten, die Altstadt abzureißen und Wolkenkratzer an ihre Stelle zu setzen. Die „Schwalbe“ dieser Modernisierung im Kern des historischen Havanna ist noch heute in Gestalt des hässlichen Bürogebäudes hinter dem Palast der Generalkapitäne, neben dem Hotel Ambos Mundos, zu besichtigen. Für den internationalen Luxustourismus wurden im Westen Havannas der Komplex des Hotel Montecarlo mit Mafiamillionen und der Unterstützung von Frank Sinatra, Meyer Lansky sowie vielen anderen errichtet, die weltweit erste Marina (heute: Marina Hemingway). Zum Zentrum der Mafiaaktivitäten in Havanna wurde das schöne Hotel Riviera direkt am Malecón.¹⁰⁷

Trotz demonstrativem rassistischen Populismus seitens des Diktators war Kuba, mit Ausnahme der bewaffneten Kräfte und der Gewerkschaften, auf dem beste Wege, in eine informelle Zwei-Klassen- oder besser Zwei-Rassen-Gesellschaft abzugleiten.¹⁰⁸ Terror, Unsicherheit und allgegenwärtige Korruption verschärften das

¹⁰⁶ Luis E. Aguilar: Cuba 1933. Prologue to Revolution. Ithaca 1972; Luis Aguilar León: Marxism in Latin America, New York 1976; Ders.: La 'décennie tragique. In: La Havane 1952-1961. D'un dictateur a l'autre: explosion des sens et de morale révolutionnaire, dirigé par Jacobo Machover. Paris 1994 (Série Mémoires no. 31), S. 55-69.

¹⁰⁷ Cirules: El imperio de la Habana, S. 261 ff.

¹⁰⁸ Pascual B. Marcos Veguer: El negro en Cuba. La Habana 1955.

Krisengefühl noch mehr. Dazu kam der demographische Druck geburtenstarker Jahrgänge auf die kubanische Wirtschaft und die Sozialsysteme. Vor allem hatte das Batistaregime die Reformfähigkeit verloren, die man dem ersten *Batistato* 1937–1944 nicht absprechen kann. Und es war keine Partei mehr da, gegen die er sich profilieren konnte, wie in den dreißiger Jahren die sozialdemokratischen *Auténticos*. Aber das war noch nicht alles. Die Kubaner mussten gegen Ende der fünfziger Jahre begreifen, wie Pérez Jr. schreibt, dass „*Cuban*“ einfach als der exotische, tropische Andere des Nordamerikaners definiert werden musste. Das, was in hehren Worten, Symbolen und Hymnen als „kubanische Nation“ gefeiert wurde, existierte nur noch als Hülle: „Kuba war ein Land zum Verkauf, die Parodie eines Landes“.¹⁰⁹

Der Erfolg der Castro-Revolution basierte sicherlich auch auf der wirtschaftlichen Krise; Zerfall des traditionellen Parteiensystems und auf vielem anderen. Letztendlich aber erklärt sich ihr Erfolg daraus, dass sich irgendwann 1958 bei nahezu allen Kubanern ein Gefühl eingestellt hatte, ein erneuerter Nationalismus werde ihnen eine bessere Zukunft bringen. Dabei spielte auch die tiefe historische Sensibilität der Kubanerinnen und Kubaner, ihren jungen „verspäteten“ Nationalstaat (1902–1958; 56 Jahre!) gegen die drohende Auflösung festigen zu müssen. Eine mehr oder weniger liberale Demokratie hat auf Kuba im Grunde nur zwischen 1939 und 1952 existiert. Castro symbolisierte für die Kubaner Erhalt und Erneuerung der Nation. Insofern war die kubanische Revolution der postkoloniale Aufstand einer verspäteten Nation gegen die Frühformen der dritten Globalisierung, die sich mit Folgen der Industrialisierung und Spätfolgen des Kolonialismus sowie der Sklaverei mischten. Unterschwellig stand von Anfang an auch die symbolische Dimension -

¹⁰⁹ Heberto Padilla: *Self-Portrait of the Other*, trans. Alexander Coleman. New York 1990, S. 17, zit. nach: Pérez Jr.: *On Becoming*, S. 492 f. Die Beziehungen der USA zu Kuba von 1952 bis 1992 analysiert Thomas G. Paterson: *Contesting Castro. The United States and the Triumph of the Cuban Revolution*. New York, Oxford 1994.

David gegen Goliath – im Zentrum der Auseinandersetzung: Kuba war seit jeher der Repräsentant der “kleinen” gegen die “großen” Nationen.

Aus heutiger Sicht entbehrt es nicht einer gewissen Komik, dass sich in eben diesen Jahren im Volksmund das Lied *Guajira Guantanamera* zu einem Symbol für Tragisches entwickelte. Das Lied wurde im Radio als Erkennungsmelodie bei einer populären Sendung über tragische Unfälle, Morde und Unglücke gespielt. Immer wenn jemandem etwas Schreckliches passierte, sagten die Leute „*le cantaron la Guantanamera*“ (man hat ihm die Guantanamera gesungen).¹¹⁰ Aber vielleicht ist es auch als Symbol zu sehen, dass das tragische Lied der Batistazeit zur internationalen Erkennungsmelodie für ein neues Kuba, das Kuba nach 1959, werden sollte.

Am meisten fürchtete sich Batista vor der Studentenschaft, von der viele Idealisten waren, aber auch auf Posten unter einer *Ortodoxo*-Regierung gehofft hatten. Gestützt auf die Autonomie der Universität (seit 1933) spielten die Studenten dann mit der *Federación Estudiantil Universitaria* und seiner geheimen Führung, dem *Directorio Revolucionario Estudiantil* unter José Antonio Echevarría, eine wichtige Rolle im aktiven Kampf gegen Batista. Die Jugend misstraute den etablierten Parteien. Diese Situation nutzte der junge Rechtsanwalt Fidel Castro, um eine Revolution im Geiste Martí zu initiieren. Er hatte das richtige Alter. Fidel Castro war der Repräsentant der Generation von 1953.

¹¹⁰ Pérez Jr., S. 493; Víctor Pérez-Galdós Ortíz: Joséito Fernández y su Guajira Guantanamera. La Habana 1999, S. 36 f.

TOMÁS STRAKA

KARIBIK, KALTER KRIEG UND ENTWICKLUNGSDIKTATUREN - NOTIZEN ÜBER DIE VENEZOLANISCHEN MILITÄRDIKTATUREN (1948-1958)*

ENTWICKLUNG VOR DER ENTWICKLUNGSDIKTATUR, EINE EINFÜHRUNG

Am 24. November 1948 beendete ein Militärputsch die ersten zaghaften demokratischen Umwälzungsprozesse in Venezuela. Der Umsturz galt dem gerade erstmals auf demokratischem Wege, durch universelle und geheime Wahl, gewählten Präsidenten Rómulo Gallegos, der als anerkannter und gefeierter lateinamerikanischer Schriftsteller das Projekt der Demokratisierung hätte vorantreiben sollen.¹ Nach seiner Inhaftierung wurde er des Landes verwiesen. So wie ihm erging es seinen politischen Freunden von der sozialdemokratischen AD (*Acción Democrática*).

Die Militärs machten kein Hehl daraus, dass sie Venezuela in eine Militärdiktatur verwandeln wollten, dass die Nationalen Streitkräfte die Kontrolle über die Situation der Republik übernommen hatten. Sie verkündeten: „Im Regierungssaal des Palastes von Miraflores wird durch den vorliegenden als Regierung eine Militärjunta gebildet. Sie besteht aus den Oberstleutnanten Carlos Delgado Chalbaud, Marcos Pérez Jiménez und Luis Felipe Llovera Páez, deren erster als Präsident wirken wird.“²

* Übersetzt von Christian Cwik.

¹ Schon vorher hatte es allgemeine Wahlen, jedoch nur für Männer, gegeben, meist durch Betrugsvorwürfe oder Bürgerkriege beeinflusst. Das Wahlstatut von 1946 erkannte Frauen das Wahlrecht zu, in dem Maße wie gleichzeitig und konsensuell zu freien Wahlen mit Wettbewerbscharakter gerufen würde.

² http://www.cervantesvirtual.com/obra-visor/acta-de-constitucion-del-gobierno-provisorio-de-los-estados-unidos-de-venezuela-en-24-de-noviembre-de-1848/html/9f3d8ecea89-4c16-bb34-e98dc520d5a0_2.html (8.9.2020).

Unterschieden wurde das Regierungsdekret von vier Offizieren von denen drei dann das Präsidentenamt bekleideten: Carlos Delgado Chalbaud von 1948 bis 1950, Marcos Pérez Jiménez von 1952 bis 1958 und Wolfgang Larrazábal 1958. Damit begann die Dekade der Militärdiktaturen, die auch als Diktatur von Pérez Jiménez Eingang in die Geschichtsbücher gefunden hat, obwohl er offiziell nur von 1952 bis 1958 regierte. Der Charakter der Militärdiktaturen war korporativ basierend auf den Streitkräften (*Fuerzas Armadas*). Zwischen 1950 und 1952 übernahm ein Zivillist, Germán Suárez Flamerich das Präsidentenamt, war aber eine Marionette der Militärs. Im Gegensatz zu früheren Militärdiktaturen waren die Militärjuntas der Dekade von 1948 bis 1958 weder Caudilloregierungen noch stellten sie die klassischen Allianzen von militärischen Eliten (Generälen) und traditionellen criolischen Wirtschaftseliten dar. Die Streitkräfte regierten das Land neun Jahre und zwei Monate lang. Ihre Autoproklamation rechtfertigten sie mit der Errettung des Vaterlandes vom Chaos, das angeblich durch die Wahl Gallegos ausgelöst wurde. Die Militärs teilten die politische und administrative Macht anfänglich untereinander auf, bis Konflikte im Inneren der Junta zur Beseitigung des Juntavorsitzenden und amtierenden Präsidenten, Delgado Chalbaud, führten. Am Ende waren die Differenzen innerhalb der Streitkräfte nicht mehr überbrückbar, in den Kasernen brodelte es, Straßenproteste forderten die Autoritäten heraus, und der Druck aus dem Ausland nahm stetig zu. Dies zerstörte den Konsens innerhalb der regierenden Militärs unter Pérez Jiménez und führte zum Fall des Regimes am 23. Januar 1958. Sein Nachfolger Larrazábal versuchte das Erbe zu verwalten, musste jedoch schließlich dem Druck der demokratischen Kräfte weichen, die einen Übergang zur zivilen Regierung und zur repräsentativen Demokratie massiv einforderten.

Die Militärdiktatur in Venezuela besitzt viele Merkmale, die wir von späteren Militärdiktaturen in Lateinamerika kennen, sie unterscheidet sich jedoch durch

ihren frühen Beginn von anderen und das macht sie zu einem Spezifikum. Die Militärdiktaturen korporativen Charakters in Brasilien, Ecuador sowie in den Staaten des Cono Sur begannen zeitversetzt, fünfzehn bzw. zwanzig Jahre später nach der Errichtung der Militärdiktatur in Venezuela. Wie es die bekannte Historikerin Felicitas López Portillo in einem ihrer Texte ausdrückte, wurde die venezolanische Militärdiktatur zur Vorreiterin der sogenannten Entwicklungsdiktaturen Lateinamerikas, die sich in den 1960er und 1970er Jahren in vielen Staaten Lateinamerika etablieren konnten.³ Ebenso von Interesse ist die Tatsache, dass sich die Gerichte des Staates nach dem Rücktritt des Diktators mit den Verbrechen der Diktatur auseinandersetzten, und Pérez Jiménez für kurze Zeit inhaftiert wurde, ein Faktum, das bei López Portillo zu kurz kommt. Warum war diese Entwicklung in Venezuela bereits am Ende der 1940er Jahre überhaupt möglich? Ein Blick in die Geschichte der Region zeigt, dass Venezuela mehrfach eine Vorreiterrolle in kleineren und größeren Umwälzungsprozessen einnahm. Hinzu kommt, dass ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der ungeheure Erdölreichtum dem Land im Konzert der südamerikanischen Staaten eine besondere Rolle einnehmen ließ. Ohne die Dynamiken rund um die Erdölindustrie zu diskutieren, lässt sich in Venezuela nichts erklären, aber sich nur auf diese Fragen zu konzentrieren, wäre auch zu kurz gegriffen. Doch obwohl Venezuela im Verhältnis zu seinen Nachbarländern viel reicher ist – zumindest finanziell gesehen – eine doch wichtige Variable in der Bewertung, hat dies nicht dazu geführt, dass sich deren politische und ökonomische Prozesse von jenen in Venezuela besonders unterscheiden. Obwohl sich die meisten der Nachbarstaaten erst einige Jahre später in Entwicklungsdiktaturen verwandelten und daraufhin tiefgreifende Demokratieprozesse hervorriefen, ist es Faktum, dass sie alle schließlich dem Weg Venezuelas folgten. Gegen Ende des 20.

³ Felicitas López Portillo: *El perezjimenismo: génesis de las dictaduras desarrollistas*. México 1986.

Jahrhunderts verkürzte sich dieser zeitliche Rückstand aus verschiedenen Gründen, bis er im 21. Jahrhundert zur Gänze verschwand.

Wie noch in diesem Beitrag zu zeigen sein wird, lassen sich am Beispiel der venezolanischen Geschichte zur Mitte des 20. Jahrhunderts nicht nur viele der Kernaspekte lateinamerikanischer Geschichte nachvollziehen, sondern werden durch sie erst besonders verständlich gemacht. Tatsächlich wirkte sich der venezolanische Prozess nachhaltig auf die eine oder andere Weise auf die gesamte Region aus, insbesondere auf die Karibik. Die geringe Aufmerksamkeit, die normalerweise außerhalb Venezuelas der historischen Entwicklung geschenkt wird, widerspricht dem globalen Verständnis der lateinamerikanischen Zeitgeschichte.

Der vorliegende Text möchte einen Beitrag leisten, um dieser Perspektive stärkere Aufmerksamkeit zu verleihen.⁴ Vor allem handelt es sich dabei um die zentralen Fragen zum Komplex der Entwicklungsdiktaturen im Generellen, dem Prätorianismus, dem Kalten Krieg sowie dem Kampf um Demokratisierung. Ziel

⁴ Über das Jahrzehnt der Diktatur wurde bislang nicht viel geschrieben. In den 1980er Jahren wurden im Rahmen einer kritischen Überprüfung aller offiziellen venezolanischen Geschichtsschreibungen einige emblematische Texte aus der Politikwissenschaft oder der Geschichte verfasst, die heute als klassisch gelten: Andrés Stambouli: *Crisis política. Venezuela, 1945-1958*. Caracas 1980; José Rodríguez Iturbe: *Crónica de la década militar*. Caracas 1984; Felicitas López Portillo: *El perezjimenismo: génesis de las dictaduras desarrollistas*. México 1986; Carlos Capriles Ayala: *Pérez Jiménez y su tiempo*. Caracas 1987; Ocarina Castillo: *Los años del bulldozer. Ideología y política, 1958-1958*. Caracas 1990; Manuel Rodríguez Campos: *Pérez Jiménez y la dinámica del poder*. Caracas 1991. Obwohl der Wert dieser Werke zweifelsfrei bleibt, muss klargestellt werden, dass sie zu einer Zeit veröffentlicht wurden, als viele der Protagonisten noch lebten und ein Großteil der Dokumentation noch außerhalb der Reichweite der Öffentlichkeit lag. Marcos Pérez Jiménez stellte seine Standpunkte in drei langen Interviews vor: Agustín Blanco Muñoz: *La Dictadura: habla el general*. Caracas 1983; Joaquín Soler Serrano: *Pérez Jiménez se confiesa: diálogos en el exilio*. Barcelona 1983; Alfredo Angulo Rivas: *Pérez Jiménez: tres décadas después*. Mérida (Venezuela) 1994. Wertvolle Informationen finden sich in der Geschichte des zeitgenössischen politischen Venezuela, 1899-1969 (20 Bände). Caracas, s/n, 1975-1993), *Erinnerungen des Historikers und kommunistischen Führers Juan Bautista Fuenmayor*. In jüngerer Zeit sind zwei Werke mit neuen Perspektiven erschienen: Eduardo Mayobre: *Venezuela, la Dictadura militar 1948-1958*. Caracas 2013 (Der Text enthält eine interessante dokumentarische Zusammenstellung) und José Alberto Olivar/ Guillermo Avelado Coll (Hrsg.): *Cuando las bayonetas hablan. Nuevas miradas sobre la dictadura militar, 1948-1958*. Caracas 2015.

dieser dialogischen Auseinandersetzung mit der Materie ist es, einige vernünftige Hypothesen aufzustellen, die als Leitfaden für zukünftige Diskussion dienen sollen und hoffentlich andere Forschungen auslösen.

In diesem Sinne konzentriert sich die Arbeit auf die drei im Titel angekündigten Hauptaspekte: die Problematiken rund um den Kalten Kriege, den Konflikt um die Demokratie, die sich letztlich gegenüber der Diktatur durchsetzte, und schließlich die Umsetzung einer Entwicklungsregierung, sagen wir, Avantgarde mit all den Problemen, die die „Entwicklungspolitik“ in ihrer Geschichte mit sich brachte. Verschiedene Abschnitte dieses Beitrags sind jenen Teilaspekten gewidmet. Die ersten beiden beziehen sich auf den Kontext des Kalten Krieges, da sie es uns ermöglichen, die regionale und überregionale Dimension eines ansonsten streng venezolanischen Themas zu erkennen.

Die folgenden zwei Abschnitte befassen sich mit der Geschichte Venezuelas. Um jedoch die allgemeinen Probleme zu verstehen, welche die venezolanische Diktatur, und sehr bald den Rest der lateinamerikanischen Diktaturen der Mitte des 20. Jahrhunderts, definiert haben, müssen die Probleme mit der Demokratie an sich analysiert werden. Die ideologischen Kontroversen um Demokratie, gerade in Venezuela konnten sich verschiedene Ideen und Bewegungen mit regionalem Einfluss manifestieren, übten einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung von Demokratie in Lateinamerika aus. Das Auftreten eines Prätorianeroffiziers, der zu dem Schluss kam, dass die Armee und keine andere Institution für die politische Führung im Land verantwortlich ist, um die Nation in eine neue Entwicklungsphase zu überführen, entstand in Venezuela.

Dann gibt es drei Abschnitte, die eine enge, vielleicht zu enge, Synthese des venezolanischen Lebens im Jahrzehnt 1948-1958 darstellen. Es ist der Versuch ein historisches Bild zu produzieren, das versucht, das Ideologische, die vom Militär entwickelte Politik, die Entwicklungsdiktatur, die Widersprüche in der Ökonomie

sowie schließlich die Schwachstellen des Systems zu erfassen, die es der demokratischen Bewegung schließlich ermöglichen, an die Macht zurückzukehren. Besonderes Augenmerk wird auf diesen Aspekt gelegt, da Venezuela der Region nicht nur als Entwicklungsdiktatur vorausging, sondern auch zur Demokratie zurückkehrte und diese in Folge weiterentwickelte. Wie eine Diktatur zu Fall gebracht werden kann und in welche Richtung sich Demokratie bewegt, ist ein weiteres Thema, in dem der Fall Venezuela relevante Daten liefern kann. Allgemein ist das Wissen über die Militärdiktatur für Menschen, die nicht mit der venezolanischen Geschichte vertraut sind, äußerst fragmentiert.

DER KONTEXT (I): “AUSSTELLUNGSRAUM FÜR DAS US-SYSTEM IN LATEINAMERIKA”

Welche Rolle Venezuela zur Mitte des 20. Jahrhunderts für die USA inmitten des Kalten Krieges spielte, lässt sich durch einige Zahlen ausdrücken: 1950 rangierte Venezuela auf Platz zwei aller nordamerikanischen Investitionen auf dem amerikanischen Kontinent und wurde nur von Kanada übertroffen.⁵

Mit für ausländische Investitionen günstigen Gesetzen sowie der Bereitstellung neuer Ölkonzessionen unter dem Eindruck der Suez-Krise entfielen bis zum Ende der 1950er Jahre etwa 10% aller US-Investitionen weltweit auf Venezuela.⁶ Hinzu kam, dass Venezuela 1957 der sechswichtigste Markt der Welt für US-Exporte war.⁷ Die eindeutigen Zahlen sind eine grundlegende Variable, ohne die die venezolanische Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere die der 1950er

⁵ Stephen G. Rabe: *The road to OPEC: United States relations with Venezuela, 1919-1976*. University of Texas Press 1982, S. 110.

⁶ Bernard Gordon: *America's trade follies. Turning economic leadership into strategic weakness*. London and New York 2001, S. 90.

⁷ Rabe: *The Road*, S. 138.

Jahre, nicht verstanden werden kann: nämlich dass Venezuela ein Land ist, das seine Ressourcen fast ausschließlich aus Petrodollars schöpfte. Auch wenn die Petrodollars die jüngere Geschichte des Landes permanent begleitet haben, so sind es doch drei Momente, in denen wir von echten Booms sprechen können. In diesen Phasen nahmen die Dynamiken zu und schienen alles zu beschleunigen: die Militärdiktatur von 1948 bis 1957, der große Boom der Jahre 1973 bis 1983 sowie der große Boom der Chavez-Jahre von 2004 bis 2011.

Alles, was sich bis heute im kollektiven Gedächtnis auf Marcos Pérez Jiménez bezieht, ist mit einer Idee grenzenlosen Wirtschaftswachstums verbunden. Gründe hierfür sind einerseits die Tatsache, dass sowohl die Regierung als auch in hohem Maße die internationale Presse dies mit ihrer Propaganda unterstützt haben, sowie andererseits gigantische Staatsprojekte, die von Megawaffenkäufen bis hin zu Megabauvorhaben reichten. Ziel war die Absicherung des Wohlstands der Mittelschicht und insbesondere des Reichtums der Oberschicht. Diese Assoziation mit der Militärdiktatur von 1948 bis 1952 hat sich auch sechzig Jahre später in den Köpfen der Menschen gehalten. Zu den bereits genannten spektakulären Zahlen im Verhältnis zu den USA gesellen sich noch weitere hinzu: ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 9,3% zwischen 1950 und 1957 (Wachstum, das in einigen Sektoren wie der Industrie 11,5% erreichte).⁸ Allein aus den Öleinkommen erhielt der Staat zwischen 1950 und 1957 insgesamt rund 15 Mio. Dollar, davon allein 2 Mio. Dollar aus den Konzessionen des Jahres 1956 (wir werden später im Text nochmals darauf zu sprechen kommen) und 8 Mio. Dollar aus anderen Quellen, die sich zu dieser Zeit auf etwa 7 Mio. Dollar beliefen.⁹ Nach aktuellen Zahlen wären

⁸ Catalina Banko: *Industrialización y políticas públicas en Venezuela*. In: *Cadernos PROLAM/USP*, Año 6, Vol. 1, 2007, S. 133.

⁹ Zahlen nach Celso Furtado: *Economic development in Venezuela in the 1950's*. In: *Economic Bulletin for Latin American*, Vol. 1, No. 1, 1960, S. 23.

das rund 60 Milliarden Dollar, was im Vergleich zu den Billionen Dollar, die die Regierung von Hugo Chávez (1999-2013) erhalten hat, wenig ist; vielleicht sollte man die Zahlen eher mit jenen des Marshall-Plans vergleichen, die ca. 13 Mio. betragen und somit eine bessere Referenz darstellen. Demnach erhielt Venezuela allein einen Betrag, welcher der Hälfte desjenigen entspricht, den ganz Westeuropa durch den Marshall-Plan erhielt.

Es überrascht also nicht, dass Venezuela, wie in einem Bericht des US-Außenministeriums vom 30. Juni 1950 zu lesen ist, eine strategische Rolle zukam: US objectives in Latin America are the security of the United States and of this Hemisphere, the achievement of world peace, the encouragement of democratic representative institutions, and positive cooperation in the economic field in order to help in the attainment of the first three objectives. Within this general framework our specific objectives in Venezuela are: to assure an adequate supply of petroleum, especially in time of war, and to encourage the development of Venezuela's rich iron ore deposits to supplement US reserves; to foster the economic stability and development of Venezuela and the achievement of a more balanced economy, and to contribute to better living conditions for the masses as a sound basis for the growth of democracy and the continuance of a system of free enterprise; and to strengthen the friendship of the Venezuelan people and Government toward the United States, and to promote their political development along democratic lines, both as an aid in defending the strategic Caribbean-Canal Zone area and as support for hemispheric cooperation, world peace, and other basic US objectives.¹⁰

Aber die ökonomischen Beziehungen allein genügten Washington nicht, besaß Venezuela darüber hinaus doch auch einen symbolischen Wert als *“its showroom for [the] USA system in Latin America”*, wie es der 1955 in Caracas amtierende US-Botschafter Fletcher Warren auszudrücken pflegte.¹¹ Als solcher gewann er

¹⁰ 611.31/6-3050, Department of State Policy Statement. Top. Secret. Venezuela. [Washington], June 30, 1950. <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1950v02/d527> (7.9.2020).

¹¹ Zitiert nach Miguel Tinker-Salas: *The enduring legacy. Oil, culture, and society in Venezuela*. Durham and London 2009, S. 222.

zunehmend an Bedeutung vor allem hinsichtlich der Entwicklungen in Kuba ab 1956. Das Beispiel eines funktionierenden kapitalistischen Venezuela sollte potenzielle Sympathisanten des Sozialismus sowjetischer Prägung neutralisieren, der sich auf Lateinamerika auszudehnen drohte. Obwohl dies vor Fidel Castros Schwenk hin zur UdSSR in den Jahren 1960/61 keine unmittelbare ernste Bedrohung darstellte, betrieben die USA doch schon seit den 1930er Jahren einen antikommunistischen Kurs. Der von Washington forcierte Panamerikanismus versuchte, die Freundschaft mit der venezolanischen Bevölkerung und seiner Regierung zu fördern, um eine ähnliche Entwicklung wie in Mexiko unter Präsident Lázaro Cárdenas, der die Erdölindustrie verstaatlicht hatte, zu verhindern.

Um eine linke Wende in Venezuela abzuwenden, setzten die USA auf eine Spaltung der venezolanischen Eliten, von denen einige sozialistischen Ideen anhängen; die Linke, allen voran die Kommunistische Partei Venezuelas war stark. Dabei schwankte Washingtons Politik zwischen einerseits demokratischen Reformen und weitreichenden Sozialreformen, die von der Bevölkerung eingefordert wurden, sowie andererseits der Unterstützung der autoritären Diktatur, die das Land durch Industrialisierung entwickeln wollte, um es danach in eine demokratische zivile Gesellschaft zu transformieren. In beiden Fällen sollte der Mittelklasse als Trägerin demokratischer und sozialer Reformen eine entscheidende Rolle zufallen; jedoch sollte dabei das Beispiel der mexikanischen Revolution unbedingt verhindert werden. Doch das Experiment war zum Scheitern verurteilt, vor allem deshalb, weil Venezuela nach über 60 Jahren autokratischer Regime keinerlei Erfahrungen mit Demokratie hatte, die immer wieder in vielschichtigen strategischen Interessen untergegangen war.

Das erste Demokratisierungsprojekt war mit einem großen Namen verbunden: Nelson Rockefeller, Besitzer der Creole Petroleum Corporation, einer Subfirma der *Standard Oil of New Jersey*, heute Exxon Mobil, die 1944 gegründet wurde und die

sich am Beginn der 1950er Jahre zum größten Erdölkonzern der Welt entwickelte, zumindest was die Erdölproduktion betraf.¹²

Rockefeller suchte den Kontakt zu Rómulo Betancourt, eine Beziehung, die letztlich doch alle überrascht hat. Daraus entwickelte sich ein neues Gesellschaftsmodell für Venezuela, das - basierend auf Erdölfirmen - die nordamerikanische Moderne schultern sollte. Venezuela entwickelte sich nach 1958 in ein Musterprojekt Rockefellers.¹³ Deswegen überrascht es nur wenig, dass Milo Perkins, einst eine Schlüsselfigur der New Deal Ära und enger Mitarbeiter von Rockefeller im Büro für interamerikanische Angelegenheiten, das er während des Zweiten Weltkriegs koordinierte, von Rockefeller beauftragt wurde, ein Entwicklungsprogramm für Venezuela zu kreieren, dem Venezuela in den Jahren der Diktatur und der Demokratie folgte.¹⁴

Die Machtergreifung der Militärs vom 24. November 1948 beendete die zaghaften Demokratisierungsprozesse, die mit Rómulo Gallegos zu erwarten gewesen wären und stürzte die demokratischen Bewegungen in ein schweres Dilemma. Die Frage, ob die Venezolaner in der Lage sind, sich in einem Klima demokratischer Freiheiten zu modernisieren, oder erst das enge Korsett einer Diktatur benötigen, damit sie sich modernisieren, bleibt offen.

¹² Alejandro Cáceres: Creole Petroleum Corporation: la gran fusión petrolera de los años cuarenta. In: Debates IESA, Vol. XVII, No. 1, 2012, S. 61.

¹³ Über die Beziehungen Rockefellers zu Venezuela siehe: Darlene Rivas: Missionary capitalist. Nelson Rockefeller in Venezuela: Chapel Hill and London 2002. Über die ausländischen Erdölprojekte in Venezuela siehe Miguel Tinker-Salas: Staying the Course: United States Oil Companies in Venezuela, 1945-1958. In: Latin American Perspectives, Vol. 32, No. 2, 2005, S. 147-170; sowie seine Studie: The enduring legacy. Die schwierigen Beziehungen der USA zu den Demokratiebewegungen in Venezuela hat aufgearbeitet Margarita López Maya: Estados Unidos en Venezuela: 1945-1948 (revelaciones de los archivos estadounidenses). Caracas 1996.

¹⁴ Siehe Milo Perkins: For the growth and stability of Venezuela; recommendations for action (1952). Spanische Version: Por el desarrollo y la estabilidad de Venezuela. Caracas 2010.

Im Folgenden werden wir sehen, wie tief diese Kontroverse in die politischen Debatten in Venezuela eingedrungen ist. Dabei ist festzuhalten, dass durch die strategische Bedeutung Venezuelas die Analyse nicht nur als interne Angelegenheit zu behandeln ist, sondern eine umfassende geopolitische Untersuchung zu erfolgen hat. Die Interessen an Venezuela von Seiten der USA waren so groß, dass alle Gruppen, außer vielleicht den Kommunisten, verstanden, dass es ohne deren Hilfe unmöglich war, ihr Demokratisierungsprojekt umzusetzen. Also buhlte jede Gruppierung, in unterschiedlicher Intensität, um Unterstützung durch die verschiedenen US-Wirtschaftssektoren und politischen Entscheidungsträger. Dies war ein komplexer Kampf, in dem Lobbying und Diplomatie die Standpunkte der jeweiligen Gruppe permanent veränderten, vor allem weil Washington keine klare Position einnahm.

Das Ergebnis dieser Politik war, dass Washington für die nächsten zwanzig Jahren beschloss, Diktatur und Demokratie auszuprobieren. In der Tat akzeptierten die USA den Putsch vom 24. November 1948 und unterstützten offen das Modell der entwicklungspolitischen Diktatur. Und genauso taten sie es zehn Jahre später mit der reformistischen Demokratie, die laut ihren Protagonisten sogar ein revolutionäres Projekt war. In dieser Hinsicht bedeutete Venezuela für die USA auch ein kalkulierbares Experimentierfeld für jene Politik, die einige Jahre und Jahrzehnte später in anderen Ländern der Region angewendet werden sollte.

In beiden Fällen war es eine Symbiose zwischen den venezolanischen Eliten, die sich der strategischen Bedeutung des Landes durchaus bewusst waren und sich entschieden hatten, die Entwicklungsdiktatur der Militärs aktiv zu unterstützen einerseits, sowie den USA andererseits, die Venezuela als wichtigen Verbündeten im südkaribischen Raum betrachteten. Für den lohnte es sich, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um das Land zu modernisieren. Die venezolanische Militärdiktatur hatte sehr schnell erkannt, dass mit der Entdeckung und Ausbeutung

großer Erdölfelder im Mittleren Osten die unangefochtene Stellung Venezuelas früher oder später ins Wanken geraten und dieser Raum die Produktion Venezuelas übertreffen würde. Daher musste sich die Militärjunta bewegen (und zwar schnell), um wettbewerbsfähig zu bleiben und zuverlässig den US-amerikanischen Markt zu bedienen. Andererseits war es jedoch auch notwendig, die Anzahl der Unternehmen im Land zu diversifizieren: Eine zu große Abhängigkeit von der *Creole Petroleum Corporation* sowie von *Shell* konnte bedeuten, dass die gesamte Volkswirtschaft in große Schwierigkeiten geraten würde, wenn einer der beiden Giganten beschlösse, seine Investitionen radikal zu senken.

Doch egal von welcher Perspektive aus man die Situation in Venezuela betrachtet, von jener der venezolanischen Eliten, die bewusst die strategische Bedeutung des Landes nutzten, um ihre Vorstellungen von „Entwicklung“ zu verwirklichen, oder jener der USA, die Venezuela gemäß ihrer geopolitischen Interessen im karibischen Raum als Bündnispartner benötigten, Modernisierung schien das Gebot der Stunde. Die Militärdiktatur erkannte rasch, dass sich durch die Entwicklungen im Nahen Osten die politischen Interessen Washingtons verlagerten, weswegen Venezuela seine wirtschaftlichen und politischen Angebote gegenüber den USA aufbessern musste, wollte es seine Position als „Erdölsupermacht“ behalten. Auf der anderen Seite musste die Diktatur ihren Anhänger*innen auch nationale Zugeständnisse machen, die Diversifizierung der Erdölgesellschaften vorantreiben, um die Vormachtstellung Rockefellers und Shells zu brechen, was jedoch in Folge zur Rücknahme von Investitionen führte und die venezolanische Wirtschaft vor Probleme stellte.¹⁵

¹⁵ Diese These vertrat Ramón Rivas Aguilar: Venezuela en la década militar de 1948-1958. Geopolítica de posguerra, petróleo y diplomacia. In: Procesos Históricos. Revista de Historia y Ciencias Sociales, No. 3, enero-junio, 2003, S. 46-78. <http://erevistas.saber.ula.ve/index.php/procesoshistoricos/article/view/10029/9956> (10.9.2020).

Aus dieser Situation heraus entwickelte sich ein Spiel über zwei Banden. Einerseits entsandte man 1949 eine Delegation, die in den Nahen Osten aufbrach, um die dort vorangetriebenen Entwicklungen aus erster Hand zu studieren und um Brücken zu schlagen. Doch verlief die Reise der venezolanischen Delegation sehr unglücklich, wurde sie doch von Washington und London torpediert, sodass die Mission fast ergebnislos zu Ende gehen musste. Trotzdem darf diese Mission als Geburtsstunde der OPEC betrachtet werden. Parallel dazu kam es in Venezuela zu einer Liberalisierung der Erdölindustrie, nach mehr als einer Dekade von politischem Nationalismus und staatlicher Erdölkontrolle. Die als *“Primera Convención Nacional del Petróleo”* von 1951 in die Geschichte eingegangene Konvention verfolgte das Ziel, neue Investitionen anzulocken. Das führte dazu, dass Caracas mit Washington 1952 ein neues Abkommen, den *“Tratado de Reciprocidad Comercial”*, unterzeichnete, woraus sich 1956 die Vergabe neuer Konzessionen, *„Nuevas Concesiones“*, an US-amerikanische Unternehmen ergab, und die fast elfjährige Politik der Nicht-Vergabe von Konzessionen, seit 1945, zu Ende ging. Dabei spielte der ägyptische Präsident Nasser eine nicht unwesentliche Rolle, schwächte dieser die Wirtschaft des Nahen Osten doch nachhaltig, indem er die Suez-Krise vom Zaun brach. Dadurch schienen Investitionen in Venezuela sicherer zu sein. Dieser Umstand führte zu gewaltigen Investitionen von Creole und Shell in Venezuela, die dort ihre modernsten Anlagen errichteten.

DER KONTEXT (II): CHAMPION DES ANTIKOMMUNISMUS

Ohne Zweifel bedeutete der stramme Antikommunismus der Diktatur einen strategischen Vorteil im Verhältnis zu Washington.¹⁶ Die USA suchten dringend Verbündete im Kampf gegen die „Kommunistische Internationale“ die den Kontinent zu bedrohen schien.¹⁷ Ähnlich einem Cordon Sanitaire unterstützten verschiedene Militärdiktaturen die USA in ihrem Kampf gegen den Kommunismus.¹⁸ Jede Form von Demokratisierungs- und Reformbewegungen wurde von der Militärjunta als kommunistisch diffamiert, was die USA billigten, fürchteten diese doch nichts mehr als Instabilität auf dem Kontinent, die letztlich von Kommunisten ausgenützt werden könnte.

Daher blieben die venezolanischen Militärs effiziente Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus, Militärs, die dringend neueste Bewaffnung (durch die USA) benötigten, deren Bezahlung aus US-amerikanischen Petrodollars stammte.¹⁹

¹⁶ Zwei Studien zu diesem Thema: Juan Acuña: *La década militar en el marco de la Guerra Fría. Fundamentos teóricos y pragmáticos de su política exterior*. In: Alejandro Cardozo Uzcátegui (Hrsg.): *Venezuela y la Guerra Fría*, Caracas 2014, S. 67-87; Gustavo Enrique Salcedo Ávila: *Conflictos en el Caribe: Eisenhower y Pérez Jiménez, historia de cooperación y enfrentamiento*. In: *Politeia*, No. 48, 2012, S. 33-62.

¹⁷ „La Internacional del miedo“ nannte sie der populäre venezolanische Dichter („El Poeta del Pueblo“) und Parteiführer der Acción Democrática Andrés Eloy Blanco (1896-1955); Andrés Eloy Blanco: *La internacional del miedo*. In: *Cuadernos americanos*, No. 2, Vol. L, marzo-abril, 1950, S. 77; siehe auch Germán Arciniegas: *Entre la libertad y el miedo*. Zuerst 1952 und öfters (Überblick über Lateinamerika, seine Diktaturen und seine Rolle im globalen Kontext); Juan Bosch: *Póker de espanto en el Caribe*. Zuerst 1955 und öfters (Überblick über die Diktaturen von Trujillo, Somoza, Batista y Pérez Jiménez).

¹⁸ Die zahlreichen Diktatoren unterschieden sich aufgrund ihrer Persönlichkeitsstruktur und ihrer Beziehungen zu den USA voneinander. Zur amerikanischen Politik in Lateinamerika in der ersten Phase des Kalten Krieges siehe Stephen G. Rabe: *Eisenhower and Latin America. The foreign policy of anti-communism*. Chapel Hill and London 1988; Ders.: *The Killing Zone. The United State Wages Cold War in Latin America*. Oxford University Press 2012.

¹⁹ Die Waffen waren für einen Krieg gegen Kolumbien angeschafft worden, das 1952 wegen der anhaltenden Probleme im Golf von Venezuela einen Krieg gegen Venezuela begann, und nicht gegen die Kommunisten im Land. Aufgrund der Schwierigkeit, Waffen der neuesten

Der Kalte Krieg in Südamerika brach 1953 im benachbarten Britisch Guyana aus, er gilt als Churchills letzter Krieg. Dort hatte sich der Marxist Cheddi Jagan bei den Wahlen durchgesetzt, jedoch wurde sein Sieg in London nicht anerkannt. Die Briten suspendierten die Verfassung in ihrer Kolonie und entsandten Interventionstruppen, um Jagan gewaltsam aus dem Amt zu befördern. Venezuela, das rund ein Drittel des Territoriums von British Guayana (Esequibo) reklamierte, geriet aufgrund seines Anspruchs zwischen die Fronten.²⁰

Nichts deutet darauf hin, dass das, was in Guyana geschah, in Südamerika besondere Aufmerksamkeit erregte, doch erschütterte es die Karibik, die auf ihre Entkolonialisierung drängte. Auch Venezuela wurde vor Augen geführt, dass selbst gewählte Regierungen, insofern sie links waren, sofort aus dem Weg geräumt werden. Eindämmungspolitik war also die Norm, weswegen Pérez Jiménez beschloss, Atanasio Somozas Projekt zur Invasion Costa Ricas zu unterstützen. Dort hatte sich 1948 eine demokratische Republik unter José Figueres durchgesetzt, die demokratische Parteien der gesamten Region unterstützte. Durch seine Freundschaft zu dem 1948 gestürzten venezolanischen Präsidenten Rómulo Betancourt, der sich in Costa Rica im Exil befand, hatte ihn Pérez Jiménez am Radar. Es war Figueres, der 1948 den Bürgerkrieg in seiner Heimat für sich entscheiden konnte und somit bewies, dass die für Demokratie kämpfenden Bewegungen, allen voran

Generation von den USA zu kaufen, strebte Venezuela nach ökonomischer Autonomie, indem es in Europa (UK, Italien) Waffen einkaufte. Auch während des zweiten Erdölbooms (2004-2011) richteten sich die Militärs gegen Kolumbien und kauften moderne Boote und Flugzeuge aus Europa.

²⁰ Über British Guayana, das 1966 unabhängig wurde und sich zu einem battleground im Kalten Krieg verwandelte. Siehe Stephen G. Rabe: *U.S. Intervention in British Guiana. A Cold War Story*. Chapel Hill 2005. Aus venezolanischer Perspektive: Guillermo Guzmán Mirabal: *Del Acuerdo de Ginebra a la Rebelión del Rupununi: Tres años del proceso de recuperación de la Guayana Esequiba (1966 – 1969)*. Caracas 2016.

die Karibiklegion,²¹ einer internationalen Streitmacht zu trotzen vermögen. Darauf gestützt gingen Figueres und Betancourt andere Projekte wie das von Cayo Confites²² an. Die Invasion in Costa Rica wurde von den Vereinigten Staaten später abgebrochen.

1954 gerierte sich Pérez Jiménez als Gastgeber der X. Interamerikanischen Konferenz in Caracas, auf der Außenminister John Fuster Dulles den lateinamerikanischen Staaten einen Angriff auf das linksregierte Guatemala sowie auf Costa Rica ankündigte. Der gemeinsame Kampf gegen den Kommunismus galt als oberste Maxime. Auch wenn die Militärs formal unterstützt wurden, führte Washington auch Gespräche mit verschiedenen demokratischen Dissidenten und nahm Kontakte zu Rómulo Betancourt und anderen lateinamerikanischen Demokraten auf. Diese Entwicklung half vor allem Sozialdemokraten, Christdemokraten und den Liberalen. Nur ihr Bekenntnis zum Antikommunismus einte alle Gruppen, egal von wo sie kamen. Die X. Interamerikanischen Konferenz bedeutete für Pérez Jiménez jedoch nur einen Teilerfolg, stimmten die Teilnehmer*innen am Ende der Konferenz doch gegen eine militärische Intervention in Costa Rica. Hinzukam, dass die USA den modernen demokratischen antikommunistischen Republiken den Rücken stärkten. Nicht nur, dass der Diktator mit seinem Wunsch nach einer Invasion in Costa Rica scheiterte, zu allem Überfluss verließ Betancourt den zentralamerikanischen Isthmus und ging ins US-amerikanische Puerto Rico, was einer Provokation gleichkam.

Auf Puerto Rico regierte Gouverneur Luis Muñoz Marín, ein Freund Betancourts, über den der venezolanische Präsident seine Kontakte zu Washington intensivieren wollte. Allein, dass Betancourt überhaupt ein Visum für Puerto Rico erhielt, ist als bittere Niederlage für Pérez Jiménez zu interpretieren. Um Trost zu

²¹ Siehe Charles D. Ameringer: *Caribbean Legion: Patriots, Politicians, Soldiers of Fortune, 1946–1950*. Pennsylvania State University Press 2004.

²² Siehe Charles D. Ameringer: *Caribbean Legion*.

spenden, verlieh US-Präsident Eisenhower dem venezolanischen Präsidenten für seine Verdienste im Kampf gegen den Kommunismus in Venezuela und in den Amerikas einen Orden und betonte die traditionell herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.²³ Doch konnte dies nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass die USA begannen, Betancourt zu unterstützen. Gemeinsam mit verschiedenen moderaten demokratischen Erneuerern, dazu zählten eben auch Muñoz Marín und José Figueres, stärkten sie die Idee einer demokratischen Reformbewegung als Antwort auf die kommunistische Bedrohung. Das Modell der Diktatur als effektivste Waffe gegen den ideologischen Todfeind geriet ins Hintertreffen. Dies führte letztlich dazu, dass die USA den Diktator im Januar 1958 zum Rücktritt aufforderten, nachdem ihm die Kontrolle auf den Straßen während der zivildemokratischen Proteste entglitten war. Damit war der Weg für eine demokratische Reformregierung offen. Zwar blieben die USA in der Bewertung demokratischer Projekte weiterhin sehr vorsichtig, vor allem weil sich fast gleichzeitig anderswo in Lateinamerika Linksregierungen durchzusetzen drohten und der Ruf nach einer harten Hand (v. a. durch Vizepräsident Richard Nixon propagiert) wieder lauter wurde. An dem zwiespältigen Kurs der USA in Lateinamerika änderte sich auch unter John F. Kennedy nichts; z.B. Invasion in der Schweinebucht. An Venezuela als demokratischem Gegenbeispiel zur kubanischen Revolution in der Region hielt man in Washington jedoch fest und band das südamerikanisch-karibische Land noch enger an sich. Doch Venezuela benötigte auch Verbündete unter seinen lateinamerikanischen Nachbarn; durch die langjährige Diktatur war das Vertrauen in das Land geschwächt worden, weswegen Betancourt an einer Achse mit Fidel Castro arbeitete, der damals noch kein Kommunist war.

²³ Siehe J. Acuña: *La década militar*, S. 73.

Die USA nutzten den sehr beliebten Rómulo Betancourt und die von ihm geführte sozialdemokratische Partei *Acción Democrática*, um eine neue Politik gegen den Kommunismus zu erproben. Dabei kam Rockefeller und anderen Ölfirmen in der Sozialarbeit eine zentrale Rolle zu, die im Zuge der von Kennedy initiierten Lateinamerikapolitik „Allianz für den Fortschritt“ noch ausgebaut werden sollte. Wenn die Theorien des US-amerikanischen Ökonomen Walt Whitman Rostow zur Entwicklungstheorie (Stufentheorie) irgendwo in der Welt umgesetzt wurden, dann in Venezuela. Doch gerade in dieser Transitionsperiode von der Diktatur zur Demokratie (1958-1962) steuerte der Kalte Krieg auf einen neuen Höhepunkt zu, und auch in Venezuela breiteten sich kommunistische und sozialistische Ideen rasch aus. So entstanden in Venezuela verschiedene linke Guerillabewegungen, von denen manche mit Geld und Waffen aus den sozialistischen Staaten unterstützt und beliefert wurden. Ausländische Guerilla-Kämpfer sickerten meist über das mittlerweile kommunistische Kuba in Venezuela ein, sodass sich das Land in einen *showroom* der USA verwandelte und in gewisser Weise die Funktion von Westberlin (im Gegensatz zum kommunistischen Kuba) übernahm. Wie wir sehen, wurden viele Ideen der Militärdiktatur fortgesetzt. Das Land sollte weiterhin eine Speerspitze im Kampf gegen den Kommunismus sein, nun jedoch als ein Paradebeispiel für das Verteidigen westlicher Werte, wie Demokratie, Freiheit und soziale Reformen. Auf diese Weise erreichte Betancourt das, was Pérez Jiménez letztlich verwehrt blieb: Venezuela wurde der große Verbündete der USA im Kampf gegen den Kommunismus in der Karibik sowie im nördlichen Südamerika. Der neue Weg der demokratischen Reformen, eingebettet in das US-Programm der „Allianz für den Fortschritt“ sowie die gut ausgestatteten venezolanischen Streitkräfte, drängten die sozialistischen Kräfte im Land erfolgreich zurück. So gelang es in nur sechs Jahren, die militärischen Konfrontationen mit den linken Guerillas, allen voran den *Fuerzas Armadas de Liberación Nacional* (FALN), dem militärischen Arm der kommunistischen Partei Venezuelas (PCV), und dem

Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR)²⁴ weitgehend zu beenden. Diese waren 1963 entstanden und operierten bis 1968.

Um Missverständnisse zu vermeiden, muss hier deutlich gesagt werden, dass die venezolanische Demokratie zwar eng mit den USA verbunden war und gemeinsame Feinde wie etwa das kommunistische Kuba hatte, aber ideologische Bruchlinien zwischen Caracas und Washington beobachtbar waren. Venezuela war also keine "Kolonie" der USA, wie es die Kommunisten gerne an die Wand malten.²⁵ Immer wieder mussten die USA gegenüber Betancourt Zugeständnisse machen, um die enge Freundschaft zwischen den beiden Staaten aufrechtzuerhalten. So akzeptierten sie beispielsweise 1963 die Auslieferung von Pérez Jiménez nach Venezuela, was zu dieser Zeit noch sensationell war. Er verbüßte eine vierjährige Haftstrafe, bevor er sich 1968 in Madrid niederließ. Auch in diesem Fall wurde Venezuela zum Präzedenzfall. Pérez Jiménez war, soweit wir wissen, der erste lateinamerikanische Diktator, der von den Gerichten einer Demokratie vor Gericht gestellt und verurteilt wurde; unbeschadet der Tatsache, dass Pérez Jiménez recht gut aus dem Prozess herauskam und nur wegen Unterschlagung verurteilt wurde.²⁶

²⁴ Der MIR sah sich als militärischer Arm einer Splittergruppe der AD, die 1960 entstanden war. Sie wurden zum Vorbild für Guerillagruppen desselben Namens in Peru und Chile. In Peru war der MIR aus der APRA und in Chile aus dem Partido Socialista (PS) hervorgegangen.

²⁵ Über die Beziehungen zwischen Venezuela und den USA in postdiktatorischer Zeit siehe Aragorn Storm Miller: *Precarious path to freedom. The United State, Venezuela and the Latin America Cold War*. University of New Mexico Press 2016; Gustavo Salcedo Ávila: *Venezuela, Campo de batalla de la guerra fría. Los Estados Unidos y la era de Rómulo Betancourt (1958-1964)*. Caracas 2017; zu den ökonomischen Beziehungen im Bereich der Erdölindustrie in den 1960er Jahren siehe Guillermo Guzmán Mirabal: *Venezuela y Estados Unidos: diplomacia petrolera. Tres momentos del duelo entre Leoni y Johnson (1964-1969)*. In: *Tiempo y espacio*, No. 63, 2015, S.87-105.

²⁶ Zu den Gerichtsunterlagen zu diesem Prozess siehe *Juicio y sentencia al ex-dictador Pérez Jiménez*. Caracas 1982.

Nach seiner Entlassung aus der Haft gründete er eine neue Partei namens *Cruzada Cívica Nacionalista*, scheiterte jedoch bei den Wahlen 1968.²⁷

Doch zurück zur Fortführung der Politik von Pérez Jiménez durch die erste Regierung von Rómulo Betancourt (1959-1960). Ihm war es vorbehalten, die OPEC zu gründen und eine staatliche Ölgesellschaft (PDVSA) ins Leben zu rufen, die sowohl nationalistische als auch antiimperialistischen Forderungen befriedigte. Dies führte in weiterer Folge zur systematischen Reduktion von Investitionen durch US-Ölunternehmen in Venezuela, auch wenn die Investitionen immer noch auf sehr hohem Niveau blieben. Damit begann Venezuela, sich langsam von der Politik der *Primera Convención Nacional del Petróleo* aus der Zeit der Diktatur (1951) zu lösen. Die Verstaatlichungsmaßnahmen der 1970er Jahre verringerten den strategischen Wert des Landes und führten in den 1980er Jahren direkt in die wirtschaftliche Katastrophe und nicht, wie es der Apologet der venezolanischen Verstaatlichung, Präsident Carlos Andrés Pérez noch 1976 verkündete, in ein *Venezuela Grande*.

VENEZUELAS PROBLEM: DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DIE DEMOKRATIE

Die bisherigen Ausführungen zeigen die enorme Bedeutung der Geopolitik für die venezolanische Geschichte zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie zeigen aber auch, dass dies nicht die einzige Dimension war, die das Spiel um Macht bestimmte. Der Kampf zwischen den Demokraten und den Militärs um die Gunst Eisenhowers, wer denn der beste Verbündete Washingtons sei, hat verschiedene Widersprüchlichkeiten aufgezeigt, die sehr wohl auch auf einer ideologischen

²⁷ 1973 wurde eine Änderung der Verfassung vorgenommen, nach der Personen mit Urteilen durch den Obersten Gerichtshofs nicht für das Amt des Präsidenten oder einen Sitz im Parlament kandidieren dürfen. Der Grund war, eine weitere Kandidatur von Pérez Jiménez zu verhindern (vgl. J. Peróns Antreten in Argentinien 1973).

Ebene ausgetragen wurden. Die Kontroverse um die Möglichkeiten einer Rückkehr zur Demokratie bestimmte zahlreiche Diskurse rund um Fragen zum zukünftigen Staatsmodell, zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zur nationalen Unabhängigkeit. Dabei ging es, wie es der Historiker Diego Bautista Urbaneja ausdrückte, um die Entwicklung eines positivistischen Staates auf demokratischer Basis,²⁸ dessen Wurzeln zwar im 19. Jahrhundert lagen, dessen Umsetzung jedoch erst in den 1930er Jahren in Lateinamerika Fahrt aufnahm.²⁹

Im Rahmen des Kalten Krieges zählte sich Venezuela zum „positivistischen Westen“, vor allem weil es im Kapitalismus ein mehr oder weniger liberales, demokratisches System sah, das der Entwicklung des Landes eher entgegenkam. Über den Zeitraum, darüber wie lange Venezuela benötigen würde, dieses Ziel zu erreichen, war man sich von Anfang an uneins.³⁰

Doch wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten zweifelte auch der venezolanische Positivismus an sich, weil er im Gegensatz zu den liberalen Staaten Europas keine Stabilität und keinen Wohlstand erreicht hatte. Die Schuld für die Rückständigkeit des Landes schob man einerseits auf die geographische Lage und andererseits auch auf die „Rasse“. Der einzige Weg, um Ordnung herzustellen, um Fortschritt im Land zu erreichen, war deswegen die Rückkehr zur wahren politischen Natur des Landes, dem *Caudillismo*. Darüber veröffentlichte der Historiker und Soziologe Laureano Vallenilla Lanz 1919 das Buch „Der demokratische

²⁸ Wahrscheinlich die kompletteste Aufarbeitung des Positivismus in Venezuela findet sich bei Ángel Cappelletti: *Positivismo y evolucionismo en Venezuela*. Caracas 1992.

²⁹ Siehe Diego Bautista Urbaneja: *Pueblo y petróleo en la política venezolana del siglo XX*. Caracas 1992.

³⁰ Zur Ideengeschichte Venezuelas siehe Diego Bautista Urbaneja: *La democracia, o el viaje sin fin en búsqueda de lo que no se puede encontrar*. In: Asdrúbal Baptista (Hrsg.): *Suma del pensar venezolano*. Caracas 2015, Tomo II/Libro 2, S. 385-544.

Caesarismus“, das bis heute als eines der einflussreichsten Bücher über das politische Denken in Venezuela gilt. Nach Vallenilla Lanz war der „demokratische Cäsarismus“ eine Art direkte Demokratie, in der das Volk seinen Cäsar wählt, der in Folge dafür verantwortlich ist, Ordnung zu schaffen, der „notwendige Gendarm“ zu sein. Aus dieser „notwendigen Entwicklung“ heraus erwächst, so der Autor, erst die liberale Demokratie, der Vallenilla Lanz allerdings nicht sehr viel Vertrauen schenkte, da sie instabil sei. Das Beispiel von Juan Manuel Rosas in Argentinien (1835-1852) bestätigte ihn in seiner Theorie, dass nur ein Caudillo Venezuela auf den Weg des Fortschritts bringen konnte. Dieser war in der Person Juan Vicente Gómez (er regierte von 1908 bis 1935) nun auch gefunden, so jedenfalls Vallenilla Lanz, der Vicente Gómez als „Inkarnation des notwendigen Gendarms“ und entsprechend seiner These als Überbringer von Frieden, Stabilität und Wohlstand betrachtete. Als ab den 1920er Jahren Geld aus dem Erdöl zu fließen begann, hatte es seit drei Jahrzehnten keine Bürgerkriege mehr gegeben, wodurch sich die venezolanische Wirtschaft stabilisieren konnte und die Armee neuorganisiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurde Venezuela seit fast siebenzig Jahre autokratisch regiert (1870-1935), mit Gómez als am längsten regierenden Diktator.

Ein besonderes Merkmal des demokratischen Cäsarismus war paradoxerweise, wie undemokratisch er war. Die liberale Demokratie wurde ganz allgemein als „psychologischer Fehler“ kategorisiert, als eine Erfindung, die auf völlig falschen Schlussfolgerungen über den menschlichen Zustand beruhte. Die These vom „unfähigen Volke“ griff um sich. Das heißt, die in den Eliten des frühen 20. Jahrhunderts weit verbreitete Überzeugung, dass Venezolaner einfach nicht in der Lage sind, in Demokratie und Freiheit zu leben, machte Schule. Ohne Diktator werden die Venezolaner*innen Kinder bleiben, die ohne der Aufsicht durch ihre Eltern oder Lehrer in Unordnung leben und sich Ende des Tages selbst schaden werden. Diese These wurde zum Schlüssel bei der Konzeption der

Militärdiktatur.³¹ In den 1930er Jahren tauchte jedoch auch das sogenannte demokratische Programm auf, das zu einem gewissen Grad schon vorher existiert hatte. Im Grunde genommen begann eine neue Generation, die während des Gomezismus aufgewachsen war, an ihren großen Wahrheiten zu zweifeln. Gómez stand vor allem für Korruption, der Verletzung aller Freiheiten und für Tyrannei, aber auch für Stabilität, Frieden und Wirtschaftswachstum. So wurde der demokratische Cäsarismus zu einem großartigen Plan, um die Gómez-Diktatur zu rechtfertigen. Dagegen lehnte sich die Generation von 1928 auf, die sich zum Ziel gesetzt hatte, in die sozialen und wirtschaftliche Strukturen zu investieren, die, wenn sie modifiziert würden, das Funktionieren des Systems der Freiheiten ermöglichen würden. Die wichtigsten Protagonisten dieser Proteste waren jungen Leute, die 1928 gegen die Diktatur rebellierten und als *Generation of 28* bekannt sind. Nachdem alle Versuche, die Diktatur zu stürzen, fehlschlagen, kamen sie im Exil mit marxistischen Ideen in Kontakt, die dem uferlosen Positivismus entgegenwirken sollten. Neben dem Gomezismus, wurden nun der Latifundismus sowie der Imperialismus als Ursache für die „venezolanische Krankheit“ identifiziert. Im Ausland solidarisierten sich Jugendliche auf der ganzen Welt gegen die Thesen der Dritten Internationale, die der Ansicht war, dass nur der Kommunismus Venezuela zur Moderne führen könne, während andere die Auffassung vertraten, dass ein anderer revolutionärer Weg gesucht werden müsse; ein Weg, der beobachtet und abwartet, inwieweit das Modell der UdSSR überhaupt erfolgreich war. In diese Gruppe ist die *Acción Democrática* (AD) bei ihrer Gründung 1941 einzuordnen. Ihre Vision war nationalistisch und „demokratisch

³¹ Siehe dazu Elías Pino Iturrieta: *Ideas sobre un pueblo inepto: la justificación del gomecismo*. In: Ders.: *Juan Vicente Gómez y su época*. 2da. edición. Caracas 1993. S.187-201.

revolutionär“ und kam bei der Bevölkerung gut an.³² Die AD steht am Ende eines Abnabelungsprozesses der Gruppe rund um Betancourt, die bis 1937 gemeinsame Sache mit den Kommunisten machte.³³ In den darauffolgenden Jahren entwickelte sich die AD zur größten politischen Partei Venezuelas sowie zur Speerspitze der demokratischen Linken im Kampf gegen den kubanischen Kommunismus.³⁴ Parallel dazu war bereits 1936 der *Partido Demócrata-Cristiano* (Christdemokraten) von Rafael Caldera gegründet.

Durchsetzen mussten sich die demokratischen Parteien gegen die Herrschaft der Generäle, die nach dem Tod von Juan Vicente Gómez 1935 Venezuela weiterregierten.³⁵ Zuerst war es sein Kriegsminister, Eleazar López Contreras, der sich als intellektueller Modernisierer gerierte und reformorientiert agierte. López Contreras legalisierte 1937 mehrere politische Parteien und Gewerkschaften, auch die Kommunisten. Im Postgomezismus (bis 1945) wurden die Institutionen des Staates gestärkt, der Zugriff auf die eigenen Bodenschätze gesetzlich festgelegt, wodurch

³² Una revolución democrática meinte Demokratisierung der politischen Macht sowie Zugang zu Boden, Krediten und Bildung, um letztlich den Staat in zwei Richtungen zu konsolidieren: Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus und Einigkeit gegenüber dem Regionalismus. Zur Ideologie Betancourt und seiner Mitstreiter*innen, siehe Arturo Sosa Abascal/Eloi Lengrand: *Del garibaldismo estudiantil a la izquierda criolla: los orígenes marxistas del proyecto de AD*. Caracas 1981; Germán Carrera Damas: *Emergencia de un líder. Rómulo Betancourt y el Plan de Barranquilla*, Caracas 1994; Ders.: *Rómulo Histórico*. Caracas 2013; Manuel Caballero: *Rómulo Betancourt, político de nación*. Caracas 2004.

³³ Derartige Abspaltungen bestimmen die Parteienlandschaft Venezuelas bis heute. Auch die AD verlor in den 1960er Jahren Flügel wie beispielsweise den bereits erwähnten *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (MIR). Betancourt selbst übernahm während seines Exils in Costa Rica zwischen 1931 und 1935 eine Funktion im Politbüro der Kommunistischen Partei des zentralamerikanischen Landes.

³⁴ In den 1970er trat die Mehrheit der demokratischen Linksparteien (*Partido Liberación Nacional* in Costa Rica; die Parteien *Auténtico* und *Ortodoxo* in Kuba; der *Partido Revolucionario Dominicano* in der Dominikanischen Republik und der *Partido Popular Democrático* in Puerto Rico) der sozialdemokratisch orientierten Sozialistischen Internationale bei. Siehe Charles Ameringer: *The democratic left in exile. The antidictatorial struggle in the Caribbean, 1945-1959*. University of Miami Press 1974.

³⁵ Mit der Machtergreifung durch den Caudillo Cipriano Castro 1899 begann die Vorherrschaft der Generäle aus dem Andenraum (*Dominio de los andinos*).

die Rendite vom Erdöl erhöht werden konnte. Hinzu kamen erste Schritte hinsichtlich einer Agrarreform.

Doch die Bürger*innen waren nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden, auch wenn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Wahlrecht liberalisiert wurde, was zweifellos – auch wenn reichlich spät – einen Fortschritt darstellte. Einer der größten Profiteure der Macht der Militärs war die katholische Kirche, die gemeinsam mit den Generälen des Gomezismus über die Geschicke des Landes entschied.

Vor diesem Hintergrund muss der Putsch gegen General Isaías Medina Angarita vom 18. Oktober 1945 (Oktoberrevolution) betrachtet werden. Der Staatsstreich von 1945 veränderte die politischen Spielregeln in Venezuela. Die Putschregierung wurde hauptsächlich von der urbanen Mittelklasse sowie Teilen der Arbeiter*innenschaft, mehreren demokratischen Parteien und linken Gewerkschaften und einer Gruppe von jungen Militäroffizieren (*jóvenes militares*) getragen. Letztere wurden zum Schlüssel für den Erfolg vom 18. Oktober 1945, auch wenn sie ihren „linken“ Verbündeten misstrauten, weswegen es im November 1948 erneut zu einem Putsch kam.³⁶

DER PRÄTORIANISMUS UND DIE JUNGEN OFFIZIERE

Venezuela war nicht das einzige Land in der Region, das zwischen dem späten 19. Jahrhundert und den 1930er Jahren eine moderne Armee aufbaute (oder die bestehende modernisierte).³⁷ Die peruanische Militärakademie *Los Chorrillos*

³⁶ Der Historiker Domingo Irwin bezeichnet die Putsche von 1945 und 1948 als Teil eines Prozesses innerhalb der Armee.

³⁷ Zur Geschichte der venezolanischen Armee siehe Eleazar López Contreras: *Páginas para la historia militar de Venezuela*. Caracas 1944; Ángel Ziemis: *El Gomecismo y la formación del Ejército Nacional*, Caracas 1979; Inés Quintero: *El ocaso de una estirpe: la centralización restauradora y el fin de los caudillos históricos*. Caracas 1989; Domingo Irwin/Ingrid Micet:

wurde zu einem Referenzzentrum in der gesamten Region. Die in Lateinamerika weit verbreitete Praxis, Stipendienkadetten und junge Offiziere in anderen Ländern der Region studieren zu lassen, machte *Chorillos* zu einem der gefragtesten militärischen Ausbildungszentren Lateinamerikas. Nicht umsonst wird sie auch als Kaderschmiede des Prätorianismus bezeichnet. Spätere Diktatoren wie Manuel Odría, Juan Velasco Alvarado, Marcos Pérez Jiménez und Manuel Antonio Noriega zählen zu den Absolventen der Militärakademie Los Chorillos. Seit dem Beginn des 20. Jahrhundert spielten die US-Militärs im Ausbildungssektor eine wichtige Rolle. Sie unterstützten und initiierten den Aufbau von paramilitärischen Spezialeinheiten (Gendarmen, Nationalpolizei usw.) in Nicaragua, der Dominikanischen Republik, in Haiti, Panama sowie auf Kuba.

All dies bringt uns zum Thema des Prätorianismus, der Gründung einer professionellen, effektiven, institutionalisierten Armee, die aus speziell dafür ausgebildetem Militärpersonal besteht. Die Soldaten lernten den Nationalstaat als die höchste und am besten geeignete Form politischer Organisation zu verstehen und zu verteidigen.³⁸ Daraus erwuchs das Selbstverständnis, dass die Militäroffiziere unverzichtbar für die Sicherheit und Existenz des Nationalstaates seien, und Krieg ein Instrument der Politik sei. Dies führte in Folge zur Überzeugung, dass der Schutz des Staates sie dazu auffordert, auch gegen innere Feinde militärisch vorzugehen, vor allem aber gegen Kommunisten.³⁹ Dieses Phänomen, dass die Streitkräfte den Staat und seine Zivilbevölkerung kontrollieren, nennt man im lateinamerikanischen Kontext Prätorianismus. Die Idee besteht nicht

Caudillos, militares y poder: una historia del pretorianismo en Venezuela. Caracas 2008; Germán Guía Caripe: La Recluta forzosa y su transición al Servicio Militar, 1908-1933. Caracas 2009.

³⁸ Domingo Irwin: Pretorianismo e historia en Venezuela. In: *Tiempo y Espacio*, No. 50. Caracas 2008. http://ve.scielo.org/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S1315-94962008000200003&lng=es&nrm=iso (15.9.2020).

³⁹ Brian Loveman: *For la Patria: Politics and the Armed Forces in Latin America*. University of Michigan 1999.

etwa darin, die Gesellschaft zu militarisieren, wie im Militarismus, sondern darin, sie unter die Obhut des Militärs zu stellen. Den lateinamerikanischen Republiken, deren Institutionen gerade erst im Aufbau begriffen waren, entglitt die Kontrolle über die von ihnen geschaffenen Armeen schon nach kurzer Zeit; wie jemand, der einen Tiger reitet, konnten sie diesen weder zähmen noch von ihm absteigen.

In Venezuela passierte das 1945, als es zu einem Generationenwechsel innerhalb der Streitkräfte kam und junge Offiziere das Kommando übernahmen und die Rückkehr zur Diktatur forderten, wobei ihnen als Vorbild der Putsch der Militärloge des *Grupo de Oficiales Unidos* (GOU) vom 4. Juli 1943 in Argentinien diente.⁴⁰ Dabei schielte man auf das faschistische Italien und suchte politische Allianzen mit Gewerkschaften und Parteien. Der Kontext des Zweiten Weltkrieges veränderte das Innenleben der Streitkräfte in Venezuela sowie dem Rest Lateinamerikas noch einmal gravierend und hatte viele Auswirkungen. Überall versuchten die USA, die Armeen der Bündnispartner zu reformieren, zu vergrößern und zu modernisieren. Uniformen, Waffen, Trainer und Berater kamen nun im Wesentlichen aus den USA. Obwohl die lateinamerikanischen Streitkräfte nicht direkt in den Krieg eintraten (mit Ausnahme Brasiliens), nahm ihre Bedeutung zu. Nachdem die UdSSR zum Bündnispartner Washingtons im Krieg gegen die Achse wurde, wurde der Sozialismus hoffähig, und die Berührungängste der Armee gegenüber linken Bewegungen schmolzen. Die venezolanische Oktober-Revolution von 1945 ist unter diesem Gesichtspunkt einzuordnen.⁴¹

In der venezolanischen Militärloge *Unión Patriótica Militar* (UPM) kursierten derartige Modelle unter Lehrern und Schülern. Militärs wie Luis Felipe Llovera

⁴⁰ Eine Militärloge ist eine Geheimgesellschaft innerhalb der Streitkräfte, die in der Regel konspirative Ziele verfolgt.

⁴¹ Ein nützlicher Text in diesem Kontext ist Ysrael Camero: *Revoluciones reformistas en el Caribe (1933-1948)*. *Modernización del Estado, democratización de la sociedad y administración de conflictos*. In: *Tierra Firme*, No. 82, 2003, S. 211-231.

Páez und Marcos Pérez Jiménez und Carlos Delgado Chalbaud prägten die politische Ausrichtung der UPM, die dem Peronismus zwar nahestand, dessen Populismus jedoch letztlich nicht umzusetzen vermochte, weswegen sie eine Allianz mit der größten Partei des Landes, der AD, eingehen musste. Bereits einen Tag nach dem geglückten Putsch konstituierte sich eine Revolutionsregierungs-junta unter dem Vorsitz von Rómulo Betancourt. Delgado Chalbaud übernahm das Verteidigungsministerium, während Pérez Jiménez Generalstabschef der Armee wurde. Die UPM hatte ihre Ziele erreicht. Einerseits die völlige Kontrolle über die Armee und andererseits starken Einfluss auf die Regierung auszuüben. Betancourt negierte den Putsch und sprach stattdessen von einer Revolution, die in Venezuela begonnen hätte. So versuchte er für die nächsten drei Jahre, dem sogenannten *Trienio*, mit sozialen und institutionellen Reformen zu punkten. Mit seiner Erdölpolitik, die eine enge Kooperation mit Nelson Rockefeller vorsah, erntete er jedoch keinen großen Zuspruch innerhalb der weißen Oberschicht, fürchteten doch die alten Eliten um ihre traditionellen Pfründe.⁴² Bei der Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung kam die Reformpolitik Betancourts jedoch sehr gut an. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung *Asamblea Nacional Constituyente* im Jahr 1946, gewann die AD sagenhafte 79% der Stimmen und bei den Präsidentschaftswahlen 1947 mit ihren Spitzenkandidaten, dem Schriftsteller Rómulo Gallegos, insgesamt 74% der Stimmen.

Es waren die unglaublichen Siege an den Urnen, welche die Protagonisten der UPM beunruhigten. Die antikatholische Bildungspolitik Betancourts brachte den Klerus gegen ihn auf und die alten konservativen Eliten begannen das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand zu malen. Um ihre politische Position nicht einbüßen zu müssen, entschloss sich die UPM zur Flucht nach vorne und stürzte

⁴² Betancourt erklärt seine politischen Vorhaben während des Trienio in seinem Klassiker: R. Betancourt: *Venezuela, política y petróleo*. México 1956; (verschiedene spätere Editionen).

am 24. November 1948 den gewählten Präsidenten Rómulo Gallegos.⁴³ Der neuerliche Putsch der Militärs sowie die Errichtung einer Militärdiktatur fand in weiten Sektoren der venezolanischen Gesellschaft, wie beispielsweise der Katholischen Kirche, einigen Oppositionsparteien, der Mehrheit der Wirtschaftstreibenden sowie Teilen der Mittelschicht, rege Unterstützung. Nachdem die USA gegen den Putsch nichts einzuwenden hatten, war er mehr oder weniger legitimiert. Eine Militärjunta, bestehend aus Carlos Delgado Chalbaud, er stand quasi als Präsident der Junta vor, Marcos Pérez Jiménez und Luis Felipe Llovera Páez sowie zwei weiteren Mitgliedern, übernahm die Regierungsgeschäfte.

Die Diktatur Delgado Chalbauds endete am 13. November 1950 mit seiner Ermordung.⁴⁴ Eine neue Regierungsjunta übernahm die Macht im Staat, an deren Spitze zwar der Zivilist Germán Suárez Flamerich stand, die jedoch von Pérez Jiménez und Llovera Páez diktiert wurde. In dieser Konstellation hatte die Regierungsjunta bis zu den Wahlen am 30. November 1952 Bestand. An diesem Tag trat Pérez Jiménez mit seiner *Frente Electoral Independiente* (FEI) gegen die beiden letzten verbliebenen Volksparteien, die Christdemokraten (COPEI) und die sozialliberale *Unión Republicana Democrática* (URD) an. Die FEI wurde dabei vernichtend geschlagen, doch erkannte Pérez Jiménez das Wahlergebnis nicht an. Das künstlich losgetretene Wahlchaos nutzten letztlich die Militärs unter Generalstabschef Pérez Jiménez aus, um am 1. Dezember die Macht endgültig an sich zu reißen.

⁴³ Simón Alberto Consalvi: Auge y caída de Rómulo Gallegos. Caracas 1991.

⁴⁴ Die Ermordung Delgado Chalbaud führt bis heute zu regen Debatten und Spekulationen. Seine geplante Rückkehr zur Demokratie lässt ihn gegenüber seinem Nachfolger Pérez Jiménez als „liberaleren Diktator“ aussehen, doch wird dabei gerne vergessen, dass es Delgado Chalbaud war, der die AD verboten hatte, damit begann, Oppositionelle verfolgen zu lassen, und die Pressefreiheit einschränkte. Größter Nutznießer der Ermordung Chalbauds war jedenfalls Pérez Jiménez, weswegen viele Spekulationen in diese Richtung gehen.

DAS NEUE NATIONALE IDEAL ODER DIE ERSTE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE DIKTATUR

Las Fuerzas Armadas, ante la incapacidad del Gobierno Nacional para resolver la crisis existente en el país, en vista de la intromisión de grupos políticos extremistas en la vida nacional, puesta de presente en la mañana de hoy por la decisión de una huelga general de consecuencias incalculables y ante la incitación a las masas a cometer actos vandálicos y alterar el orden, han asumido plenamente el control de la situación para velar así por la seguridad de toda la Nación y lograr y lograr el definitivo establecimiento de la paz social en Venezuela.⁴⁵

Wie Felicitas López Portillo betont, bedeuten die korporatistischen Aktivitäten der venezolanischen Militärs einen Wendepunkt innerhalb lateinamerikanischer Politik nach 1945.⁴⁶ Politisches Ziel der Militärs war die Vereinigung von prätorianischem mit positivistischem Gedankengut (der alten Eliten), was so klang:

El actual gobierno de la República considera que la mayoría de nuestros problemas encuentran su solución en la ingeniería. La vivienda, el agua, las comunicaciones son reivindicaciones que corresponde a los técnicos analizar y satisfacer. El nuevo ideal nacional funda su mística en el trabajo racionalmente orientado.⁴⁷

Demnach ist Technik nicht jedoch Politik gefragt, weswegen nach der Einschätzung von Innenminister Laureano Vallenilla Planchart die Regierung Betancourts, das „Romulato“, notwendigerweise scheitern musste, da es:

... la incapacidad erigida en sistema de gobierno. No en balde antiguos limpiabotas administraban los Estados de la Unión y conocidos iletrados ocupaban direcciones ministeriales. Lógicamente, Acción Democrática debía fracasar. Su éxito hubiera sido un mentís a la cultura, la

⁴⁵ Frank Rodríguez: El discurso político de la dictadura: una aproximación a partir de la historia intelectual. In: José Alberto Olivar/Guillermo Avelledo Coll (Hrsg.): Cuando las bayonetas hablan. Nuevas miradas sobre la dictadura militar, 1945-1948. Caracas 2015, S. 21-22.

⁴⁶ López Portillo: El perezjimenismo.

⁴⁷ Bajo el signo del Bull Dozer. In: El Heraldo, 8.9.1954, zitiert von Frank Rodríguez: El discurso político, S. 23.

negación de todo esfuerzo intelectual como condición previa al cabal ejercicio de funciones dirigentes. El triunfo administrativo del régimen adeco habría demandado una revisión de los principios sobre los que se funda el mundo civilizado. ¿Para qué doctores? ¿Para qué técnicos? ¿Para qué universidades, escuelas superiores y laboratorios, si un equipo de analfabetos bajo la dirección de un bachiller lograba la felicidad y el bienestar de los venezolanos?⁴⁸

Pérez Jiménez führte 1953 die *Semana de la Patria*, Woche des Vaterlandes, ein, während der Studenten, Gewerkschaften und andere Kräfte des Landes mit Fahnen und Kriegsschritten paradierten, was an den europäischen Faschismus erinnert. Hinzu kamen viele kleinere Veranstaltungen an Schulen und an Sportstätten, deren militärischer Charakter unzweifelhaft ist. Dabei wurde sogar trainiert, wie man sich bei Luftangriffen verhalten solle. Ebenso verfolgte Pérez Jiménez die Ideen des geografischen und rassistischen Determinismus. Das Konzept des propagierten *Nuevo Ideal Nacional* (NIN) besagt, dass, wenn die Umwelt nicht kontrolliert und die Rasse der Venezolaner nicht „verbessert“ würde (Blanqueamiento)⁴⁹, in Venezuela von keiner wirklichen Entwicklung die Rede sein könne. Dies führte in Folge zur Einwanderung europäischer Migranten, allen voran Spanier, Italiener und Portugiesen.⁵⁰ Der aus Ungarn stammende Philosoph Ladislado T. Tarnói, der in Caracas im Exil lebte, hat 1954 die Politik des NIN beschrieben: „Das Nationale Ideal erzeugt eine Doktrin: die des

⁴⁸ Veinticuatro de noviembre. In: El Heraldo, Caracas 24 de noviembre de 1954., R.H., Editoriales de El Heraldo, Caracas, S/F, S.45, zitiert von Frank Rodríguez: El discurso político, S. 34-35.

⁴⁹ Noch 1983 verlautbarte Pérez Jiménez, dass die Notwendigkeit, die Umwelt und die ethnische Komponente zu überwinden, d.h. zu verbessern, die Grundbasis seiner politischen Projekte war.

⁵⁰ 1947 publizierte der Ökonom Manuel Egaña, der zwischen 1930 und 1960 in verschiedenen Schlüsselpositionen in Venezuela tätig war, sein Buch *Tres décadas de producción petrolera*. Caracas 1947, das die Erdölpolitik der Militärdiktatur prägte. Siehe auch Rafael Cartay: *La filosofía del régimen perrejimenista: el nuevo ideal nacional*. In: *Economía*, No. 15, 1999, S. 7-24.

Allgemeinwohls. Die Doktrin erzeugt Pläne für die Realisierung der Ziele. Die Pläne erzeugen Werke, die der Doktrin verpflichtet sind“.⁵¹

Zum NIN sind einige propagandistische Schriften entstanden, welche die Regierung als „Regierung der Ingenieure“ darstellten. Diese Schriften sind meistens sehr aufwendig ediert, leben jedoch hauptsächlich von vielen bunten Illustrationen und nicht vom Text; der ist spärlich. Pérez Jiménez fehlte dabei die Eloquenz von Betancourt, Jóvito Villalba oder Rafael Caldera, trotzdem blieb er vielen Venezolaner*innen wegen seiner Monumentalbauprojekte als größter Baumeister der Nation in Erinnerung, obwohl viele Bauprojekte vorher und insbesondere erst nachher gebaut wurden. Pérez Jiménez wollte den USA beweisen, dass nur die Diktatur der Garant für den Westen sein konnte. Doch die Propaganda erbrachte nicht die vom Präsidenten erwartete Wirkung. Slogans wie „und so entwickelt sich ein Volk“ aus dem Propagandabuch von 1956 oder die Charakterisierung des *Romulato* von 1945-1948 als „ignorante demokratische Störung“ verfangen nicht. Weder wurden die Venezolaner davon abgehalten, zum *Romulato* zurückzukehren, sobald sie frei wählen durften, noch wurden die USA daran gehindert, das *Romulato* als bessere Option zu betrachten.

Doch wie konnte die Diktatur, die mit so viel Geld und dem scheinbar günstigen Klima des Kalten Krieges ausgestattet war, letztlich stürzen? Welche Fehler hat Pérez Jiménez gemacht, welche Siege haben seine Gegner errungen? Inwiefern konnte Rómulo Betancourt, obwohl der Acción Democrática nach der Meinung von Vallenilla-Planchart doch die Grundsätze, „auf denen die zivilisierte Welt beruht“, fehlten,⁵² im Februar 1959 an die Macht zurückkehren?

⁵¹ Ladislado T. Tarnói: El Nuevo Ideal Nacional. Vida y obra de Marcos Pérez Jiménez. Caracas 1954.

⁵² Siehe oben Anm. 48

DER 23. JANUAR 1958: VERSUCH EINER CONCLUSIÓN

Im Dezember 1957 jährte sich der fünfte Jahrestag des Wahlbetrugs, der Pérez Jiménez zum Präsidenten gemacht hatte. Laut der 1953 verabschiedeten neuen Verfassung sollten Wahlen stattfinden. Um die Präsidentschaftswahlen zu umgehen, rief Pérez Jiménez zu einer Volksabstimmung, in der er die Venezolaner*innen bat, über ihn abzustimmen. Die simple Frage war, ob er an der Macht bleiben sollte; das Referendum ergab 86% Zustimmung. Demnach würde Pérez Jiménez von 1958 bis 1963 weitere fünf Jahre Präsident bleiben. Kaum jemand glaubte an das Ergebnis, nur die US-Botschaft in Caracas bescheinigte den Venezolaner*innen in ihrem Bericht vom Dezember 1957 apathische Autoritätshörigkeit.⁵³

Wenn die Geschichte der politischen Übergänge etwas lehrt, dann entstehen Transformationen oft dann, wenn man sie am wenigsten erwartet und beginnen an Orten, an die niemand denkt. Manchmal reicht ein sehr kleiner Auslöser aus, um einen Art „Schmetterlingseffekt“ zu erzeugen, der alles verändert.⁵⁴ In der Tat zeigte sich mit dem Beginn der Studentenproteste gegen die Betrugsvorwürfe seit November 1957, dass die Proteste in der Bevölkerung weitgehend Unterstützung fanden. Hinzu kam, dass am 1. Januar 1958 in den verschiedenen Waffengattungen Aufstände ausbrachen, die alle überraschten. Obwohl die

⁵³ So die Einschätzung von Stephen G. Rabe: In December 1957, a month before Pérez Jiménez overthrow, the embassy in Caracas predicted that the military dictator would hold power, for ‘in the absence of democratic traditions, the majority of Venezuelans have developed what appears to be an apathetic or acquiescent attitude toward their authoritarian government. Stephen G. Rabe: *The Caribbean triangle: Betancourt, Castro and Trujillo and the US foreign policy, 1958-1963*. In: *Diplomatic history*, Vol. 20, No.1, 1996, S. 56.

⁵⁴ Simón Alberto Consalvi: 1957: el año en el que los venezolanos perdieron el miedo. Caracas 2007.

Aufstände rasch niedergeschlagen werden konnten, wurden sie zum Startsignal für all jene, die seit langer Zeit unzufrieden waren.

Im Juni 1957 hatten die verbleibenden geheimen Gruppen nach dem Skandal um den Hirtenbrief, in dem der Erzbischof von Caracas Rafael Ignacio Arias Blanco die Regierung kritisiert und u.a. eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter angemahnt hatte, das sogenannte Patriotische Gremium gebildet, das sich aus Mitgliedern von AD, der Kommunistischen Partei Venezuelas, der COPEI und der URD zusammensetzte, um ihre gemeinsamen Aktionen zu koordinieren. Mit dem gescheiterten Staatsstreich war ihr Moment gekommen und die Straßenproteste nahmen zu, manifestierten sich aus allen Sektoren und proklamierten einen Generalstreik für den 21. Januar 1958.⁵⁵ Die Proteste verlagerten sich auf die Straße und erreichten nahezu alle Gesellschaftsschichten, bis letztlich zum Generalstreik aufgerufen wurde. Einen Tag zuvor trafen sich Rómulo Betancourt, Rafael Caldera und Jóvito Villalba in New York, wo sie den Pakt von New York unterzeichneten, der die Demokratie in Venezuela garantieren und die Diktatur bekämpfen sollte. Hinter Betancourt stand der berühmte kolumbianische liberale Intellektuelle Germán Arciniegas, der Betancourt immer nahestand und der zu jener Zeit bereits ein großer Befürworter der Demokratie war. Ihm werden enge Beziehungen zur CIA und zum Leiter für lateinamerikanische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, Maurice Bergbaum, nachgesagt.⁵⁶ Es war offensichtlich, dass die USA bereits Partei für die Protagonisten des Pakts von New York ergriffen hatten. Warum es zu diesem radikalen Kurswechsel kam, ist ein Thema, das noch weiter untersucht werden

⁵⁵ Bereits 1952 gründete sich das Civic Action Committee unter Beteiligung der AD, der Kommunistischen Partei und der URD, überlebte jedoch nicht sehr lange, da die Nationale Sicherheit den Widerstand rasch ersticken konnte.

⁵⁶ Siehe Eduardo Sáenz Rovner: Germán Arciniegas: Entre la libertad y el establecimiento. In: Historia crítica, No. 21, enero-junio 2001, S. 76-83.

muss. Aber für den Moment gab es zwei sehr klare Gründe: Die Basis des Regimes, die Streitkräfte standen nicht mehr geschlossen hinter Pérez Jiménez, und fast die gesamte Gesellschaft schien die Militärdiktatur abzulehnen. Hinzu kam, dass die Überwachung durch die Zivilpolizei unerträgliche Ausmaße annahm und das Misstrauen in der Bevölkerung anstieg. Zudem beantragte der Generalstab die Entlassung von Estrada und Vallenilla Planchart, zwei der bekanntesten Persönlichkeiten des Regimes. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass die aktive US-Diplomatie, die im New Yorker Pakt tätig war, Botschaften an die venezolanischen Kasernen sandte. Letztlich forderte das Oberkommando in der Nacht vom 22. auf den 23. Januar Pérez Jiménez auf, von der Präsidentschaft zurückzutreten. Man versicherte ihm, bei freiem Geleit das Land verlassen zu können. Inmitten jubelnder Demonstrationen zerstörten die Protestierer emblematische Orte der Diktatur und verübten einige Lynchmorde an Agenten der Nationalen Sicherheit. In Caracas und anderen großen Städten kam es auch zu einigen Plünderungen, nachdem die Nachricht vom Fall des Diktators bekannt geworden war. Wolfgang Larrazábal,⁵⁷ Befehlshaber der Marine, übernahm als interimistischer Präsident die Nachfolge des Diktators. Er präsierte einem neuen Verwaltungsrat, der ursprünglich nur aus Militärpersonal bestand. Die Dynamik der Ereignisse führt jedoch dazu, dass Oberst Roberto Casanova und Oberst Abel Romero Villate in den folgenden Stunden zurücktraten und durch den Geschäftsmann Eugenio Mendoza und den Ingenieur Blas Lamberti ersetzt

⁵⁷ Larrazábal war seit 1948 Oberbefehlshaber der Marine gewesen und hatte als solcher am Putsch am 24. November teilgenommen. Während der Diktatur hatte er die Schlüssel-position eines Botschafters in Washington inne; später verlor er offenbar die Gunst von Pérez Jiménez, denn er wurde auf zwei weniger strategische Positionen; hatte aber einen hohen öffentlichen Bekanntheitsgrad: Er war Präsident des National Instituts für Sport. Als die Regierung im Januar 1958 in eine Krise geriet, wurde er vom Kommando der Marine abberufen. Nach 1958 verteidigte er ausnahmslos die Demokratie und rückte sogar noch weiter nach links. Er war Senator, zweimaliger Präsidentschaftskandidat und Gründer einer politischen Partei.

wurden. Mendoza war ein angesehener Mann und eine sehr wichtige Persönlichkeit der venezolanischen Wirtschaftswelt. Obwohl mit Larrazábal ein Militär Präsident blieb, änderten sich sofort die Spielregeln. Politische Gefangene wurden befreit, die Rückkehr aus dem Exil erlaubt. Die Parteien kehrten in ihr rechtliches Leben zurück. Wahlen wurden anberaumt, an denen Larrazábal als Kandidat der URD und der Kommunistischen Partei antrat, jedoch gegen Rómulo Betancourt verlor, der nach mehr als zehn Jahren nach Venezuela zurückkehrte.

Damit endete die erste Entwicklungsdiktatur in Lateinamerika und machte der Demokratie Platz. Viele der politischen Entwicklungen der nächsten Jahre in Lateinamerika wurden in Venezuela bereits vorweggenommen: die Herausbildung moderner Staaten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts; die Bildung moderner Armeen sowie des Militärkorporatismus und seiner prätorianischen Tendenzen. Hinzu kommt die Art und Weise, in der sich das gerade genannte mit der Entwicklung demokratischer Bewegungen überschneidet, die eine andere Vision von Entwicklung haben und die es in den 1940er Jahren geschafft hat, demokratische Revolutionen auszulösen, lehrt uns die Geschichte Venezuelas. Und *last but not least* wäre da noch der Einfluss des Kalten Krieges, der die demokratisch-revolutionären Prozesse unterdrückte, und die USA dazu bewogen hatte, den prätorianischen Weg der Militärs mit all seinen Widersprüchen zu unterstützen. Zwar gab es in Venezuela bestimmte Variablen, wie etwa den außergewöhnlichen Ölboom zur Mitte des 20. Jahrhunderts oder seine besondere geopolitische Lage, aber vielleicht ist es ein ideales Beispiel, um politische und gesellschaftliche Phänomene in Lateinamerika zu untersuchen.

HANS-JOACHIM KÖNIG

ENTWICKLUNG DURCH MILITÄRDIKTATUR? DIE PERUANISCHE MILITÄRHERRSCHAFT 1968-1980

In den Morgenstunden des 3. Oktober 1968, gegen 2.30 Uhr, führte eine kleine Gruppe von Heeresoffizieren um den Chef des Peruanischen Heeres und Leiter des Gemeinsamen Kommandos der peruanischen Streitkräfte, General Juan Velasco Alvarado, einen schon länger vorbereiteten Putsch gegen die amtierende Regierung von Präsident Fernando Belaúnde Terry durch. Panzer umstellten den Regierungspalast des Präsidenten in Lima, und der kommandierende Offizier, Oberst Enrique Gallegos Venero, nahm den Präsidenten fest, der wegen der Amtseinführung eines neuen Kabinetts am Tage zuvor im Präsidentenpalast übernachtete. Belaúnde wurde nach einem kurzen Aufenthalt im Hauptquartier der Panzerdivision nach Argentinien ins Exil geflogen. Ein Kommando umstellte auch das Kongressgebäude sowie die Präfektur Limas und besetzte Radio- und Fernsehstationen. In mehreren Kommuniqués gab eine Junta der putschenden Militärs Erklärungen zum Warum und Wozu ihres Vorgehens ab.¹ Während Parteien und Politiker des Landes den Putsch verurteilten und zu Widerstand aufriefen,² blieb die Bevölkerung in Lima, abgesehen von Studentendemonstrationen relativ gelassen, weil sie den Putsch für eine der üblichen Interventionen des Militärs hielt. In der Geschichte Perus hatte nach Erlangung der Unabhängigkeit, 1821, wie

¹ Den Ablauf der raschen Machtübernahme durch Militärs um General Juan Velasco Alvarado schildern detailliert: Augusto Zimmermann Zavala: *El Plan Inca. Objetivo: Revolución Peruana*. Barcelona, Buenos Aires, Mexico 1975, S. 127-139 und S. 171-189; Henry Pease García y Olga Verme Insúa: *Peru 1968-1973. Cronología política*. T. I, Lima 1974, S. 17-21; Dirk Kruijt: *Revolution by Decree. Peru 1968-1975*. Amsterdam 1994, S. 71-78.

² Siehe entsprechende Aufrufe bei Pease García y Verme Insúa: *Peru*, T. I. S. 22-26.

überhaupt in der Geschichte der lateinamerikanischen Staaten das Militär immer eine große politische Rolle gespielt.³

Der gestürzte Präsident war wenige Jahre zuvor mit Hilfe des Militärs an die Macht gekommen. Denn bei den Präsidentschaftswahlen 1962, bei denen Victor Raúl Haya de la Torre, Gründer und Führer der sozialistischen „Revolutionären Volksallianz Amerikas“, (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*, APRA), der konservative Ex-Diktator General Manuel A. Odría und der Architekt Fernando Belaúnde Terry aussichtsreich kandidierten, hatte das Militär im Juli 1962 den amtierenden Präsidenten Manuel Prado kurz vor Ablauf seiner Amtszeit abgesetzt, um einen sich abzeichnenden Amtsantritt Haya de la Torres bzw. eine Koalition zwischen Odría und Haya de la Torre zwecks Präsidentschaftsgewinn zu verhindern.⁴ Reformorientierte Militärs hatten eine Übergangsregierung gebildet, Neuwahlen für Juni 1963 anberaunt, die dann Belaúnde knapp gewann.

Doch 1968 traten die Militärs nicht zur Unterstützung des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systems und der herrschenden Oberschicht an. Diesmal übernahmen sie selbst die politische Macht und waren nicht gewillt, diese mit anderen politischen Kräften zu teilen. Schnell wurde auch klar, dass die Putschisten nun eine längerfristige Militärregierung errichten wollten, so wie es vor allem das sechste Kommuniqué, das Statut der Revolutionsregierung der Streitkräfte (*Estatuto del Gobierno Revolucionario de la Fuerza Armada*), am

³ Vgl. Kruijt: *Revolution by Decree*, S. 9-29. Siehe auch die knappe, aber immer noch gültige Analyse mit umfangreicher zeitgenössischer Bibliographie zur Geschichte des Militärs in Lateinamerika und Peru von Klaus Lindenberg: *Zur politischen Funktion des Militärs in Lateinamerika*. In: Klaus Lindenberg (Hrsg.): *Politik in Lateinamerika*. Hannover 1971, S. 61-81.

⁴ Siehe Julio Cotler: *Clases, estado y nación en el Perú*. 3era Edición Lima 1986, Kap. Crisis del régimen de dominación oligárquica, bes. S. 347-354; Michael Hahn: *Von der Kolonialzeit ins 21. Jahrhundert. Handbuch zur Geschichte Perus*, Bd. 3, Teilband 2: Pazifikkrieg und Nationwerdung (1879-2016). Zürich 2016, S. 220-222.

Morgen des 3. Oktober 1968 präzise und unmissverständlich formulierte.⁵ Dieses zentrale Dokument von elf Artikeln, das von den Oberkommandierenden der drei Waffengattungen Heer, Luftwaffe und Marine unterschrieben war, erläuterte in knappen, aber deutlichen Sätzen die wesentlichen Prinzipien des neuen Regimes, indem es die Streitkräfte als Hauptakteur der aktuellen „Revolution“ benannte und die institutionelle Konzeption des neuen Regimes sowie Begründung und Ziele der „Revolution“ darlegte. Bezeichnenderweise sprach das Statut von Revolution, um den belasteten Begriff Staatsstreich (*golpe de estado*) zu vermeiden. Das Statut enthielt nicht nur eine Kurzanalyse der aktuellen peruanischen Situation, sondern auch die Rechtfertigung für die Machtübernahme und eben die Ziele der Militärjunta.

In Artikel 1 rechtfertigte die Junta die Machtübernahme mit der evidenten Notwendigkeit, dem wirtschaftlichen Chaos, der Korruption in der öffentlichen Verwaltung, ferner der Preisgabe (*entreguismo*) von Bodenschätzen und ihrer Ausbeutung zugunsten einiger privilegierter Gruppen, sowie dem Autoritätsschwund und der Unfähigkeit zur Durchführung der für die Entwicklung des Landes dringend erforderlichen Reformen ein Ende zu setzen und so dem Land das Gelingen der nationalen Ziele zu ermöglichen. Artikel 2 nannte als wichtigste Ziele der Revolutionsregierung: a) strukturelle Änderungen des Staates zur Erreichung einer dynamischeren und wirksameren Staatsgewalt durchzuführen, b) Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen, besonders für die bisher benachteiligten Bevölkerungsschichten, zu initiieren, c) dem Regierungshandeln den Stempel konsequenter Verteidigung der

⁵ Der Text bei Zimmermann Zavala: Plan Inca, S. 319-322; Maria del Pilar Tello: ¿Golpe o Revolución? Hablan los militares del 68. T. II, Lima 1983, S. 286-288; siehe auch die Analyse der frühen Dokumente bei Juan Martín Sánchez: La revolución peruana: ideología y práctica política de un gobierno militar 1968-1975. Sevilla 2002, bes. S. 133-139.

nationalen Souveränität und Würde aufzudrücken, d) dem Land eine neue Moral zu geben und staatliche Autorität, den Respekt vor dem Gesetz und die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen und e) durch Integration aller Peruaner das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Gerade mit dem letzten Ziel sprach die Militärjunta eines der größten Defizite der peruanischen Gesellschaft an: die durch den mangelhaften sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Fragmentierung hervorgerufene fehlende Identifizierung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen mit dem Staat.

Die Artikel 3, 4, 6, 8, 9 und 10 beschrieben die Herrschaftsstruktur des neuen Regimes und dessen ausschließlich militärischen Charakter. Artikel 3 legte die Zusammensetzung der Revolutionsjunta durch die Oberkommandierenden der drei Waffengattungen und ihre Zugehörigkeit zur Regierung fest. Artikel 4 forderte Einstimmigkeit der Junta bei der Benennung des Präsidenten der Republik, der Mitglied der Streitkräfte sein musste. Artikel 6 konzentrierte die Exekutiv- und Legislativgewalt beim Präsidenten. Die Artikel 8, 9 und 10 enthielten Regelungen über Berater der Minister sowie über die Vereidigung von Präsident und Ministern. Die übrigen Artikel 5, 7 und 11 regelten den juristisch-politischen Vorrang des Statuts vor der seit 1933 gültigen Verfassung, verpflichteten die Revolutionsregierung zur Respektierung der internationalen Verträge und gaben dem Statut dauerhafte, nicht modifizierbare Gültigkeit. Unterzeichnet war das Statut von den Oberkommandierenden von Herr, Marine und Luftwaffe, die sich zur Revolutionsjunta konstituierten.

Alle Artikel lassen das neue Regime, den neuen souveränen Akteur und dessen autoritären Charakter deutlich erkennen: Hier rechtfertigt sich die Militärdiktatur selbst als historische Notwendigkeit in einem revolutionären Prozess hin zu nationaler Unabhängigkeit und Entwicklung.

Wie ernst war es den Militärs? Wer war überhaupt an der „Revolution“ beteiligt? War die beschriebene Krise wirklich zu groß geworden? Wie effizient erwiesen sich die Militärs als Akteure für die Entwicklung, für die politische, ökonomische und soziale Modernisierung Perus? Stellte das Militär so etwas wie eine „developmental elite“ dar, wie sich Politikwissenschaftler, damals und in neuerer Zeit fragten?⁶ Was unterscheidet die peruanische von anderen, fast zeitgleichen Militärdiktaturen in Lateinamerika, wie z. B. in Brasilien, Chile und Argentinien? Um diese Fragen geht es im Folgenden, wobei der Schwerpunkt auf der Zeit von 1968 bis 1975 liegt, d.h. der ersten Phase der Militärdiktatur, die wesentlich vom neuen Präsidenten General Velasco Alvarado bis zu seiner Entmachtung durch eher rechts gerichtete Militärs um General Francisco Morales Bermúdez am 29. August 1975 geprägt war.⁷

DIE KRISENSITUATION IN PERU VOR 1968

In Peru stellten die großen Unterschiede zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft und jeweils innerhalb der Wirtschaftssektoren zwischen traditionellen und modernen Betrieben, zwischen einer reichen Oberschicht und einer Masse armer ländlicher und städtischer Bevölkerung strukturelle Hindernisse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dar. Nicht nur die geografische Dreiteilung des Landes in die Küstenregion (*Costa*), das andine Hochland (*Sierra*) und

⁶ Siehe z. B. Klaus Lindenberg: Zur politischen Funktion des Militärs (1971), oben Anm. 3; Alexander Straßner: Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert. Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich. Wiesbaden 2013.

⁷ Die Forschung gliedert die peruanische Militärherrschaft in zwei Phasen: die von Velasco Alvarado durch Reformen geprägte revolutionäre Phase von 1968-1975 und die von Morales Bermúdez geprägte restaurative Phase von 1975-1980. Siehe u. a. Sánchez: La revolución peruana, S. 284; Kruijt: Revolution by Decree, S. 157-163; Alfred Stepan: The State and the Society. Peru in Comparative Perspective. Princeton 1978, S. 117 f.

das Urwaldgebiet (*Selva*) mit durch die Klima- und Vegetationsverhältnisse bedingtem jeweils unterschiedlichem Wirtschaftspotenzial, sondern auch die verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen mit eigenen Sprachen und jeweiligen Hauptwohngebieten, Weiße bzw. Mestizen an der Küste und vorwiegend Indios in der Sierra und der Selva, kennzeichneten Peru als fragmentiertes Land mit einer nur wenig integrierten Gesellschaft und Wirtschaft.⁸ Die 2.300 km lange und nur an wenigen Stellen gerade einmal 50 km breite Küstenregion war Perus wichtigstes landwirtschaftliches Anbaugebiet mit den auf großen Plantagen angebauten hauptsächlich Exportprodukten Baumwolle und Zuckerrohr. Während die Salpeter- und Nitratvorkommen im Süden des Küstenstreifens im Pazifikkrieg Ende des 19. Jahrhunderts an Chile verloren gegangen waren, ergänzten die seit den 1920er besonders von ausländischen Firmen geförderten Erdölvorkommen im nördlichen Küstengebiet die wirtschaftliche Nutzung der Bodenschätze. In der Sierra war umfangreiche landwirtschaftliche Nutzung nur in den weiten Hochtälern möglich, während die Nutzung an den Hängen nur für Subsistenzwirtschaft (Kartoffeln, Mais) ausreichte. Weidewirtschaft war ebenfalls möglich. Der Abbau von Kupfererzlagern und anderer hochwertiger Metalle wie Zink und Blei war auf ausländisches Kapital angewiesen. Die durchaus fruchtbaren, aber von Erosion bedrohten Böden im tropischen oder subtropischen Urwald der Selva ließen im Wesentlichen nur indianische Nomadenwirtschaft zu.

Die strukturelle Heterogenität Perus drückte sich auch in der Verteilung der Bevölkerung und der sozialen Polarisierung aus. Von den insgesamt fast zehn Mio. Einwohnern im Jahr 1961, lebten an der Küste mit 11% des Territoriums 39% (ca.

⁸ Zur Geografie siehe Peter Flindell Klarén: *Peru. Society and Nationhood in the Andes*. New York, Oxford 2000, S. 1-4; zu ethnischer Struktur/Fragmentierung David P. Werlich: *Peru. A Short History*. London, Amsterdam 1978; S. 1-17; siehe auch den historischen Überblick bei Cotler: *Clases*; ferner Eleonore von Oertzen, Ulrich Goedeking: *Peru*. 3. Auflage München 2004; Christine Hunefeldt: *A Brief History of Peru*. New York 2004.

3.859.000), im Hochland mit 26% des Territoriums 52,3 % (ca. 5.182.093), in der Urwaldregion mit 63% des Landes 8,7% (865.210). Laut dem Zensus von 1972 sprachen von den ca. 11,4 Mio. Einwohnern über fünf Jahre alt 7,8 Mio. Einwohner Spanisch als Muttersprache, 3,1 Mio. Quechua, 333.000 Aymara, 120.000 ein anderes autochthones Idiom, 50.000 eine ausländische Sprache.⁹ Die soziale Polarisierung manifestierte sich am deutlichsten in der Bodenbesitzkonzentration, d.h. der Verfügung über Grund und Boden als wichtigstem Erwerbsfaktor: im Jahre 1961 befanden sich über 52% der land- und viehwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen von weniger als 1,2% der Betriebseinheiten, während 36,5% auf gemeindliche Bewirtschaftung entfielen, die nur 0,3% der Betriebseinheiten ausmachten; nur 4,2% der Nutzfläche standen für 84,3% der Betriebseinheiten, Minifundien, zur Verfügung.¹⁰ Überdies lagen Bildung und Beschulung sehr im Argen: Sie konzentrierten sich ohnehin vor allem auf die städtischen Zentren. Während im Jahr 1961 39% der Gesamtbevölkerung Analphabeten waren, machte der Analphabetismus in den ländlichen Gebieten 78% aus.¹¹

Ursache dieser Disparitäten war vor allem die Wirtschaftsstruktur, die durch ein Übergewicht der Beschäftigten in der Landwirtschaft gegenüber der industriellen Produktion, man könnte auch sagen, durch ein Missverhältnis zwischen agrarischer und industrieller Produktion gekennzeichnet war. Ein Missverhältnis bestand auch innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors, konkret zwischen dem Exportbereich der agro-industriellen Plantagenbetriebe für Zuckerrohr und Baumwolle an der Küste und der vorwiegend der Selbstversorgung der Erzeuger dienenden

⁹ Sánchez: La revolución peruana, S. 68.

¹⁰ José Matos Mar y José M. Mejía: Reforma agraria: logros y contradicciones, 1969-1979. Lima 1980, Cuadro 1, S. 22; siehe auch A. Eugene Havens/Susanna Lastarria-Cornhiel und Gerardo Otero: Class Struggle and the Agrarian Reform Process. In: David Booth and Bernardo Sorj (Hrsg.): Military Reformism and Social Classes. The Peruvian Experience, 1968-80. London 1983, S. 14-39, hier S.15-21.

¹¹ Zahlen nach Sánchez: La revolución peruana, S. 70.

Landwirtschaften im andinen Hochland. Einen besonderen Stellenwert hatte seit dem Zweiten Weltkrieg der Fischfang in den peruanischen Küstengewässern, allerdings auch er ebenso wie die Küstenlandwirtschaft für den Export bestimmt und weitgehend in ausländischer Hand. Fisch und Fischmehl entwickelten sich bis in die Mitte der 1960er Jahre zum führenden Exportprodukt und füllten die Lücke, die die rückläufigen Zucker- und Baumwollverkäufe hinterließen; 1950 machten sie noch 50,5% des Exportaufkommens, 1970 nur noch 11,2 % aus. Die Dominanz ausländischen Kapitals betraf auch den Rohstoffsektor, d.h. Erzabbau und Erdölförderung. Auch für die verarbeitende Industrie, die durch Weiterverarbeitung der nationalen Rohstoffproduktion und importsubstituierende Industrialisierung einen spürbaren Schub erhielt, waren hauptsächlich ausländische Firmen und Investitionen verantwortlich. Im Zeitraum von fast zwei Jahrzehnten von 1950 bis 1968 stieg der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt von 14% auf 22 %, während der Anteil der Landwirtschaft von 23% auf 15 % fiel.¹²

Präsident Belaúnde, Führer der gemäßigten „Volkspartei“ (*Accion Popular*) und im Juni 1963 durch Intervention des Militärs an die Macht gekommen, hatte im Wahlkampf ehrgeizige Reformen versprochen, die sowohl den Notwendigkeiten Perus als auch den Vorstellungen modernisierungswilliger Gruppen, z.B. dem reformorientierten Militär, zu entsprechen schienen: dazu gehörten Agrarreform, zügige industrielle Entwicklung, Nationalisierung der von ausländischen Konzernen ausgebeuteten Erdölvorkommen, Integration der indigenen Bevölkerung und

¹² Ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung bei Hahn: Von der Kolonialzeit, S. 227-231; Lewis Taylor: Peru. In: Walther L. Bernecker et. al. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerika Bd. 3. Stuttgart 1996, S. 761-819, bes. S. 782-788; George D. E. Philip: The Rise and Fall of the Peruvian Military Radicals 1968-1976. Bristol, S. 22-28; Rosemary Thorp and Geoffrey Bertram: Peru 1890-1977. Growth and policy in an open economy. New York 1978, S. 203-285, mit vielen Tafeln und Statistiken.

der städtischen Randbevölkerung in den Kultur- und Wirtschaftsprozess und die Lösung der Infrastrukturprobleme des Landes sowie eine gerechte Einkommensverteilung durch grundlegende Sozial- und Steuerreformen. Das alles hatte im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durchgesetzt werden sollen. Doch hatte sich die Regierung Belaúnde als unfähig erwiesen, die versprochenen Reformen tatsächlich auch umzusetzen.¹³ Das lag weniger am fehlenden guten Willen als an einer Blockadehaltung der oppositionellen Parteien im Parlament, der APRA und der Partei „Nationale Union für Odría“ (*Unión Nacional Odríista*, UNO) des konservativen Ex-Diktators General Manuel Odría.

Vor allem die geplante Landreform, die im Wesentlichen die Beschneidung des Großgrundbesitzes mittels Enteignung nicht effizient bewirtschafteter Ländereien der Großgrundbesitzer bedeutete, kam nicht oder nur zögerlich und halbherzig in Gang. Zwischen 1963 und 1968 erhielten von rund 1 Million anspruchsberechtigter Familien weniger als 15.000 Familien Land. Die Maßnahmen hatten nach fünf Jahren gerade etwa 1,5% der bebauten landwirtschaftlichen Nutzflächen erfasst.¹⁴ Zur beabsichtigten Umverteilung kam es nicht, weil viele Großgrundbesitzer einer Enteignung entgingen, indem sie ihren Landbesitz unter Familienmitglieder aufteilten, oder weil die Gesetze selbst nicht eindeutig festlegten, was effizient oder nichteffizient bewirtschaftete Ländereien waren. Die Folge waren einerseits Bauernaufstände und Hacienda-Besetzungen in der Sierra, derer die Regierung nur mit Gewalt und mit Unterstützung des Militärs Herr werden konnte,¹⁵ andererseits

¹³ Die ökonomischen Probleme beschreibt Pedro Pablo Kuczynsky: *Peruvian Democracy under Economic Stress: An Account of the Belaúnde Administration, 1963-1968*. Princeton 1977.

¹⁴ Zur geringen Wirkung der Agrarreform unter Belaúnde siehe Taylor: *Peru*, S. 792; Cotler: *Clases, Estado y Nación*, S. 358-360; Matos Mar/Mejía: *Reforma Agraria*, S. 36-38. Siehe auch Daniel Masterton: *The History of Peru*. Westport, London 2009, S. 162-164.

¹⁵ Zu den Bauernaufständen siehe die Schriften von zwei ihrer Anführer, Hugo Blanco: *Tierra o muerte: las luchas campesinas en Perú*. Ciudad de Méjico 1972; sowie Héctor Béjar Rivera: *Peru 1965*. Aufzeichnungen eines Guerilla-Aufstands. Frankfurt am Main 1970. (Span.

eine starke Landflucht der Land-, d.h. der Indiobevölkerung besonders aus der Sierra in die Küstenstädte, und das bedeutete ein enormes Anwachsen der städtischen Marginalbevölkerung. Während im Jahr 1950 noch 5,2 Mio.

Menschen auf dem Land und 2,9 Mio. in den Städten lebten, wies das Verhältnis in 1960 mit 6 Mio. zu 4,5 Mio. schon eine „Verstädterung“ auf und zeigte im Jahr 1970 mit jeweils 7 Mio. ländlicher und großstädtischer Bevölkerung einen Gleichstand mit Tendenz zum Übergewicht der Städte auf. Dabei war diese Art der Urbanisierung keineswegs ein Zeichen von Modernisierung, sondern vielmehr der Beleg für die prekäre Situation auf dem Lande mit fehlenden Arbeitsplätzen, einem unzulänglichen Bildungs- und Gesundheitswesen sowie anderen wichtigen Einrichtungen der Daseinssicherung. Andererseits boten die Städte, speziell Lima, keine besseren Lebensbedingungen, so dass sich dort in den Randzonen der Stadt Armenviertel bildeten. Denn die importsubstituierende Industrialisierung schuf relativ wenige Arbeitsplätze, obwohl der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1968 auf 20% gegenüber 14% im Jahr 1950 gestiegen war. Der Anteil der Arbeitskräfte in Industriebetrieben hatte sich in den 1960er Jahren zwar erhöht, machte 1970 gerade mal 14,5% aus.¹⁶ Die notwendig gewordene Abwertung des peruanischen Sol um 50%, steigende Inflation und Auslandsverschuldung riefen den Unmut großer Bevölkerungsteile einschließlich der Mittelschichten hervor, die sich von der Regierung Belaúnde immer mehr abwandten. Und innerhalb der Oberschicht entstanden Spannungen zwischen den Gruppen, die von Produktion und Export der traditionellen Exportgüter profitierten, und denjenigen, die auf die Politik einer importsubstituierenden Industrie setzten.

Originalausgabe Perú 1965. *Apuntes sobre una Experiencia Guerillera*. La Habana 1969); siehe auch Howard Handelman: *Struggle in the Andes: Peasant Political Mobilization in Peru*. Austin 1975.

¹⁶ Siehe Thorp/Bertram: *Peru 1890-1977*, S. 256 f., Tafeln 13.1 und 13.2.

Insgesamt war unter der Regierung Belaúnde eine Krisensituation entstanden, die die Schwäche des traditionellen Systems deutlich werden ließ und die nach sozialen Veränderungen und Verbesserungen rief, um der Gefahr einer Revolution von unten zu begegnen. Denn wie im übrigen Lateinamerika entwickelten sich im Kontext der Kubanischen Revolution, aber auch der sogenannten Befreiungstheologie und der neuen kirchlichen Option für die Armen einerseits Linkstendenzen in christlich orientierten Parteien, andererseits entstanden auch linke und radikale Gruppen, die Guerilla. Allerdings hatten Guerillaaktivitäten wie die von 1962 und 1965 noch von der peruanischen Armee zerschlagen werden können.

DER NEUE PROFESSIONALISMUS DES PERUANISCHEN MILITÄRS

Die Machtübernahme einer Gruppe ranghoher peruanischer Offiziere am 3. Oktober 1968 war kein Zufall, entstand auch nicht aus einer momentanen Laune oder Machtbesessenheit. Die Militärs griffen in politische Prozesse ein, weil sie sich durch die Professionalisierung ihrer Institution in die Lage versetzt glaubten, die prekären Probleme ihres Landes in den Griff zu bekommen oder gar umgestalten zu können. Peruanische Offiziere hatten schon immer einen hohen Bildungs- und Ausbildungsgrad besessen. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert sorgten französische und dann nach dem ersten und zweiten Weltkrieg US-amerikanische Militärberater für die Ausbildung peruanischer Offiziere auf Militärschulen, die zunächst nur wie die von Chorrillos in Lima existierten, dann aber seit den 1930er und 1940er Jahren in anderen Provinzstädten wie Trujillo und Arequipa errichtet wurden. Mit dieser Expansion von Militärschulen in die Provinzen erweiterte sich, vor allem für das Heer, das Rekrutierungspotential für den Offiziersnachwuchs, das im Unterschied zum Nachwuchs für Marine und Luftwaffe, weniger aus den

städtischen Ober- bzw. Mittelschichten, sondern vielmehr aus den Mittel- bzw. Unterschichten der Provinzen stammte.

Der hohe Ausbildungsgrad der peruanischen Streitkräfte hinsichtlich Bildung und Technisierung war noch einmal gesteigert worden, als 1950 eine eigene Heereshochschule (*Centro de Altos Estudios del Ejército*) gegründet worden war. Diese Hochschule, ab 1954 zu einer allgemeinen Militärhochschule (*Centro de Altos Estudios Militares*, CAEM) umstrukturiert, avancierte schnell zu einem akademischen Zentrum, wo unter der Leitung von ausgewiesenen Fachleuten nicht mehr nur die traditionellen militärischen Lehrfächer wie Geographie und Kartographie, sondern mit neuen Fächern wie Ökonomie, Politik und Soziologie die Entwicklungsprobleme und Entwicklungspotenziale des Landes analysiert und diskutiert wurden. Und wo die Doktrin entstand, dass das Militär bei der Ein- bzw. Umsetzung dieser Potenziale, wie des nationalen Potenzials überhaupt, eine entscheidende Rolle spielen konnte, ja spielen musste.¹⁷

Den Putsch bzw. die Revolution am 3. Oktober 1968, inszenierten ranghohe Offiziere der peruanischen Armee. Diese Offiziere bildeten eine progressive, reformorientierte Fraktion um General Juan Velasco Alvarado, geboren am 16. Juni 1910 in Piura an der peruanischen Nordküste, einen Mann aus kleinen Verhältnissen, der sich vom einfachen Soldaten zum Offizier hochgedient hatte, einen langjährigen Ausbilder an Militärschulen (Chorrillos), mit Verwendung als Offizier in verschiedenen Heeresformationen, ab 1959 im Generalsrang und ab Januar 1968 Chef des Peruanischen Heeres und Leiter des Gemeinsamen Kommandos der peruanischen Streitkräfte, einen Mann also, der die instabile Situation im Lande

¹⁷ Siehe dazu Victor Villanueva: *El CAEM y la revolución de las Fuerzas Armadas*. Lima. 1972; Jorge Rodríguez Beruff: *Los militares y el poder. Un ensayo sobre la doctrina militar en el Perú, 1948-1968*. Lima 1983; Cotler: *Clases, Estado y Nación*, S. 320-333. Den neuen Professionalismus des Militärs unterstreicht auch Stepan: *The State and Society*, S. 127-136.

kannte. Zu diesen progressiven Gruppen gehörten Militärs aus den höheren Offiziersrängen (*Coroneles*) des Heeres, ihrer Herkunft nach meist aus der Mittel- bzw. Unterschicht, also nicht Angehörige alter Familien der Oberschicht; viele hatten in den 1940er Jahren als Kadetten Juan Velasco Alvarado als Ausbilder erlebt oder waren von der Reorganisation der Streitkräfte und der Entwicklung der Nachrichten- und Sicherheitsdienste des Heeres Ende der 1950er Jahre geprägt und hatten eine Ausbildung an der Militärhochschule CAEM oder an den Schulen des Geheimdienstes genossen.¹⁸

Auch wenn die Initiative zunächst von einer kleinen Gruppe ausging, gelang es dieser doch, in den kommenden Wochen und Monaten modernisierungsorientierte Teile der Streitkräfte einzubinden. Am 3. Oktober war das noch gar nicht sicher gewesen, auch wenn sie in den Morgenstunden des 3. Oktobers die Bevölkerung der Geschlossenheit der Streitkräfte versichert hatte. Das zweite Kommuniqué dieses Tages, das von hohen Vertretern der drei Waffengattungen unterschrieben war, erklärte als Kommando der revolutionären Regierung, alle Entscheidungen der neuen nationalistischen Regierung würden in gemeinsamer Zustimmung der Vertreter der Streitkräfte getroffen.¹⁹

MOTIVE UND ZIELE DER MILITÄRJUNTA

Am 3. Oktober 1968 übernahmen progressive Gruppen des Militärs die Regierungsgewalt, um die eben geschilderte Krise zu lösen, Peru zu modernisieren

¹⁸ Eine gute Beschreibung der Ausbildung und Ideen Velascos und seiner ihn unterstützenden Offiziere geben Werlich: Peru, S. 301-307; Philip: The Rise and Fall, S. 75-82; Kruijt: Revolution by Decree, S. 61-71; Klarén: Peru, S. 338-340. Auch wichtige Akteure der Revolution betonten die Rolle des CAEM und der Geheimdienstschulen, siehe z.B. das Interview mit Jorge Fernández Maldonado, in Tello: ¿Golpe o revolución?: Lima 1983. T. I, S. 121-123; oder das mit Leonidas Rodríguez Figueroa in Tello: ¿Golpe o revolución? T. II, S. 65 f.

¹⁹ Text in Pease García/Verme Insúa: Peru T. I. S. 19.

und zugleich einer Revolution von unten durch eine Revolution von oben zuvorzukommen. Diese Gruppen, vor allem Mitglieder des Heeres, reagierten auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Defizite des Landes, wie sie sich vor allem in der ungerechten Landverteilung, der verfehlten Politik der traditionellen Wirtschaftseliten und der externen Abhängigkeit darstellten. Ihrer Meinung nach hatte sich das bisherige politische System, d.h. die repräsentative und auf Parteien gestützte Demokratie, aufgrund der Eigeninteressen von Politikern, des Widerstandes mächtiger Interessenorganisationen und wegen der fehlenden Beteiligung und Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen als unfähig erwiesen, die Probleme des Landes zu lösen. Das Versagen der Regierung Belaúnde Terry diente ihnen als Beleg. Diese Gruppen sahen im Militär und den militärischen Einrichtungen wegen deren technischen Kenntnissen sowie der hierarchischen militärischen Disziplin und Organisation die einzigen möglichen und legitimen Akteure, denen es gelingen könnte, einem von ihnen getragenen intervenierenden Staat Geltung und Handlungsfähigkeit zu verschaffen.²⁰ Einem Staat, der den schweren internen und externen Problemen Perus, d.h. Fragmentierung und Abhängigkeit begegnen könnte. Damit er diese Funktionszuweisung realisieren konnte, wurde unter der Militärherrschaft der staatliche Apparat enorm ausgeweitet.²¹ Schon Monate vor dem Putsch hatten als Hauptautoren die vier Obersten, Coroneles, Jorge Fernández Maldonado, Leonidas Rodríguez Figueroa, Rafael Hoyos Rubio und Enrique Gallegos Venero, Offiziere des neuen Professionalismus und Vertraute von Velasco

²⁰ Siehe zu diesem Charakteristikum der peruanischen Militärherrschaft Stepan: *The State and Society*; auch Gilberto Cristián Aranda Bustamante: *Mesías andinos. Continuidad y discontinuidad entre Velasco Alvarado, Fujimori y Ollanta Humala*. Santiago de Chile 2010, S. 92 f.

²¹ Siehe dazu u.a. Klarén: *Peru*, S. 343 f.; siehe auch Carlos Contreras/Marcos Cueto: *Historia del Perú Contemporáneo*. Lima 4. Ed. 3. Reimpr. 2010, S. 333.

Alvarado, auf seine Anregung hin die Probleme des Landes analysiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Sie hatten in einem mehrere Male überarbeiteten Operationsplan von 31 Aktionsfeldern, dem *Plan Inca*, in einer Auflistung gleichsam eine Blaupause nationalistischer Reformen und Maßnahmen entworfen, mit denen eine Militärregierung eine moderne und gerechte Gesellschaft schaffen sowie die Abhängigkeit vom Ausland reduzieren könnte.²² Der Plan datiert vom 2. Oktober 1968, wurde allerdings erst im Juli 1974 veröffentlicht, was zu der Diskussion führte, ob er tatsächlich schon 1968 existierte oder erst im Lichte der Erfahrungen des Revolutionsverlaufs entstand. Doch sprechen Ähnlichkeiten mit anderen am 2. oder 3. Oktober veröffentlichten, jedoch wesentlich kürzeren Dokumenten, die fast wie Auszüge aus dem Regierungsplan erscheinen, für ein frühes Entstehungsdatum.²³ Dazu gehören das schon erwähnte sechste Kommuniqué des 3. Oktober, das Statut der Revolutionsregierung, sowie das Manifest der Revolutionsregierung der Streitkräfte.

²² Über die Hauptautoren ist sich die Forschung einig; siehe dazu Zimmermann Zavala: *Plan Inca*, S. 62-65; Stepan: *State and Society*, S. 145; Kruijt: *Revolution by Decree*; S. 71-76; Sánchez: *La revolución peruana*; S. 140 f. Zur Charakterisierung des „Plans“ als Auflistung von Aktionsfeldern siehe Abraham F. Lowenthal: *Peru's Ambiguous Revolution*. In: Ders. (Hrsg.): *The Peruvian Experiment. Continuity and Change under Military Rule*. Princeton 1975, S. 1-43, hier S. 32.

²³ Siehe die entsprechende Diskussion bei Sánchez: *La revolución peruana*, S. 139-145.



Abb.1: General Juan Velasco Alvarado, Ansprache an die Nation kurz nach der Machtübernahme. Bild im Artikel *El insigne felón*, *El Comercio* 14.12.2015

[https://elcomercio.pe/opinion/columnistas/insigne-felon-hugo-guerra-252545\(20.03.2018\)](https://elcomercio.pe/opinion/columnistas/insigne-felon-hugo-guerra-252545(20.03.2018))

Das Manifest war ein längerer, vorbereiteter und auf den 2. Oktober datierter Text, der als fünftes Kommuniqué ebenfalls am 3. Oktober der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde und Ursachen sowie Ziele der Regierungsübernahme auflistete und die Rolle des Militärs als letzten Hoffnungsträger für die Sicherung nationaler Ziele betonte:

[...] Mächtige Wirtschaftskräfte, nationale und ausländische in Komplizenschaft mit niederträchtigen Peruanern, besitzen die politische und ökonomische Macht, getrieben, daraus hemmungslos Nutzen zu ziehen, wodurch sie die Hoffnung des Volkes auf die Realisierung grundlegender struktureller Reformen zunichtemachen, um die bestehende ungerechte soziale und wirtschaftliche Ordnung weiter aufrecht zu erhalten, die es ihnen erlaubt, dass die Nutznießung der nationalen Reichtümer nur den Privilegierten vorbehalten ist, sodass die Mehrheiten unter den Folgen ihrer Marginalisierung leiden, welche die Würde des Menschen verletzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist negativ verlaufen, woraus eine Krise entstanden ist, die nicht nur auf dem Steuerwesen, sondern auf der Masse der Bürger lastet. Die Rechte auf unsere natürlichen Vorkommen sind zu notorisch ungünstigen Bedingungen für das Land vergeben worden, was seine Abhängigkeit von ausländischen Wirtschaftsmächten

verursacht und zugleich unsere nationalen Souveränität und Würde beschädigt sowie auf unbestimmte Zeit jegliche Veränderung aufschiebt, die es ermöglichen würde, unsere aktuelle Unterentwicklung zu überwinden.

Die hemmungslose Herrschsucht innerhalb der exekutiven und legislativen Gewalten hat bei der Ausübung öffentlicher Ämter sowie auch auf anderen Feldern nationaler Aktivität zu Handlungen von Immoralität geführt, die die Bevölkerung zurückgewiesen hat, weil sie den Glauben und das Vertrauen der Bürger zerstört haben. Diese gilt es wiederzugewinnen, damit das Gefühl der Frustration, das unsere Bevölkerung erfasst hat, überwunden wird, ebenso wie auch die falsche Vorstellung von Regierungshandeln, die sich angesichts der Passivität derer gebildet hat, die zur Bewältigung schwieriger Situationen gerufen sind; [...]

Die Streitkräfte haben, nicht ohne patriotische Besorgnis, die Krise beobachtet, die das Land hinsichtlich Politik, Wirtschaft und Moral ertragen musste. Sie hatten die Hoffnung, dass die Gemeinsamkeit der Meinungen und Bemühungen, innerhalb der demokratischen Regeln das Wohlergehen des Volkes zu erreichen, diese Krisen überwinden würden. Doch sahen auch sie sich in diesem Streben enttäuscht.

Der Höhepunkt der Fehlhandlungen fand im hemmungslosen und arglistigen Gebrauch der verfassungswidrigen außerordentlichen Befugnisse statt, die der Exekutive eingeräumt waren, so wie bei der nachgiebigen Pseudolösung gegenüber dem Problem von La Brea und Pariñas, Fehlhandlungen, die verdeutlichen, dass die moralische Zerrüttung im Land so schwerwiegende Ausmaße erreicht haben, dass ihre Folgen für Peru unvorhersehbar sind. Deshalb verteidigen die Streitkräfte in der Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen Mission eine seiner natürlichen Quellen für Wohlstand, die, weil sie peruanisch ist, für die Peruaner da sein muss.

Indem die Bevölkerung die revolutionäre Haltung der Streitkräfte versteht, muss sie darin den Rettungsweg (*camino salvador*) für die Republik erkennen und das rechte Mittel, um sie definitiv in Richtung Gelingen der nationalen Ziele zu lenken.

Das Handeln der Revolutionären Regierung lässt sich von der Notwendigkeit leiten, die Struktur des Staates so zu verändern, dass effizientes Handeln der Regierung möglich ist; die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen verändern; eine entschieden nationalistische Haltung, eine deutliche unabhängige Position und starke Verteidigung der nationalen Souveränität und Würde behalten; den Grundsatz von Autorität, den Respekt vor und die Befolgung von Gesetz, die Vorherrschaft von Gerechtigkeit und Moral auf allen Feldern nationalen Handels vollständig wiederherstellen. [...].²⁴

²⁴ Text des Manifests bei Zimmermann Zavala: Plan Inca, S. 316-319; Tello: ¿Golpe o revolución?, T. II, S. 283-285; Sánchez: La revolución peruana, S. 124-129; meine Übersetzung; wenn nicht anders angegeben, stammen auch die folgenden Übersetzungen von mir.

Diese Texte stammen ebenfalls aus der Feder der schon erwähnten Autoren. Diese Obersten waren auch aktiv an Vorbereitung und Durchführung des Umsturzes beteiligt und blieben auch in den kommenden Jahren, im Laufe der Jahre zu Generalen befördert, wichtige Unterstützer von Velasco Alvarado und Stützen seiner Militärherrschaft. Sie gehörten neben anderen Vertrauten, wie z.B. José Graham Hurtado, dem neuen Präfekten von Lima, zum Komitee der Präsidentschaftsberater (*Comite de Asesores de la Presidencia*, COAP), einer Einrichtung, die Velasco Alvarado gleich zu Beginn des Umsturzes als sein Beratungs- und Unterstützungsgremium aus vertrauenswürdigen und ihm ergebenen Offizieren geschaffen hatte und die zum „Herz des Reformprozesses“ wurde.²⁵

UMSTRUKTURIERUNGEN UND REFORMEN IN DER ERSTEN PHASE

Wie in den erwähnten Kommuniqués, gleichsam den Gründungstexten der Militärregierung, angesprochen, machte sich diese daran, das umzusetzen, was früheren zivilen oder auch militärischen Regierungen nicht gelungen war. Sie übernahm die Aufgabe, grundlegende Reformen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durchzuführen, indem die Verfügung über Grund und Boden korrigiert, der Agrarsektor modernisiert, die Industrialisierung beschleunigt, überhaupt Eigentum durch Umverteilung einschließlich der Nationalisierung ausländischer Unternehmen breiter gestreut werden sowie auch über eine Bildungsreform eine allgemeine Identifizierung mit dem Staat erreicht werden sollten. Alle wichtigen Reformen, die im ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Bereich fast

²⁵ Siehe Zimmermann Zavala: *Plan Inca*, S. 189 sowie die Beschreibung dieses Gremiums als „Herz des Reformprozesses“ bei Kruijt: *Revolution by Decree*, S. 88-95; Ebd. Tafel 4 Velasco Alvarados Team von Ministern und Kabinettsmitgliedern von 1968-1975, S. 186.

gleichzeitig angegangen wurden, fallen in die „erste Phase“ der Militärherrschaft, die Zeit der Präsidentschaft von General Juan Velasco Alvarado, 1968-1975.

Unter seiner Ägide erfolgten wichtige administrative Strukturveränderungen, die es der Militärregierung, d.h. dem Präsident und Oberkommandierenden General Velasco Alvarado, ermöglichten, Reformen anzuordnen und als Akteur durchzuführen. Kontrolle, Zentralisierung und Ausweitung der staatlichen Einflussnahme bildeten den Grundtenor dieser Veränderungen. Zwar wurden die Parteien wie auch die Verfassung nicht abgeschafft, diese wurde dem Statut untergeordnet, doch spielten die zivilen Ebenen ebenso wenig wie das Parlament als Legislative noch eine Rolle. Stattdessen erfolgte eine zunehmende Militarisierung der Bürokratie, d. h. die Übernahme von Leitungsfunktionen in öffentlichen Einrichtungen durch Militärs. Generäle oder Admirale leiteten als Minister nicht nur die Ministerien für ihre Waffengattung, sondern auch die übrigen Ministerien, deren Zahl durch einen neuen Zuschnitt der Zuständigkeiten, besonders im wirtschaftlichen Bereich, schon im April 1969 vermehrt wurde. Durch diese Besetzungen mit seinen Anhängern konnte Präsident Velasco Alvarado, der über allen Entscheidungen von Beratern und Ministerien stand, seine Position stärken.²⁶ Das Justizministerium jedoch wurde 1969 abgeschafft, Velasco Alvarado wollte es weder mit einem Zivilisten noch mit einem Militär besetzen. Deshalb wurden seine Aufgaben auf das Innenministerium und das Amt des Premierministers verteilt.²⁷ Erst nach 1980, nach der Rückkehr zur Demokratie, wurde es wieder neu eingerichtet. An die Stelle des Parlaments traten vor allem das Komitee der Präsidentschaftsberater, COAP, und der Ministerrat, die beide mit Militärs besetzt und in

²⁶ Siehe dazu Philip: *Rise and Fall*, S. 91-93; siehe auch die aufschlussreiche Tabelle über die Ministerien, ihren Beginn und ihre Dauer bei Sánchez: *La revolución peruana*, S. 107-111; auch Aranda Bustamante betont die vertikale, auf Velasco Alvarado bezogene Ordnung, *Mesías andinos*, S. 97.

²⁷ Siehe Kruijt: *Revolution by Decree*, S. 108 f.

militärisch-hierarchischer Ordnung strukturiert waren. Allerdings gab es gerade im COAP zahlreiche für verschiedene Reformbereiche fachkundige zivile Berater.²⁸ Hier wurden auch die Gesetze beraten und beschlossen, die dann als Dekrete des Präsidenten verkündet wurden. Die Militärregierung war also zugleich Exekutive und Legislative und machte sich als Ordnungsmacht sichtbar.

Eine Umstrukturierung der Judikative, der richterlichen Gewalt, erfolgte insofern, als das Dekret Nr. 18060 vom 23. Dezember 1969 alle Angehörigen des Obersten Gerichtshofs, der in der Sprachregelung der Revolutionäre als Symbol der bisherigen Unrechtsordnung zugunsten der Mächtigen galt, absetzte und einen neuen Nationaljustizrat (*Consejo Nacional de Justicia*, CNJ) einsetzte. Dieser sollte entsprechend dem Aktionsfeld 28 des Regierungsplans die Voraussetzungen für eine für alle Peruaner gleichermaßen geltende Rechtsordnung schaffen. Reformen, d.h. Modernisierungen für eine professionelle Ausbildung von qualifizierten Juristen sowie allgemein für einen zügigen Rechtsvollzug sollten dies erreichen.²⁹ Zumindest hinsichtlich des rechtlichen Rahmens für die sozialen und wirtschaftlichen Strukturveränderungen erfüllte die neue richterliche Gewalt die Erwartungen.

Die erste Reformmaßnahme erfolgte schon einen Tag nach der Machtübernahme und bezog sich auf das im Manifest erwähnte Problem der Ölfelder von La Brea und Pariñas. Das ungeschickte und undurchsichtige Verhalten der Regierung Belaúnde in Sachen Nationalisierung dieser Ölfelder, die seit 1925 von der US-amerikanischen International Petroleum Company, IPC, einer Tochterfirma der Standard Oil Company of New Jersey und Symbol für die Übermacht ausländischer Firmen, ausgebeutet wurden, hatte den größten Unmut der Militärs, wie überhaupt der Nationalisten auf sich gezogen. Belaúnde hatte am 28. Juli 1968 die mehrfach

²⁸ Siehe Sánchez: *La revolución peruana*, S. 113-120.

²⁹ Artikel 28, in Tello: *¿Golpe o revolución?*, S. 309 f.

geforderte Nationalisierung angekündigt, doch waren im Vertrag von Talara mit der IPC vom 13. August 1968 nur die Ölfelder und der Grundbesitz, nicht aber die Raffinerien, d.h. die Weiterverarbeitung in Talara nationalisiert worden. Die „nationale“ Empörung war groß, zumal dann, als Geheimabsprachen bekannt geworden waren, die der IPC nach wie vor günstige Bedingungen einräumten. Diese Vorgänge waren Wasser auf die Mühlen der konspirierenden Militärs um Velasco Alvarado gewesen.³⁰

Folgerichtig nahm die Militärjunta diese Empörung für eine ihrer ersten Maßnahmen auf, in der berechtigten Annahme, sich damit Sympathien zu erwerben. Am 4. Oktober annullierte sie den Vertrag mit der IPC und ließ am 9. Oktober die Anlagen in Talara gewaltsam enteignen. In einer durch Television und Radio verbreiteten emotionalen Rede an die Nation begründete General Juan Velasco Alvarado diesen Schritt und erklärte den 9. Oktober zum Tag der nationalen Würde (*Día de la dignidad nacional*).³¹ Mit ihm konnte die Militärjunta die öffentliche Meinung auf ihre Seite ziehen.³²

³⁰ Eine detaillierte Beschreibung bei Zimmermann Zavala: Plan Inca, S. 33-54; siehe auch die Reaktion der konspirierenden Militärs, d.h. Velasco Alvarados und seiner Obersten, ebenda, S. 76-106.

³¹ Ebenda, S. 196-198. Auch in: Oficina Nacional de Difusión del SINAMOS: Velasco. La voz de la revolución: Discursos del Presidente de la República General de División Juan Velasco Alvarado, 1968-1970. Lima 1972, S. 5-7. Zugänglich auch im Internet: <http://ufdc.ufl.edu/UF00087193/00001> (03.11.2016).

³² Siehe die Auflistung der Zustimmungsbekundungen bei Pease García/Verme Insúa: Peru, T. I., S. 27 ff.



Abb. 2: Briefmarke zum Tag der nationalen Würde,

aus: Juan Archi Orihuela: 9 de octubre: El día de la dignidad nacional.

<http://lomaterialyloideal.blogspot.de/2012/10/9-de-octubre-el-dia-de-la-dignidad.html>

(26.03.2018)

Obwohl Washington mit Sanktionen sowie Hilfs- und Kreditkürzungen gemäß dem Hickenlooper Amendment von 1962 drohte,³³ gab die Militärjunta, konkret die Gruppe um Velasco Alvarado nicht nach. Diese setzte sich gegen einige Minister durch, die für eine eher zurückhaltende Politik gegenüber den USA und der IPC plädierten, jedoch unterlagen und deshalb aus dem Ministerrat ausschieden. Am 6. Februar 1969 verkündete Velasco Alvarado sogar, dass die IPC dem Staat Peru die Summe von 690 Millionen US\$ schulde, die aus nicht gezahlten Steuern und nicht deklarierten Gewinnen aufgelaufen sei.³⁴ Mit der entschädigungslosen Enteignung unterstrich die Militärjunta ihren nationalistischen Anspruch, Perus nationale Würde und Souveränität wiederherzustellen. Sie übertrug die enteignete IPC-Ölraffinerie in eine staatliche Erdölgesellschaft Petroperu. General Velasco Alvarados strikte Haltung hinsichtlich der IPC bewirkte, dass deutlich wurde, wer

³³ 1962 hatte der republikanische Senator Bourke B. Hickenlooper anlässlich der entschädigungslosen Enteignung von US-amerikanischem Eigentum durch die Castro-Regierung auf Kuba ein Gesetz durchgesetzt, das wirtschaftliche Hilfe der USA stoppte.

³⁴ Rede bei Pease García/Verme Insúa: Peru, T. I., S. 59 f.; auch in: Oficina Nacional: Velasco. Discursos, S. 23-30.

loyal zu den Revolutionszielen stand, d.h. auf wen sich der *Spiritus Rector* der Revolution verlassen konnte. So führte die IPC-Angelegenheit zu einer wichtigen Konsolidierung der Militärjunta; im April 1969 nahm Velasco Alvarado die oben erwähnte Umstrukturierung des Ministerrates mit ihm ergebenen Personen vor.³⁵

Während die Militärjunta den Konflikt mit den USA in Kauf nahm, ihren reformerischen Antiimperialismus als Antianquismus praktizierte und damit die bisherige Bindung an die westlichen Großmacht aufweichte, vollzog sie gleichzeitig eine Hinwendung zu und Annäherung an die Sowjetunion, indem sie 1969 diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnahm. Bis dahin hatte zwischen Peru und der Sowjetunion kein diplomatischer Kontakt bestanden. Nun erfolgten die Errichtung von Botschaften und ein erster Botschafteraustausch mit Javier Pérez de Cuellar, dem späteren UN-Generalsekretär, als erstem Botschafter Perus in Moskau. Handelsbeziehungen und Kredithilfen durch die Sowjetunion schlossen sich in den nächsten Jahren an.³⁶

GRUND UND BODEN

Eine der wichtigsten und öffentlichkeitswirksamen Reformen, geradezu das Aushängeschild der Revolutionsregierung, war die Agrarreform, die am 24. Juni 1969, dem bisher gefeierten ‚Tag des Indio‘, als *Ley de Reforma Agraria y Código de Aguas, Ley -decreto 17716*, verkündet wurde und als ein wichtiger Schritt hin zu einer Neuordnung der allgemeinen Sozialstruktur, vor allem einer besseren und

³⁵ Siehe oben Anm. 26.

³⁶ Wie sehr auch die Sowjetunion in den 1960er und 1970er Jahren an diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu lateinamerikanischen Staaten interessiert war, skizzierte Henrik Bischof: Einige Aspekte der sowjetischen Lateinamerika-Politik. In: K. Lindenberg (Hrsg.): Politik in Lateinamerika, S. 176-190.

gerechteren Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung dienen sollte. Dementsprechend sollte deshalb der 24. Juni fortan ‚Tag des Campesino‘ genannt werden. Und um diese ländliche, in ihrer Mehrheit analphabetische Bevölkerung zu mobilisieren und für die Reform zu begeistern, schuf die Militärregierung eine spezielle Propagandabehörde für die Agrarreform, das Direktorium zur Förderung und Verbreitung der Agrarreform (*Directorio de Promoción y Difusión de la Reforma Agraria*). Künstler, Maler, Designer und Intellektuelle erarbeiteten die bestmögliche Propaganda und beschrieben mit ausdrucksstarken Plakaten und Pamphleten Art und Ziel der Agrarreform. Dabei gingen sie weit in die Vergangenheit zurück und bezogen sich auf die inkaische Geschichte und Identifikationsfiguren wie Túpac Amaru II., den Führer des Aufstands gegen die Spanier, den Vorläufer der Unabhängigkeit und seine soziale Revolution Ende des 18. Jahrhunderts; sein stilisiertes Konterfei wurde zum wichtigsten Logo der Reform.³⁷

Die Revolutionsregierung beabsichtigte, eine authentische Agrarreform in Gang zu setzen, wie es Artikel 1 des Gesetzes formulierte:

Art. 1: Die Landreform ist ein integraler Prozess und ein Instrument zur Umwandlung der Agrarstruktur des Landes. Sie ist dazu bestimmt, das System der Latifundien und Minifundien durch ein gerechtes System des Eigentums und der Nutzbarmachung von Land zu ersetzen, das zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes durch die Schaffung einer Agrarord-

³⁷ Siehe Anna Cant: ‚Land for those who work it‘: A Visual Analysis of Agrarian Reform Posters in Velasco’s Peru. In: *Journal of Latin American Studies* Nr. 44 (2012), S. 1-37; Dies.: *Representando la revolución: la propaganda política del Gobierno de Juan Velasco Alvarado en Perú (1968-1975)*. In: Sven Schuster/Óscar Daniel Hernández (Hrsg.): *Imaginando América Latina. Historia y cultura visual, siglos XIX-XXI*. Bogotá 2017, S. 281-313, hier S. 287. Siehe zum Schöpfer des Logos Miguel Antonio Sánchez Flores: *Más allá del Pop Achorado. Una propuesta de relectura de los afiches de Jesús Ruiz Durand para la reforma agraria del gobierno de Juan Velasco Alvarado*. Lima 2016 (Tesis de grado de Magister de Historia del Arte; <http://tesis.pucp.edu.pe/repositorio/handle/123456789/7756>) Zur Bedeutung von Túpac Amaru II siehe unten Kapitel Erziehung und Identität. Siehe auch unten Anm. 56.

nung beitragen soll. Es soll die soziale Gerechtigkeit auf dem Lande garantieren und die Produktion und die Produktivität des Sektors Ackerbau und Viehzucht steigern sowie die Einkünfte der Landbewohner erhöhen und sichern, damit der Boden für den ihn bearbeitenden Menschen die Grundlage seiner ökonomischen Stabilität, das Fundament seines Wohlergehens und die Garantie seiner Würde und Freiheit darstellt.³⁸

Angesichts der beschränkten Verfügbarkeit von bewirtschaftbarem Grund und Boden konnte eine Umstrukturierung nur darin bestehen, die Latifundien zu enteignen, zu sinnvollen Größen an einzelne Familien oder indigene Gemeinschaften aufzuteilen oder so umzugestalten, dass die produktiven Einheiten wie die exportorientierten Zuckerplantagen an der Küste oder die wirtschaftlichen Großbetriebe in der Sierra nicht zerschlagen würden, sondern in Kooperativen umzuwandeln und den Landarbeitern zu übertragen. General Velasco Alvarado, der das Agrarreformgesetz, wie danach auch alle anderen Reformgesetze mit einer Grundsatzrede über den Stellenwert der jeweiligen Reform im Gesamtkonzept der Revolution durch die Streitkräfte begleitete, es in seiner Botschaft an die Nation am 24. Juni 1969 als „vitalstes Instrument der Transformation und Entwicklung des Landes“ bezeichnete,³⁹ erklärte auch die Notwendigkeit solcher differenzierter Umstrukturierungen und betonte den sozialen Charakter der Agrarreform:

[...] Das Gesetz ist auf die Abschaffung von Latifundium und Minifundium in der peruanischen Landwirtschaft ausgerichtet, indem es beabsichtigt, diese durch ein gerechtes System der Verfügbarkeit von Grund und Boden zu ersetzen, mit dem die Verbreitung/Streuung (*diffusion*) von kleinem und mittlerem Landbesitz möglich wird. Andererseits, da es ein nationales Gesetz ist, das

³⁸ Übersetzter Text des Agrarreformgesetzes bei Heinz Rudolf Sonntag (Hrsg.): Der Fall Peru. ‚Nasserismus‘ in Lateinamerika zur Überwindung der Unterentwicklung? Wuppertal 1971, S. 117-160, hier S. 117; Sánchez, La revolución peruana, S. 229 f.

³⁹ Text der Mensaje a la Nación con motivo de la promulgación de la ley de la reforma agraria, in: Oficina Nacional: Velasco. Discursos, S. 39-54, hier S. 39.

alle Probleme der Landwirtschaft (*agro*) berücksichtigt und das dem nützen soll, der das Land bearbeitet, wird das Gesetz zur Agrarreform im gesamten Staatsgebiet Anwendung finden, ohne Rücksichtnahme auf Privilegien oder Ausnahmefälle, die bestimmte Gruppen oder Interessen begünstigen. Das Gesetz umfasst also das Landwirtschaftssystem in seiner Gänze, denn nur so wird es möglich sein, eine kohärente und der nationalen Entwicklung dienende Agrarpolitik zu entwickeln. [...]. Das neue Gesetz zur Agrarreform setzt dem Recht auf Eigentum an Grund und Boden Grenzen, um zu garantieren, dass Eigentum seine soziale Funktion innerhalb einer gerechten Ordnung erfüllt. In diesem Sinn berücksichtigt das Gesetz Grenzen der Nichtbetroffenheit (*inafectabilidad*) die das Prinzip gewährleisten, dass das Land (*tierra*) für den das ist, der es bearbeitet und nicht für den, der aus ihm Ertrag (*renta*) zieht, ohne es zu bearbeiten. Das Ackerland muss für den Campesino da sein, für den kleinen und mittleren Eigentümer, für den Menschen, der es mit seinen Händen bearbeitet (wörtlich: der ihm seine Hände eingräbt) und Reichtum für alle schafft.“⁴⁰

Entsprechend dem neuen Identitätssymbol schloss Velasco seine Rede mit dem Hinweis auf Túpac Amaru II:

„Dem Menschen auf dem Land können wir heute mit dem unsterblichen Freiheitsruf Túpac Amarus sagen: Campesino, der Patron wird nicht mehr auf Kosten deiner Armut leben“⁴¹



Abb.3: Jesús Ruiz Durand, logo de Túpac Amaru.
Aus Sánchez Flores: Más allá, Fig. 29, S. 52.

⁴⁰ Ebenda, S. 43, S. 47.

⁴¹ Ebenda, S. 54.

Wie im Agrargesetz vorgesehen, enteignete die Militärjunta Landbesitz über 150 ha an der Küste und über 35-65 ha in der Sierra und führte die Umverteilung auch konsequent durch, weil weder ein Parlament noch der bisher einflussreiche Agrarierverband (*Sociedad Nacional Agraria*) Einspruch erheben konnten, dieser war aufgelöst worden. Die enteigneten Großgrundbesitzer sollten nach ihren Angaben in Steuererklärung und Buchführung entschädigt werden. Freilich erhielten sie nur einen Bruchteil der Summe in bar, den Rest in Staatspapieren (*Bonos*) mit 20 bis 30 Jahren Laufzeit und zu vier bis sechs Prozent Zinsen. Den vollen Nennwert ihrer Schuldverschreibungen sollten sie sofort einlösen können, wenn sie entsprechend der beabsichtigten ganzheitlichen Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie den Betrag in ein vom Staat bewilligtes Industrieprojekt investierten. Was dann nur sehr wenige taten.

Das neue Agrarreformgesetz wurde sehr schnell umgesetzt. Zuerst an der Küste, um die einflussreichen Oberschichten und die landwirtschaftliche Grundlage ihrer Macht zu treffen. Schon im September 1969 waren alle bedeutenden an der Küste gelegenen agro-industriellen Betriebe für die landwirtschaftlichen Exportprodukte Zucker und Baumwolle enteignet, die sich damals zu 65% in ausländischem Besitz befanden. Zwischen 1969 und 1976 wurden ca. 8,5 Mio. ha Land enteignet und an 375.000 Familien übertragen. Die von der Reform betroffenen Ländereien machten zwar nur ca. 39% des landwirtschaftlich bebauten Bodens aus, doch bedeuteten sie eine in Lateinamerika bisher nicht bekannte Größenordnung. Dabei versuchte die Junta, auch neuartige Produktionsstrukturen einzuführen. Denn nur etwa 10-13% der enteigneten Ländereien wurden als Privatbesitz an einzelne Familien vergeben; meistens wurden neue kollektive Einheiten geschaffen. So gingen 22% unter Berücksichtigung traditioneller Strukturen entweder an indigene Dorfgemeinschaften oder an Bauerngruppen; etwa 65% des verstaatlichten Landes wurden für die Gründung von Produktions-

oder Agrargenossenschaften verwandt. So wurden die agroindustriellen Zuckerplantagen an der nördlichen Küste oder wirtschaftskräftige Großbetriebe in der Sierra zwar enteignet, blieben jedoch als genossenschaftlich organisierte Einheiten, als Agrarische Produktionskooperativen (*Cooperativas Agrarias de Producción*, CAP) an der Küste oder als Landwirtschaftliche Gesellschaften mit sozialer Beteiligung (*Sociedades Agrícolas de Interés Social*, SAIS) und in kollektivem Eigentum bestehen. Die bisherigen festangestellten Lohnarbeiter und Bauerngruppen, die auch schon vor der Reform viermal so viel wie die Durchschnittsfamilie in der Sierra verdienten, wurden in die Dynamik der Kooperativen eingegliedert und waren damit die eigentlichen Gewinner der Landreform, machten allerdings nur rund 10% der bäuerlichen Familien aus.⁴²

Dabei versuchte die peruanische Militärregierung, ökonomisch wie auch politisch, einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu gehen, wie ihn Präsident General Juan Velasco Alvarado in einer Rede am 15. November 1970 anlässlich einer Unternehmerkonferenz in Paracas charakterisierte:

[...] Der Hauptausgangspunkt ist das Selbstverständnis dieser Regierung als Revolutionsregierung. Das bedeutet, dass wir nicht einfach daran interessiert sind, die Bedingungen des Landes zu verbessern, sondern dass wir sie verändern wollen; dass wir nicht dafür sind, die Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen in Peru lediglich zu modernisieren, sondern dafür, sie zu verändern. [...] Bis zum Beginn der nationalistischen Revolution war Peru ein Land, das dem doppelten und lähmenden Druck der Unterentwicklung und des Imperialismus unterworfen war. [...] Der Imperialismus ist keine andere Sache als die durch ausländisches Kapital und ausländische Technologie ausgeübte Herrschaft über eine Gesellschaft mit einer gerade einsetzenden und im Entstehen begriffenen Produktion. [...] Die Unterentwicklung ist grundsätzlich das Zusammenspiel großer Ungleichheiten bei der Verteilung aller materiellen und

⁴² Die Zahlen folgen den weitgehend übereinstimmenden Angaben bei Matos Mar/Mejía: *Reforma agraria*, S. 64-70 und cuadro 3, S. 67; Klarén: *Peru*, S. 346 ff.; Sánchez: *La revolución peruana*, S. 231 f. und Cuadros RA. 1, RA.2. S. 296; Havens/Lastarria-Cornhiel/Otero: *Class Struggle*. In: Booth/Sorj (Hrsg.): *Military Reformism*, S. 33.

immateriellen Formen von Reichtum zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft. [...] Diese Revolution findet statt, damit Peru nicht länger ein abhängiges und unterentwickeltes Land ist. [...] Welche Art von Gesellschaft wollen wir aufbauen? [...] Die zwei großen wesentlichen Probleme unseres Landes wurden unter der Ägide des Kapitalismus geschaffen, und es wäre deshalb ziemlich unlogisch, sie lösen wollen, indem man das System aufrechterhalte, das zu ihnen geführt hat. Daher definiert sich diese Revolution in dem Sinn als nicht-kapitalistisch, dass die sozioökonomische Ordnung, die sie verfolgt, nicht kapitalistisch sein wird. Und daher stehen wir dem Kapitalismus als System in einem Verhältnis der Opposition gegenüber.

Das bedeutet natürlich irgendwie, die kommunistische Alternative zu akzeptieren. Die konkrete Wirklichkeit des Kommunismus als politisches, ökonomisches und soziales System kommt nach langen Dekaden der Anwendung in anderen Ländern in totalitären und bürokratischen Gesellschaften zum Ausdruck, die gänzlich unfähig sind, die freie Entwicklung des Menschen in all seinen Dimensionen zu garantieren. [...] Daher können solche Gesellschaften nicht das Modell unserer Revolution sein. Und daher stehen wir auch dem Kommunismus in einem Verhältnis der Opposition gegenüber. [...]

Wir wollen eine Gesellschaft, in der der Staat dem Menschen und der Mensch dem Staat in Bedingungen dient, die die tatsächliche Entwicklung von freien Bürgern ermöglichen, deren höchste Verantwortung sich nach der Nation als Ganzes richtet. Wir wollen eine Ordnung, die auf einer solidarischen Gesellschaftsmoral fußt und in der Lage ist, die zutiefst egoistische Wurzel des Individualismus zu überwinden, ohne aber zu gestatten, dass der einzelne Mensch unter dem Gewicht reiner kollektiver Entelechien verschwindet, [...]. Wir sind humanistische Revolutionäre und lehnen daher die Position jener ab, die im Namen der Menschlichkeit die Menschen geringschätzen und zerquetschen. Wir wollen uns auf den Menschen zurückbesinnen, aber nicht im Sinne der Verherrlichung eines sozialen und sterilen Individualismus, sondern im Sinne einer Rückbesinnung auf ihn als Mitglied und Wesen einer vermenschlichten Gesellschaft als eines Zusammenspiels von Werten, die aufgrund des bisher Gesagten nicht dieselben sein dürfen wie die, die als Stütze für den Kapitalismus und den Kommunismus dienen. Unsere Revolution arbeitet alles in allem für eine solidarische Gesellschaft mit breiter Beteiligung, mit wahrer Freiheit, man kann sagen mit sozialer Gerechtigkeit, wo die Gemeinschaft für den Menschen und

für sich selbst arbeitet und nicht für den Staat oder für Gruppen mit Privilegien und Macht. [...]

43

Im landwirtschaftlichen Bereich hat die Agrarreform die Verfügung über Grund und Boden entscheidend geändert und eine soziale Dynamik entfacht. Zwar hat sie die Problematik der bestehenden prekären Besitzverhältnisse auf dem Land in der Sierra nicht gelöst, hat vor allem die Landarbeiter auf den großen und produktiven Haciendas und Agrarbetrieben (Zucker, Baumwolle und Viehbetriebe) begünstigt, jedoch hat sie die Herrschaft der alten Agraroligarchie beendet.⁴⁴

INDUSTRIE

Um die industrielle Entwicklung fördern zu können, erließ die Militärjunta ein allgemeines Gesetz zur Industrialisierung (*decreto-ley num. 18350*), das Präsident Velasco Alvarado in seiner umfangreichen Botschaft an die Nation anlässlich des 149. Jahrestages der Unabhängigkeit am 28. Juli 1970, wiederum einer ausführlichen Darstellung von Motiven, Zielen sowie durchgeführten und beabsichtigten Reformen der von den Streitkräften geleiteten Regierung, vorstellte.⁴⁵ Das Ziel dieses Gesetzes für Eine nationalistischere und humanere Industrie zum Wohl aller Peruaner (*Una industria más nacionalista y más humana para el bienestar de todos*

⁴³ Übersetzung bei Stefan Rinke et al. (Hrsg.): Geschichte Lateinamerikas vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Quellenband. Stuttgart 2009, S. 270-272, aus Juan Velasco Alvarado: *La revolución peruana*. Buenos Aires 1973, S. 127-150, hier S. 128-130, S. 133-134.

⁴⁴ In dieser Hinsicht besteht in der Literatur Einigkeit hinsichtlich einer positiven Bewertung der Maßnahmen der Militärdiktatur, siehe z.B. Havens/Lastarria-Cornhiel/Otero: *Class Struggle*. In: Booth/Sorj (Hrsg.): *Military Reformism*, S. 36; Klarén: *Peru*, S. 347; Masterton: *History of Peru*, S. 174; Kruijt/Tello: *From Military Reformists*, in Koonings/Kruijt: *Political Armies*, S. 39.

⁴⁵ Text dieser Rede in *Oficina Nacional: Velasco. Discursos*, S. 208-248; Ausführungen zum Industriegesetz S. 242-245.

los peruanos) bestand darin, die nationale Kontrolle über den Prozess der Industrialisierung zu erhöhen und zu stärken.⁴⁶ Dabei reservierte der Staat für sich die Schlüssel- und Basisindustrien, während der privaten Initiative die weniger wichtigen Industrien zufielen. Allgemein sollten die Anteile ausländischen Kapitals an peruanischen Unternehmen auf 35% beschränkt werden; ferner wurden die wichtigsten Produktionssektoren wie Stahlindustrie, Düngemittel, Zement und chemische Industrie staatlicher Kontrolle unterstellt. Ausländische Firmen, die im Bergbau, in der Agrarindustrie, im Bank-, Transport-, Fernmelde- und Elektrizitätswesen tätig waren, wurden verstaatlicht. Investitionskontrollen gegenüber den Privatunternehmen und der Ausbau der öffentlichen Verwaltung sollten Impulse geben. Mit der Industriereform kam dem Staat eine neue Rolle zu, indem er nicht nur für die administrative Seite zuständig war, sondern auch direkt in der Erweiterung des öffentlichen Sektors und der Schaffung neuer Industrieunternehmen intervenieren durfte. So nationalisierte der Staat z.B. Produktion und Vertrieb von Fischmehl, monopolisierte den Export von Kaffee und Baumwolle, wie er überhaupt fast die gesamte Kommerzialisierung der Exportgüter übernahm. Während der Anteil am Bruttonationaleinkommen der mit privatem einheimischen Kapital geführten Unternehmen von 30% vor auf 22% nach der Reform und derjenige der mit ausländischem Kapital geführten von 21% vor auf 8% nach der Reform zurückgingen, stieg der Anteil der staatlichen Unternehmen von 11% vor auf 26% nach der Reform und derjenige der kooperativen Unternehmen machte 6% aus.⁴⁷ Im Jahr 1975 gab es insgesamt 174 staatliche Unternehmen, entweder ganz

⁴⁶ Text des Gesetzes: <https://docs.peru.justia.com/federales/decretos-leyes/18350-jul-27-1970.pdf> (24.10.2016).

⁴⁷ Zu den einzelnen Maßnahmen siehe Philip: *The Rise and Fall*, S. 123-127; Thorp/Bertram: *Peru 1890-1977*; S. 301 ff.; zum prozentualen Anteil siehe Ebenda, S. 303, Tabelle 15.1.

unter direkter staatlicher Kontrolle oder Firmen mit staatlicher Beteiligung zwischen 50% bis 100%.⁴⁸

Mit der Neuordnung im Industriesektor strebte die Militärjunta gleichzeitig eine Sozialreform an, indem sie mit der Einrichtung der in den Artikeln 21 bis 25 im Industriegesetz beschriebenen neuen Industriegemeinschaften (*Comunidades Industriales*) als Vertretung der festangestellten Arbeitnehmer in den Unternehmen Beteiligungsmodelle sowohl am Entscheidungsprozess als auch am Gewinn entwickelte. Es wurden Organe für Mitbestimmung geschaffen und eine Kapitalbeteiligung der Arbeiter vorgeschrieben. Die Industrieunternehmen wurden verpflichtet, einen Anteil des unternehmerischen Gewinns in Form von Firmenanteilen an die Arbeiter abzuführen, womit diese zu Mitaktionären werden sollten. Eine Beteiligung am Gesamtvermögen bis zum Verhältnis 50:50 sollte sukzessive erreicht werden. Bis Anfang 1975 entstanden über 3.500 solcher *Comunidades Industriales*; d.h. über 55% der bestehenden Unternehmen, die mehr als zehn Arbeiter beschäftigten, wurden in den Reformprozess einbezogen. Davon profitierten fast 200.000 solcher Gemeinschaftsarbeiter, das waren ca. 46% vom Gesamt der in der Industrie beschäftigten Arbeiter. Im Bereich von Fischerei, Bergbau und Telekommunikation wurden ähnliche Arbeitsgemeinschaften (*comunidades laborales*), insgesamt 379, geschaffen.⁴⁹

Ferner erließ die Militärjunta sehr zum Unwillen der Industriellen am 2. Mai 1974 nach jugoslawischem Vorbild das schon länger angedachte Gesetz über die Gründung von Firmen in Gemeinschaftsbesitz oder von Arbeitern geleitete

⁴⁸ Siehe Bernardo Sorj: Public Enterprise and the Question of the State Bourgeoisie, 1968-76. In: Booth/Sorj (Hrsg.): Military Reformism, S. 72-93, hier S. 76, Tafel 4.1.

⁴⁹ Siehe Manuel Lado L.: Desarrollo económico peruano. Del Plan Inca al Plan Túpac Amaru. In: Comercio Exterior, vol. 28, núm. 2, México, febr. 1978, S. 197-205, hier S. 202.

Unternehmen (*Ley de Empresas de Propiedad Social, Decreto –Ley N. 20598*).⁵⁰ Dies Gesetz reihte sich ein in Gesetze, die ökonomische, soziale und politische Aspekte der peruanischen Revolution hin zu einer sozialen Demokratie mit voller Beteiligung zu verbinden suchten, wie die Begründungsartikel des Gesetzes unterstrichen:

Ausgehend davon, dass sich die Peruanische Revolution an der Schaffung einer sozialen Demokratie der vollen Beteiligung (*plena participación*) orientiert; dass diese politische Option die eigentliche Essenz der Revolution definiert und eine neue ökonomische und soziale Ordnung impliziert; dass folglich Unternehmensformen zusätzlich zu staatlichen, privaten in den Kleinunternehmen und den durch die Arbeitsgemeinschaft (*Comunidad Laboral*) reformierten Privatunternehmen entstehen müssen, die den effizienten Gebrauch aller Ressourcen ermöglichen, ohne den Gewinn und die Entscheidungsbefugnis zu konzentrieren; dass der Entwicklungsprozess eine beschleunigte Schaffung von Kapital zusammen mit der sozialen Praxis der Beteiligung fordert; dass die humanistische Doktrin Arbeit als Grundlage des Menschen in der Gesellschaft als Quelle für Reichtum erkennt; [...] hat (die Junta), die Möglichkeiten nutzend, mit denen sie ausgestattet ist, und mit der Zustimmung des Ministerrats, folgendes Gesetz erlassen“:⁵¹

Bis zum Sturz von Velasco Alvarado, 1975, bzw. bis Mai 1976, zwei Jahre nach Erlass des Gesetzes, waren nur drei Projekte wirklich realisiert, 53 befanden sich in verschiedenen Stadien der Realisierung und 428 Projekte in verschiedenen Stadien der Evaluierung.⁵²

⁵⁰ Text Ley de Empresas de Propiedad Social, Decreto-Ley Nr. 20598 <http://docs.peru.justia.com/federales/decretos-leyes/20598-may-2-1974.pdf> (24.10.2016).

⁵¹ Zu Vorbild, Ziel und tatsächlicher Praxis der Firmen in Gemeinschaftsbesitz siehe Marco Palacios: Social Property in the Political Project of the Military Regime. In: Booth/Sorj (Hrsg.): Military Reformism, S. 117-140.

⁵² Ebenda, S. 127 f.

BILDUNG UND KULTUR

Einen besonderen Stellenwert maß die Militärjunta Bildung und Erziehung als einem wichtigen Instrument bei, um die analysierten Probleme Perus anzugehen, sie entsprechend ihren politischen Zielen in den Griff zu bekommen und eine Umwandlung des kulturellen und das hieß auch sozialen Standards zu erreichen. Zahlreiche linke Intellektuelle unterstützten diese Ziele als wichtige Voraussetzungen, um die peruanische Gesellschaft zu modernisieren. Das Bildungsgesetz (*Ley General de Educación, decreto-ley num. 19326*) vom 21. März 1972 verstand sich als sinnvoller Übergangsweg in eine neue peruanische Gesellschaft, in der die durch Sprache, ethnische Zugehörigkeit und Zugang zu bzw. Ausschluss von Bildung bedingte Fragmentierung überwunden würde. Eine ausführliche Auflistung der Motive für die Reform analysierte die bisherigen Defizite und steckte die Ziele ab, die dann im eigentlichen, die Organisation betreffenden Gesetzestext, noch einmal in der Begründung, im *Considerando*, zusammengefasst wurden:

Eingedenk der Tatsache,

Dass die tiefgreifenden strukturellen Umformungen, die die Revolutionsregierung der Streitkräfte mit dem Vorhaben ergriffen hat, den peruanischen Menschen von jeder Form von Beherrschung und Diskriminierung zu befreien und die Hervorbringung eines neuen Menschen als freie Person in einer gerechten Gesellschaft zu betreiben, die Unterstützung einer von den Werten des Humanismus inspirierten Bildungswesen erfordern;

Dass die Diagnose des nationalen Bildungswesens im herrschenden System schwere Defizite quantitativer und qualitativer Art aufgezeigt hat, die es ihm nicht erlauben, auf die wachsende Nachfrage unserer Bevölkerung nach Bildungsangeboten zu antworten und eine den Anforderungen eines modernen Lebens adäquate qualitative Bildung anzubieten;

Dass in der Vergangenheit das peruanische Bildungswesen eine verfehlt und schädliche Doktrin an den Tag gelegt hat, die die soziale Diskriminierung begünstigte, die große Mehrheit

vernachlässigte und die auszubildenden Peruaner von der Realität des Landes fernhielt, wodurch sie nicht nur jeden Versuch, die Gesellschaft zu demokratisieren, zunichtemachte, sondern auch die Absicht, in den Auszubildenden ein Bewusstsein bezüglich den der historischen Beschaffenheit der peruanischen Nation innewohnenden Problemen und Werten zu wecken; [...] Wurde folgendes Dekret-Gesetz erlassen.⁵³

Das Gesetz regelte in 383 Artikeln das neue Bildungssystem, ein kostenloses Unterrichtswesen von der Grundschule bis zur Universität mit Beteiligung von Familie, Gemeinden und qualifizierten Lehrern, und trug auch der Mehrsprachigkeit Rechnung. Es schuf ein Bildungs- und Ausbildungskonzept, das auch die wirtschaftlichen Aspekte des Arbeitsmarktes im Blick hatte, und reformierte die bisherigen Lehrpläne, indem diese mit anderen Inhalten neuen Erziehungszielen wie Partizipation und nationale Identität dienen sollten. Die Ausweitung der Beschulung und die gleichzeitige, schon in den 1920er Jahren von dem Intellektuellen José Carlos Mariátegui geforderte „Peruanisierung“ des Geschichtsbewusstseins⁵⁴ auch im Bildungssystem waren ehrgeizige Ziele, die es gegen den Widerstand der organisierten Lehrerschaft durchzusetzen galt.

Denn nun erhielt die eigene, peruanische Geschichte Vorrang vor der Unterweisung in europäischer Geschichte. Damit sollte erreicht werden, den historischen Prozess zu akzeptieren, die verschiedenen Kulturen anzuerkennen und die Werte der dieser Kulturen anzunehmen. Zu dieser Verbeugung vor der eigenen Vergangenheit passte es auch, dass im Kontext der 1974 eingeleiteten Kampagne gegen den Analphabetismus auf dem Land die Regierung von Präsident Velasco Alvarado am 27. Mai 1975 mit dem Decreto Ley num. 21156 Peru zum zweisprachigen Land erklärte und Quechua zur zweiten offiziellen

⁵³ Text: <http://www.leyes.congreso.gob.pe/Documentos/Leyes/19326.pdf> (24.10.2016).

⁵⁴ Zu Mariáteguis Vorstellungen siehe Hans-Joachim König: Nationale Identitätsbildung und sozialistische Projekte bei Mariátegui. In: José Morales Saravia (Hrsg.): José Carlos Mariátegui. Frankfurt/Main 1997, S. 11-29.

Landessprache machte, um so ein wichtiges Erbe der alten peruanischen Kultur zu bewahren und zugleich einem großen Teil der Bevölkerung die angestrebte bessere Integration zu ermöglichen.⁵⁵ Überhaupt griff die Militärjunta, die Wirkung identitätsstiftender Symbolik und Bilder nutzend,⁵⁶ auf utopische Elemente der andinen Volkskultur zurück, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Dazu gehörte z.B. der Mythos von *Inkarri*. Dieser enthält die Geschichte der spanischen Eroberung, d.h. den Tod (Enthauptung) der Inkaherrscher Atahualpa und Túpac Amaru I., sowie die Kolonisierung und die Hoffnung auf bzw. die Prophezeiung für die Wiederkehr des Inkaherrscher, d.h. die Wiederherstellung der alten glanzvollen Ordnung. Mit diesem Mythos ließ sich auch die oben erwähnte Symbolik von Túpac Amaru II. verbinden. Intellektuelle Anhänger des Regimes beschäftigten sich erneut mit dem Mythos von *Inkarri*, und die Regierung organisierte zur Belebung des Mythos ein jährliches Kulturfestival.⁵⁷ Und nicht umsonst hieß der schon beschriebene Entwicklungsplan der Revolutionsregierung, der am 28. Juli 1974, dem 153. Jahrestag der Unabhängigkeit Perus, der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, *Plan Inca*.

⁵⁵ Text des Gesetzes <https://peru.justia.com/federales/decretos-leyes/21156-may-27-1975/gdoc/> (22.10.2016).

⁵⁶ Siehe Carlos Aguirre and Paulo Drinot (Hrsg.): *The Peculiar Revolution. Rethinking the Peruvian Experiment under Military Rule*. Austin 2017. In ihrem Band sind mehrere Aufsätze dem Thema Symbolik, u.a. Túpac Amaru II. gewidmet; Charles F. Walker: *The General and his Rebell. Juan Velasco and the Reinvention of Túpac Amaru II.*, S. 49-72. Siehe Anm. 37.

⁵⁷ Siehe dazu Cant: *Representando la revolución*. In: Schuster/Hernández: *Imaginando América Latina*, S. 293 ff. ; Aranda Bustamante: *Mesías andinos*, S. 103 f.

DIE ERRICHTUNG DES POLITISCHEN MOBILISIERUNGSSYSTEMS SINAMOS

Die Militärs verstanden ihren unblutigen Militärputsch auch als eine Reaktion auf die in ihren Augen und derjenigen vieler Peruaner unfähigen politischen Parteien. Sie verboten diese nicht, arbeiteten aber auch nicht mit ihnen zusammen. Die Mehrheit der Militärs, besonders Velasco Alvarado selbst, lehnte eine Partei ab, so dass sie selbst keine eigene Partei gründeten.⁵⁸ Die Militärs sahen jedoch bald, dass ihnen eine intermediäre Organisation für den Kontakt zwischen Bevölkerung und Regierung fehlte, ein Instrument, das politische Beteiligung der Bevölkerung am Revolutionsprozess, aber auch deren Kontrolle zuließ. Sie bedienten sich dabei u.a. der Ideen bezüglich politischer Basisgruppen von ehemaligen linken Parteimitgliedern oder Aktivisten wie Carlos Delgado, ehemals Mitglied der APRA, oder Héctor Bejar, ehemals einer der Führer der Bauernaufstände von 1965.⁵⁹ Um Unterstützung für sich zu gewinnen, um die bei den Strukturreformen auftretenden Unruhen kontrollieren zu können, um Zustimmung durch Beteiligung zu erreichen, rief die Revolutionsregierung mit dem Decreto Ley Nr. 18896 vom 22. Juni 1971 das „Nationale System zur Unterstützung der Sozialen Mobilisierung“ (*Sistema Nacional de Apoyo a la Movilización Social*, SINAMOS),⁶⁰ ins Leben. Präsident Velasco Alvarado erläuterte in seiner Rede am 24. Juni 1971 anlässlich des zweiten Jahrestages des Gesetzes zur Agrarreform die Zielsetzung von SINAMOS:

⁵⁸ Wie stark sich Velasco Alvarado gegen die Gründung einer eigenen Partei selbst nach seiner Erkrankung 1973 sträubte, beschreibt Kruijt: *Revolution by Decree*, S. 147 ff.

⁵⁹ Zur Zusammenarbeit mit diesen Intellektuellen siehe Stepan: *The State and Society*, S. 150 f.; Sánchez: *La revolución peruana*, S. 193-199.

⁶⁰ Text in: <http://www.leyes.congreso.gob.pe/Documentos/Leyes/18896.pdf> (20.10.2016).

[...] wir mussten das schwierige Problem der Beteiligung des Volkes an seiner Revolution meistern. An dessen Lösung orientiert sich das Gesetz zur Sozialen Mobilisierung. [...] Es ist nicht unsere Absicht, die Bildung einer der Revolutionsregierung ergebenen politischen Partei voranzutreiben. Wir möchten dazu beitragen, Bedingungen zu schaffen, die die direkte, effektive und dauerhafte Beteiligung aller Peruaner an der Entwicklung der Revolution ermöglichen und stimulieren. Eine derartige Beteiligung wird ihre eigenen Organisationsformen und ihre eigenen vollkommen autonomen Aktionsmechanismen finden, Einheiten, die außerhalb der Reichweite der korrupten traditionellen politischen Führungsstrukturen liegen, die sich zwar auf den Namen des Volkes beriefen, aber allein dazu dienten, die Macht einer niederträchtigen Oligarchie zu verewigen.⁶¹

Diesem Grundtenor entsprechend sollte SINAMOS laut Artikel 5 des Gesetzes:

- b. die Organisation der Bevölkerung in dynamische territoriale und funktionale Einheiten mit kommunalem und kooperativem Charakter vorantreiben.
- c. den Dialog zwischen Regierung und der nationalen Bevölkerung fördern und stimulieren, um das Volk zu einer bewussten Beteiligung an seinen grundlegenden Entscheidungen hinsichtlich ihrer jeweiligen Wirklichkeit, ihrer Interessen und ihrer gemeinschaftlichen Ziele anzuleiten; [...]
- e. die systematische Verbindung zwischen den koordinierten Aktionen und Diensten der Regierung und denen der organisierten Bevölkerung fördern.

Mit Aktionen und Diensten der Regierung waren frühere selbständige entwicklungspolitische staatliche Organisationen wie z.B. Nationales Entwicklungsbüro für Neue Dörfer (*Oficina Nacional de Desarrollo de Pueblos Jóvenes*), Nationales Büro für Kommunale Entwicklung (*Oficina Nacional de Desarrollo Comunal*); Dirección der Bauernkommunen (*Dirección de Comunidades Campesinas*); Dirección zur Förderung und Verbreitung der Agrarreform (*Dirección de Promoción y Difusión de Reforma Agraria*) gemeint. Sie alle wurden in Artikel 6 des Gesetzes in SINAMOS integriert und unterstanden dem Nationalen Büro zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung (*Oficina Nacional de Apoyo a la*

⁶¹ Zitat bei Pease García / Verme Insúa: Perú 1968-1973. T. I.; S. 279.

Movilización Social), zu dessen erstem Direktor Carlos Delgado ernannt wurde. Mit dem Decreto Ley Nr. 19352 vom 4. April 1972 erhielt SINAMOS weitere Ausführungsbestimmungen.

Diese Behörde sollte u.a. Bauern, Industriearbeiter und Slumbewohner in den beschönigend genannten Jungen Siedlungen (*Pueblos Jóvenes*) rund um die großen Städte organisieren, die Bevölkerung über die Ziele der Revolution aufklären, die Durchführung der Agrarreform, besonders die Errichtung der Genossenschaften, kontrollieren und Selbsthilfeorganisationen in den Slums ins Leben rufen. Ziel war es auch, die bisher unbeteiligten ärmeren Bevölkerungsschichten in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen, indem diese in den Organisationen auf den jeweiligen Ebenen ein geordnetes Sprachrohr erhielten, und so langfristig eine neue Gesellschaft zu schaffen. Diese Beteiligung versprach einerseits durchaus politische Modernisierung, andererseits aber bedeutete sie wegen der administrativen Verflochtenheit zu den übergeordneten Behörden wenig mehr als eine durch die militärische Führung kontrollierbare politische Artikulation. Obwohl sich das Akronym SINAMOS auch als Aussage *Sin amos*, d.h. ohne Herrn, lesen ließ, sollte die während der Militärdiktatur angestrebte Einbindung in das politische System, eben nicht durch eine praktizierte repräsentative Demokratie, sondern auf von oben kontrollierte Weise erfolgen.

UNERFÜLLTE ERWARTUNGEN UND PROBLEME

Die seit Oktober 1968 fast gleichzeitig in Angriff genommenen ökonomischen, politischen und sozialen Modernisierungsbestrebungen der Revolutionsregierung weckten hohe Erwartungen, konnten jedoch wegen interner Modernisierungshemmnisse und struktureller Planungsfehler sowie wegen negativer internationaler

Rahmenbedingen, aber auch wegen der stark auf die Person von Velasco Alvarado fixierten Führungsstruktur nicht oder nur teilweise erfüllt werden.⁶²

Die Agrarreform setzte zwar eine gewisse Umverteilung in Gang, steigerte jedoch nicht die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft insgesamt. Zudem kam sie nur einem Teil der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer Beschäftigten zugute. Während die Großbetriebe unter staatlichem Schutz erneut Bodenressourcen monopolisierten, in großen Genossenschaften die Genossenschaftler Privilegien erhielten, bald jedoch in ihrer Produktivität nachließen, änderte sich nur wenig an der prekären Situation der Masse der ländlichen indigenen Bevölkerung, vor allem in der Sierra, die nur unwillig das neue Genossenschaftssystem annahm und angesichts fehlender Märkte und unzureichender ländlicher Infrastruktur wenig Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte hatten. In dem Bestreben, die Konsumpreise in den Städten zu niedrig zu halten, hatte die Militärregierung Einfluss auf die Bereitstellung von Saatgut und Düngemitteln sowie auf die Gestaltung der Erzeugerpreise genommen und den Import von Nahrungsmitteln gefördert. Das hatte zu starken Einbußen im Einkommen der Produzenten geführt, also die Situation der armen bäuerlichen Familien nicht verbessert.

Das Haushaltsdefizit erhöhte sich in den Jahren zwischen 1969 und 1976 dramatisch; die Zahlungsbilanz wurde stark negativ, die öffentlichen Auslandsschulden stiegen von \$ 945 Mio. im Jahr 1970 auf \$ 2.170 Mio. Ende 1974 und auf \$ 4.127 Mio. in 1976.⁶³ Das resultierte u.a. aus den gesunkenen Einnahmen für den rückläufigen Fischmehlexport,⁶⁴ aus der Ölpreiskrise des Jahres 1973, denn das

⁶² Siehe zu den ökonomischen und politischen Schwierigkeiten und Fehlschlägen die Beiträge mit detaillierten Analysen in: Cynthia McClintock and Abraham F. Lowenthal (Hrsg.): *The Peruvian Experiment Reconsidered*. Princeton 1983. Der Tenor ist dennoch grundsätzlich positiv. Siehe auch George Philip: *Velasco and the Military: The Political Decline, 1973-1975*. In: Aguirre/Drinot (Hrsg.): *The Peculiar Revolution*, S. 175-212.

⁶³ Siehe Thorp/Bertram: *Peru 1890-1977*, Tafeln 15.3 und 15.4, S. 311f.

⁶⁴ Siehe Philip: *The Rise and Fall*, Tafel 3, S. 149.

erdölproduzierende Peru war für seine Industrialisierungsbemühungen dennoch auf Erdölimport angewiesen, ferner aus den durch die Erdölkrise dramatisch steigenden Rohstoffpreisen; vor allem auch aus der massiven Erhöhung der Rüstungsausgaben. Denn angesichts der von General Augusto Pinochet geführten Militärdiktatur in Chile, einem Land, dem gegenüber in Peru seit den Ereignissen des Salpeterkriegs 1879-1884, Vorbehalte bestanden, wurde im peruanischen Militär mehrheitlich die Meinung vertreten, dass es notwendig sei, einer drohenden militärischen Konfrontation mit Chile durch militärische Aufrüstung der peruanischen Streitkräfte zu begegnen und deshalb entsprechenden Rüstungsausgaben gegenüber denen zur sozialen Modernisierung den Vorrang zu geben. Gemäß dem Bestreben, die Abhängigkeit gegenüber den USA zu verringern, erfolgten solche Rüstungskäufe nicht in den USA, sondern wurden in Europa und der UDSSR getätigt. Das verstärkte den ohnehin schon vorhandenen Unmut in Teilen der Bevölkerung über die Abkehr von den USA und die Hinwendung zu kommunistisch/sozialistischen Staaten in Osteuropa und Lateinamerika; wie z.B. Kuba, mit dem Peru im Juli 1972 wieder diplomatische Beziehungen aufnahm, sowie zu China.

Nach und nach traten auch Defekte von SINAMOS auf. Zum einen erforderte die geplante Durchdringung und Verlinkung zahlreicher Gruppierungen der Gesellschaft mit der Regierung unzählige permanente Aktivisten auf den einzelnen Ebenen, die nur schwer zu rekrutieren waren. Zum anderen wurden lokale Mobilisierungsbestrebungen durch Einspruch von höherer bürokratischer oder militärischer Seite konterkariert.⁶⁵ So entwickelten z.B. mehrere der durch SINAMOS gegründeten Institutionen ein regimekritisches Eigenleben, besonders wenn die ökonomischen Erwartungen nicht erfüllt wurden, worauf die Militärregierung

⁶⁵ Siehe dazu Stepan: *The State and Society*, S. 314 f.

sukzessive mit Repressionen reagieren musste, sollte die ursprüngliche Intention der staatlich gelenkten sozialen Modernisierung nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden.

DIE ZWEITE PHASE DER PERUANISCHEN MILITÄRDIKTATUR (1975-1980).

Die stockende bzw. stagnierende ökonomische Entwicklung, das gestörte Verhältnis zu den USA, die Kontaktaufnahme zu blockfreien Staaten, wachsende Unruhen in der Bevölkerung wegen unerfüllter Erwartungen ließen die nie ganz verschwundenen Gegensätze innerhalb des peruanischen Militärs zu Tage treten. Am 29. August 1975 wurde der ohnehin schon durch Krankheit geschwächte Präsident General Juan Velasco Alvarado, er hatte sich am 10. März 1973 einer Beinamputation unterziehen müssen, durch einen Putsch eher traditionell orientierter Militärs unter Führung von General Francisco Morales Bermúdez gestürzt, bzw. zum Rücktritt gezwungen; er starb am 24. Dezember 1977.

Nach der Absetzung von General Velasco Alvarado und der Entlassung bzw. Entmachtung ihm treuer Offiziere und Minister nahm das Militärregime Sparmaßnahmen vor, um die Staatsverschuldung zu reduzieren, und vollzog, um Kredite zu bekommen, gemäß den Auflagen des Internationalen Währungsfonds in der Wirtschaftspolitik einen Kurswechsel hin zu einer neoliberalen Orientierung. Der sah einen stufenweisen Abbau früherer revolutionärer Maßnahmen wie z.B. Arbeitermitbestimmung und Selbstverwaltung, Abzug des Staates aus Investitionsprojekten, Rücknahme der 50:50 Verteilung des Anteilskapitals der Arbeiter eines Unternehmens, stattdessen eine stärkere Berücksichtigung des privatwirtschaftlichen Sektors, Kürzung von Subventionen vor, rief allerdings wegen der Abschaffung des von Velasco Alvarado errichteten Wohlfahrtsstaates eine Radikalisierung der armen Bevölkerungsschichten hervor. Worauf die Militärregierung zunehmend mit Repressalien reagierte.

Die neue Politik war in einem neuen Entwicklungsplan, dem Plan Túpac Amaru enthalten. Über ihn war innerhalb der Militärs über ein Jahr diskutiert worden, bevor er am 6. Februar 1977 in allen Zeitungen veröffentlicht wurde. Auch dieser Plan rekurrierte auf die indigene Symbolik, gab vor, den alten Plan zu perfektionieren, weichte jedoch alle früheren sozialfreundlichen und partizipatorischen Reformen zugunsten wieder privater Unternehmen auf.

Ab 1978 wurden Forderungen nach Rückkehr zur Demokratie lauter; es zeigte sich, dass die Militärs in keiner sozialen Schicht mehr über Rückhalt verfügten. Die radikalen Reformen hatten die Oberschicht und der wirtschaftliche Einbruch die Mittel- und Unterschichten verprellt. Unter dem Eindruck einer weitverbreiteten antimilitärischen Stimmung und angesichts wachsender interner Auseinandersetzungen innerhalb des Militärs entschloss sich 1978 Morales Bermúdez zu einem geordneten Rückzug des Militärs und zu einer schrittweisen Rückkehr zur Demokratie, indem er Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung zuließ, um eine neue Verfassung zu erarbeiten, die das seit dem 3. Oktober 1968 geltende Statut der Revolutionsregierung der Streitkräfte ablösen sollte, ohne das Militär zu diskreditieren. Nun kamen die alten Parteien wieder ins Spiel. Die sozialdemokratische APRA erhielt mit 35% die meisten Stimmen, sie bestimmte auch, geführt von ihrem Führer und Gründer Victor Raúl Haya de la Torre, gemeinsam mit der rechtskonservativen „Christlichen Volkspartei“ (*Partido Popular Cristiano*, PPC) die Diskussionen um die Verfassung vom 12. Juli 1979. Diese sah wiederum ein Präsidialsystem als Regierungsform vor. Obwohl der sozialreformerische Flügel des Militärs die APRA unterstützte, gewann bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1980 der Kandidat der konservativen *Acción Popular*, AP, der von General Velasco Alvarado abgesetzte Fernando Belaúnde Terry mit 45,4% der Stimmen. Er hatte die Unterstützung der traditionellen Militärs erhalten; überdies war der aussichtsreichste Kandidat, Haya de la Torre, am 2. August 1979

gestorben. Belaúndes zweite Amtsperiode als Präsident, 1980-1985, bedeutete die Rückkehr zu einer Zivilregierung, nicht aber den Beginn einer stabilen, nachhaltigen Entwicklung. Im Gegenteil.

SCHIEDERN ODER ERFOLG?

Es ist offensichtlich, dass sich die peruanische Militärdiktatur, vor allem in ihrer ersten Phase unter General Juan Velasco Alvarado, von den anderen, fast zeitgleichen Militärdiktaturen in Brasilien, Argentinien und Chile unterschied. Nicht nur dadurch, dass sie nicht wie diese systematisch zu Maßnahmen wie Folter und Gewaltanwendung griff, um unliebsame Opposition mundtot zu machen oder verschwinden zu lassen, sondern auch dadurch, dass sie in ihrer Zielsetzung nicht auf die Stabilisierung des sozialen Status quo, d.h. die Absicherung der bisherigen herrschenden Eliten ausgerichtet war, vielmehr eine gesamtgesellschaftliche revolutionäre Veränderung hin zu sozialer Gerechtigkeit, zu einer sozialen, ökonomischen und politischen Demokratie mit breiter, umfassender Beteiligung der Bevölkerung durch selbständige Organisationen und außerdem unabhängigem Wachstum anstrebte sowie die einseitige Bindung an die USA löste. Zwar gab es Deportationen und Exilierungen, und auch die Pressefreiheit wurde letztlich empfindlich eingeschränkt, indem als letzte der Reformen unter Velasco Alvarado am 28. Juli 1974 alle öffentlichen Zeitungen durch Enteignung nationalisiert bzw. sozialisiert, d.h. in den Besitz von zivilen Vereinigungen überführt wurden, welche die organisierte Bevölkerung repräsentierten.⁶⁶ Doch insgesamt gesehen, war die Revolutionsregierung in ihren ersten sechs Jahren

⁶⁶ Siehe Philip: *The Rise and Fall*, S. 137-140; David Booth: *The Reform of the Press: Myths and Realities*. In: Booth / Sorj (Hrsg.): *Military Reformism*, S. 141- 184; Werlich: *Peru*, S. 352-357.

kaum unterdrückerisch. Erst im Laufe der Zeit, in dem Maße wie die durchgeführten Maßnahmen innere Strukturprobleme und Planungsdefizite aufzeigten sowie auf zunehmend einschränkende externe Rahmenbedingungen stießen, sich die geplanten Ergebnisse nur zögerlich einstellten und die erweckten Erwartungen nicht oder nur teilweise realisiert wurden, nahm die Tendenz zu willkürlichen Entscheidungen und zu Intoleranz gegenüber Oppositionellen – allgemeinen Merkmale von Diktaturen – zu. So war die Revolutionsregierung von Velasco Alvarado trotz ihrer hehren Absichten und deren tatsächlicher Umsetzung immer noch eine Militärdiktatur mit zivilem Personal auf den unteren und Militärs auf den obersten Entscheidungsebenen sowie ohne einen mittel- oder langfristigen Plan zur Übergabe ihrer Macht an eine zivile Regierung. Sie hat sich mit einer bemerkenswerten Entschiedenheit und Energie darum bemüht, ihr Projekt mit Reformen, die frühere Regierungen immer nur angekündigt hatten, im Vertrauen auf die Wirksamkeit ihrer Planungen umzusetzen. Insofern besaß das peruanische Militär in dieser Zeit durchaus Modernisierungspotenzial. Allerdings war die angestrebte und zur selben Zeit in Angriff genommene ökonomische, soziale und politische Modernisierung auch unter diktatorischem Vorzeichen mit dem Militär als Akteur angesichts der Unwilligkeit ziviler Eliten und Parteien zu ambitioniert. Erschwerend kam hinzu, dass das als Parteienersatz konzipierte System SINAMOS letztlich zu keiner Erweiterung der politischen Beteiligung führte.

Auch wenn die sozialreformerischen Militärs unter Velasco Alvarado nur bedingt und nur für ihre Zeit als „developmental elite“ bezeichnet werden können und wegen der fehlenden dauerhaften und organisierten Kooperation mit und Unterstützung durch entwicklungsorientierte zivile Gruppen keine echte

Alternative im politischen System darstellten,⁶⁷ muss dennoch die Zeit der Revolutionsregierung als ein wichtiger Abschnitt in der peruanischen Geschichte gewürdigt werden, wobei zwischen der ökonomisch-sozialen Maßnahmenebene und der politischen Regimeebene zu unterscheiden ist. Immerhin kann die Militärdiktatur einige Errungenschaften vorweisen: Die Agrarreform hat eine der ungleichsten Eigentumsstrukturen in der Landwirtschaft auf der Welt radikal verändert; das Bildungssystem wurde geöffnet und auf Perus Kultur ausgerichtet; der Staat als Akteur gewann neue Kontur, und neue Standards für effektive Verwaltung wurden eingeführt; die Experimente hinsichtlich Sozialeigentum, Industriegemeinschaften, Beteiligung und Teilhabe haben Vorstellungen über die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat erweitert. In Abwägung der Zielsetzungen, der Umsetzungen und Wirkungen lassen sich Revolution – eine unterbrochene Revolution – und Regime nach Meinung einiger Peruexperten als wichtiges Experiment kennzeichnen.⁶⁸ Ja sogar, als gelungenes Experiment, wie es Abraham F. Lowenthal sieht; er weist auf die positiven Veränderungen in Peru hin: „If one defines the Peruvian experiment as a core program of nationalist affirmation, economic modernization, anti-oligarchical reform, and systematic state-building supported by the armed forces in 1968, the agenda was implemented to an impressive degree“; und er konstatiert mit recht: „Peru in the 1980s is not Peru as it was before 1968.“⁶⁹

⁶⁷ Siehe dazu auch Stepan: *The State and the Society*, S. 316.

⁶⁸ Hier seien nur die wichtigsten genannt: Abraham F. Lowenthal (Hrsg.): *The Peruvian Experiment*, 1975; McClintock/Lowenthal (Hrsg.): *The Peruvian Experiment Reconsidered*, 1983; sie widmen ihren Band *To All the Peruvian Experiments* trotz der Analyse von Misserfolgen dieser Experimente. – Auch Thorp und Bertram: *Peru 1890-1977*, S. 319 sowie Aguirre und Drinot (Hrsg.): *The Peculiar Revolution* sprechen in Bezug auf die „Peruanische Revolution“ mit Hochachtung vom *Peruvian Experiment*.

⁶⁹ Lowenthal: *The Peruvian Experiment Reconsidered*. In: McClintock/Lowenthal (Hrsg.): *The Peruvian Experiment*, S. 415-430; hier S. 419 und S. 425.

Auch wenn die Revolutionsregierung kein Modell für ein dauerhaftes Regime war, bewirkte sie dennoch das Ende des oligarchischen Staates.⁷⁰

⁷⁰ Siehe dazu Carlos Franco (Hrsg.): *El Perú de Velasco. De la cancelación del Estado oligárquico a la fundación del Estado nacional*. 3 Bde. Lima 1983 (erschieden 1986).

HOLGER M. MEDING

OMAR TORRIJOS: PANAMAS MILITÄRDIKTATOR UND VOLKSTRIBUN

Panama hatte seine Unabhängigkeit von Kolumbien den Vereinigten Staaten zu verdanken, die in diesem Raum zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen inter-ozeanischen Kanal bauen wollten und dazu freien Handlungsspielraum einforderten. Die Oberschicht der isthmischen Provinz sah in diesen Plänen vor allem eine einmalige Chance. Mögliche Gefahren erkannte man zwar durchaus, verdrängte sie aber weitgehend, so dass der jüngste Staat Amerikas in kurzer Zeit in eine nahezu vollständige Abhängigkeit von den USA geriet. Zeitgenossen sprachen sogar von einem regelrechten Protektorat. Washington garantierte die Existenz Panamas seit 1903, der Kanal und das angrenzende Gebiet standen unter der Oberhoheit des US-Kriegsministeriums, wirtschaftlich war das Land auf das Engste an die Vereinigten Staaten gekoppelt und politisch konnte keine Regierungsentscheidung Panamas gegen ein Veto der nördlichen Vormacht durchgesetzt werden. Diese Situation weitgehender Abhängigkeit war allerdings nicht das Ergebnis einer Gewalttat, sondern beruhte auf Verträgen und Vereinbarungen.

In aller Hast, kaum dass die Unabhängigkeit Panamas von Kolumbien verkündet war, hatte eine noch provisorische Regierung einen Vertrag mit den USA schließen lassen, der das Verhältnis beider Länder für den größten Teil des 20. Jahrhunderts bestimmen sollte. Innerhalb von zehn Jahren bauten die Vereinigten Staaten einen transisthmischen Schleusenkanal und nahmen Betrieb und militärische Sicherung fest in ihre Hände. In der zehn Meilen breiten, das Land durchschneidenden Kanalzone handelten die US-Amerikaner ohne jede Einschränkung.

Im Kanalvertrag von 1903 war dieser Zustand völkerrechtlich abgesichert worden. Die Vereinigten Staaten besaßen in der *Canal Zone* alle Rechte, als ob sie dort souverän wären.¹

Die Abhängigkeit war bald absolut, und kein panamenischer² Präsident konnte es wagen, den USA in wesentlichen Anliegen die Stirn zu bieten. Aber es gab nicht nur negative Auswirkung dieser Fremdbestimmung. Das in vielen Bereichen verschlafene, rückständige Panama wurde mit Macht an die Weltwirtschaft angeschlossen und dementsprechend modernisiert. Innovative Techniken erreichten das Land, die Infrastruktur verbesserte sich, neue Verdienstmöglichkeiten taten sich auf, der allgemeine Lebensstandard wurde angehoben und der Lebensstandard der herrschenden Eliten insbesondere.

In den Jahren des Kanalbaus und der frühen Phase des Kanalbetriebs wurde der Umstand der Fremdbestimmung daher weitgehend akzeptiert und als Kollateraleffekt der US-amerikanischen Unterstützung für den Unabhängigkeitsprozess hingenommen. Nicht selten wurden die Vereinigten Staaten seinerzeit sogar in einem regelrecht verklärten Licht gesehen. Alles, was Kolumbien nie hatte geben können, das sollten nun die USA gewähren: Wohlstand, Sicherheit im Innern, Schutz nach außen - eine machtgeschützte Wohlstandssphäre war das Wunschziel.

¹ „The Republic of Panama grants to the United States all the rights, power and authority within the zone [...] which the United States would possess and exercise if it were the sovereign of the territory [...] to the entire exclusion of the exercise by the Republic of Panama of any such sovereign rights, power or authority. (Convention for the Construction of a Ship Canal, 18.11.1903, Art. 3).

² 1941 legte die Duden-Redaktion zum Toponym „Panama“ die sprachlich wenig glückliche Ableitung „panamaisch“ fest. Zuvor war im Deutschen, internationale Verträge eingeschlossen, das Adjektiv „panamenisch“ üblich. Letztere Variante, welche auch dem spanischen „panameño“ am nächsten steht, wird in vorliegendem Aufsatz verwendet.

Doch mit der Militarisierung des Kanals im Ersten Weltkrieg und den Eingriffen der Kanalzonenregierung in die Innenpolitik Panamas mehrten sich die skeptischen Stimmen gegen die Vorrechte der USA. Auch die herrschenden Kräfte des Landes gerieten dabei ins Fadenkreuz. In den zwanziger Jahren formierte sich eine Bewegung, die mit den oligarchischen Strukturen des Landes zu brechen trachtete. Die zumeist jungen Mitglieder wandten sich in ihrem radikalen Nationalismus gegen den schleichenden Siegeszug der englischen Sprache, die US-amerikanische Dominanz und gegen die willfährige Bereitschaft der eigenen Politiker, dies zuzulassen. Ihre Bürgerbewegung (*Acción Comunal*) machte zudem Front gegen die Großgrundbesitzer und ihre Privilegien und führte eine anti-kapitalistische Rhetorik. Ein neues Element in der politischen Debatte war der Einsatz zugunsten des Kleinbürgertums und des vernachlässigten Bauerntums.³

1931 kam es zum ersten Staatsstreich in Panama. Bislang hatten die USA derartige Regierungswechsel immer unterbunden; nun waren sie durch die Weltwirtschaftskrise jedoch selbst gelähmt. Damit gelangte die *Acción Comunal* an die Macht. Harmodio Arias, einer der gemäßigten Vertreter, ließ sich zum Präsidenten wählen. Entscheidender aber war der Aufstieg seines jüngeren Bruders Arnulfo Arias. Dieser sollte für die folgenden Jahrzehnte zum Protagonisten des panamenischen Nationalismus werden. Er war am Staatsstreich von 1931 maßgeblich beteiligt gewesen und hatte unter Lebensgefahr bewaffnete Aktionen durchgeführt, die ihm ein hohes Renommee unter seinen Anhängern verliehen. Seine aggressive Sprache zog große Teile der Wählerschicht an sich, die Arias in der Bewegung des *Panameñismo* zu organisieren wusste. 1940 erfolgte die Wahl zum Präsidenten.

³ Holger M. Meding: Panama. Staat und Nation im Wandel (1903 – 1941). Köln u.a. 2002, S. 157 – 167.

In diesem höchsten Staatsamt betrieb Arnulfo Arias eine volksnah-nationalistische, anti-US-amerikanische und fremdenfeindliche Politik. Als er sich im Verlaufe des Jahres 1941 jedoch den Forderungen Washingtons nach Gefolgschaft entzog und Panamas Souveränität herausstrich, wurde er unter Mithilfe des US-Geheimdienstes gestürzt.⁴

In den USA, vor allem aber in der US-Kanalzone bestärkten diese Entwicklungen das ohnehin latente Misstrauen gegenüber den als unzuverlässig angesehenen bürgerlichen Regierungen in Panama. Doch es gab keine wirkliche Alternative, da die USA die Streitkräfte des Landes bereits 1904 aufgelöst und selbst die Polizei weitgehend entwaffnet hatten, so dass Panama auf den Schutz der USA angewiesen war.⁵ Zu Beginn des Kalten Krieges allerdings schienen militärische Strukturen mitsamt einem starken Einfluss auf die zivilen Regierungen wünschenswert zu sein.

Die USA begleiteten daher die Militarisierung der Polizei,⁶ wie sie bereits in anderen Staaten Mittelamerikas, z.B. in Nicaragua, bestand. Die Erfahrungen mit Arnulfo Arias, der 1948 wiedergewählt worden war, mochten zu diesem Wohlwollen beigetragen haben. Dieser Nationalpopulist mit seiner anti-US-amerikanischen Agenda war den führenden Vertretern der Kanalzone nach wie vor ein rotes Tuch gewesen und auch in der Republik Panama hatte sich der Widerstand organisiert. 1951 wurde Arias schließlich von der Polizeistreitkraft, die sich schwere Feuergefechte mit den Verteidigern des Präsidenten lieferte, aus dem Amt geputscht. Der Chef der *Policía Nacional*, José Antonio Remón, übernahm

⁴ Ebenda, S. 201 ff.

⁵ Siehe Holger M. Meding: Bedingt abwehrbereit. Die frühe Außenpolitik Panamas zwischen Schutzbedürfnis und Selbstbehauptung. In: Rüdiger Zoller (Hrsg.): Panama: 100 Jahre Unabhängigkeit. Handlungsspielräume und Transformationsprozesse einer Kanalrepublik. Erlangen 2004.

⁶ Carlos Guevara Mann: Panamanian militarism. A historical interpretation. Athens 1996, S. 70.

nach einer Art von Wahlen die Präsidentschaft. Eine Militärdiktatur war es nicht, aber die Polizei, die nun zu einer Nationalgarde (*Guardia Nacional*) umgeformt wurde, stieg in ihrer Bedeutung zu einem dominierenden politischen Faktor auf.⁷ Die Konsequenzen sollten sich später zeigen.

Remón betrieb eine verlässliche proamerikanische Politik, wurde allerdings 1955 unter mysteriösen Umständen ermordet; möglicherweise steckte die US-Mafia dahinter. Parallel verstärkten sich in dieser Zeit nationalistische Strömungen, die sich gegen die USA und deren Dauerpräsenz in der Kanalzone richteten. Kleine Vorfälle genühten zuweilen, um heftige Reaktionen hervorzurufen. Um das Hissen der Nationalflagge in der Kanalzone kam es 1964 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen panamenischen Studenten und den Sicherheitskräften der Kanalzone, an deren Ende mehr als 20 Tote und viele Verletzte standen und kurzfristig sogar die diplomatischen Beziehungen zu den USA abgebrochen waren.⁸

In dieser aufgeladenen Grundstimmung gewann 1968 Arnulfo Arias, der Kandidat des *Panameñismo*, erneut die Präsidentschaftswahlen. Der umtriebige Politiker erhielt an den Wahlurnen eine derart umfängliche Zustimmung, dass der intendierte Versuch einer Wahlmanipulation ins Leere lief. Arias begann seine neue Präsidentschaft kraftvoll und entschieden. Doch er wusste um die Gefahren, die seiner Politik im Wege standen. Vor allem musste die *Guardia Nacional* als Machtfaktor neutralisiert werden. Den Putsch von 1951 gegen ihn hatte Arias nicht vergessen. Diese quasimilitärische Polizeistreitkraft, die ca. 5.000 Mann umfasste, sollte nicht mehr autonom agieren dürfen. Der Präsident ordnete sie der

⁷ Ebenda, Kap. 5: The National Guard, 1953 – 1968.

⁸ Siehe hierzu: Alan McPherson: Courts of world opinion. Trying the Panama Flag Riots of 1964. In: *Diplomatic History*, Bd. 28, Nr. 1 (2004), S. 83 – 112; Ders.: From ‘punks’ to geopoliticians. U.S. and Panamanian teenagers and the 1964 Canal Zone Riots. In: *The Americas*, Bd. 58, Nr. 3 (2002), S. 395 - 418.

zivilen Staatsspitze unter, verfügte Umgruppierungen und schickte undurchsichtige Führungsgestalten auf Positionen ins Ausland. Seine Befürchtungen bestanden zu Recht, wie sich zeigen sollte. Die Nationalgarde wollte sich nicht ausmanövrieren lassen. Man konspirierte. Von Arias sichtlich in die Ecke gedrängt, griff die scheinbar bereits entmachtete Kommandoebene erneut zum Mittel des Umsturzes. Das Weiße Haus war über die Pläne informiert,⁹ griff aber nicht ein. Nach nur elf Tagen im Amt wurde der Staatschef aus dem Präsidentenpalast vertrieben. In einem Kommuniqué warf ihm die Nationalgarde antidemokratisches Verhalten vor und unterstellte ihm die Absicht, Panama in eine Diktatur zu verwandeln.¹⁰ Um das zu verhindern, übernahmen die Streitkräfte nun selbst die Macht.

Insgesamt war die Entwicklung der Isthmusrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren weniger von den Imperativen des Kalten Krieges gekennzeichnet als von der latenten Spannungsbeziehung zu den USA. Als Nadelöhr der Welthandelsschiffahrt bildete das Land allerdings einen neuralgischen Punkt, so dass die Geheimdienste des Warschauer Paktes und auch west-europäischer Staaten hier Position bezogen und Aufklärung betrieben. 1959 scheiterte eine Landungsoperation kubanischer Revolutionäre. Zum Schutz der eigenen Interessen war der Sicherheitsschirm der USA weit gespannt und dicht gezogen. Die massive militärische Präsenz in der Kanalzone, die geheimdienstliche Durchdringung der Region und die wirtschaftlichen Verflechtungen sorgten für eine feste Anbindung Panamas an die nördliche Vormacht. Unfügsame Politiker wie Arnulfo Arias hatten es da schwer.

⁹ Telegram from the Embassy in Panama to the Department of State, 9.10.1968. In: Foreign Relations of the United States [FRUS], 1964–1968, Bd. XXXI, South and Central America; Mexico, Washington 2004, Document 448, Fußnoten 1 und 2.

¹⁰ Patricia Pizzurno Gelós, Celestino Andrés Araúz: Estudios sobre el Panamá republicano (1903 – 1989). Panama-Stadt 1996, S. 523 ff.

STAATSTREICH DER NATIONALGARDE

Ein Ad-hoc-Regierungsgremium (Junta Provisional de Gobierno) mit zwei Obristen an der Spitze sollte vorerst das Land leiten. Bereits am 12. Oktober 1968 wurde ein *Estatuto de Gobierno Provisional* verkündet, mit dem sich die neue Regierung auch Gesetzesvollmachten gewährte. Mit diesen Maßnahmen reihte sich Panama nun in die Riege der Militärdiktaturen ein, die in Lateinamerika in den Jahren zuvor die Herrschaft an sich gerissen hatten. Die Machtergreifungen der Streitkräfte in Brasilien (seit 1964), Argentinien (seit 1966) und Peru (seit 1968) hatten die Hemmschwelle zum Verfassungsbruch sichtlich gesenkt.

Das Gesicht des Staatsstreichs war Major Boris Martínez. Als Kommandant der Nationalgarde in der Provinz Chiriquí hatte er den Coup in Bewegung gesetzt und danach das Heft des Handelns nicht mehr aus der Hand gegeben. Die eingesetzte Regierungsjunta war bloße Fassade. An der Seite von Martínez stand der 39-jährige Oberstleutnant Omar Torrijos. Dessen Rolle beim Ablauf des Umsturzes ist allerdings unklar. Er wurde offenbar erst im Verlauf der Ereignisse aktiv. Zum Zeitpunkt des Staatsstreichs befand er sich in der Kanalzone bei einem Agenten der Spionageabwehr der *US Army*.¹¹ Zweifellos aber gehörte er bereits seit geraumer Zeit zum Kreis der Konspiratoren. Das wusste im Vorfeld auch Arnulfo Arias, der diesen potenziellen Gefährder loswerden wollte und ihn zum panamenischen Militärattaché in El Salvador ernannt hatte.¹² Doch die Ereignisse

¹¹ R. M. Koster, Guillermo Sánchez Borbón: In the time of tyrants. Panama 1968 – 1989. London 1990, S. 74. Torrijos war an diesem Abend des 11. Oktober nur begrenzt handlungsfähig gewesen. Diesen Umstand bestätigt Luis Carlos Müller, der seinerzeit als Unterleutnant mit der Besetzung des Präsidentenpalasts beauftragt gewesen war. (Ereida Prieto-Barreiro: Torrijos estaba ebrio al momento del golpe militar. In: Panamá América, 11.10.2017). Tatsächlich wird Torrijos ein beträchtlicher Alkoholkonsum nachgesagt.

¹² Michele Labrut: Este es Omar Torrijos. Panama-Stadt 1982, S. 13.

überschlugen sich und Torrijos befand sich alsbald im Zentrum der Macht. Seine offenkundigen Verbindungen zum US-Geheimdienst nährten immer wieder Gerüchte, dass er in diesen Kreisen veritable Unterstützung besaß.¹³ In der Tat besaß Torrijos als *Secretario Ejecutivo* der Nationalgarde stabile Kontakte zur *Army Intelligence* der Kanalzone,¹⁴ doch gehörten diese Verbindungen zu seinen regulären Aufgaben.

Das zerschlagene Regierungslager und seine Unterstützer waren durch den Gewaltakt der *Guardia Nacional* derartig konsterniert, dass sie sich zu einer unmittelbaren Gegenwehr außerstande sahen. Missbilligungskundgebungen blieben daher in den entscheidenden ersten Tagen nach dem Staatsstreich überschaubar und selbst vereinzelte Schießereien stellten keine wirkliche Herausforderung für die neuen Machthaber dar, die den Sicherheitsapparat kontrollierten. Doch aus der Kanalzone, in welche sich Arnulfo Arias geflüchtet hatte, rief der gestürzte Präsident zu Streiks und Rebellion auf. Jetzt drohte Gefahr. Die neue Führung griff daher hart durch. Die Bürgerrechte wurden weitgehend aufgehoben. Gegen organisierten Widerstand ging man gewalttätig vor. Eine panamenistische Guerilla in der Provinz Chiriquí wurde von der *Guardia Nacional* niedergemacht.¹⁵ Omar Torrijos selber, der im antisubversiven Kampf geschult war, baute hierzu die Brigade „Macho de Monte“ auf.¹⁶ Um weitere Proteste im Keim zu ersticken, schloss die neue Junta die *Universidad de Panamá* sowie das

¹³ Koster, Sánchez Borbón (Time of tyrants) und Guevara Mann (Panamanian militarism) vertreten diese These.

¹⁴ Guevara Mann: Panamanian militarism, S. 105.

¹⁵ Nadjji Atjona, Manuel Cambra: Cuando la libertad se vistió de blanco. Testimonios de lucha y sacrificio. Panama-Stadt 2013, S. 8 f.; Pizzurno, Araúz: Panamá Republicano, S. 534 ff.

¹⁶ Labrut: Torrijos, S. 18 f.

Instituto Nacional de Panamá und säuberte das Lehrpersonal und die Studentenschaft von realen und gemutmaßten Gegnern.¹⁷

Eine Verhaftungswelle schwappte über Panama und entmachtete die Anhänger von Arnulfo Arias in den Gewerkschaften, politischen Gremien und Verbänden. Die Verfassung wurde aufgehoben und die Nationalversammlung aufgelöst. Politische Parteien fielen unter ein Verbot. Mit dem Einfrieren von Preisen und Mieten und der Aussicht auf soziale Reformen hielt man die arme Bevölkerung vorerst ruhig. Die Militärregierung gab sich einen anti-oligarchischen Anstrich.

Auf eine Regierungsübernahme war die *Guardia* nicht vorbereitet gewesen, so dass die ersten Maßnahmen eine Mischung aus prioritärem Sicherheitsdenken und politischen Improvisationen darstellten. Nach außen präsentierte man sich als ein monolithischer Block. Allerdings gab es von Anfang an interne Spannungen. Personalfragen waren umstritten und über die Programmatik des künftigen Kurses kam es zu Kontroversen. Der Chef des *Estado Mayor*, Boris Martínez, erwies sich als Rigorist, dem die Flexibilität eines Omar Torrijos abging.¹⁸

Nur wenige Tage, nachdem Martínez - offenbar unabgesprochen - in einer Fernseh- und Radioansprache eine großangelegte Landreform verkündet hatte, wurde er von seinen Widersachern abgesetzt. Torrijos als Chef der *Guardia Nacional* bat ihn in sein Büro, wo der bisherige Revolutionsführer von Adjutanten geschlagen, gefesselt und geknebelt wurde, um schließlich per Flugzeug nach

¹⁷ Pizzurno, Araúz: *Panamá Republicano*, Kap. XVI.3 „Las protestas contra el régimen militar y la repression“ (S. 530 ff.).

¹⁸ Labrut: *Torrijos*, S. 16. In dieser gefälligen Torrijos-Biografie stellt sich die Autorin in der Darlegung dieses Machtkampfes ganz auf die Seite ihres Protagonisten. Dessen Gegenspieler Martínez gilt als „personalidad psicopática“.

Miami verfrachtet zu werden.¹⁹ Mit diesem Verrat setzte sich nun Torrijos an die Spitze der Militärregierung.

WERDEGANG EINES PUTSCHISTEN

Omar Torrijos Herrera war dieser Aufstieg zum *hombre fuerte* nicht in die Wiege gelegt worden. Er entstammte als siebtes von insgesamt zwölf Kindern einer Lehrerfamilie und war 1929 in der vergleichsweise armen Provinz Veraguas zur Welt gekommen. Er galt als ein mittelmäßiger bis schlechter Schüler. Erst ein Stipendium der Militärakademie von San Salvador ermöglichte ihm eine eigenständige Zukunftsperspektive, so dass er im Anschluss 1952 in die *Guardia Nacional* Panamas eintrat. Hier stieg er schnell auf und wurde bereits 1955 zum Leutnant befördert.²⁰ Im selben Jahr erhielt er einen Befehl, dessen Tragweite sich erst später erweisen sollte. Der frisch ernannte Offizier wurde beauftragt, für die Sicherheit von Juan Domingo Perón zu sorgen, der kurz zuvor in Argentinien vom Militär gestürzt worden war und sich nach Panama geflüchtet hatte. Perón repräsentierte den klassischen Populismus Lateinamerikas. Er hatte die Arbeitermassen („descamisados“) am Río de la Plata zu seiner Klientel gemacht, hatte in autokratischer Weise sein Land sozialstaatlich transformiert und die traditionelle Oberschicht beiseite gedrückt. Die Wähler dankten es ihm. 1951 bestätigten sie ihn mit 62 % im Präsidentenamt. Perón war eine über Argentinien

¹⁹ Arjona, Cambra: *Cuando la libertad se vistió de blanco*, S. 9; Pizzurno, Araúz: *Panamá Republicano*, S. 537 f.; auch: Mónica Guardia: *El mini golpe contra Boris Martínez, cuatro meses después*. In: *La Estrella de Panamá*, 16.10.2016.

²⁰ Ein wenig schmeichelhafter Lebenslauf findet sich in dem Torrijos-kritischen Buch von Guevara Mann (*Panamanian militarism*); demgegenüber verbreitet, wenig überraschend, die *Fundación Omar Torrijos* eine deutlich geschönte „Biografía“ ihres Namensgebers. Zuweilen sind hier aber selbst die genannten Fakten nicht ganz kohärent. Umfänglich, streckenweise gut recherchiert, wenngleich selektiv und lobhudelnd: Labrut: *Torrijos*.

hinausstrahlende charismatische Persönlichkeit, ein sprühender Redner und ein ausgebuffter Politiker. Der junge Torrijos war tief beeindruckt. Noch Jahrzehnte später sah er in Perón eine der großen lateinamerikanischen Führungspersönlichkeiten.²¹ 1955 scheint es eine Schicksalsbegegnung gewesen zu sein.

Torrijos blieb allerdings vorerst ganz Karrieremilitär. Ein spezifisches soziales Bewusstsein lässt sich aus seinem weiteren Werdegang nicht ermitteln; er selber sollte es allerdings im Nachhinein behaupten. 1959 kommandierte er als Hauptmann (*capitán*) einen Einsatz gegen junge Rebellen in der Provinz Veraguas und wurde bei der Niederschlagung verwundet. Hätte er nicht die Uniform der Nationalgarde getragen, wäre sein Platz auf der anderen Seite gewesen, resümierte er diesen Einsatz Jahre später. Die Proklamationen der Aufständischen hätten ihn überzeugt.²²

Der weitere Lebensweg führte den Offizier jedoch auf traditionellen Pfaden. Er durchlief mehrere Lehrgänge der *US Army School of the Americas*, u. a. 1963 in *Counterinsurgency Operations*. Diese Militärschule war nach dem Zweiten Weltkrieg in der Panama-Kanalzone eingerichtet worden. Vor allem nach der Kubanischen Revolution fand hier die systematische Ausbildung lateinamerikanischer Sicherheitskräfte im antisubversiven Kampf statt. In den Lehrbüchern wurde ein robustes, streckenweise rechtswidriges Vorgehen empfohlen, Folter und Liquidierungen nicht ausgeschlossen. Insgesamt durchliefen mehr als 60.000 lateinamerikanische Militärs diese Ausbildungsstätte, von denen einige später Militärdiktaturen anführen sollten.²³

²¹ Guevara Mann: Panamanian militarism, S. 103; Labrut: Torrijos, S. 140.

²² Labrut: Torrijos, S. 170.

²³ Unter anderen Leopoldo Galtieri und Roberto Viola (Argentinien), Hugo Banzer (Bolivien), Omar Torrijos und Manuel Noriega (Panama), Efraín Ríos Montt (Guatemala), Juan Velasco (Peru).

Als Militärführer der Provinz Chiriquí lernte Torrijos in der Folgezeit die politischen Auseinandersetzungen zwischen Großgrundbesitzern, Gewerkschaften, Landarbeitergruppierungen und ausländischen Unternehmen kennen und begann, seine eigene Rolle zunehmend kritisch zu sehen.²⁴ 1966 kehrte er in die Hauptstadt zurück und übernahm als Oberstleutnant die politische Schaltstelle eines Exekutivsekretärs der Nationalgarde. Auf dieser Ebene entstanden und verdichteten sich die Verbindungen zu den zivilen Entscheidungsträgern in Panama-Stadt und zum US-Geheimdienst in der Kanalzone. Torrijos war in eine einflussreiche Position aufgestiegen.²⁵ Als diese Stellung 1968 nach der Wahl von Arnulfo Arias gefährdet war, wehrte er sich und wurde zum Frontmann eines Staatsstreiches.

Omar Torrijos nutzte die Umstände der politisch-militärischen Umwälzung geschickt aus: 1968, nur wenige Tage nach dem Staatsstreich, stieg er zum Oberst auf. 1969, nach der Entmachtung seines Mitputschisten, folgte die Beförderung zum Brigadegeneral, eine Art Selbsternennung. Im Generalsrang übernahm Torrijos faktisch die Regierungsgeschäfte und ließ die Parteien seines Landes auflösen, vor allem den Panamenismus des gestürzten Präsidenten.

²⁴ Rückblickend sah sich Omar Torrijos von den herrschenden Kräften ausgenutzt (“fui demasiado utilizado para comandar pelotones de fusileros que estaban prestos a silenciar estudiantes, obreros y campesinos”, 1980 in einem Presstext, zit. in: Labrut: Torrijos, S. 171).

²⁵ Guevara Mann betont, dass Omar Torrijos in dieser Zeit der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition sowie der Beihilfe zum Wahlbetrug beschuldigt war (Panamanian militarism, S. 105 f.).

FESTIGUNG DER MACHT

Doch die Umformung Panamas in eine Militärdiktatur unter der Führung von Torrijos stieß nicht überall auf Gegenliebe. Es gab nicht nur die erbosten Anhänger von Arnulfo Arias sondern auch Widersacher in der Oligarchie, der bürgerlichen Mittelschicht und im Militär selbst. Vor allem letzteres sollte sich als gefährlich erweisen. Am 14. Dezember 1969 führten die Obristen Amado Sanjur, Ramiro Silvera und Luis Nenzen Franco eine Palastrevolte an, welche die Unterstützung der Mitglieder der *Junta Provisional de Gobierno* besaß. Torrijos befand sich zu diesem Zeitpunkt in Mexiko-Stadt, wo er im *Hipódromo de Las Américas* den Auftritt Panamas beim *IV Clásico Internacional del Caribe* verfolgte. Im Hotelzimmer erfuhr er von seiner Absetzung.

Torrijos und seine Entourage sondierten die Lage und gingen zum Gegenangriff über. In aller Eile charterten sie ein Kleinflugzeug einer mexikanischen Lufttaxiagentur und flogen nach Süden. In der Provinz Chiriquí konnte man auf die lokale Garnison bauen. Der örtliche Kommandant der *Guardia Nacional*, Major Manuel Antonio Noriega, stellte sich an Torrijos' Seite und in Panama-Stadt mobilisierten dessen Anhänger. Nach der Landung in der Stadt David in Chiriquí begab sich der General in einem Autokorso in Richtung Hauptstadt. Niemand hielt ihn auf. Als man in Panama-Stadt eintraf, war dort bereits der Umschwung vollzogen.²⁶ Diese Fahrt und der öffentliche Beifall machten Torrijos zum unangefochtenen Führer Panamas. Die Putschisten wurden verhaftet. 36 Stunden

²⁶ Eine detaillierte, aber ostentativ Torrijos-feindliche Darlegung des gescheiterten Putsches findet sich in: Koster, Sánchez Borbón: *Time of tyrants*, S. 118 – 137; deutlich freundlicher: La lealtad que permitió a Torrijos volver. In: *La Estrella de Panamá*, 15.12.2013.

nach Ausbruch des schlecht koordinierten Staatsstreiches saß Omar Torrijos fester im Sattel denn je.²⁷

Seiner internen Gegenspieler konnte er sich nun problemlos entledigen. Die wankelmütige Revolutionsjunta wurde ausgewechselt; an die Spitze stellte er nun seinen Vertrauten Demetrio Lakas, der dann 1972 auch formell auf dem Präsidentenstuhl Platz nehmen sollte, ohne allerdings Entscheidungskompetenzen zu besitzen. Die Obristen Sanjur, Silvera und Nenzen Franco wurden inhaftiert, konnten aber später in einem spektakulären Ausbruch entkommen, wobei der örtliche Vertreter der *Lufthansa*, Peter Erhard Mossack, eine maßgebliche Rolle spielte.²⁸ Wichtig aber blieb die dauerhafte Prävention. Um eine Wiederholung von Putschinitiativen zu verhindern, ließ Torrijos einen schlagkräftigen Geheimdienst aufbauen, an dessen Spitze er Manuel Noriega platzierte. Analog zur entsprechenden G-2-Einheit der *US Army* konzipierte man einen militärischen Geheimdienst, der in der Folgezeit zu einem wichtigen Machtfaktor werden sollte. Enge Beziehungen zur CIA waren Teil der Gründungsgeschichte.

Erneut hatte der Putschversuch die problematische Legitimität des Regimes und seine Abhängigkeit vom militärischen Apparat gezeigt. Torrijos wusste, dass er sich nicht auf das Parkett offener demokratischer Auseinandersetzung wagen konnte. Er benötigte daher einen anderen, einen ungefilterten Ansatz, um eine breite Zustimmung zu erhalten. Der Chef der Nationalgarde besaß hierzu die

²⁷ Memorandum from the President's Assistant for National Security Affairs (Kissinger) to President Nixon, Washington, December 18, 1969. In: Foreign Relations of the United States [FRUS], 1969–1976, Bd. E–10, Documents on American Republics, 1969–1972. Washington 2009, Document 525.

²⁸ Amado Sanjur: Panamá. veinte años después. La dictadura militar más corrupta y despiadada por más de dos décadas. Más allá de los sucesos de octubre de 1968 (Edición electrónica, Alejandro Stern Producciones [Buenos Aires 2017]); auch: Fuga sin visa para un sueño. In: Estrella de Panamá, 9.4.2011.

besten Voraussetzungen. Trotz seiner militärischen Sozialisation kannte er keinerlei Berührungsängste gegenüber der einfachen Bevölkerung, im Gegenteil. Torrijos genoss den direkten Kontakt. Sein viel gerühmtes oratorisches Talent konnte er hier voll zur Geltung bringen. Er hielt Reden auf Dorfplätzen und auf Märkten, er hörte sich persönlich die Klagen von Arbeitern und Bauern an, er ließ sich in die einfachste Hütte einladen, er tollte mit Kindern herum. Ein Bad in der Menge scheute er nie.

Auch bei politischen Maßnahmen baute er auf den akklamatorischen Charakter der Zustimmung, was seiner Regierung notwendigerweise einen populistischen Stil verlieh. Staatliche Investitionen im kleinindustriellen Bereich, Subventionen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und der Schulterschluss mit den Gewerkschaften flankierten diesen Ansatz.

POPULISTISCHER AUTORITARISMUS

1972 war das Regime genügend gefestigt, dass es sich eine neue Verfassung als Rechtsbasis geben konnte. Statt einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie, wie sie 1904 in Panama eingerichtet worden war, sah das neue Grundgesetz jedoch die Form einer kommunalbasierten Machtdelegation vor. Nach dem Staatsstreich von 1968 war die Nationalversammlung (Asamblea Nacional) geschlossen worden; die Parteien mussten ihre Aktivitäten einstellen. Demgegenüber wurden in der Folgezeit die Provinzen und insbesondere die Gemeinden (corregimientos) gestärkt. Von einem *Poder Popular*, d.h. einer Art Basisdemokratie war die Rede.²⁹ Statt bei den Abgeordneten eines gewählten

²⁹ Der Revolutionsführer wurde nicht müde, die Vorzüge des neuen Systems herauszustreichen, z.B. Discurso del General Omar Torrijos Herrera ante el primer Congreso de corregidores de la República, el 7 de agosto de 1971. In: Domingo H. Turner: ¡Tratado fatal! El pensamiento del General Omar Torrijos Herrera. Panama-Stadt 1999, S. 168 – 180.

Parlaments lag die Entscheidungskompetenz bei einem Ersatzparlament, das aus den Repräsentanten der 505 *corregimientos* gebildet war. Wirkliche Gestaltungskraft besaß dieses Gremium allerdings nicht. Die politische Gewalt war vielmehr atomisiert, so dass Oppositionsbildung weitgehend verhindert blieb.

Auf nationaler Ebene wurde ein Legislativrat geschaffen, der die Gesetze formulierte und in Kraft setzte. Seine Mitglieder wurden nicht gewählt, sondern von der Regierung ernannt. Zwar erfolgte die Gesetzgebung nun schneller und, wenn man so will, auch effektiver, doch fehlte eine solide demokratische Legitimation. Dieses Manko konnten die erweiterten Befugnisse der Gemeinderäte (Juntas Comunales) der *corregimientos* nicht ersetzen. An der Basis gab es zwar nun umfängliche subsidiäre Entscheidungsmöglichkeiten,³⁰ an der Staatsspitze jedoch herrschte Diktatur. Die Verfassung sagte das sogar ganz explizit:

“ARTICULO 277.- Se reconoce como Líder Máximo de la Revolución panameña al General de Brigada Omar Torrijos Herrera, Comandante Jefe de la Guardia Nacional. En consecuencia, y para asegurar el cumplimiento de los objetivos del proceso revolucionario, se le otorga, por el término de seis años, el ejercicio de las siguientes atribuciones: Coordinar toda la labor de la Administración Pública; nombrar y separar libremente a los Ministros de Estado y a los Miembros de la Comisión de Legislación; nombrar al Contralor General y al Subcontralor General de la República, a los Directores Generales de las entidades autónomas y semiautónomas y al Magistrado del Tribunal Electoral, que le corresponde nombrar al Ejecutivo, según lo dispone esta Constitución y la Ley; nombrar a los Jefes y Oficiales de la Fuerza Pública de conformidad con esta Constitución, la Ley y el Escalafón Militar; nombrar con la aprobación del Consejo de Gabinete a los Magistrados de la Corte Suprema de Justicia, al Procurador General de la Nación, al Procurador de la Administración y a sus respectivos suplentes; acordar la celebración de

³⁰ Ley 105 (1973) por la cual se desarrollan los artículos 224 y 225 de la Constitución política de la República, y se organizan las Juntas Comunales y se señalan sus funciones. Emma Scribner (The Omar Torrijos regime. Implications for the democratization process in Panama, Tampa 2003) sieht in diesem *Corregimiento*-System, nicht ganz ohne Naivität, tatsächlich eine einzigartige demokratische Vertiefung.

contratos, negociación de empréstitos y dirigir las relaciones exteriores. El General Omar Torrijos Herrera tendrá, además, facultades para asistir con voz y voto a las reuniones del Consejo de Gabinete y del Consejo Nacional de Legislación, y participar con derecho a voz en los debates de la Asamblea Nacional de Representantes de Corregimientos y de los Consejos Provinciales de Coordinación y de las Juntas Comunales.”

Dieser Artikel ist in mehrfacher Hinsicht ein Unikum. Zum einen wird hier keine Institution in ihren verfassungsrechtlichen Kompetenzen und Grenzen definiert, sondern eine Person namentlich bezeichnet, der eine Fülle besondere Vorrechte zugebilligt werden. Alle drei traditionellen Gewalten sowie die neugeschaffenen staatlichen Einheiten sind auf dieses Individuum bezogen. Zudem wird der genannten Person ein Titel (Líder Máximo de la Revolución panameña) zugeschrieben, welcher weder auf der konstitutionellen Ebene noch auf der Ebene des internationalen diplomatischen Protokolls existierte.

Diese Kuriosität hatte ihren Weg in die Verfassung nicht unabsichtlich gefunden. Torrijos wollte einen Rechtsrahmen für seine Herrschaft erhalten, aber parallel auch immer noch der Führer einer Bewegung bleiben, deren Schwung er weiterhin selbst bestimmte. Mochten auch inländische und ausländische Beobachter den Kopf schütteln: 504 Vertreter der *Asamblea Nacional Constituyente de Representantes de Corregimientos* ratifizierten die Verfassung.

Auf dieser Basis besaß Omar Torrijos nunmehr weite Gestaltungsfreiheit. Und die Veränderungen, die seine Handschrift trugen, waren tatsächlich spürbar,³¹ z.B. indem man den Vertretern der Landarbeiter Gehör verschaffte und ihre Anliegen staatlicherseits aufgriff.³² Besonders die gewerkschaftlich organisierten Bananenarbeiter, deren Nöte Torrijos aus seiner Zeit in Chiriquí gut kannte,

³¹ Pizzurno, Araúz: Panamá republicano, S. 549 ff.

³² Sharon Phillipps Collazos: Labor and politics in Panama. The Torrijos years. Boulder 1991; George Priestley: Military government and popular participation in Panama. The Torrijos Regime, 1968 – 1975. Boulder 1986; Labrut: Torrijos, Kapitel “El desarrollo del campo”, S. 55 – 67.

besaßen nun einen direkten Draht zur Regierung. 269 Agrarverbände wurden gegründet und mehr als 10.000 Landtitel an Kleinbauern vergeben. Arbeiterorganisationen wie der Arbeiternationalrat (Consejo Nacional de Trabajadores Organizados) erhielten tarifliche Rechte; die damit verbundene schleichender Integration in das Regime nahmen sie dabei in Kauf. Sozialpolitische Maßnahmen wie Schwangerschaftsschutz, die Ausweitung des Streikrechts und Verbesserungen der Gehaltsstruktur ließen das Ansehen der Regierung bei den Begünstigten steigen.

Der Staat gestaltete das Erziehungswesen neu und gab ihm über einen *Seguro Educativo* eine stabile Finanzierung. Schulwesen, allgemeine Berufsausbildung, sektoraler Praxisbereich, universitäre Bildung wurden entsprechend unterfüttert. Stipendien und Studienkredite unterstützten die Umgestaltung. Die Schüler- und Studierendenzahlen erhöhten sich signifikant. Gleichzeitig zog die Regierung über diese neuen Maßnahmen das Bildungssystem in den eigenen Einflussbereich.

Parallel führte die Regierung ein ambitioniertes Programm öffentlicher Bauten durch. Hierin unterschied sich Panama nicht von den anderen lateinamerikanischen Militärdiktaturen, welche die im Infrastrukturbereich obwaltenden Modernisierungsrückstände aufholten. Die Elektrifizierung wurde vorangetrieben, Fischereihäfen entstanden, der internationale Flughafen Tocumen wurde gebaut.

Der Staat griff dirigistisch in Wirtschaftsprozesse ein und trat verstärkt unternehmerisch auf: Zuckerherstellung, Zementproduktion, Energiegewinnung gerieten unter staatliche Lenkung. Hier öffneten sich dann auch Fenster der Korruption. Wenngleich in der Tat nicht jede Intervention Erfolge zeitigte, so war das Gesamtergebnis dennoch präsentabel. Die Aktivitäten der Freihandelszone Colón verdoppelten sich und mit dem Aufbau eines überregionalen Bankenzentrums bewies Torrijos eine gute Vorausschau. Das *Centro Bancario* sollte sich in den

kommenden Jahrzehnten zu einem – nicht immer sauberen, aber doch sehr einträglichen – Devisenbringer entwickeln.

Panama veränderte sich und Torrijos wusste sich zu inszenieren. Als Mann des Volkes war er zum Volkstribun aufgestiegen. Er weihte Schulen ein, er verteilte Land an Arme, er verschaffte Jobs. Es war ein personalisierter, populistischer Regierungsstil, den er an den Tag legte. Unumstritten war er nie. Seine Gegner und auch externe Beobachter sahen Parallelen zu Allende, der Anfang der siebziger Jahre sein Land zu neuen Ufern führte und dabei erkennbare rote Linien überschritt, bis das eigene Militär ihn stürzte. Torrijos wusste um die Gefahren, die mit einer sozialpolitischen Umgestaltung, verpackt in revolutionärem Pathos, verbunden waren. Zu seiner Absicherung unterhielt er Kontakte und Freundschaften zum Geheimdienst der US-Kanalzone. Die CIA-Berichte über ihn sind zwar kritisch, manchmal harsch, zuweilen aber auch recht wohlwollend.

Mit der Opposition verfuhr er hart: Gegner wurden drangsaliert, unter Druck gesetzt, eingesperrt, ins Exil getrieben, getötet. Eine spätere Wahrheitskommission ermittelte allein für die Zeit zwischen 1968 und 1972 mehr als 50 Getötete, deren Identität man benennen konnte. Die Dunkelziffer liegt höher. Zu den ersten Opfern zählte der junge Maoist Floyd Britton, der am 12. Oktober 1968 verhaftet wurde. Auf der Gefängnisinsel Coiba starb er an den Folgen der Misshandlungen.³³ Der bekannteste Fall betrifft den katholischen Priester Héctor Gallego. Dessen Einsatz für soziale Projekte und Kooperativen in Veraguas hatte für Unmut bei der lokalen Oligarchie gesorgt, die in ihm einen Aufwiegler und Kommunisten sah. Dergestalt denunziert, entführten ihn Angehörige der *Guardia Nacional* im Juni 1971 und ließen ihn verschwinden.³⁴ Im Folgejahrzehnt ebhte

³³ Koster, Sánchez Borbón: Time of tyrants, S. 126 f. und passim.

³⁴ Ebenda, S. 160 ff. und passim; Guevara Mann: Panamanian militarism, S. 148.

die Repression dann ab, und es werden für diesen Zeitraum 23 Getötete aufgelistet.³⁵

In den USA und in Mexiko sammelte sich inzwischen das panamenische Exil. Arnulfo Arias hatte sich in Miami niedergelassen und versuchte erfolglos die Verfestigung der Militärdiktatur zu stören. Das kulturelle Exil - Schriftsteller, Intellektuelle, Künstler – fand vielfach in Mexiko zusammen. Aber weder die Auslandsopposition noch die politischen Zirkel in Panama stellten zu diesem Zeitpunkt eine nennenswerte Bedrohung dar. Die Inszenierung Torrijos' als sorgender Landesvater verfiel. Er folgte keinen ideologischen Leitlinien, sondern suchte nach pragmatischen Lösungen. „Ni con la derecha ni con la izquierda, con Panamá“ gehörte zu seinen häufig verwendenden Formeln. Seine Gegner sahen darin blanken Opportunismus. Ganz falsch lagen sie nicht. In Zeiten des Kalten Kriegs konnte solche Flexibilität aber durchaus eine Lebensversicherung sein.

Politische Leitlinien gab es dennoch: Wollte Torrijos den nationalistischen Führer Arnulfo Arias ausstechen, musste er dessen zentrale Felder besetzen. Zum einen musste er dem eher bürgerlichen Arias-Projekt ein erfolgreiches sozialstaatliches Projekt entgegensetzen, um mehrheitsfähig werden zu können. Zum anderen musste er die nationalen Forderungen Panamas erfolgreicher als sein Gegenspieler vorantreiben. Beides sollte gelingen.

³⁵ Comisión de la Verdad Panamá, Informe final, Panama-Stadt 2002; Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH), Informe No. 68/15, Petición 882-03. Informe de Admisibilidad. Víctimas de la dictadura militar – Panamá (2015); Andrea Gallo u.a.: Perfil de las víctimas de la época más oscura de Panamá. In: La Prensa. 30.8.2017.

KAMPF UM DEN KANAL

Das nationale Projekt bedeutete den Konflikt mit den USA, und dieser wollte klug koordiniert sein. Es ging um Panamas Ansprüche auf die Kanalzone, die von Washington unter Berufung auf die einschlägige Vertragslage jahrzehnte-lang abgewiesen worden waren. Aber es hatte zwischenzeitlich auch Aufweicungen gegeben, so dass eine Mischung aus Verhandlungsangeboten sowie einer beständigen Problematisierung des Status Quo und gezielten politischen Provokationen Bewegung in die Kanalfrage zu bringen versprach.

Am 15. März 1973 tagte der Sicherheitsrat der UNO in Panama. Torrijos hatte für diese Sondersitzung außerhalb von New York, dem eigentlichen Sitz des Security Council, lange geworben. Die USA hatten schließlich eingelenkt, doch Torrijos nutzte diese Gelegenheit gnadenlos für die eigenen Zwecke aus. Die Botschafter von 15 Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates waren angereist, neun Außenminister, vor allem aus Lateinamerika, und gut 300 Journalisten. Freundlich noch begrüßte Torrijos den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, und die hochrangigen Staatsgäste. Dann aber folgte eine scharfe Ansprache gegen die USA, gegen jeglichen Kolonialismus, gegen internationale Dependenzstrukturen, gegen die organisierten Interessen der nationalen und internationalen Oligarchien. Seine Brandrede schloss mit den Worten: “[Panamá no] quiere agregar una estrella más a la bandera de los Estados Unidos de América.”³⁶ Das hatte auch niemand von Panama verlangt. Die USA wollten Panama nicht annectieren – nicht einmal im Vollzug der Abspaltung von Kolumbien im Jahre 1903 war es die politische Absicht gewesen –, aber indem Torrijos dieses Ziel so

³⁶ Intervención de Omar Torrijos ante el Consejo de Seguridad de la ONU. In: Pedro Martínez Lillo: *América Latina y tiempo presente. Historia y documentos*, Santiago de Chile 2016, Dokument 42.

schroff verneinte, insinuierte er damit, dass die USA Panama schlucken wollten und dass die kleine Isthmusrepublik dem Koloss des Nordens Widerstand leisten werde als Vorkämpfer der Rechte der unterdrückten Völker dieser Welt. Es steckte viel Rhetorik in der Rede, viel heiße Luft, aber sie verfehlte ihre Wirkung bei denen nicht, für die sie gedacht war.

Der Affront sollte zudem nicht der letzte bleiben. Hinter den Kulissen konnte Panama erreichen, dass ein Resolutionsentwurf eingebracht wurde, der die USA zu Verhandlungen zu einem neuen Kanalvertrag („just and fair treaty“) drängte, mit dem Ziel, “[to] fulfill Panama's legitimate aspiration and guarantee full respect for Panama's effective sovereignty, over all its territory.”³⁷

Die USA wirkten düpiert. Sie hatten den Entwurf im Vorfeld nicht verhindern können und besaßen auch in der Debatte keine überzeugenden Argumente. Da ihre Delegierten weder eine Mehrheit gegen diesen Entwurf zustande brachten, noch einen einzigen Staat des Sicherheitsrates auf ihre Seite ziehen konnten, waren sie es schließlich alleine, die mit einem Veto den Resolutionsentwurf zu Fall brachten. Sie mussten dieses Mittel, das sie sonst immer als Blockadeinstrument der Sowjetunion bezeichnet hatten, nun selbst anwenden. 13 Staaten stimmten für den Resolutionsentwurf (Australien, China, Frankreich, Guinea, Indien, Indonesien, Jugoslawien, Kenia, Österreich, Panama, Peru, der Sudan und die UdSSR); Großbritannien enthielt sich und die Vetomacht USA stimmte dagegen. Damit betrieben die Vereinigten Staaten vor den Augen der Weltöffentlichkeit nackte Interessenpolitik. Omar Torrijos feierte das Votum als großen Sieg. In den USA gab es einige Verärgerung, aber durchaus auch eine pragmatische Sicht auf die Dinge.³⁸ Panama galt als ein lösbares Problem.

³⁷ Richard Severo: U.S. in U.N. Council vetoes Panama Canal Resolution. In: The New York Times, 22.3.1973.

³⁸ Eine Analyse der US-Botschaft in Panama zeigt ein überraschend großes Verständnis für das Vorgehen von Torrijos: “For Panama, the holding of the UN Security Council meeting

Hal Brands ordnet Torrijos in seiner Studie über den Kalten Krieg in Lateinamerika wenig feinfühlig unter die „pygmies“ ein, die dennoch, ähnlich den „heavyweights“, nach einem Ansatz suchten, sich gegenüber den übermächtigen USA zu behaupten. Torrijos gelang dies tatsächlich besser als vielen anderen. Er umgarnte die Staats- und Regierungschefs der Nachbarstaaten, die schließlich Panamas Argumente nach Washington trugen und den Eindruck einer lateinamerikanischen Einheitsfront in dieser Angelegenheit erweckten.³⁹ Torrijos wirkte unterstützungsbedürftig und er spielte geschickt die Ohnmacht seines Landes gegenüber dem Schwergewicht des nördlichen Kolosses aus. Die US-Präsidenten Nixon und Ford entschlossen sich gegen die Konfrontation, die man – zumal nach dem Sturz Allendes in Chile – moralisch nicht gewinnen konnte. Außenminister Kissinger riet zu entgegenkommenden Verhandlungen und trat in Kontakt zu seinem panamenischen Amtskollegen Juan Antonio Tack.

Kissingers Erklärung im Februar 1974, dass es um das absehbare Ende der US-amerikanischen Jurisdiktion über die Kanalzone und schließlich um die Übergabe des gesamten Kanals gehe, führte in den Vereinigten Staaten allerdings zu einem Proteststurm⁴⁰ und bremste den weiteren Verhandlungsprozess erst einmal.

Doch Torrijos war ein geschickter Unterhändler und wusste Druck aufzubauen. Am 22. August 1974 nahm Panama diplomatische Beziehungen zu Kuba auf -

represented the high point of the first phase of its efforts, and the talks with ambassador Bunker and secretary Kissinger's visit to sign an agreement on principles for conducting negotiations was the culmination of the second phase. The success with the Security Council helped to reduce Panama's inferiority complex and was a step toward the creation of a sense of nationhood so much desired by Panama's leaders. It also gave Torrijos the political basis he needed among students and nationalists to move back toward active negotiations with the US." (The Torrijos revolution in 1973. An assessment, US-Botschaft Panama an Department of State, confidential, 28.2.1974, 1974PANAMA01195_b. In: Wikileaks, Public Library of US Diplomacy).

³⁹ Hal Brands: *Latin America's Cold War*. Cambridge/ Mass. 2010, S. 143 f.

⁴⁰ Richard Hudson: *Storm over the Canal*. In: *The New York Times*, 16.5.1974, S. 185.

eine kalkulierte Provokation. Torrijos betrieb überdies eine intensive Reisediplomatie: ein Besuch im Vatikan besänftigte die Katholische Kirche, die sich nach dem Verschwinden von Pater Gallego sehr distanziert gezeigt hatte. 1974 traf er sich in Buenos Aires mit Präsident Juan Domingo Perón, der nach Jahren des Exils mit großer Mehrheit in seine dritte Amtszeit gewählt worden war. Die lateinamerikanischen Staaten stellten sich unisono hinter Panama.

Darüber hinaus wusste sich Torrijos auch außerhalb Lateinamerikas zu vernetzen: insbesondere in den westeuropäischen Linksparteien fand sein Kurs Anklang: die Beziehungen zu Willy Brandt, Olof Palme und Felipe González waren herzlich. Während die Begegnungen mit europäischen Staats- und Regierungschefs zumeist in einer angenehmen Atmosphäre stattfanden, verlief die Unterredung mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt allerdings eher kühl.⁴¹

Das Kontaktnetz des panamenischen *Líder Maximo* blieb nicht auf die politische Sphäre beschränkt. Literaten von Weltrang suchen seine Nähe. Mit Graham Greene, Gabriel García Márquez und Mario Vargas Llosa, allesamt Anwärter auf den Literaturnobelpreis, verbanden ihn persönliche Freundschaften. Torrijos verstand sie, wie viele andere, mit seiner politischen Agenda und seiner Ausstrahlung zu beeindrucken.

Torrijos nutzte zudem seine guten Beziehungen zu den Sowjets. Er war gut bekannt mit dem KGB-Chef für Lateinamerika, Nikolai Leonov. Während der Kanalverhandlungen vereinbarten die beiden regelmäßige Telefongespräche. Torrijos rief Leonov mehrfach in Moskau an – wohl wissend, dass die US-Geheimdienste alles abhörten. Man unterhielt sich am Telefon ganz freundlich, „nebulös und schleierhaft“ über den Stand der Kanalverhandlungen.⁴² Damit

⁴¹ Labrut: Torrijos, S. 128 – 131.

⁴² Nikolai Leonov: Soviet intelligence in Latin America during the Cold War. In: Estudios Públicos, Bd. 73 (1999), S. 38; Ders.: Die letzten Aktionen des KGB. Berlin 2017, S. 225.

irritierte Torrijos die Gegenseite ganz beträchtlich. Gabriel García Márquez allegorisierte ihn wegen seines kraftvollen und sturen Vorgehens in den Verhandlungen einmal als Kreuzung aus Maultier und Tiger.⁴³ Neben der Selbstdarstellung als zärtlicher Diktator („dictador con cariño“) sollte diese Bezeichnung als Ehrentitel an ihm haften bleiben.

Die Republikaner in den USA waren mehrheitlich gegen eine Übereignung des Kanals an Panama. Erst unter dem demokratischen Präsidenten Jimmy Carter änderte sich ab 1976 die Grundkonstellation. Torrijos wollte die günstige Gelegenheit nicht verstreichen lassen, so dass beide Seiten substantziell schnell weiterkamen. Eine Rückgabe der Kanalzone in Teilabschnitten wurde ausgehandelt, ebenso eine schrittweise Übertragung der Kompetenzen zur Verwaltung des Wasserwegs. Die Aushändigung des Gesamtkanals wurde für das Jahr 2000 vereinbart, inklusive Eisenbahn, Häfen und militärischen Anlagen. Die Unterhändler legten eine dauernde Neutralität des Kanals fest, gewährten aber der Kriegsmarine der USA vorrangige Rechte im Krisenfall.⁴⁴

Am 7. September 1977 war es endlich soweit. In den Räumen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington wurden die Carter-Torrijos-Verträge⁴⁵ in einem feierlichen Akt unterschrieben. Schriftsteller wie Gabriel

⁴³ Gabriel García Márquez: Torrijos: Cruce de mula y tigre. In: La Prensa, (Panama), [August 1977]; Nachdruck in: Mundo entre líneas, 17.8.2014.

⁴⁴ Siehe zu den Kanalvertragsverhandlungen: Margaret Scranton: Changing United States foreign policy. Negotiating new Panama Canal treaties, 1958-1978 (Ph.D.). Pittsburgh 1988; auch: Tom Long: Latin America confronts the United States. Asymmetry and influence. New York 2015, Kap. 3. Der Verhandlungsprozess ist dokumentarisch nachvollziehbar in: Negotiation and Signing of the Panama Canal Treaties, October 6, 1976–September 9, 1977. In: Foreign Relations of the United States [FRUS], 1977–1980, Bd. XXIX, Panama, Washington 2016, Dokumente 1-95; Bd. XXII umfasst die vorangegangenen Verhandlungen zwischen 1969 und 1976

⁴⁵ Kleiner Exkurs: In der panamenischen Historiografie ist nahezu durchgängig von den „Tratados Torrijos-Carter“ die Rede, um dem eigenen Signatar den Vorrang zuzuschreiben. Die US-amerikanische Geschichtsschreibung bevorzugt hingegen die Bezeichnung „Carter-

García Márquez und Graham Greene waren anwesend, ein großer Teil der US-amerikanischen Politikerriege, auch Schauspieler. Carter hatte alle Staatsoberhäupter der OAS eingeladen. General Stroessner aus Paraguay war gekommen, General Videla aus Argentinien, General Banzer aus Bolivien. Selbst General Pinochet hatte sich zu dieser Zeremonie eingefunden. Der chilenische Diktator beglückwünschte seinen panamenischen Kollegen mit großer Geste.⁴⁶

Omar Torrijos stand auf dem Gipfel seines politischen Lebens und war sich dessen bewusst. Entsprechend groß war die Anspannung. Gemäß den Erinnerungen Jimmy Carters soll er einem Nervenzusammenbruch nahe gewesen sein.⁴⁷ Doch in der Öffentlichkeit wahrte er die Contenance.

Für Panama stellt der 7. September 1977 ein entscheidendes Datum der isthmischen Geschichte dar. Vor aller Welt war eine Übergabe von Zone und Kanal vereinbart und der als demütigend empfundene Vertrag von 1903 aufgehoben worden. Ein lange gehegtes nationales Ziel war erreicht worden. Der Akt kam einer Erlösung gleich.

Vor der Inkraftsetzung stand allerdings die Notwendigkeit der Ratifizierung durch die zuständigen Legislativgremien in beiden Ländern. Hier sollten sich noch einmal unerwartete Schwierigkeiten auftun. Für den US-Präsidenten war die

Torrijos Treaties“. Letztere liegt richtig, da es in der Nomenklatur diplomatisch fixierte Regeln gibt. Der Ranghöhere figuriert vor dem Rangniederen: ein Präsident steht über einem *Lider Máximo de la Revolución*, da es letzteren Titel völkerrechtlich nicht gibt. Anders hätte es ausgesehen, wenn Torrijos dem nominellen Präsidenten Panamas Demetrio Lakas den Vortritt gelassen hätte. Im Falle von Titulargleichheit tritt nämlich der Gast vor dem Gastgeber an die erste Stelle.

⁴⁶ Diese Szene und die gesamte Zeremonie wird von Graham Greene süffisant wiedergegeben (Graham Greene: *Getting to know the General*. London 1984, Kap. II, 8; deutsch: *Mein Freund, der General. Geschichte eines Engagements*. Wien, Hamburg 1984, S. 136 – 142).

⁴⁷ Jimmy Carter: *Keeping faith. Memoirs of a president*. Toronto u.a. 1982, S. 161. Carter reihte sich in die Schar derjenigen ein, die Torrijos große Wertschätzung entgegenbrachten (“During the month ahead, the more my colleagues and I learned about this man, the greater the respect and affection we had for him.” Ebenda).

Zustimmung von entscheidender Bedeutung für seine gesamte Lateinamerika-politik. Er musste alles aufbieten, um die obwaltenden Widerstände abzumildern und auszuräumen. Dabei griff er auch in die Trickkiste.⁴⁸ Es gelang ihm, den Kinohelden John Wayne in seine Kampagne einzuspannen. Als sich dieser eindeutig für die Ratifikation des Kanalvertrages aussprach, drehte sich die bislang wenig enthusiastische Stimmung in den USA. Gleichwohl zog der US-Senat noch einige Veränderungen ein: Falls der Kanal gesperrt werde oder in seiner Funktion eingeschränkt sei, sollten die Vereinigten Staaten das Recht haben, ihn wieder zu öffnen, auch mit militärischen Mitteln (DeConcini Amendment). Mit dieser Überarbeitung ratifizierte der US-Senat die Verträge im März und April 1978, jeweils mit knappster Mehrheit von einer Stimme.⁴⁹

Torrijos war über den DeConcini-Zusatz ziemlich verärgert. Dieser Passus, der nicht ganz zu Unrecht als eine Einschränkung der nationalen Souveränität gesehen wurde, ließ das gesamte Vertragsergebnis in Panama in Misskredit geraten. Torrijos hatte ein Plebiszit anberaumt und musste nun kämpfen. Die Bevölkerung war gespalten und alte politische Bruchlinien wurden wieder sichtbar. Doch die Regierung konnte sich durchsetzen: ca. 500.000 Stimmen votierten für die Annahme des Vertrages, aber immerhin gab es gut 250.000 Gegenstimmen.⁵⁰ Es war ein deutlicher Sieg, aber kein Triumph.

Darüber hinaus verlangten die USA demokratische Reformen. Diesen Preis war Torrijos bereit zu zahlen. Er war kein Ideologe. An seiner merkwürdigen Konstruktion des Legislativrates hielt er nicht fest. Auch ließ er die Zivilgarde in

⁴⁸ Carter: *Keeping faith*, S. 162.

⁴⁹ Ratification of the Panama Canal Treaties, September 12, 1977 – April 18, 1978. In: *Foreign Relations of the United States [FRUS], 1977–1980, Bd. XXIX, Panama*, Washington 2016, Dokumente 96-168.

⁵⁰ Pizzurno, Araúz: *Panamá Republicano*, S. 575. Zur internen Kritik an den Verträgen: Miguel Antonio Bernal Villalaz: *Los tratados Carter-Torrijos. Una traición histórica*. Panama-Stadt 1985.

die Kasernen zurückkehren. Um nun dennoch politische Macht zu behalten, gründete er den *Partido Republicano Democrático* (PRD), den er in das Revolutionsnarrativ seiner Herrschaftsphase einbettete. Die Gründung wurde am 11. Oktober öffentlich gemacht, dem zehnten Jahrestag des Militärputsches.⁵¹ Damit deutete sich ein Ende der Diktatur an und eine Überleitung der Macht an zivile Regierungen.

DAS ERBE DES *TORRIJISMO*

Tatsächlich zog sich Torrijos allem Anschein nach aus der Politik zurück. So richtig glauben wollte das niemand. Doch den Beweis blieb er schuldig, denn die angekündigte Übergangsphase nahm ein jähes Ende. Am 31. Juli 1981 starb der General bei einem Flugzeugabsturz. Die *De Havilland "Twin Otter"* (DHC-6) der panamenischen Luftwaffe war in der Provinz Coclé in vollem Flug gegen einen Berg geprallt. Es gab keine Überlebenden.

Kaum war die Schreckensnachricht bekannt geworden, schlossen sich alle möglichen Mutmaßungen und Verschwörungstheorien an. Anwohner wollten in der Luft und am Boden Explosionen gehört haben. Die Ermittlungen des Geheimdienstes G-2 sorgten für zusätzliche Unruhe. In der *Asamblea Nacional* wurde von einem Komplotz gesprochen. Die engen Kontakte des G-2-Chefs Noriega zum *Mossad* brachten sogar den israelischen Geheimdienst mit ins Spiel. Anhänger des Generals gingen aber vornehmlich von einem US-amerikanischen Mordanschlag aus: „gringos asesinos“. Ein angeblicher *whistleblower* bezichtigte

⁵¹ Der heute noch immer bestehende PRD führt weiterhin eine „11“ im Parteiemblem als Referenz und Reverenz an den Putschtag im Oktober 1968. Es handelt sich mithin um einen der wenigen Staatsstriche Amerikas, der von seinen Anhängern, ohne politischen Schaden zu nehmen, langfristig positiv konnotiert werden konnte.

konkret die CIA des Mordes an Torrijos und an Ecuadors Präsidenten Jaime Roldós.⁵²

Tatsächlich handelte es sich jedoch um einen Unfall. Eine Untersuchungskommission schloss einen Explosivanschlag und Sabotage aus. Sprengstoffreste waren nicht gefunden worden. Der Flug fand unter schlechten Sichtverhältnissen statt, so dass der Pilot offenbar die Orientierung verloren hatte. Anhand der Wartungsdokumentation, der Fotos des Flugzeugwracks und der Bruchstücke, der Aufschlagstelle und der Absturzschneise bestehen auch im Nachhinein keinerlei Zweifel, dass es sich um ein Unglück aufgrund von Fehleinschätzungen handelte, bei der eine voll flugfähige Maschine gegen ein nicht wahrgenommenes Hindernis gesteuert wurde (Controlled Flight into Terrain – CFIT). Von Expertenseite wird den panamenischen Luftstreitkräften, angesichts der hohen Bedeutung des Flugpassagiers, unverantwortliche Nachlässigkeit in der Pilotenausbildung und -auswahl vorgeworfen.⁵³

Aus der ganzen Welt gingen nach dem tragischen Tod Omar Torrijos' Beileidstelegramme ein. Besonders die europäische Linke war bestürzt, hatte man in ihm

⁵² In seinem weit verbreiteten Buch „Confessions of an economic hit man“ (San Francisco 2004), in dem John Perkins die sinistren Machenschaften der geheimdienstlich unterstützten US-amerikanischen Finanzmafia in den Ländern der Dritten Welt zu entlarven vorgibt, wird das Motiv für das Attentat neben Staatsverschuldungsfragen in Torrijos' Gesprächen mit japanischen Unternehmen zum Zwecke des Baus einer weiteren Kanaltrasse gesehen. Doch weder die angegebenen Gründe noch der Kontext überzeugen; zudem bleibt der Autor Belege für die Täterschaft schuldig. Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson rechnete ihm daraufhin die verschwindend geringe Bedeutung Panamas und Ecuadors für die USA vor und gelangte zu dem kühlen ökonomistischen Fazit, dass beide Politiker "do not seem like figures worth killing for." (The ascent of money. A financial history of the world. New York 2008, S. 310.).

⁵³ Germinal Sarasqueta Oller: El último vuelo de general. Panama-Stadt 2001, S. 94.

doch einen Hoffnungsträger und ein Vorbild für die emanzipatorische Entwicklung Lateinamerikas gesehen. In einem Staatsakt wurde der Verstorbene mit militärischen Ehren zu Grabe getragen.⁵⁴

Mit dem Tod Omar Torrijos' endete auch der eingeleitete Transitionsprozess. In den Kämpfen um die Nachfolge setzte sich schließlich Manuel Noriega durch, der dem Land in den achtziger Jahren seine brutale Herrschaft überstülpte. Galt Torrijos vielen noch als ein "dictador con cariño", stützte sich Noriega vornehmlich auf die Nationalgarde und den Geheimdienst. Auch zu den USA verschlechterten sich die Beziehungen sukzessive. Noriega hatte in der geheimdienstlichen Zusammenarbeit zwar lange Zeit gute Dienste geleistet, dann aber wurde er, neben den offenkundigen Menschenrechtsverletzungen, zum Hindernis der neuen Anti-Drogen-Politik Washingtons, da er selbst in dunkle Drogengeschäfte verwickelt war. Man wollte den Diktator loswerden, versuchte es diplomatisch, versuchte es über Boykottmaßnahmen. Jeweils ohne Erfolg. Es kam zu einem Propagandakrieg, zu provozierten Zwischenfällen. Schließlich verkündete Panama den Kriegszustand. Im Dezember 1989 beendeten die USA in einer großen Militärintervention die Diktatur und erzwangen die Rückkehr zur Demokratie.

Der Prozess verlief besser, als viele erwartet hatten. Musste noch der erste Präsident dieses Neubeginns auf einer US-Basis vereidigt werden, hat sich das Land bald an die Regeln demokratischen Wechsels gewöhnt. Der von Omar Torrijos gegründete *Partido Republicano Democrático* wurde Teil dieses Geschehens, stellte mit dessen Sohn Martín Torrijos von 2004 bis 2009 sogar den Staatspräsidenten und besetzt seit 2019 mit Laurentino Cortizo erneut dieses Amt. 1999

⁵⁴ Die Totenruhe wurde allerdings mehrfach gestört, da die Gewaltakte der Diktatur von den Leidtragenden vielfach nicht vergeben wurden. 1990 wurde gar die Urne mit Torrijos' Überresten aus dem *Santuario Nacional* gestohlen und erst nach Zahlung eines Lösegeldes der Familie zurückgegeben. Seitdem sind die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt.

wurde mit Mireya Moscoso eine Präsidentin der Gegenpartei an die Spitze des Landes gewählt. Als Witwe des dreimal aus dem Amt geputschten Arnulfo Arias fiel ihr die Ehre zu, ihr Land im Dezember des Jahres 1999 zu repräsentieren, als der Kanal vollständig in panamenische Hände fiel und sich das erklärte politische Lebensziel von Omar Torrijos erfüllte.

Omar Torrijos bleibt, was kaum verwundern kann, in Panama eine umstrittene Gestalt. Den einen gilt er als Despot, Putschist, Vergewaltiger des Verfassungsstaates, ja als Feind der Demokratie. Den anderen ist er der engagierte Sozialreformer und erfolgreiche Außenpolitiker, der das Land aus der Stagnation in eine erfolgreiche Zukunft geführt hat. Sein frühzeitiger Tod stellt ihn zudem in die Aura eines Märtyrers. Die Sichtweise des beliebten Landesvaters, der von einem niederträchtigen Parvenu abgelöst wurde, wird in Kreisen der Anhängerschaft von Torrijos offensiv gepflegt. Die Figur von Noriega ermöglicht dabei ein Narrativ, das den strengen, aber wohlmeinenden Staatslenker gegenüber dem abgrundtief bösen Tyrannen kontrastiert.

Waren nach dem gewaltsamen Ende der Militärdiktatur die Gräben zwischen den politischen Lagern noch unüberwindbar, so dass Ortsbezeichnungen wie der „Parque Omar“ heftig angefeindet wurden, hat inzwischen insgesamt doch eine Historisierung eingesetzt, die Torrijos einen festen Rang als nationaler Referenzgestalt einräumt. Anders als die meisten lateinamerikanischen Militärdiktatoren, die einer offiziellen Ächtung anheimgefallen sind, genießt die Gestalt von Torrijos auch in den Reihen vieler seiner Kritiker durchaus Ansehen. Sein Einsatz für die Unterschichten, seine Authentizität, sein politisches Geschick werden respektvoll verbucht. Vor allem aber gilt er als derjenige, der den Kanal heimgeholt und damit den entscheidenden Makel der Geschichte Panamas getilgt hat. Parallel erfolgt der Vorstoß in den öffentlichen Raum. Statuen, Büsten und Plaketten wurden zu seinen Ehren platziert und markieren Erinnerungsorte. Im Februar

2018 ließ der panamenische Präsident Juan Carlos Varela in der Provinz Colón, durch die der Panamakanal verläuft, sogar einen neuen Distrikt schaffen, der nach Omar Torrijos Herrera benannt wurde. Man kann darin durchaus einen Versöhnungsakt sehen. Der ehemalige Diktator hat, trotz aller weiterhin bestehenden Kontroversen, seine Anerkennung als prägender Staatsmann des modernen Panama gefunden.

STEFAN RINKE UND MANUEL BASTIAS

DER 11. SEPTEMBER 1973 UND DIE ERSTEN HUNDERT JAHRE DER CHILENISCHEN JUNTA

Das Jahrzehnt zwischen 1964 und 1974 ist aufgrund der raschen Abfolge politischer Projekte, seiner geopolitischen Auswirkungen und der nachhaltigen Folgen, die es hinterlassen hat, wohl die komplexeste Periode der chilenischen Geschichte. Dieses Jahrzehnt umfasst Eduardo Frei's reformistische christdemokratische "Revolución en libertad" (Revolution in Freiheit), Salvador Allendes "vía chilena al socialismo" (Chilenischer Weg zum Sozialismus) und den Beginn der chilenischen Diktatur sowie ihr Projekt des "nationalen Wiederaufbaus", das letztlich den Aufbau eines orthodoxen neoliberalen Systems nach sich zog.

Zwischen den späten 1930er Jahren und 1973 lässt sich das politische System Chiles als einem gemeinsamen Rahmen entsprechend beschreiben, der durch eine Konstellation etatistischer, reformistischer, demokratischer und pluralistischer Prinzipien gekennzeichnet war, die in der Verfassung von 1925 festgeschrieben waren. Auch wenn diese Prinzipien während des gesamten Zeitraums ungleichmäßig aufrechterhalten wurden, strebte jede Regierung - wie auch die politischen Parteien der damaligen Zeit - danach, diese Standards aufrechtzuerhalten oder zu vertiefen.¹ Nach der Dekade der 1930er-Jahre hielten auch die chilenischen Streitkräfte an diesen verfassungsmäßigen Vorstellungen fest und betrachteten sich selbst als professionelle und gehorsame Institution mit einem engen Fokus

¹ Stefan Rinke: Kleine Geschichte Chiles. München 2007, S. 156-158. Pilar Vergara: Auge y caída del neoliberalismo en Chile. Santiago 1985, S. 22-25.

auf Verteidigungsfragen. Im Gegensatz zu den Erfahrungen anderer latein-amerikanischer Länder hielten sich die chilenischen Streitkräfte während dieser Zeit am Rande des politischen Kampfes.² Diese Charakteristika des politischen Systems ermöglichten es schließlich Salvador Allende, die Präsidentschaft zu übernehmen, und brachten seine Koalition „Unidad Popular“ (Volkseinheit) an die Macht.

Der Staatsstreich vom 11. September 1973 war ein tiefer Bruch in der historischen Entwicklung einer der bis dahin stabilsten Demokratien Lateinamerikas, und seine Folgen haben das heutige Chile geprägt.³ Seit den 1960er Jahren war Chile in eine Situation tiefer Polarisierung geraten und verschiedene Teile der Bevölkerung sahen das Land am Rande eines Bürgerkriegs. Die dreijährige Regierung der Koalition Unidad Popular unter dem Sozialisten Salvador Allende brachte viele gesellschaftliche Gruppen dazu zu glauben, dass eine militärische Macht-übernahme die einzige Lösung für eine scheinbar hoffnungslose Situation sei. Die außerstaatlichen politischen Eliten sowie die oppositionellen Medien teilten die Ansicht, dass das parlamentarische System der politischen Aushandlungen an seine Grenzen gestoßen war und dass eine gewaltsame Auflösung des "gordischen Knotens" notwendig schien, um den Absturz des Landes ins Chaos zu verhindern. Die Anhänger der politischen Linken und der Unidad Popular bewerteten die Situation unterschiedlich, sahen sich jedoch der brutalen Unterdrückung durch das Militär ausgesetzt und wurden

² Frederick Nunn: El profesionalismo militar chileno en el siglo XX: pensamiento y autopercepción de la clase de oficiales hasta 1973. In: Cuadernos del Instituto de Ciencias Políticas, H. 3 (1976), S. 17-35. Brian Loveman: The Political Architecture of Dictatorship: Chile before September 11, 1973. In: Radical History Review 124 (2016), S. 12-15.

³ Patricio Navia: Pinochet: The Father of Contemporary Chile. In: Latin American Research Review, Bd. 43, H. 3 (2008), S. 250-258. Stefan Rinke und Georg Dufner: Ein Abgang in drei Akten. Chile und der lange Schatten Augusto Pinochets. In: Thomas Großbölting and Rüdiger Schmidt (Hrsg.): Der Tod des Diktators. Ereignis und Erinnerung. Göttingen 2011, S. 277-280.

so gewaltsam aus der öffentlichen Debatte verdrängt. Die Erwartungen derjenigen, die der militärischen Machtübernahme zustimmten, waren sehr unterschiedlich. Während die gemäßigt konservativen Kräfte, die sich vor allem um die chilenische Christdemokratie sammelten, eine rasche Rückkehr zum parlamentarischen System erwarteten, planten andere Teile der politischen Rechten einen radikalen Umbau der Gesellschaft.

Die ersten hundert Tage der chilenischen Junta sind ein besonders interessanter Fall für das Verständnis der Rolle der Gewalt bei der Neuordnung von Gesellschaften. Aufbauend auf früheren Forschungsergebnissen fragt diese Arbeit nach den stabilisierenden Funktionen der Diktatur. Während das ursprüngliche Ziel des Putsches vom 11. September 1973 kaum mehr als der Sturz der Regierung Allende war, setzte sich bald ein konterrevolutionäres Projekt zur Neugestaltung des politischen System des Landes durch. Mit anderen Worten: Das ursprüngliche Projekt der "Auslöschung" der dreijährigen sozialistischen Regierung Chiles wurde durch ein Projekt ersetzt, das die übergreifenden Prinzipien, die die chilenische Demokratie seit den 1930er Jahren charakterisiert hatten, auf den Kopf stellte.

In diesem Beitrag schlagen wir vor, die ersten Monate der chilenischen Diktatur als einen zweiseitigen Reaktionsprozess auf Allendes Unidad Popular-Regierung zu verstehen. Auf der einen Seite bestand das Hauptziel darin, die zwischen 1970 und 1973 geschaffenen politischen, sozialen und kulturellen Institutionen aufzulösen. Auf der anderen Seite war es eine Reaktion gegen die politischen Bedingungen, die das Allende-Regime ermöglichten, und wurde so zu einem Projekt, das das politische System davor immunisieren sollte, in Zukunft jemals wieder in ähnliche Fahrwasser zu geraten. Letztendlich war das Militär nicht gewillt, die Macht an zivile Institutionen zurückzugeben, die nach Ansicht der

Generäle jegliches Vertrauen verspielt hatten. Genau aus diesem Grund ist es sinnvoll, diese Anfangsphase näher zu untersuchen.

Indem wir im Folgenden auf die erste Phase, die ersten hundert Tage der Diktatur, eingehen, beabsichtigen wir, den äußerst reaktiven Charakter der frühen Politik der Junta hervorzuheben. Zuerst untersuchen wir die Handlungen, die die Junta unternommen hat, um das Erbe der Unidad Popular zu zerschlagen. Dieser Beitrag versucht, mehrere Fragen zu beantworten: Wer waren die Hauptakteure der Gewalt? Was waren die Hauptziele der Repression? Was war die Rolle des Rechtswesens? Welche Institutionen wurden zerstört? In einem zweiten Teil diskutieren wir die Formen, mit denen das Regime versuchte, sein Handeln zu legitimieren und einige der damit verbundenen Politiken. Welche ideologischen Ressourcen oder symbolischen Repräsentationen wurden zur Legitimierung von Gewalt eingesetzt? Welche Versprechen machte das neue Regime? Welche Versuche wurden unternommen, um Vertrauen in das neue Regime aufzubauen? Welche gesellschaftlichen Gruppen versuchten die Militärs für sich zu gewinnen?

DIE ERSTEN MASSNAHMEN DER JUNTA: DIE ZERSCHLAGUNG DER UNIDAD POPULAR

Eines der wichtigsten Merkmale der ersten hundert Tage der Machtübernahme der Junta war das Ausmaß der Repression. In den ersten vier Monaten der Militärregierung wurden 1.264 Menschen getötet oder man „ließ sie verschwinden.“ Zehntausende wurden festgenommen, gefoltert oder ins Exil gezwungen.⁴ Die ersten Monate der Militärregierung waren durch die

⁴ T. C. Wright and R. Onate Zuniga: Chilean Political Exile. In: *Latin American Perspectives* Bd. 34, H. 4 (2007), S. 34. Stefan Rinke: ¿Comienzo o Fin de la Historia? El 11 de septiembre y las luchas por la memoria en Chile. In: Hans-Joachim König, Andrea Pagni and Stefan Rinke

Anwendung willkürlicher Gewalt gekennzeichnet: „There were no limits on who was a potential victim, nor were there limits on the methods used or the punishment handed out.“⁵ Die Zahl der außergerichtlichen Hinrichtungen, die in diesen drei Monaten stattfanden, war fast fünfmal so hoch wie in den verbleibenden 16 Jahren der Diktatur zusammengenommen, während etwas weniger als die Hälfte aller Verschwundenen in diesem Zeitraum auftraten (siehe Grafik 1).⁶ Bezeichnend für die offene Brutalität der Repression war, dass die Hauptakteure zwischen September und Dezember 1973 die *Carabineros* - Chiles militarisierte Polizei - sowie die Armee und nicht die Geheimpolizei waren.⁷ Der Rückgang der illegalen Tötungen und die hohe Zahl der Verschwundenen, die in den folgenden Jahren anhielt, deuten darauf hin, dass nach der Gründung der *Dirección de Inteligencia Nacional* (DINA) am 17. Juni 1974 eine selektivere Zielbestimmung seitens der Geheimpolizei die bevorzugte Form der Repression war. Mit ihrer Gründung versuchte das Regime, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren, indem sie vorsichtiger und heimlicher durchgeführt wurden.⁸

(Hrsg.), *Memorias de la nación en América latina. Transformaciones, recodificaciones y usos actuales*. México 2009, S. 171-175.

⁵ Hugo Frühling: Stages of Repression and Legal Strategy for the Defense of Human Rights in Chile: 1973-1980. In: *Human Rights Quarterly* Bd. 5, H. 4 (1983), S. 512.

⁶ Hugo Frühling: Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-Sponsored Actors in Chile, 1960-1990. In: Wolfgang Heinz und Hugo Frühling (Hrsg.): *Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-Sponsored Actors in Brazil, Uruguay, Chile, and Argentina. 1960-1990*. The Hague 1999, S. 491.

⁷ Ebenda, S. 489.

⁸ Frühling: *Stages of Repression and Legal Strategy for the Defense of Human Rights in Chile*, S. 519.

*Tabelle 1: Todesfälle durch Hinrichtung und Verschwindenlassen, Chile
1973-1980.*

Jahr	Außergerichtliche Hinrichtungen	Verschwendene
1973	645	510
1974	49	266
1975	23	88
1976	9	124
1977	3	36
1978	3	10
1979	5	0
1980	5	1
1981	17	6
1982	2	0
1983	8	1
1984	13	2
1985	11	0
1986	11	1
1987	11	5

Quelle: Frühling: *Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-Sponsored Actors in Chile*, S. 493.

Das Ausmaß der Repression hing zweifellos damit zusammen, dass die ersten Tage der Militärherrschaft in einem Kontext der „total legal exception and absolute de facto rule.“⁹ stattfanden. Aufgrund der Ungewissheit und Komplexität

⁹ Robert Barros: *Constitutionalism and Dictatorship: Pinochet, the Junta, and the 1980 Constitution*. Cambridge 2002, S. 44.

der Handhabung der Situation löschte die Junta im Grunde jedes rechtliche Verfahren bei der Machtausübung aus. Die Ermessensspielräume der untergeordneten Offiziere wurden von der Junta am 13. September 1973 beträchtlich erweitert, indem sie jedem Kommandeur die Befugnis gab, "Notfallsituationen" selbständig zu lösen, unter der einzigen Bedingung, die Junta rückwirkend zu informieren.¹⁰ Diese Ermessensbefugnisse waren unter rechtlichen Mechanismen verborgen, die durch den *Código de Justicia Militar*, den Kodex der Militärjustiz, für Kriegszeiten und die Erklärung über den Belagerungs-, Notstand und Kriegszustand vorgesehen waren.¹¹ Mit der Ausrufung des Ausnahmezustands durch das Gesetzesdekret Nr. 4 vom 18. September 1974 wurde die Befehlsgewalt durch die Einrichtung von "Notfallzonen", die unter die Aufsicht eines designierten Militärkommandanten gestellt wurden, der militärische Befehle (*Bandos*) veröffentlichen konnte, die nicht nur die Truppen, sondern auch die Zivilbevölkerung betrafen, weiter gestärkt. *Bandos* waren Verwaltungs- und Strafbefehle, die im Gesetzbuch der Militärgerichtsbarkeit aufgeführt wurden und als Mittel zur Regulierung der Truppen und der Bevölkerung besetzter Gebiete dienen sollten. Diese Befehle wurden dazu genutzt, Ausgangssperren zu verhängen, öffentliche Versammlungen zu verbieten, standrechtliche Hinrichtungen zu genehmigen, eine Pressezensur einzuführen und andere Maßnahmen zu ergreifen, die die politischen und bürgerlichen Rechte beeinträchtigten.¹²

Die militärische Repression nach dem 11. September 1973 richtete sich in erster Linie gegen Anhänger der *Unidad Popular*: Militante Linke sowie die

¹⁰ Barros: *Constitutionalism and Dictatorship*, S. 46.

¹¹ Pamela Lowden: *Moral Opposition to Authoritarian Rule in Chile, 1973-90*. London 1996, S. 28.

¹² Barros: *Constitutionalism and Dictatorship*, S. 44.

Unterschichten. Die am stärksten ins Visier genommenen Kämpfer waren Mitglieder der kommunistischen und sozialistischen Parteien sowie die Mitglieder des extrem linken *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (Bewegung der revolutionären Linken), das enge Beziehungen zu Kuba unterhielt. Während Mitglieder der mittleren und unteren Ränge oft hingerichtet oder verschwinden gelassen wurden, wurden die hochrangigen Führungspersonen der *Unidad Popular* zusammengetrieben und in ein Gefangenlager auf der Isla Dawson in der Magellanstraße im Süden Chiles gebracht. Da die Repression in den ersten Monaten jedoch so massiv und unterschiedslos war, verfügten die meisten der Opfer über keine formelle Mitgliedschaft und hatten keine Führungspositionen in den Parteien der Linken inne. Dies beweist, dass ein Großteil der Repressionen in den Armenvierteln Chiles und in ländlichen Gebieten stattfand, wo die *Unidad Popular* ihre Wählerschaft aufgebaut hatte.¹³

Während die direkte Gewaltanwendung Einzelpersonen vorbehalten war, handelte die Diktatur rasch, um viele der Institutionen aufzulösen, die das System des politischen Pluralismus in Chile aufrechterhalten hatten. Zur gleichen Zeit wurde Pinochet zum Präsidenten der Militärjunta ernannt, der Kongress wurde aufgelöst.¹⁴ Marxistische politische Parteien wurden verboten, ihr Eigentum wurde konfisziert. Die Verkündung einer so genannten „politischen Pause“ erstickte effektiv das Funktionieren der Christdemokratischen Partei. Der regimefreundliche *Partido Nacional* (Nationalistische Partei) löste sich selbst auf. In den chilenischen Universitäten wurde interveniert und sie wurden unter die Aufsicht von Militäroffizieren gestellt.

¹³ Frühling: Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-Sponsored Actors in Chile, S. 500.

¹⁴ Junta general names himself as new President of Chile. In: The Guardian (14 September 1973), S. 2.

Dies führte zu wachsenden Spannungen mit der katholischen Hierarchie, die verärgert über die Ernennung von Admiral Sweet zum Präsidenten der Katholischen Universität war. Schließlich wurde das weit verzweigte Netz von Organisationen, das in den ärmsten Vierteln Chiles und in ländlichen Gebieten als Teil des volksdemokratischen Projekts der *Unidad Popular* geschaffen worden war, durch unbarmherzige Repression zerschlagen.

Obwohl die Junta unmittelbar nach dem Putsch versprochen hatte, die Rechte der Arbeiter zu respektieren (*Bando 31*), wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Entpolitisierung der Arbeiterbewegung eingeführt. Das Gesetzesdekret 133 erklärte die Auflösung der *Central Única de Trabajadores* (Vereinte Arbeitergewerkschaft, CUT) und des *Sindicato Único de Trabajadores de la Educación* (Einheitlicher Verband der Bildungsarbeiter, SUTE) sowie die Beschlagnahmung ihres Vermögens. Mit diesen Maßnahmen versuchte die Militärregierung, die landesweite Repräsentanz der chilenischen Gewerkschaften seit 1953 zu untergraben. Gegen Ende 1973 wurde mit dem Gesetzesdekret 198 der rechtliche Rahmen für Gewerkschaften geschaffen, der mit leichten Änderungen bis zur Verabschiedung des *Plan Laboral* von 1979 fortbestehen sollte. Dieser Erlass schränkte unter anderem das Versammlungsrecht ein und setzte Wahlen, Tarifverhandlungen sowie das Streikrecht aus.¹⁵ Neben den gesetzlichen Einschränkungen verfolgte die Militärregierung auch aktiv Gewerkschaftsmitglieder. Linke Führungspersonen und Arbeiter, die als "subversive Elemente" galten, wurden entlassen, inhaftiert, ins Exil geschickt

¹⁵ Cristina Hurtado-Beca: Chile 1973-1981. Desarticulación y reestructuración autoritaria del movimiento sindical. In: Bernardo Galitelli und Andrés Thompson (Hrsg.): *Sindicalismo y regímenes militares en Argentina y Chile*. Amsterdam 1982, S. 243-244.

oder hingerichtet. Zwischen 1973 und 1975 wurden mehr als 300.000 Arbeitern aus politischen Gründen gekündigt.¹⁶

Die Militärregierung übte in den Jahren nach dem Putsch von 1973 eine strenge Kontrolle über die Presse aus. Im Verlauf des Putsches ging das Militär schnell und entschieden vor, um die Allende-treuen Radiosender zum Schweigen zu bringen, indem es ihre Sender bombardierte. Anschließend wurden sie geschlossen und enteignet.¹⁷ Durch den am 11. September 1973 herausgegebenen *Bando* n°12 warnte die Militärjunta „die Presse, Radio- und Fernsehstationen, dass jede Information, die der Öffentlichkeit mitgeteilt und nicht von der Junta der Militärregierung bestätigt wird, zu einer sofortigen Intervention der Streitkräfte führen wird, unbeschadet der strafrechtlichen Verantwortung, die von der Junta zu gegebener Zeit festgestellt wird“.¹⁸ Diese Maßnahme ergänzte eine strenge Ordnung der Pressezensur (*Bando* n° 11). Die Restriktionen wurden später auf die gedruckte Presse ausgedehnt. In den ersten Wochen durften nur die regimetreue Tageszeitungen *El Mercurio* und *La Tercera* in Umlauf gebracht werden, die einer strengen Zensur unterlagen und aufgrund der von der Zensur entfernten Informationen mit großen weißen Flecken erschienen.¹⁹ Nach und nach erlaubte das Regime die Verbreitung anderer Medien, in christdemokratischer Hand, die gegen Allende opponiert hatten, wie *La Segunda*, *Las Últimas Noticias*, *Tribuna* und *La Prensa*.²⁰ In ähnlicher Weise sicherte sich die Junta rasch die Kontrolle über die Fernsehsender. Seit ihrer Einführung in den

¹⁶ Cynthia Brown: *With Friends like These: The Americas Watch Report on Human Rights and US Policy in Latin America*. New York 1982, S. 55.

¹⁷ Lidia Baltra: *Atentados a la libertad de expresión y los medios de comunicación en Chile 1973-1987*. Santiago 1988, S. 67.

¹⁸ Ebenda, S. 9.

¹⁹ Ebenda, S. 67-68.

²⁰ Manuel Bastias Saavedra: *Sociedad Civil en Dictadura. Relaciones transnacionales, organizaciones y socialización política en Chile, 1973-1993*. Santiago 2013, S. 151-153.

frühen 1960er Jahren wurden die chilenischen Fernsehsender von den Universitäten kontrolliert. Im Jahr 1969 schuf die Regierung einen staatlich kontrollierten Sender, TVN, der eine breite territoriale Abdeckung hatte. Als das Militär 1973 die Regierung übernahm, erlangte es durch die Übernahme von TVN und der Universitäten die Kontrolle über das gesamte Fernsehnetz.²¹

DIE LEGITIMIERUNG DER DIKTATUR: AUTORITÄRE HERRSCHAFT ALS IMMUNISIERUNG

Die Hauptakteure hinter dem Militärputsch waren die Generäle der Luftwaffe, der Landstreitkräfte, der Marine sowie der *Carabineros*. Da die Landstreitkräfte die mächtigsten Teilstreitkräfte waren, war General Augusto Pinochet das einflussreichste Mitglied der Junta, auch wenn er nicht die absolute Kontrolle genoss, wie jüngste Forschungen vermuten lassen.²² Die Militärjunta beanspruchte das moralische Recht, eine "illegitime" Regierung zu stürzen und die Ordnung wiederherzustellen. Rhetorisch weigerte sich das Militär, deren Handlungen als Staatsstreich anzuerkennen, und bezog sich vielmehr auf eine "Militärbewegung" zur Wiederherstellung der Nation und der chilenischen Werte. Dies stützte sich auf eine Vorstellung, nach der ein "militärisches Ethos" bei der Verteidigung so genannter primärer Interessen der Nation im Mittelpunkt stand. Das chilenische Militär war der Auffassung, dass seine Institution über den kleinlichen "politischen" Interessen stand, die von den Parteien repräsentiert wurden. Zum Zeitpunkt des Staatsstreichs teilten die verschiedenen

²¹ Matt Davies: *International political economy and mass communication in Chile*. New York 1999, S. 137-138.

²² Barros: *Constitutionalism and Dictatorship*, S. 4.

Teilstreitkräfte jedoch keine gemeinsame Auffassung über die Zukunft des Landes.

Die einheitliche Zielsetzung des Militärs, die Regierung der *Unidad Popular* abzusetzen und die politische Opposition physisch zu vernichten, orientierte sich an der Doktrin der nationalen Sicherheit. Diese Doktrin betonte die Bedeutung der nationalen Sicherheit gegenüber den Rechten des Einzelnen, griff marxistische Prinzipien an und setzte sich für die Verteidigung „christlich-abendländischer“ Werte ein. Die wichtigste ideologische Komponente dieser Doktrin war jedoch „die Neu-Fokussierung der Aufmerksamkeit der Streitkräfte auf die Bekämpfung unorthodoxer Formen interner Aggression, die die nationale Sicherheit gefährden.“²³

Lateinamerikanische Militäroffiziere wurden von diesen Ideen während ihrer Aufenthalte in der School of the Americas in der US-amerikanischen Panamakanalzone, die sich auf die antikommunistische Ausbildung zur "Aufstandsbekämpfung" konzentrierte, durchdrungen. Das chilenische Militär machte sich diese Ideen zu eigen und konzentrierte sich in den Monaten vor dem Staatsstreich auf den Einsatz von Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung, um den "inneren Feind" zum Schweigen zu bringen. Antikommunismus im weitesten Sinne, der sich auch gegen Sozialisten und andere reformorientierte Kräfte richtete, war zweifellos das wichtigste Argument, das das Militärregime zur Stärkung seiner eigenen Legitimität anführte. Später, als sich die US-Regierung unter Carter gegen das Pinochet-Regime wandte, stellte das Regime Chile als die letzte Bastion des christlichen Abendlandes gegen die vermeintliche kommunistische Bedrohung aus dem Osten dar.

²³ David Pion-Berlin: Latin American National Security Doctrines: Hard- and Softline themes. In: *Armed Forces & Society*, Bd. 15, H. 3 (1989), S. 4123. Stefan Rinke: *Encuentros con el yanqui. Norteamericanización y cambio sociocultural en Chile 1898-1990*. Santiago 2013, S. 465-466.

Diese Doktrin der nationalen Sicherheit diene als interne Rechtfertigung für den Militärputsch. Das Militär erklärte seinen Eingriff als legitime Reaktion auf einen versuchten marxistischen Aufstand. Die chilenische Militärjunta sprach daher von der Existenz einer Parallelarmee und dem angeblichen Vorhaben der *Unidad Popular*-Regierung zur Durchführung eines eigenen bewaffneten Putsches. Diese Idee, die als „Plan Z“ bekannt und danach gründlich widerlegt wurde, wurde vom chilenischen Außenminister in seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 8. Oktober 1973 vorgetragen.²⁴ Nach diesem Plan hätten die Linken ein weitreichendes Projekt zur Ermordung des Oberbefehlshabers des Militärs und prominenter rechter Politiker verfolgt, das Mitte September in die Tat umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus wäre es das Ziel des Plans gewesen, alle Offiziere und ihre Familien zu töten, die nicht mit der Linken paktieren würden. Diese Verschwörungstheorie war ein Argument, mit dem die Gewalt auch in den eigenen Reihen legitimiert werden sollte. Sie diene zur Rechtfertigung der Verfolgung von regierungsfreundlichen, verfassungstreuen und linksgerichteten Offizieren, einschließlich des Generals der chilenischen Luftwaffe, Alberto Bachelet, des Vaters der ehemaligen chilenischen Präsidentin.

Die Wiederherstellung von Sicherheit und innerer Stabilität waren ohne Zweifel die wichtigsten Versprechen des neuen Regimes. Die Tatsache jedoch, dass die wichtigsten Maßnahmen der Militärjunta in den ersten Phasen der Diktatur darauf abzielten, die von der *Unidad Popular* kontrollierten politischen Strukturen zu zerschlagen, zeigte im Wesentlichen, dass es über die Beseitigung von Allende hinaus an einem Konsens über die Ziele, die Dauer und die Formen

²⁴ Speech before the UN General Assembly reproduced in Laurence Birns (Hrsg.): *The End of Chilean Democracy. An IDOC dossier on the Coup and its Aftermath.* New York 1974, S. 46.

der Verwaltung der Militärdiktatur mangelte. Wie Robert Barros bemerkt, kam das chilenische Militär im Gegensatz zur argentinischen Militärjunta, die 1976 die Kontrolle über das Land übernahm, „nicht mit einem großen Entwurf oder einem Regimeprototyp an die Macht“.²⁵

Zum Zeitpunkt Putsches bestand eine "minimale Übereinkunft" zwischen den Befehlshabern der unterschiedlichen Waffengattungen, "eine bestimmte Situation zu beseitigen und die unmittelbaren Konsequenzen einer solchen Aktion zu tragen“.²⁶ Mit anderen Worten, es gab einen Konsens zum Sturz von Allende auf der Grundlage einer allgemeinen Übereinkunft unter den Putschbefürwortern und Offizieren über die Nationale Sicherheitsdoktrin, aber es gab keine Übereinkunft darüber, was der nächste Schritt sein würde.

In diesem Sinne wich die Spannung zwischen verfassungstreuen und putschbefürwortenden Offizieren, die die Jahre zwischen 1969 und 1973 gekennzeichnet hatte, einer neuen Spaltung zwischen den militärischen Lagern hinsichtlich der Ziele der Militärdiktatur, die letztlich die heterogenen Interessen der verschiedenen Zweige der Streitkräfte widerspiegelte. Diese Spaltung umfasste zwei Positionen, die grob als restaurativ und erneuernd charakterisiert werden können. Letztere war zum Zeitpunkt des Staatsstreichs nicht vorhanden, sondern entwickelte sich vielmehr, als die Militärdiktatur ihre Macht konsolidierte. Das Fehlen einer Definition konkreter Ziele zeigte sich in den ersten Mitteilungen der Militärjunta. Die ersten Dekrete und *Bandos* versuchten, den Militärputsch zu legitimieren, indem sie seinen restaurativen und vorübergehenden Charakter betonten. Sie enthüllten noch nicht die radikale Kritik am politischen System vor 1973, die für die spätere Periode charakteristisch war.

²⁵ Barros: *Constitutionalism and dictatorship*, S. 37.

²⁶ Verónica Valdivia Ortiz de Zárate: *El golpe después del golpe: Leigh vs. Pinochet Chile 1960-1980*. Santiago 2003, S. 102.

Vielmehr argumentierten sie mit der chilenischen Verfassung und deren Umsetzung und stellten die *Unidad Popular* als eine Regierung dar, die von diesen Traditionen abwich, indem sie "fremde" (d.h. sowjetische und kubanische) Einflüsse aufnahm.

In den frühen Verlautbarungen hieß es, dass die Streitkräfte so lange an der Macht bleiben würden, bis sie ihrer "Verpflichtung" zur "Wiederherstellung defekter Institutionen" nachgekommen seien. Es gab noch keine Anzeichen für einen Plan, das politische System oder die Gesellschaft radikal umzugestalten. Die Macht sollte "nur so lange gehalten [werden], wie es die Umstände erfordern", wobei der vorübergehende und außergewöhnliche Charakter der Intervention der Streitkräfte betont wurde. Im Einklang mit dieser Ansicht erklärte beispielsweise Patricio Aylwin, der damalige Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei und Kopf der rechtsgerichteten Hardlinerfraktion, dass "zwei oder drei Jahre ausreichen werden, um das Land wieder in die demokratische Legalität zurückzuführen".²⁷

Die erneuernde Position hatte sich in einigen Sektoren der politischen Rechten formiert, die seit 1966 versucht hatten, mit dem vermeintlich defensiven und pragmatischen Ansatz der Rechten zu brechen und ihn durch ihr eigenes "revolutionäres" Projekt zu ersetzen. Der Militärputsch beseitigte schließlich die Schranken des politischen Pluralismus, die die Entfaltung dieser Ideen bis dahin unterdrückt hatten.²⁸ Unmittelbar nach dem Putsch und noch bevor das Militär diese Begriffe übernahm, begannen Medien wie *El Mercurio* oder *Qué Pasa* Leitartikel zu veröffentlichen, in denen von der Notwendigkeit der Einführung einer "neuen politischen Ordnung" die Rede war, deren Rolle darin bestünde, "die

²⁷ Ercilla (24 October 1973), S. 1.

²⁸ Pilar Vergara: *Auge y caída del neoliberalismo en Chile*. Santiago 1985, S. 27.

Fehler zu vermeiden, die die dramatische Entwicklung ermöglicht hatten, die das Land seit 1970 erlebt hat".²⁹

Diese erneuernde Position erforderte es, die Verantwortung für den demokratischen Zusammenbruch jenseits der Regierung Allende zu verorten. Bereits im Oktober 1973 konnte man eine Änderung im Ton des Militärs feststellen, der die wirtschaftlichen Reformen der christdemokratischen Regierung Frei für das vermeintliche Scheitern der Demokratie mit verantwortlich machte.³⁰ Gegen Anfang Oktober 1973 begann das Militär die Erneuerung als Teil seiner neuen Legitimation anzunehmen. Ein Dekret, das alle marxistischen Parteien für illegal erklärte, stellte fest, dass die Rolle der Streitkräfte nicht die bloße Wiederherstellung des demokratischen Systems sei, sondern dass es notwendig sei, eine "neue Institutionalität" zu schaffen, die sich radikal von der der Vergangenheit unterscheide. Das politische System Chiles habe sich letztlich als unfähig erwiesen, sich der "marxistischen Bedrohung" zu entziehen. Die der liberalen Demokratie inhärente Schwäche rechtfertigte nun ein längerfristiges Eingreifen und verlieh ihm, wie im Gesetzesdekret Nr. 77 vom 8. Oktober 1973 festgehalten, einen neuen Sinn. Dies bedeutete eine Verschiebung der Kritik an der Regierung der *Unidad Popular* hin zu einer umfassenderen Kritik an der "Massendemokratie". Damit wurde der Endzweck der Militärintervention definitiv auf das Ziel der Gründung einer neuen politischen Ordnung ausgerichtet. Pinochet enthüllte diesen neu gefundenen Konsens in einer Rede vom 11. Oktober 1973, in der er erklärte, dass die Demokratie

²⁹ Ebenda, S. 19–20.

³⁰ 'The trouble started with Frei', some soldiers commented, referring to the tentative economic reforms he undertook. In: Chile's new masters adrift. In: The Observer (7 October 1973), S. 5.

"wiedergeboren werden sollte, gereinigt von den Lastern und schlechten Gewohnheiten, die letztlich die [demokratischen] Institutionen zerstörten".³¹

Die Gründung einer neuen politischen Ordnung bedeutete die Aufgabe der neutralen und liberalen Ideen der Verfassung von 1925 und rechtfertigte die andauernde Präsenz der an der Macht befindlichen Streitkräfte durch die Notwendigkeit der Umsetzung dieser Ziele. Dadurch endete der selbst proklamierte vorübergehende Charakter der Militärherrschaft. Nach Pinochets Äußerung vom 11. Oktober 1973 wiederholte jedes offizielle Dokument den erneuernden Charakter des Regimes, der schließlich in einer Rede vom 11. März 1974, der so genannten "Grundsatzerklärung" des Regimes, festgeschrieben wurde. Zuerst wurde in dieser Rede der Gedanke verworfen, dass die Militärherrschaft vorübergehend sei. Vielmehr erklärte man, dass die Streitkräfte „keine Frist für ihre Intervention setzen werden, da die Aufgabe des moralischen, institutionellen und moralischen Wiederaufbaus des Landes tiefgreifende und langwierige Maßnahmen erfordert“. Zweitens wurde erklärt, dass es sich weder um eine rein restaurative Verwaltung handeln werde, „die eine Klammer zwischen zwei Parteienregierungen bedeutet“, noch sei sie als „Waffenstillstand der Neuordnung anzusehen, um die Politiker wieder an die Macht zu bringen, die so viel Verantwortung [...] für die eigentliche Zerstörung des Landes trugen“. Schließlich „strebt die Regierung der Streitkräfte danach, eine neue Etappe des nationalen Schicksals einzuleiten und den Weg für neue Generationen von Chilenen zu ebnet, die in gesunden bürgerlichen Sitten erzogen werden“.³² Nach der Grundsatzklärung konzentrierten sich die internen Konflikte nicht mehr auf die Ziele, die Art oder die Dauer des Regimes, sondern vielmehr auf die Inhalte dieses grundlegenden Projekts.

³¹ El Mercurio (12 October 1973), S. 1.

³² A seis meses de la liberación nacional. In: República de Chile 1974, S. 111–139

Die Neuausrichtung auf ein Gründungsprojekt wirkte sich auf die Position der verschiedenen politischen Verbündeten des Militärs aus. Vor allem stärkte sie die Position der *Gremialistas* und Neoliberalen, die gegen Ende der 1970er Jahre unter Jaime Guzmán vereint waren und schwächte die nationalistische und korporatistische politische Rechte, die als Vertreter der „alten“ Ideen der Vergangenheit galten. Dies bedeutete ebenso die langsame Verdrängung der Christdemokraten aus einflussreichen Positionen und ebnete schließlich den Weg für ihren Wechsel in die Opposition. Obwohl diese unterschiedlichen Gruppen miteinander konkurrierten, um Einfluss auf das Projekt des Militärregimes zu nehmen, wurde die neoliberal-gremialistische Position 1976 bei der Festlegung der politischen, sozialen und kulturellen Agenda des Regimes quasi hegemonial.³³

Der Erfolg der gremialistisch-neoliberalen Position beruhte auf der Vorstellung der Junta, dass politische Polarisierung und Klassenkampf durch unparteiische Ziele und nationale Einheit ersetzt werden sollten. Dies bedeutete, dass die alte politische Rhetorik und Praxis durch ein vermeintlich "neutrales" Expertenwissen und eine nachdrückliche Verankerung nationaler und christlicher Werte ersetzt werden sollte.

Die Neoliberalen kamen über die Marine in die Militärregierung, die 1972 einen Wirtschaftsbericht, bekannt als *El Ladrillo* [der Ziegelstein], in Auftrag gab, der einen detaillierten Plan zur Umstrukturierung der chilenischen Wirtschaft in neoliberaler Form enthielt. Die Ökonomen, die diesen Bericht verfassten, hatten unter Milton Friedman in Chicago studiert und kamen in einige der einflussreicheren Regierungsämter. Sergio de Castro wurde am 14. September 1973 zum Berater des Wirtschaftsministers ernannt, Roberto Kelly wurde mit der

³³ Carlos Huneeus: Technocrats and Politicians in an Authoritarian Regime. The 'ODEPLAN Boys' and the 'Gremialists' in Pinochet's Chile. In: Journal of Latin American Studies, Bd. 32 (2000), S. 461-501.

Leitung des *Oficina de Planificación Nacional* (Büro für nationale Planung, ODEPLAN) betraut, das später zur führenden Institution bei der Einführung neoliberaler Reformen wurde. Diese Reformen wurden jedoch aufgrund der widersprüchlichen wirtschaftlichen Ansichten in den verschiedenen Zweigen des Militärs nicht sofort eingeführt.³⁴ Vielmehr konzentrierte sich die Wirtschaftspolitik zwischen 1973 und 1975 auf Stabilisierungsprogramme und antiinflationäre Maßnahmen, welche *The Observer* als "an instructive jumble of total laissez-faire and patriotic State capitalism" beschrieb.³⁵

Die neoliberale Agenda war auch deshalb wichtig, weil sie dem Regime die Möglichkeit gab, ein eigenes paternalistisches Versprechen zu formulieren: Arbeit für die, die sie wollen, und Ausweitung des Konsums für die Mittelschicht. Langfristig wusste das Regime, dass es an seinem wirtschaftlichen Erfolg gemessen werden würde. Nach Ansicht der Ökonomen des Regimes konnte dies nur durch eine Reduzierung der staatlichen Interventionen sowie der Maßnahmen zur Sozialisierung der Wirtschaft erreicht werden. Diese Pläne wurden schnell verwirklicht. Die politische Demobilisierung der Bevölkerung und die Schaffung sozialer Stabilität wurden als wichtige Voraussetzungen für die Anziehung ausländischer Investitionen angesehen. Die Privatisierung und die drastische Reduzierung der Staatsausgaben würden den Weg für eine "Konsumrevolution" ebnen.

Die Rolle der Legitimation autoritärer Herrschaft wurde jedoch nicht allein von der Junta wahrgenommen. Vor dem Putsch hatten viele Organisationen der

³⁴ Die beste Studie zum Kampf der unterschiedlichen Strömungen ist Manuel Gárate Chateau: *La Revolución Capitalista de Chile, 1973-2003*. Santiago 2014, S. 187–190. Valdivia Ortiz: *El golpe después del golpe*. Claudia Kedar: *The International Monetary Fund and the Chilean Chicago Boys, 1973–7: Cold Ties between Warm Ideological Partners*. In: *Journal of Contemporary History*, <https://doi.org/10.1177/0022009416685895> (zuletzt aufgerufen am 6.8.2018).

³⁵ *Chile's new masters adrift*. In: *The Observer* (7 October 1973), S. 5.

Zivilgesellschaft Proteste und Streiks organisiert, um die Regierung Allende zu destabilisieren. Nach dem Militärputsch brachten viele dieser Gruppen ihre Zufriedenheit mit dem neuen Regime zum Ausdruck. Die Köpfe der Vereinigung der Lastwagenbesitzer, die während der Regierung der *Unidad Popular* einen langen Streik geführt hatten, verkündeten, dass „unsere Forderungen durch das patriotische Vorgehen der Streitkräfte erfüllt worden seien“. Ebenso kündigten Ärzte, Rechtsanwälte, Ladenbesitzer und andere Berufsgruppen ihre Rückkehr zur Arbeit an. Studenten auf einem Campus der katholischen Universität gaben eine Erklärung ab, in der sie „die patriotische Geste unserer Streitkräfte begrüßten.“³⁶

Die Justiz spielte dabei eine Schlüsselrolle, dem Militärregime einen Anschein von Legalität zu verleihen. Die Richter des Obersten Gerichtshofs zeigten ihre Bereitschaft, die Militärregierung zu unterstützen, nicht nur durch ihre eigene Position, sondern auch durch die Einflussnahme auf die Justizhierarchie. Dies geschah durch die Absetzung derjenigen Richter, die mit der Allende-Regierung sympathisierten, sowie durch das Ausschließen derjenigen, die das Vorgehen des Militärregimes in Frage stellten. Der Oberste Gerichtshof mischte sich auch in ordnungsgemäße Verfahren ein, indem er politisch heikle Fälle systematisch in die Militärgerichtsbarkeit umlenkte, „nichtkonforme Entscheidungen aufhob und Disziplinarmaßnahmen gegen die wenigen Richter einleitete, die sich weigerten, sich anzupassen“.³⁷

Das Militärregime versuchte, bestimmte Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Die vielleicht wichtigste Institution, deren Unterstützung es suchte,

³⁶ Junta general names himself as new President of Chile. In: *The Guardian* (14 September 1973), S. 2.

³⁷ Lisa Hilbink: *Judges beyond Politics in Democracy and Dictatorship: Lessons from Chile*. New York 2007, S. 103–104.

war die katholische Kirche, die als wichtiges Bollwerk und Legitimationsinstrument galt. Die Hoffnungen auf die Unterstützung der Kirche sollten sich jedoch nur teilweise erfüllen. Sowohl das Oberhaupt der chilenischen Kirche als auch viele Priester an der Basis kritisierten die Menschenrechtsverletzungen öffentlich und unterstützten die Familien der Opfer. Das Regime buhlte auch um die Unterstützung der traditionellen Oberschicht, deren Macht und Einfluss im chilenischen Staat und in der Gesellschaft seit den 1940er Jahren durch die zunehmende Industrialisierung und reformorientierte Politik zunehmend geschwächt worden war. Die Landbesitzer begrüßten insbesondere die Agrarpolitik des Regimes, insbesondere die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter und die Rücknahme der Landreform, die unter den Christdemokraten begonnen und unter Allende verstärkt wurde.

Sowohl auf dem Land als auch in den Städten ging es der Diktatur nicht nur darum, das Wirken der *Unidad Popular* zu zerstören. Je mehr zivile Berater ihren Einfluss auf das Militär ausbauten, desto mehr neue Jungunternehmer konnten für das Regime gewonnen werden. Im Agrarsektor eröffneten sich durch die gezielte Erhöhung der Exportproduktion neue unternehmerische Chancen. Dasselbe galt für die Industrie, wo die Privatisierung der unter Allende verstaatlichten Unternehmen und der Abbau von Restriktionen neue Möglichkeiten eröffneten. Gleichzeitig bedeutete der damit einhergehende Abbau von Subventionen aber auch eine Bedrohung für mittelständische Unternehmen. Obwohl sie sich nach dem Putsch gesehnt hatten und generell zu den lautstärksten Anhängern der Junta gehörten, waren die Auswirkungen der wirtschaftlichen Neoliberalisierung für diese Unternehmer eher negativ.

FAZIT

Im Mittelpunkt der Politik der Junta in den ersten hundert Tagen standen der Kampf gegen eine sehr breit definierte politische Linke und die Demobilisierung der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Stadt und Land, die während der Regierung der *Unidad Popular* entstanden waren. Unerfahren im politischen Geschäft betrachteten die Streitkräfte ihre Intervention als einen Krieg zur Rettung der Nation und konzentrierten sich in der Anfangsphase ihrer Herrschaft auf die Eliminierung ihrer Feinde. Das Militär verließ sich auf das Kriegsrecht, um den bis dahin bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Rahmen außer Kraft zu setzen, auch wenn sie ihr Handeln als außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung liegend betrachteten.

Aus der Perspektive der Junta wurde der Erfolg dieses „Kriegs“ durch das außerordentliche Ausmaß an Gewalt begünstigt. Die Putschgegner wurden von der Gewalt überrascht. Sie entwickelte sich teilweise unkontrolliert, da zwischen den verschiedenen Teilstreitkräften ein Kontrollorgan fehlte. Die Kriegsrhetorik, die besagt, dass jedes Mittel akzeptabel sei, um den Feind zu bekämpfen, legitimierte eine in der chilenischen Geschichte einzigartige Welle der Repression. Die Befürworter des Putsches erkannten erst allmählich die Dimensionen der Gewalt. Streiks, Demonstrationen und andere Formen des Protests blieben in den ersten hundert Tagen fast aus, öffentliche Kritik an der Diktatur bildete sich später heraus. Der Widerstand einzelner Offiziere innerhalb des Militärs wurde von Anfang an zerstört.

Die Eroberung des öffentlichen Raums war ein Ziel, oppositionelle Meinungen wurden zum Schweigen gebracht. Dies geschah ebenfalls mit gewaltsamen Mitteln. Selbst regimetreue Medien sahen sich der Kontrolle der Zensur ausgesetzt. Alle anderen wurden geschlossen. Die Propaganda der Junta war in

den ersten hundert Tagen relativ spärlich. Abgesehen von einigen wenigen Grundsatzserklärungen und grundlegenden Dekreten, die den Ausnahmezustand ausriefen, blieb das Militär verhältnismäßig still. Erst ab 1974 nahm die Propaganda des Regimes deutlich zu.

Es bleiben viele Fragen unbeantwortet. Insgesamt wissen wir immer noch zu wenig über das Verhalten relevanter gesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder politischer Vereinigungen in der Frühphase der Militärdiktatur. Wer profitierte direkt von der angebotenen Lösung der Diktatur? Wie verhielten sich diejenigen, deren frühe Begeisterung für den Putsch abkühlte, weil sie das Ausmaß der Gewalt nicht gutheißen wollten? Wie hat die schweigende Mehrheit in den ersten Tagen der Diktatur reagiert? Welche Verhandlungsprozesse wurden in dieser Phase jenseits brutaler Verfolgung geführt?

Über den rein nationalen chilenischen Kontext hinaus spielen auch transnationale Verflechtungen eine wichtige Rolle. Die Militärdiktatur in Chile war eng mit dem Kalten Krieg verbunden, was spezifische Ordnungsvorstellungen nahelegte. Das chilenische Militär arbeitete mit ähnlichen Bewegungen in Argentinien, Paraguay, Uruguay und Brasilien zusammen, wie die Aufdeckung der sogenannten "Operation Condor" deutlich zeigte. Akzeptierten die Menschen die Diktatur, weil sie den Traum von einer Konsumrevolution zu erfüllen schien, für die eine enge Freundschaft mit dem "westlichen Lager" als Voraussetzung angesehen wurde? Welche Rolle spielte das chilenische Modell für die Nachbarländer und umgekehrt, inwieweit war es besonders von der brasilianischen Erfahrung inspiriert, wo es bereits seit 1964 eine Militärdiktatur gab?

CAROLINA CRISORIO

STAATSTERRORISMUS IN ARGENTINIEN IN POSTPERONISTISCHER ZEIT¹

EINE ANALYSE DER POLITISCHEN REPRESSION DER LETZTEN DIKTATUREN

1983, im letzten Jahr der Diktatur, besuchte ich *Santa Rosa de Tastil* in Salta, um die Arbeit einer Gruppe von Anthropologen einzusehen. Als wir ankamen, fanden wir zwar keine Forscher, jedoch einen sehr bescheiden wirkenden, vorzeitig gealterten Herrn, der uns anbot, uns herumzuführen. Das Erstaunlichste an seinem Vortrag war die Emotion, mit der er sprach. Leider erinnere ich mich nicht mehr genau an seine Worte, aber er erklärte uns folgendes: „Dank Perón und Evita, Gott hab sie selig, wurden wir wieder zu Menschen!“ Wir blickten ihn verständnislos an, und er fuhr mit seiner Erklärung fort. Er selbst sei in einem Gebiet aufgewachsen, dessen Großgrundbesitzer Patrón Costa war, und er und die Seinen wurden als Angehörige einer bäuerlichen Gemeinschaft sehr schlecht behandelt. Dank Evita und Perón bekamen sie Rechte. Achtzehn Jahre nach dem Sturz waren das bedeutendste Erbe jener Regierung die Rechte für diese Menschen. Die Konversation erschien mir in diesem Moment höchst seltsam, da es für einen Fremden sehr schwierig war, offen einen despotischen, lang verstorbenen Oligarchen zu kritisieren und sich positiv über Perón und Evita zu äußern, wo sich doch der Putsch von 1976 gegen die dritte peronistische Amtsperiode von 1973 bis 1976 gerichtet hatte.

Auf derselben Reise begegneten wir am *Cerro Aconquija* einem jungen blonden Mann mit hellen Augen, einem als *Gaicho* bekleideter US-Amerikaner, der mit

¹ Übersetzung ins Deutsche durch Valerie Untersweg (Graz).

uns sprach und uns von Gruppenschießungen in diesen bleiernen Jahren erzählte. Vor einer Schlucht reihten sie eine Gruppe Gefangener aneinander, erschossen sie und machten sie zu „Verschollenen“.

Warum griffen gewisse Gruppen Argentinien zu Staatsterrorismus, um die ökonomische und politische Macht wie auch die soziokulturelle Kontrolle zu behalten? Das hauptsächliche Ziel des Staatsstreichs von 1976 war es, die sozialen Strukturen radikal zu verändern.

“El plan económico del autodenominado ‘Proceso de Reorganización Nacional’ diseñado e implementado por Martínez de Hoz desde el 2 de abril de 1976 se basó de modo central en una reforma financiera y en la apertura comercial, y procuró generar un modelo de crecimiento basado en el sistema financiero, de rearticulación del modelo agro-exportador y desarticulación del espacio industrial.”²

Die Ergebnisse dieser Politik fielen mager aus:

“Ellos reformaron la matriz económica productiva, que antes del golpe tenía un 6% de desocupación y un 50% de los trabajadores participaba en el ingreso nacional. Un año después, esa proporción pasó a ser 13% de desocupación y 28% de participación en el ingreso.”³

Es ist unzweifelhaft, dass der Staatsstreich von 1976 in der Reihe von Umstürzen einer der gewalttätigsten Putsche war vor allem hinsichtlich dessen, dass er auf brutalste Weise die Rechte der Arbeiter*innen beschnitt sowie die progressiven ökonomischen Errungenschaften jäh beendete. Wenngleich die Verbrechen gegen die Menschheit bereits vor dem Staatsstreich begonnen hatten, so entfaltete sich nach der Machtübernahme eine enorme Unterdrückung durch die Streitkräfte

² María Celeste Perosino: *Economía, Política y Sistema Financiero. La última dictadura cívico-militar en CNV*. Buenos Aires 2013, S. 30.

³ Natasha Niebieskikwiat: *Entrevista a María Seoane: Videla fue un hombre muy familiarizado con la muerte*. In: *La Tercera* (18.5.2013) www.latercera.com/noticia/maria-seoane-videla-fue-un-hombre-muy-familiarizado-con-la-muerte/ (5.8.2020).

(Heer, Armada, Luftwaffe) und Sicherheitskräfte. Man unterteilte das Staatsgebiet in Aktionsbereiche für die repressiven Kräfte und polizeihähnliche Gruppen für die “persecución sistemática de opositores políticos, militantes de izquierda y dirigentes gremiales – entre otras personas – que derivaron en el accionar de grupos de extrema derecha, fomentados o tolerados por el propio Estado”.⁴

Diesbezüglich äußerte sich Diktator Jorge Rafael Videla:

“Utilizaremos esa fuerza cuantas veces haga falta para asegurar la plena vigencia de la paz social. Con ese objetivo combatiremos, sin tregua, a la delincuencia subversiva en cualquiera de sus manifestaciones, hasta su total aniquilamiento.”⁵

ZUR GESCHICHTE ARGENTINIENS

Argentinien ist ein Land in Randlage mit großen Vorkommen an natürlichen Ressourcen und mit einer großen Diversität des Klimas und Ökosystems. Seit seiner Unabhängigkeit unterhielt das Land enge ökonomische und soziokulturelle Verbindungen zu den großen, auswärtigen Mächten. Die Aneignung, Erzeugung und Verteilung der Ressourcen führten jedoch zu einer ungleichen Gesellschaft und riefen blutige Auseinandersetzungen zwischen den widerstreitenden sozialen Gruppierungen hervor. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts trat das Modell

⁴ Antonio Domínguez, Carlos Ernesto Castillo (Hrsg.): Cámara Federal de Apelaciones de La Plata. Poder Judicial de la Nación Argentina. Centro de Información Judicial (CIJ) Agencia de noticias del Poder Judicial. La Plata 2012. www.cij.gov.ar/inicio.html (5.8.2020).

⁵ Jorge Rafael Videla: Discurso pronunciado el día 30 de marzo de 1976 por Excelentísimo Señor Presidente de la Nación, teniente general Jorge Rafael Videla al asumir la Primera Magistratura de la República Argentina. In: Mensajes Presidenciales. Proceso de Reorganización Nacional, 24. Marzo de 1976. Tomo I, República Argentina. Buenos Aires 1976, S. 10. Siehe auch: Maria Seoane, Vicente Muleiro: El dictador: La historia secreta y pública de Jorge Rafael Videla. Buenos Aires 2001.

„Wachstum nach Außen“ in Kraft, das den Außenhandel als Ziel der Agrarexporte hervorhob.

Gleichzeitig trat ein Geldzufluss in Form von direkten Investitionen, wie Krediten oder Finanz- und Bankkapital ein. Im Gegenzug flossen für jedes in Argentinien investierte Pfund/Sterling fünf oder sechs Pfund/Sterling zurück ins Ursprungsland (Vereinigtes Königreich und nach Westeuropa). Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts trat ein neuer, wichtiger Akteur auf den Plan – die USA. Diese „Dreiecksbeziehung“ zwischen Argentinien, den USA und Westeuropa beschwor neue Spannungen innerhalb bereits bestehender interner Konflikte herauf. Zwischen 1870 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 kam es zu enormen Einwanderungswellen, darunter vornehmlich Europäer (Italiener, Spanier, Deutsche und Russen).

Das kapitalistische Argentinien lebte mit vorkapitalistischen Merkmalen zusammen. Das Einkommen eines Landarbeiters reichte kaum zum Überleben. Er musste seine Nahrungsmittel und seine Bekleidung im vom Patron kontrollierten Laden kaufen, wobei er sich verschuldete, sodass seine Arbeit eigentlich Zwangsarbeit war.

Mit den Einwanderern kamen auch anarchistische und sozialistische Ideen ins Land, wodurch in den Städten und selbst auf dem Land linke Arbeiterbewegungen entstanden. Bei den herrschenden Schichten richtete sich neben der alten Grundbesitzeroligarchie die bürgerliche Mittelschicht ein, bestehend aus den alten Kaufleuten und den neu hinzugekommenen kleinen Gruppen europäischen Großkapitals, die dabei waren sich in Argentinien niederzulassen, sowohl im landwirtschaftlichen Außenhandelssektor als auch im Finanzwesen.

“Caracterizamos a la dependencia como elemento determinante de la formación económico-social de la Argentina: la esencia económica de esa dependencia (aunque ésta no es reducible

a ella) es la dominación del capital financiero extranjero de las grandes potencias sobre las principales ramas de la economía del país y su predominio –en asociación con las clases dominantes internas, o con fracciones de ellas– en la estructura social y en el Estado, elemento clave en la expansión del capital monopolista y escenario de la competencia inter-monopolista e inter-imperialista.“⁶

Der Erste Weltkrieg schränkte den internationalen Handel ein und beeinflusste die argentinische Wirtschaft im negativen Sinne, was wiederum die sozialen Konflikte des Landes anheizte. Auf der einen Seite standen Anarchisten und Sozialisten, auf der anderen Seite der Radikalismus, der, während der wirtschaftlichen und politischen Krise von 1890 entstanden, Hipólito Yrigoyen zur Präsidentschaft verhalf (1916-1922 und 1928-1930). Er war die erste große populistische Bewegung Lateinamerikas, die die Wünsche der aufstrebenden städtischen und ländlichen Mittelschicht repräsentierte. Die Universitätsreform, die in Córdoba ihren Ausgang nahm und sich bald auf weitere Teile des Landes und Lateinamerikas ausbreitete, war eine der Manifestationen dieser Bewegung. Der Staatsstreich von 1930, der sich gegen die zweite Amtsperiode Yrigoyens richtete, förderte die Schwachstellen des Radikalismus zutage, der es nicht verstand oder nicht wollte, die Arbeiter*innen und Bauern für sich zu gewinnen. Da waren die blutigen Vorfälle der *Semana Trágica* im Januar 1919 in den Werkstätten *Vasena* in Buenos Aires sowie die tragischen Ereignisse, die zwischen 1920 und 1922 zu den Erschießungen der Rebellen in Patagonien führten.⁷ Angesichts der Krise der 1930er Jahre erhöhten die großen Industriestaaten die protektionistischen Handelsbarrieren und schädigten so die Binnenwirtschaft. Deshalb schlug der

⁶ Claudio Spiguel: La dependencia argentina y sus bases sociales internas. Una evaluación historiográfica en torno a la gran burguesía intermediaria del capital extranjera. In: Ariadna Tucma. Revista Latinoamericana, Vol. II (März 2012-2013) www.ariadnatucma.com.ar (5.8.2020).

⁷ Osvaldo Bayer: La Patagonia rebelde (Bde. 1-2). Buenos Aires 1972; Ders.: La Patagonia Rebelde (Bd.3). Buenos Aires 1974; Ders.: La Patagonia rebelde (Bd.4). Berlin 1975.

Wunsch der herrschenden Schichten Argentiniens fehl, zu den Gegebenheiten am Ende des 19. Jahrhunderts zurückzukehren, was sie zwang, die Frage nach der Rolle des Staates neu zu stellen. Man kehrte zu einem intervenierenden Staat zurück, der regulierende Maßnahmen ergriff, um eine regressive Einkommensverteilung zu garantieren. Der Zweite Weltkrieg erzwang das Vorantreiben einer Politik der Importsubstitution, wobei man als Arbeitskräfte und Binnenmarkt den Strom der Migranten nutzte, die in der Hoffnung auf bessere Perspektiven vom Land in die Hauptstädte strömten.

1943 wurde zu Wahlen gerufen. Der Kandidat der Erzkonservativen war Robustiano Patrón Costa. Aus Angst vor Wahlbetrug organisierte eine heterogene Gruppe von Armeeeoffiziere einen Staatsstreich. Während die mehr konservativen Gruppierungen die „asymmetrisch komplementäre“ Beziehung zwischen Argentinien, dem Vereinigten Königreich und Westeuropa mit einer vom Auslandsmarkt abhängigen Wirtschaft wiederherstellen wollten, gewann unter den jungen Offizieren der Vorschlag, das Land zu industrialisieren, an Kraft. Dieses staatsinterventionistische Konzept wurde vor durch den Arbeitsminister der Putschregierung Oberst Juan Domingo Perón vertreten, der damit die Arbeiterbewegung, den Radikalismus und andere politische und gewerkschaftliche Gruppen anzusprechen suchte. Außerdem trieb er die Vergewerkschaftung einer großen Zahl der städtischen und ländlichen Arbeiter voran. Das erschreckte die konservativeren Gruppen, die ihn 1945 festnahmen. Es waren die Arbeiter, die am 17. Oktober aus den Vorstädten von Buenos Aires bis zur Plaza de Mayo vordrangen, um ihn zu befreien, wodurch sie die mystischen Elemente des *Peronismo* begründeten

Perón wird 1946 zum Präsidenten gewählt, obwohl er sich einer Opposition gegenüber sah, die von den konservativen oligarchischen Gruppen bis hin zu

sozialistischen und kommunistischen Parteien reichte, unterstützt vom amerikanischen Botschafter Spruille Braden. Mit seinem *Partido Laborista* (Arbeiterpartei) gewann er mit rund 52% der Stimmen die Präsidentschaftswahlen. Perons Regierung stützte sich auf eine Allianz der industriellen Klassen und begründete ihre eigene Version eines Wohlfahrtsstaates. Seine Politik der progressiven Einkommensverteilung förderte die Unterstützung der subalternen Sektoren, befeuerte aber gleichzeitig den Groll unter den kapitalistisch orientierten Branchen was Unstimmigkeiten nährte. Paradoxerweise führte Perons Idee der Allianz der Klassen zu deren Konfrontation.

Perón war bewusst, dass Washington die Neutralität Argentinien, die fast bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs angedauert hatte, missfallen hatte. Also nahm Perón, während er ein distanzierendes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beibehielt, die so genannte dritte Position ein. Peron deklarierte sich blockfrei sowohl gegenüber Washington und seinen engsten Verbündeten als auch gegenüber dem Kreml und seinen Satelliten. Obwohl er sich auf ökonomischer Ebene widerwillig zeigt, dem Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank beizutreten, beabsichtigte er doch die bilateralen Beziehungen zu verbessern. Das größte Hindernis bestand darin, dass Peron mit Nordamerika keine genauso gute Beziehung wie zum Vereinigten Königreich mit der „asymmetrischen Komplementarität“ (zum Vorteil Londons) herstellen konnte, da die traditionellen argentinischen Exporte aus Gründen der Konkurrenz mit heimischen Produkten nicht auf den U.S.-amerikanischen Markt gebracht werden durften.

Auf internationaler Ebene baute Perón vor allem die Beziehungen zu den Nachbarländern und dem Rest Lateinamerikas aus. Trotzdem gelang es ihm aufgrund des Protektionismus im eigenen Land nicht die regionalen Vernetzungen in

Lateinamerika voranzutreiben. Nachdem ihm die USA zusetzten, versuchte Perón, sich der UdSSR ökonomisch zu öffnen, und entsandte 1948 eine Handelsmission in die Sowjetunion. Erst mit seinem Sturz 1955 endeten die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion.

DER POSTPERONISMO

Ich erinnere mich noch gut, als meine Mutter mir den Mantel zuknöpfte und mich den langen Gang entlang Richtung Aufzug zog. Nervös und ängstlich konnte ich kaum Schritt halten und klammerte mich an ihrer Hand fest. Wir hielten vor einer Treppe, über die sich spärlicher werdende Reihen von Menschen ergossen. Auf einmal tauchte unter ihnen mein Vater mit seinem Hut auf, warm bekleidet, das Gesicht blass vor Kälte. Er küsste uns zur Begrüßung, wendete sich jedoch sogleich tadelnd an meine Mutter: „*Was macht ihr ausgerechnet jetzt auf der Straße?*“ Aus der Konversation meiner Eltern entnahm ich, dass die *Plaza de Mayo* bombardiert worden war. 1955 wagten die Putschisten innerhalb der Streitkräfte mehrere Umsturzversuche. Am 16. Juni feuerte die Kriegsmarine 14 Tonnen Sprengstoff auf hunderte Demonstranten ab, die versuchten auf der *Plaza de Mayo* die Regierung zu unterstützen. 364 Menschen starben, darunter 19 Grenadiere, an die tausend Menschen wurden verletzt; das schwächte die Regierung noch mehr.

Einige Monate später hörten wir Schüsse. Meine Schwestern und ich sollten den Fenstern fernbleiben. „Sie zünden das peronistische Parteilokal gegenüber an!“ Im Hinterhof mit der großen Palme stieg eine Säule aus Rauch empor. Im September 1955 flüchtete Perón ins Exil nach Paraguay und hinterließ eine illegitime Regierung. Unter den Söhnen der antiperonistischen Familien sang man

im Chor: *“Ay, ay, ay, er soll in Paraguay bleiben!”* Es begann eine Zeit der politischen Instabilität mit sich abwechselnden Zivilregierungen, geschwächt durch die Ächtung des verfolgten *Peronismo* und durch Militärs, die unterschiedliche Visionen innerhalb der Streitkräfte vertraten, welche Strategie es für das Land zu verfolgen galt und was mit dem *Peronismo* geschehen sollte.

Es brechen enorme Repressionen aus. Der *Peronismo* und andere politische Parteien wurden geächtet. Die wichtigsten politischen Führer*innen und peronistische Gewerkschafter*innen wurden verhaftet, flüchteten ins Exil oder lernten im Untergrund zu kämpfen und den peronistischen Widerstand zu organisieren.⁸ Ich erinnere mich noch, wie sich die Erwachsenen flüsternd über geplante Widerstandsaktionen berieten.

Zu dieser Zeit litt die argentinische Gesellschaft nicht nur unter dem heimtückischen Bürgerkrieg, der jede Familie in Befürworter und Gegner Peróns spaltete, sie begann auch den Einfluss anderer Prozesse zu spüren, die während der achtzehn Exiljahre Peróns auf Lateinamerika und die Welt einprasselten. Die kubanische Revolution wurde zum Zentrum der Aufmerksamkeit für eine Gruppierung junger peronistischer Linksintellektueller.⁹ Der Kalte Krieg warf seine langen Schatten auf die argentinische Gesellschaft. Eine Vielfalt politischer Meinungen bis hin zu radikalen Forderungen verschiedener politischer Gruppierungen beherrschten die Diskurse jener Tage. Kommunistische und sozialistische Argumentationen, sowjetischer, kubanischer und chinesischer

⁸ John William Cooke: *Apuntes para la militancia*. Buenos Aires 1973; Ernesto Salas: *Uturuncos. El origen de la guerilla peronista*. Buenos Aires 2006.

⁹ Carolina Crisorio: *La Argentina en la Segunda Posguerra y la Revolución Cubana. La década de 1960*. In: Germán Rodas (Hrsg.): *Influencia de la Revolución Cubana en Latinoamérica en los años 60*. Quito 2009, S. 13-50.

Provenienz sowie befreiungstheologische Ansätze verhinderten ein gemeinsames Vorgehen der Linken.

Der Großteil der zwischen 1955 und 1973 amtierenden Regierungen zielten darauf ab, die sozialen Errungenschaften des Peronismus rückgängig zu machen. Der sich selbst Argentinische Revolution bezeichnende Putsch unter der Führung des General Juan Carlos Onganía stach vor allem durch die Verletzung der universitären Autonomie hervor. Der Zugriff der Polizei gegen Professoren und Studierende in der *“Nacht der langen Schlagstöcke”* am 29. Juli 1966 führte zu einer Radikalisierung der politischen Landschaft. Ongánias Politik orientierte sich an der Fortsetzung der Privatisierung des Staates und der Entnationalisierung argentinischer Firmen durch Kapital von außen, wodurch die externe Verschuldung immer weiter anstieg. Der kritische Verlauf der wirtschaftlich regressiven Politik förderte den politischen Widerstand und führte zu zahlreichen Aufständen der Arbeiter und Studenten, wie beispielsweise dem *Cordobazo* (Córdoba 29. bis 30. Mai 1969), dem *Tucumanazo* (Mai 1969), dem *Rosarioazo* (Mai bis September 1969) oder dem *Vivorazo* (Córdoba 1971). Angesichts der enormen Unterdrückung sahen einige politische Bewegungen die beste Antwort in der städtischen und ländlichen Guerilla.

In einem hochkomplexen Szenario politischer Morde und gegenseitiger Anschuldigungen, eingebettet in die weltweite Arena des Kalten Krieges, spaltete sich die anti-peronistische Front in zwei Hauptgruppen. An der einen Front blieb man dem Peronismus gegenüber unnachgiebig, an der anderen sah man im Peronismus das geringere Übel angesichts des Vormarschs des Kommunismus in Argentinien und weltweit. So eröffnete sich die Möglichkeit einer Rückkehr Peróns aus dem spanischen Exil unter der Führung von Alejandro Agustín Lanusse. Obwohl Perón selbst weiterhin geächtet wurde, würde man dem

Peronismo erlauben, mit einem eigenen Kandidaten bei den Wahlen im März 1973 anzutreten. Perons Gewährsmann Héctor J. Cámpora gewann die Wahlen, um fast umgehend wieder Wahlen auszurufen, diesmal sollte Peron selbst antreten. Perón, der mittlerweile beträchtlich gealtert und schwer erkrankt war, gewann die Wahlen im September 1973 und trat somit seine dritte Amtszeit an, begleitet von seiner letzten Ehefrau, María Estela Martínez de Perón, auch genannt Isabel Perón.

Doch die Lage blieb sowohl politisch als auch ökonomisch instabil. US-Präsident Nixon ließ das Bretton-Woods Abkommen zusammenbrechen, indem er die Aufhebung der Dollar-Konvertierbarkeit in Gold verkündete (Nixon-Schock). Hinzu kam, dass die Ölkrise ausbrach. Die bereits industrialisierten Länder litten unter Stillstand und Inflation. Eine Situation, die sie zwang, neue Formen der Arbeitsorganisation zu suchen und den einstigen Wohlfahrtsstaat noch stärker in Frage zu stellen. All dies bildete die Basis für den Neoliberalismus, zu dessen erstem Testfeld Chile unter Diktator Pinochet wurde.

Doch im Juli 1974 starb Perón und seine wenig fähige und erzkonservative Witwe Isabel Perón folgte ihm im Amt nach. Sie hatte keine Ahnung von Politik und Wirtschaft. Die Versuche der staatlichen Preiskontrolle befeuerten die Aktivitäten am Schwarzmarkt und beschleunigten die Inflation.

Polizeiähnliche Gruppen, wie die *Triple A* (*Alianza Antiimperialista Argentina*) starteten ihre Razzien und begannen, bedeutende Persönlichkeiten wie etwa den linksperonistischen Anwalt und Historiker Rodolfo Ortega zu attackieren. Ortega wurde schließlich 1974 ermordet. Im selben Jahr tötete die *Triple A* den linksgerichteten Politiker Dr. Silvio Frondizi. Er war einer der wichtigsten marxistischen Anführer und Bruder des ehemaligen Präsidenten Arturo Frondizi (1958-62). An den Universitäten wurden Schauplatz zunehmend gewaltsamer Drohungen und

Konfrontationen. Die Professorin und bekannte Mediävistin Reyna Pastor de Togneri, die bereits während der Diktatur von Juan Carlos Onganía ins Exil hatte flüchten müssen, floh nach Mordandrohungen erneut ins Ausland.

In Tucumán nutzte man die aktive Präsenz der Revolutionären Aufständischen Volksarmee (span. ERP) als Vorwand, um mit der systematischen Repression zu beginnen. Die "Operation Unabhängigkeit" sollte dazu dienen, das neue nationale Wirtschaftsmodell in der Provinz zu festigen und den politischen Widerstand dagegen zu brechen. Im Rahmen der Doktrin der Nationalen Sicherheit kam es zu flächendeckender Repression, indem man die Vorstellung des "inneren Feindes" einführte.¹⁰

Der Versuch eines der letzten Wirtschaftsminister vor dem Putsch von 1976, Celestino Rodrigo, eine „Wirtschaftspolitik der Anpassung“ einzuführen, stieß auf großen Widerspruch. Die Tage der schwächelnden Regierung waren gezählt. Am 24. März 1976 erfolgt angesichts der Untätigkeit der Oppositionsparteien der Staatsstreich.

DER STAATSTERORISMUS

Die Panzer eroberten die Straßen der Hauptstadt. Die Regierung fiel in die Hände der Militärjunta unter der Führung des Generals Jorge Rafael Videla

¹⁰ Der Bruch der Menschenrechte durch die Militärs war nicht neu. Bereits am 22. August 1972 kam es unter der de facto Regierung General Alejandro Agustín Lanusse zum Massaker von Trelew (PJM, 2012). Sitios de Memoria: Juicio "Operativo Independencia" Secretaria de Derechos Humanos y Pluralismo Cultural. Ministerio de Justicia y Derechos Humanos. Presidencia de la Nación. Folleto. Buenos Aires 2016.

(Armee), des Admirals Emilio Eduardo Massera (Marine) und des Brigadiers Orlando Ramón Agosti (Luftwaffe).¹¹ Sie führten den “Prozess der Nationalen Reorganisation” ein, um

“restituir los valores que sirven de fundamento a la conducción integral del Estado, enfatizando el sentido de moralidad, idoneidad y eficiencia imprescindibles para reconstruir el contenido y la imagen de la Nación, erradicar la subversión y promover el desarrollo económico de la vida nacional basado en el equilibrio y la participación responsable de los distintos sectores, a fin de asegurar la posterior restauración de una democracia republicana, representativa y federal, adecuada a la realidad y las exigencias de solución y progreso del pueblo argentino...”¹²

Die großen Protestbewegungen, die Demonstrationen der Arbeiter und Studenten wurden mit Kugeln und Blut mundtot gemacht, und über dem Land herrschte eine friedhofsgleiche Ordnung.

“La ocupación territorial fue una poderosa herramienta de dominación y un medio fundamental para lograr el control masivo de la población a través del terror, utilizando el secuestro, la aplicación sistemática de torturas durante los interrogatorios, el asesinato y la desaparición forzada de personas.”¹³

An der Universität von Buenos Aires zielte man besonders auf die ‘problematischen’ Fakultäten, wie die der Philosophie und Literatur ab, wo die „Säuberung“ etlicher Professoren bereits vor dem Putsch begonnen hatte. Nach dem Staatsstreich wurden nicht nur Professoren und Studenten verfolgt, sondern auch die Lehrpläne von „politischen Irrlehren“ entrümpelt. Im Fach Geschichte wurde

¹¹ General Videla blieb bis zum 29. März 1981 Präsident Argentinien. Ihm folgte Armeekommandant General Roberto Eduardo Viola nach, der wiederum am 22. Dezember 1981 von General Leopoldo Fortunato Galtieri abgelöst wurde. Nach der Niederlage im Malvinen-Krieg gegen das Vereinigte Königreich bekleidete General Reynaldo Bignone vom 1. Juli 1982 bis zum 10. Dezember 1983 als bislang letzter Militär das Amt des Staatspräsidenten.

¹² Mario Rapoport y colaboradores: *Historia económica, política y social de la Argentina (1880-2000)*. Buenos Aires 2000, S. 738-739.

¹³ Juicio “Operativo Independencia”, 2016.

Latein in allen Bereichen wiedereingeführt, Argentinische, Lateinamerikanische und Zeitgeschichte wurden eingeschränkt, um verbotene Themen nicht zu berühren. Die Polizei durchsuchte Studentinnen und Studenten beim Betreten der Universität. Das Anbringen von Plakaten sowie das Verteilen von Flugblättern und Petitionen waren verboten, genauso wie Ansammlungen von mehr als drei Personen im öffentlichen Raum (Straßen und Plätze). Die historiografische Debatte verschwand. Listen mit regimekritischen Autoren und Büchern wurde erstellt, darunter das Buch "El cubismo", dessen Inhalt - die kunstgeschichtliche Stilrichtung - fälschlicherweise mit der Kubanischen Revolution assoziiert wurde. In der Mathematik war die Mengenlehre untersagt. Auch gab es eine Auflistung von Schauspielern und Regisseuren, deren Arbeit in Kino und Fernsehen nicht mehr gezeigt werden durfte. Es herrschte eine absolute Informationszensur, die Wahrheit wurde wissentlich verfälscht. Viele Medienunternehmen, Journalisten und andere Kommunikatoren kollaborierten mit dem Putsch. Nicht zuletzt deshalb, weil jene, die ihren Überzeugungen treu blieben, ermordet wurden oder als Vermisste endeten. Das schier untragbare Klima der Verfolgung und des Misstrauens zwang die Menschen zur Selbstzensur: Verbotene Bücher wurden versteckt oder sogar vernichtet, vertrauen konnte man niemandem.

Über Argentinien und auch den Rest Südamerikas rollte eine von der *Doctrina de Seguridad Nacional* (Doktrin der Nationalen Sicherheit) inspirierte Welle der Unterdrückung.

"Todos ustedes saben que se trata de una concepción ideológica montada y estructurada para hacer de nuestras Fuerzas Armadas ejércitos de ocupación en su propio país, sostenedoras de equipos económicos y políticos interesados en la concentración de la riqueza, en la implantación de un poder corrupto e inhumano, ejercido sin control y que ligara fuertemente nuestra patria a intereses antinacionales." "[La Doctrina de la Seguridad Nacional]... pretendió destruir la conciencia política de los argentinos mediante la desinformación, mediante el lavado de cerebro de

niños y jóvenes y con ese fin se desarrolló una política educativa y cultural, oscurantista, medieval y represiva.” “El disenso, la libertad intelectual, la capacidad creadora, fueron considerados peligrosos y subversivos... Militantes estudiantiles y docentes pagaron con su vida la pretensión de querer pensar.”¹⁴

Die Entführten wurden unrechtmäßig festgenommen und in Konzentrationslager gebracht.

“La acción represiva configuró un sistema concentracionario para control de la población civil. Las personas secuestradas eran retenidas en los centros clandestinos y torturadas con el objetivo de que brindaran información para, posteriormente, los perpetradores definir su destino: la llamada “disposición final” o ejecución, ser puestos a disposición del Poder Ejecutivo Nacional (PEN) u otorgarles arbitrariamente la libertad.”¹⁵

Diese zerstörerische Maschinerie versuchte, die sozialen Akteure der unterschiedlichsten Ideologien, die für eine gerechtere Gesellschaft kämpften, einzuschüchtern. Man predigte die Notwendigkeit, die Republik zu retten, obgleich es in Wahrheit der Wunsch war, zu einer oligarchischen Republik zurückzukehren, in der die wirtschaftlichen und soziokulturellen Hebel in einigen wenigen Händen lagen. Dafür war es unabdingbar, dass das politische Verfahren nicht demokratisiert wurde.

Infolge wiederholter Anzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen, schickte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte im September 1979 eine Mission nach Argentinien. Ihr Bericht über die Willkür der Diktatur lautet wie folgt:

¹⁴ Simón Lazara: Palabras. In: Jornadas Nacionales Derechos Humanos en la Educación: Enseñanza y Práctica. Buenos Aires 1984, S. 7-8.

¹⁵ Sitios de Memoria: Juicio “Operativo Independencia”. Secretaría de Derechos Humanos y Pluralismo Cultural. Ministerio de Justicia y Derechos Humanos. Presidencia de la Nación. 2016. Folleto.

“La Comisión ha llegado a la conclusión de que, por acción de las autoridades públicas y sus agentes, en la República Argentina se cometieron durante el período a que se contrae este informe –1975 a 1979– numerosas y graves violaciones a los derechos humanos” (Luis Bruschtein, 1999). El periodista José Ignacio López interrogó al dictador Videla sobre “el tema de los desaparecidos y los detenidos sin proceso”. Videla respondió: “Y con una visión cristiana de los derechos humanos, el de la vida es fundamental, el de la libertad es importante (...). La Argentina atiende a los DDHH en esa onmicomprensión que el término significa (...). Frente al desaparecido en tanto esté como tal, es una incógnita. Si el hombre apareciera tendría un tratamiento X y si la aparición se convirtiera en certeza de su fallecimiento, tiene un tratamiento Z. Pero mientras sea desaparecido no puede tener ningún tratamiento especial, es una incógnita, es un desaparecido, no tiene entidad, no está... ni muerto ni vivo, está desaparecido, frente a eso no podemos hacer nada...”

“Es posible afirmar que -contrariamente a lo sostenido por los ejecutores de tan siniestro plan- no solamente se persiguió a los miembros de organizaciones políticas que practicaban actos de terrorismo. Se cuentan por millares las víctimas que jamás tuvieron vinculación alguna con tales actividades y fueron sin embargo objeto de horrendos suplicios por su oposición a la dictadura militar, por su participación en luchas gremiales o estudiantiles, por tratarse de reconocidos intelectuales que cuestionaron el terrorismo de Estado o, simplemente, por ser familiares, amigos o estar incluidos en la agenda de alguien considerado subversivo”.¹⁶

Das brutale Vorgehen gegen zu Unrecht verdächtigte Personen sind Verbrechen gegen die Menschheit:

“el Tribunal considera que los hechos que se investigan en estos obrados formaron parte del aparato represivo ilegal que se instauró en nuestro país [la Argentina] a partir del año 1976, y se enmarcan dentro de los delitos propios del terrorismo de Estado que se llevaron a cabo dentro de un contexto sistemático de aberrantes hechos similares, que importaron una multitud de actos

¹⁶ Nunca más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas, creada por el Poder Ejecutivo Nacional en diciembre de 1984 por el presidente Raúl Ricardo Alfonsín. EUDEBA. Buenos Aires 1984, S. 213. Siehe auch: Daniela Allerbon, Victoria Ginzberg, Alejandra Dandán (Hrsg.): El Nunca más y los crímenes de la dictadura. Cultura Argentina. Ministerio de Cultura de la Nación Argentina. Programa Libros y casas. Buenos Aires 2012, S. 224.

ilícitos tales como privaciones de libertad, torturas, homicidios, perpetrados desde el poder estatal o bajo su amparo, y que constituyen una violación a las normas fundamentales del derecho internacional de los derechos humanos.”¹⁷

Die repressiven Kräfte beriefen sich auf das Strafgesetz 20840 für aufrührerische Aktivitäten in all ihren möglichen Ausführungen (30/09/1974) und auf das Dekret 1368, das den Ausnahmezustand unter Bezugnahme auf die Guerillaorganisationen erklärte, die zu diesem Zeitpunkt schon längst sehr dezimiert waren. Man autorisierte das Generalkommando der Armee, subversive Kräfte auszuschalten:

“a ejecutar las operaciones militares que sean necesarias a los efectos de neutralizar y/o aniquilar el accionar de elementos subversivos que actúan en la provincia de Tucumán.”¹⁸

Außerdem hieß es ausdrücklich, die Streitkräfte sollten weiterhin

“ejecutar las operaciones militares y de seguridad que sean necesarias a efectos de aniquilar el accionar de los elementos subversivos en todo el territorio del país” habiéndose constatado que los primeros centros clandestinos de detención comenzaron a funcionar en ese mismo año.”¹⁹

“La figura del *“delincuente subversivo”* sería explotada por la dictadura militar para la implementación del exterminio masivo. [...] se persiguió, secuestró, torturó y eliminó desde el propio Estado, en forma sistemática y programada, y violando los derechos humanos más elementales, a miles de personas que representaban a sectores sociales y políticos solidarios,

¹⁷ Delitos de lesa humanidad. Violación de domicilio. Privación ilegítima de la libertad. Torturas y homicidio. Hechos investigados que constituyen delitos de Lesa Humanidad de carácter imprescriptible. Grupos Paraestatales. Accionar Represivo. Ley 20.840. Dto. 1368/74. Dto. 261/75 “Lucha Antisubversiva”. Valoración de Testimonios de Autos y del denominado Juicio de la Verdad llevado a cabo por el Tribunal.” Cámara Federal de Apelaciones de La Plata. Buenos Aires 2012, S.19. www.cij.gov.ar (5.8.2020)

¹⁸ Decreto 261/75.
http://www.argentinahistorica.com.ar/intro_cronica.php?tema=6&titulo=46&subtitulo=208
 (5.8.2020)

¹⁹ Decretos 2770, 2771 y 2772 6/10/1975.
https://cdn.educ.ar/repositorio/Download/file?file_id=ca611817-f68a-4767-a71a-6507882ccd35 (5.8.2020)

contestatarios y autónomos. Y también resulta público y notorio que en ese contexto actuaron de manera conjunta las Fuerzas Armadas, las fuerzas de seguridad y grupos paraestatales.”²⁰

Oberstes Ziel war es, jeglichen Widerstand gegen diesen zerstörerischen Plan zu zerschlagen, und dazu praktizierte man ein Vorgehen, das den Staat mit der Beteiligung von adhoc-Kommandos involvierte:

“...en ese contexto actuaron de manera conjunta las Fuerzas Armadas, las fuerzas de seguridad y grupos paraestatales... [que] efectuaron secuestros y asesinatos de manera selectiva, que tuvieron como víctimas a personas con una particular identificación social, política e ideológica, generalmente vinculadas con la actividad gremial, y respondieron a la misma lógica con la que el “Proceso de Reorganización Nacional” del último gobierno militar de nuestro país llevó adelante un exterminio masivo de seres humanos. La función primordial de estos grupos armados, que actuaban bajo el amparo estatal, consistió en la desarticulación de movimientos estudiantiles, gremiales y barriales, mediante el aniquilamiento de sus principales referentes, situación que se profundizó a partir del golpe militar del 24 de marzo de 1976.”²¹

In einem Interview mit Diktator Jorge Rafael Videla meinte dieser:

“los decretos de Luder nos dieron todo el poder y competencias para desarrollar nuestro trabajo e incluso excedían lo que habíamos pedido; Luder, prácticamente, nos había dado una licencia para matar, y se lo digo claramente. La realidad es que los decretos de octubre de 1975 nos dan esa licencia para matar que ya he dicho y casi no hubiera sido necesario dar el golpe de Estado.”²²

In diesen Jahren gab es Hunderte von Entführten. Diejenigen, die überlebten, halfen bei der Rekonstruktion der Untaten. Man schätzt, dass die Diktatur 30.000 verschwundene oder inhaftierte Personen hinterlassen hat. Bei der Rückkehr zur Demokratie bildete die harte Arbeit, die Wahrheit zu eruieren, die Erinnerung wachzuhalten und Gerechtigkeit herzustellen, den Rahmen, in dem die

²⁰ Delitos de Lesa Humanidad. 2012, S. 3.

²¹ Ebenda, S. 3.

²² Ebenda, S. 3.

forensische Anthropologie in Argentinien die Techniken zur Identifizierung der Leichen perfektionierte. Außerdem förderten die Menschenrechtsorganisationen die Einrichtung einer genetischen Datenbank, um bei der Identifikation jener Kinder behilflich zu sein, deren Mütter als Häftlinge verschwunden waren.

TABELLE I

Orte der Festnahme	%
Festgenommen im eigenen Haus vor Zeugen	62
Festgenommen auf offener Straße	24,6
Festgenommen bei der Arbeit	7
Festgenommen auf Hochschulen	6
Verschwundene, die sich legal in Haft befanden (militärisch, polizeilich, Gefängnis) und entführt wurden	0,6

Quelle: Nunca más. Informe de la CONADEP. EUDEBA. 1984.²³

TABELLE II

Zeitpunkt der Festnahme	%
Nachts	62
Untertags	38

Quelle: Nunca más. Informe de la CONADEP. EUDEBA. 1984.

²³ Nach der Rückkehr zur Demokratie wurde die Nationale Kommission für das Verschwinden von Personen, *Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas* (CONADEP), geschaffen, um Delikte von Verbrechen gegen die Menschenrechte zu ermitteln. Sein erster Bericht, in den folgenden Jahren immer wieder erweitert, gibt einen ersten Überblick über die Ermittlungen zum Staatsterrorismus. Die Kommission bestand aus Ernesto Sábató (Vorsitzender), Magdalena Ruiz Guiñazú, Ricardo Colombres, René Favaloro (trat zurück), Hilario Fernández Long, Carlos Gattinoni, Gregorio Klimovsky, Marshal Meyer, Jaime de Nevares, Eduardo Rabossi, Santiago López, Hugo Piuçill, Horario Huarte, y los secretarios Graciela Fernández Meijide, Daniel Salvador, Raúl Aragón, Alberto Mansur y Leopoldo Silgueira.

TABELLE III

Geschlecht der Verschwundenen	%
Frauen	30
Männer	70
Schwangere	3

Quelle: Nunca más. Informe de la CONADEP. EUDEBA. 1984.

TABELLE IV

Festnahmen nach Beruf	%
Arbeiter	30,2
Studenten	21,0
Angestellte	17,9
Akademiker	10,7
Lehrer	5,7
Selbstständige und andere	5,0
Hausfrauen	3,8
Rekruten und untergeordnetes Personal der Streitkräfte	2,5
Journalisten	1,6
Schauspieler, Künstler, etc.	1,3
Geistliche	0,3

Quelle: Nunca más. Informe de la CONADEP. EUDEBA. 1984.

DIE ORGANISATION

Die Vorgehensweise der repressiven Kräfte war keineswegs zufällig. Denn im Unterschied zu dem, was in Lateinamerika und in der Karibik unter dem Vorzeichen der Doktrin der Nationalen Sicherheit geschah, wurden in diesen Jahren in Westeuropa Mitglieder bewaffneter Organisationen im Rahmen der bestehenden Gesetze festgenommen und abgeurteilt. Was Argentinien (und einige andere lateinamerikanische Diktaturen jener Jahre) von Westeuropa unterschied, war das Konzept der verschwundenen Verhafteten, das den Terror verstärken und Angst hervorrufen sollte. Die Entführungsoperationen fanden ohne jegliche

Einschränkung im gesamten nationalen Territorium statt. Diese Sondereinheiten, die sowohl den Streitkräften als auch den Polizeikräften sowie polizeiähnlichen Einheiten angehörten, stürmten Wohnungen oder Arbeitsplätze ohne Gerichtsbeschluss, oft nachts, und ohne den Opfern ihre Identität preiszugeben. Rief jemand die Polizei, um die Einheiten aufzuhalten, antwortete man ihnen, dass die Operation nicht gestört werden dürfe, diene sie doch der Befreiung des argentinischen Staatsterritoriums.²⁴

Die Einsätze der Sondereinheiten konnten Stunden oder sogar Tage dauern. Dabei vergriffen sich die ausführenden Organe am Hab und Gut der Entführten, was sie Kriegsbeute nannten.

“La planificación de las operaciones [de los grupos de tarea] se hacía en el Salón Dorado ubicado en la planta baja del Casino de Oficiales de la ESMA [Escuela de Mecánica de la Armada]. Se desplazaban en automóviles no identificados como del Arma y algunos camuflados como perteneciente a entidades estatales o privadas. Todos estos vehículos habían sido previamente robados y cambiadas sus chapas-patentes. Eran además los que saqueaban las casas que allanaban y destrozaban todo lo que de allí no les interesaba. El producto del saqueo era llevado en algunos casos a la ESMA y depositado en un «pañol». Este mobiliario se distribuía luego entre los miembros del GT con el carácter de «botín de guerra».”²⁵

Die Folter begann oft schon am Ort der Festnahme und wurde in geheimen Gefangenenlagern fortgesetzt.

“Con el traslado del secuestrado al CCD finaliza el primer eslabón de un tenebroso periplo. Amenazados y maniatados, se los ubicaba en el piso del asiento posterior del vehículo o en el baúl, sumando al pánico la sensación de encierro y muerte. Se procuraba así que el terror no se extendiera más allá de la zona donde se desarrollaba el operativo.” (Nunca más, 1984). “Los centros de detención, [...] existieron en toda la extensión de nuestro territorio, constituyeron el

²⁴ Nunca más, 1984, S. 45.

²⁵ Nunca más, 1984, S. 74.

presupuesto material indispensable de la política de desaparición de personas. Por allí pasaron millares de hombres y mujeres, ilegítimamente privados de su libertad, en estadias que muchas veces se extendieron por años o de las que nunca retornaron.”²⁶

Die Fahrzeuge, die für diese Einsätze hauptsächlich genutzt wurden, waren grüne Autos der Marke Ford Falcón, die fortan unmittelbar mit jener Form der Unterdrückung assoziiert wurden.

Man unterzog die Festgenommenen dem *tabicamiento*, was bedeutete, dass ihnen auf unbestimmte Zeit die Augen verbunden wurden. In den geheimen Gefangenenlagern (auch span. pozos genannt) konnten die Häftlinge tage- aber auch monatelang gefoltert werden. Die Folter bestand unter anderem aus elektrischen Schlägen, vor allem an den sensibelsten Stellen des Körpers, um besonders große Schmerzen zu verursachen. Nicht selten bis zur Ohnmacht, mit gravierenden gesundheitlichen Konsequenzen für die Opfer. Zudem gab es unterschiedliche Methoden psychischer Folter, im Zuge derer beispielsweise Erschießungen simuliert und die Gefangenen verbal schikaniert und gedemütigt wurden. Selbst das Essen und die sanitären Bedingungen dienten dazu, die Verhafteten zu entwürdigen. Damit die Häftlinge ihre menschliche Identität verloren, wurden sie zu Nummern degradiert. Besagte Gefangenenlager wurden separat und völlig abgeschlossen geführt. Weder gemeine Polizeikräfte noch Gendarmerie und gemeine Militärs durften jene Sonderhaftanstalten und Lager betreten, da man befürchtete, jemand könnte Mitleid mit den Gefangenen entwickeln. Einige Häftlinge wurden in Folge in reguläre Gefängnisse überstellt, die Existenz geheimer Lager wurde in der Öffentlichkeit negiert.

²⁶ Nunca más, 1984, S. 62. Bis 2015 wurden 120 Repressionszentren ausgewiesen, dazu 34 Orte im ganzen Land als Erinnerungsorte; und man identifizierte 700 Lager. Sitios de Memoria, 2015, S. 5.

“Si bien la adaptación de establecimientos destinados a albergar clandestinamente a detenidos se intensifica a partir del golpe de estado de 1976, existen antecedentes en esta Comisión de los que resulta que ya en el año 1975 funcionaron centros de esta naturaleza en jurisdicción del III Cuerpo de Ejército, en Tucumán y Santiago del Estero, que operaron como centros pilotos durante el "Operativo Independencia".²⁷

Verhaftete oder Vermisste mit weniger Glück wurden in vermeintlichen Zusammenstößen ermordet (dann wurde von Konfrontationen der Truppen mit nicht existenten Guerillas berichtet). Andere wurden auf die so genannten Todesflüge geschickt. Man warf die Vermissten aus den Flugzeugen in Flüsse oder in den Atlantik, wie dies Adolfo Scilingo dem Journalisten Horacio Verbitzky gestand, dem er einen Brief aus den 1990er Jahren, adressiert an General J. R. Videla, zeigte. Dieser Text ist schaudererregend:

"En 1977, siendo Teniente de navío, estando destinado en la Escuela de Mecánica, con dependencia operativa del Primer Cuerpo de Ejército, siendo usted el Comandante en Jefe y en cumplimiento de órdenes impartidas por el Poder Ejecutivo cuya titularidad usted ejercía, participé de dos traslados aéreos, el primero con 13 subversivos a bordo de un Skyvan de la Prefectura, y el otro con 17 terroristas en un Electra de la Aviación Naval. Se les dijo que serían evacuados a un penal del sur y por ello debían ser vacunados. Recibieron una primera dosis de anestesia, la que sería reforzada por otra mayor en vuelo. Finalmente en ambos casos fueron arrojados desnudos a aguas del Atlántico Sur desde los aviones en vuelo. Personalmente nunca pude superar el shock que me produjo el cumplimiento de esta orden, pues pese a estar en plena guerra sucia, el método de ejecución del enemigo me pareció poco ético para ser empleado por militares, pero creí que encontraría en usted el oportuno reconocimiento público de su responsabilidad en los hechos", decía. "Como respuesta ante el tema de los desaparecidos usted dijo: hay subversivos viviendo con nombres cambiados, otros murieron en combate y fueron enterrados como NN y por último no descartó algún exceso de sus subordinados. ¿Dónde me incluyo? ¿Usted cree que esos traslados realizados semanalmente eran producto de excesos inconsultos? Terminemos con el cinismo. Digamos la verdad. Dé a conocer la lista de los

²⁷ Nunca más, 1984, S. 65.

mueritos, pese a que en su momento no asumió la responsabilidad de firmar la ejecución de los mismos. La injusta condena que dice que cumplió fue con la firma de un presidente ordenando el juicio, con la firma del fiscal solicitando condena, con la firma de jueces fijando sentencia. Todos, equivocados o no, dieron la cara y su firma. Nosotros todavía cargamos con la responsabilidad de miles de desaparecidos sin dar la cara y decir la verdad y usted habla de reivindicaciones. La reivindicación no se logra por decreto". Terminaba anunciándole que si Videla no asumía su responsabilidad, él publicaría la carta "para que se sepa la verdad." —¿Qué le contestó Videla? —Nunca me contestó nada."²⁸

Manche Körper der in Gefangenschaft Ermordeten wurden an die Küsten Uruguays (Cabo Polonio) oder Argentinien (Santa Teresita y Mar de Tuyú) angespült.²⁹

Einige Folterknechte demütigten mit Vorliebe die jüdischen Gefangenen und brachten ihre Bewunderung für den Nationalsozialismus zum Ausdruck:

“En el CCD La Perla, Liliana Callizo (Legajo N° 4413) «escuchaba los gritos de Levin cuando lo golpeaban e insultaban por ser judío...»; Alejandra Ungaro (Legajo N° 2213) relata que luego de ser golpeada, sobre todo en la espalda y la cabeza «me pintaron el cuerpo con svásticas en marcador muy fuerte». En el CCD El Atlético, el «represor que se hacía llamar "el gran führer" hacía gritar a los prisioneros: "¡Heil Hitler!" y durante la noche era normal escuchar grabaciones de sus discursos» (D. Barrera y Ferrando Legajo N° 6904)³⁰

Einige Häftlinge mussten bürokratische Verwaltungsarbeiten verrichten, wie das Fälschen von Ausweisen, von Eigentumsbescheinigungen für Immobilien, KFZ-Anmeldungen etc.

²⁸ Horacio Verbitzky: El vuelo. Buenos Aires 1995, S. 8.

²⁹ Adolfo Scilingo wurde in Spanien der Prozess gemacht; er wurde für schuldig befunden, dreißig Gefangene ins Meer geworfen zu haben, und zu 1084 Jahren Gefängnis verurteilt. Allerdings besagt der kürzliche Artikel von Alejandro Requeijo, dass sich Scilingo frei in der Umgebung von Madrid bewegt. (Encontraron a Adolfo Scilingo, 2018).

³⁰ Nunca más, 1984, S. 69.

Die Kinder, die in Gefangenschaft geboren wurden, und auch Jugendliche, die im Zuge der Festnahmen in die Lager gebracht worden waren, wurden von Mitgliedern der repressiven Kräfte übernommen und als eigene ausgegeben. Manchmal blieben die Kinder auch bei Nachbarn oder wurden mit etwas Glück Familienangehörigen übergeben. Schätzungen zufolge wurden während der Diktatur ungefähr 400 Kinder widerrechtlich zwangsadoptiert. Seit 1977 werden diese Kinder von der zivilgesellschaftlichen Vereinigung der *Abuelas de la Plaza de Mayo* gesucht; bis heute konnten 127 solcher Kinder wiedergefunden werden.

ENTFÜHRT, VERSCHLEPPT, ERMORDET

Einer der bedeutendsten Fälle ist wohl jener des Journalisten Rodolfo Walsh, der im Untergrund gegen die Militärregierung weiterkämpfte. Sein Bericht "*Carta abierta de un escritor a la Junta Militar*" über deren Illegitimität erschien anlässlich des einjährigen Bestehens der Diktatur im März 1977. Während seiner Verhaftung am 25. März 1977 starb er bei einem Schusswechsel mit Soldaten. Sein Bericht hat nach wie vor eine schaurige Aktualität.

"Ilegítimo en su origen, el gobierno que ustedes ejercen pudo legitimarse en los hechos recuperando el programa en que coincidieron en las elecciones de 1973 el ochenta por ciento de los argentinos y que sigue en pie como expresión objetiva de la voluntad del pueblo, único significado posible de ese "ser nacional" que ustedes invocan tan a menudo. Invirtiendo ese camino han restaurado ustedes la corriente de ideas e intereses de minorías derrotadas que traban el desarrollo de las fuerzas productivas, explotan al pueblo y disgregan la Nación. Una

política semejante sólo puede imponerse transitoriamente prohibiendo los partidos, interviniendo los sindicatos, amordazando la prensa e implantando el terror más profundo que ha conocido la sociedad argentina.”³¹

Während der ersten drei Jahre der Diktatur verschwanden mehr als achtzig links positionierte Journalisten sowie zahlreiche Anhänger Peróns. Unter ihnen beispielsweise Raymundo Gleyzer, Filmregisseur und -kritiker sowie Autor von *México, la revolución congelada*; Susana Pirí Lugones, Schriftstellerin, Verlegerin und Übersetzerin; Héctor Germán Oesterheld, der Autor von Comics wie *El Eternauta I* und *II*, *Sargento Kirk* und *Vida del Che*; oder Haroldo Conti, der für seinen Roman *Masc aró, el cazador americano* den *Premio Casa de las Américas* in Havanna erhalten hatte. Am 15. April 1977 kam es zur widerrechtlichen Festnahme und Entführung des Gründers und Leiters der Tageszeitung *La Opinión*, Jacob Timmerman sowie von Rafael Perrotta, dem Geschäftsführer der Zeitung *El Cronista Comercial*.³²

TABELLE V

Festgenommene Journalisten nach dem Jahr ihrer Entführung	
1976	43
1977	28
1978	10

Quelle: Nunca más. Informe de la CONADEP. EUDEBA. 1984.

31 Rodolfo Walsh: Carta Abierta de un escritor a la Junta Militar. Buenos Aires 1977. www.adhilac.com.ar (5.8.2020).

32 Hugo Alconada Mon: Misterio de una doble vida. In: La Nación. 2 de diciembre de 2011. <https://www.lanacion.com.ar/1429020-misterios-de-una-doble-vida> (5.8.2020)

Am 16. September 1976 wurde eine Gruppe Jugendlicher entführt, die in der Stadt La Plata in der Provinz Buenos Aires für die Bewilligung von Schülerfahr-scheinen demonstriert hatten. Am Abend desselben Tages kam es zur sogenannten *Noche de los lápices* (Nacht der Bleistifte) in welcher die Mehrzahl der Entführten ermordet wurde. Einer der Überlebenden war Pablo Díaz. Er wurde später zu einem Kronzeugen für die Aufarbeitung des Falles, nicht zuletzt, weil die Entführer der Armee angehörten und ein katholischer Kaplan an den Folterungen beteiligt war und, so Díaz, „uns bat geständig zu sein, da wir dann reinen Gewissens in den Himmel kommen würden“³³. Pablo Díaz wurde drei Monate im Lager von *Pozo de Banfield* in der Provinz von Buenos Aires festgehalten, bevor er den offiziellen Behörden übergeben wurde. Seinen Beobachtungen entnehmen wir, dass es sich bei den meisten Insassen im Lager Pozo de Banfield um Jugendliche handelte, darunter einige schwangere junge Frauen. Zusammengepfercht und mit Klebeband verbundenen Augen saßen sie in ihren eigenen Fäkalien und mussten physische und psychische Folter über sich ergehen lassen. Die Frauen wurden erniedrigt und vergewaltigt. Über das Schicksal der in Gefangenschaft geborenen Kinder, herrscht bis heute Ungewissheit. Gemeinsam mit anderen Insassen kümmerte sich Pablo Díaz unter diesen katastrophalen Zuständen um die schwangeren Mitgefangenen. Als er nach drei Monaten zum legalen Gefangenen wurde und in ein ordentliches Gefängnis überstellt wurde und somit wieder „auftauchte“, wog er nur noch 37 Kilo.

“Pero no supo entonces por qué razón secreta él había logrado eludir el terrible destino de la "desaparición" que singularizaría al genocidio argentino. Su padre se lo confesaría mucho después, cuando Pablo ya estaba en libertad. El padre de Pablo, "ligado ideológicamente al peronismo", dirigía en 1976 el Departamento de Historia de la Facultad de Humanidades de la

³³ Miguel Bonasso: Por primera vez, el testimonio completo de un sobreviviente de la noche de los lápices. In: *Página* (14.2.1999), S. 10.

Universidad Nacional de La Plata y tenía ciertas relaciones claves con hombres del poder, como el arzobispo de La Plata, monseñor Antonio Jesús Plaza, que también era capellán de la Policía Bonaerense y cobraba el sueldo de un comisario general en actividad. El prelado, uno de los mentores ideológicos del terrorismo de Estado, le mandó a decir al padre de Pablo Díaz que no lo buscara; "que el general Camps le había asegurado mi vida, pero que necesitaba un escarmiento y un período de recuperación". El "escarmiento", reflexionaría después Pablo Díaz, era el terror del Pozo de Banfield. La "recuperación", los años que se pasó en la cárcel de La Plata."³⁴

Was die Repression gegen Arbeiter*innen betraf, so zählt der Fall des *Apagón de Ledesmas* in der Provinz Jujuy zu den schrecklichsten der jüngeren Geschichte. Dabei handelte es sich um die Zuckerfabrik Ledesma der *Sociedad Anónima Agrícola Industrial* im Bezirk Libertador General San Martín. Das Unternehmen besitzt auch Anlagen in Salta, San Luis, Buenos Aires und Entre Ríos. Heute noch arbeiten rund 7.000 Arbeiter*innen in den Fabriken des Unternehmens, das neben Zucker, vor allem Papier, Früchte und Fruchtsäften, Alkohol, Bioethanol, Sirup, Maisstärke, Fleisch und Müsli herstellt. 1976 wurde das Unternehmen vom Vorstand der Firma Carlos Pedro Blaquier geleitet. In der Woche zwischen 20. und 27. Juli 1976 gab es mehrere Stromausfälle in Libertador General San Martín. Sie schufen den Rahmen für die repressiven Operationen durch die Sondereinheiten der Militärdiktatur. Über 200 Personen wurden festgenommen, entführt und gefoltert; mehr als siebzig Personen blieben verschwunden.

“En medio de un apagón general, irrumpieron fuerzas uniformadas en sus respectivas viviendas, deteniendo en esa oportunidad a más de 200 personas en ambas localidades. Todas fueron llevadas al C.C.D. de Guerrero, donde sufrieron las brutales torturas antes mencionadas. Posteriormente, parte de ese grupo fue trasladado a la Jefatura de Policía, saliendo de ella directamente liberados o puestos a disposición del PEN. Los que habían quedado muy mal por la tortura fueron abandonados en las cercanías del Hospital de Jujuy, lugar donde se recibieron

³⁴ Nunca más, 1984, S. 87.

llamadas anónimas para que los fuesen a buscar. De la totalidad de detenidos, más de 70 personas permanecen desaparecidas hasta el día de la fecha. El testimonio de Humberto Campos está avalado por docenas de denuncias en el mismo sentido.”³⁵

Ein weiteres Beispiel brutaler Entführungen von Arbeiter*innen am Arbeitsplatz war die Fabrikanlage von Ford Motor Argentina mit Sitz in General Pacheco in der Provinz Buenos Aires. Ähnlich wie in Jujuy traf es die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter*innen. Mehr als 40 Jahre später wurden zwei ehemalige Vorstände von Ford Argentina vor Gericht gebracht und bestätigten ihre Beteiligung an den Verbrechen:

“por la detención ilegal y las torturas infligidas a 24 empleados de la compañía. La mayoría fueron secuestrados mientras estaban en la línea de producción. Eran encarados a punta de fusil por militares y paseados por delante de los demás operarios que podían observar qué les ocurría a quienes los representaban gremialmente. Eso generó un terror en el ámbito laboral que impide cualquier reclamo, ni salarial, ni mejores condiciones de trabajo, ni de nada”, subraya el abogado querellante Tomás Ojea Quintana. El letrado considera que los operativos se organizaban con “la intención de amedrentar” a los obreros automotrices, que un año antes habían organizado una dura huelga con ocupación de fábricas para exigir mejores sueldos y lograron acordar un importante aumento salarial. Los secuestraban y a las pocas horas la empresa mandaba un telegrama para anunciar que, de no concurrir a sus puestos de trabajo, quedarían despedidos, recuerda Carlos Propato.”³⁶

Die beiden Zeugen bestätigten aber nicht nur ihre Mithilfe an den begangenen Verbrechen, sondern beschrieben auch die Schikanen, denen die Angehörigen der Vermissten ausgesetzt waren.

³⁵ Nunca más, 1984, S. 102.

³⁶ Mar Centenera: Juicio a Ford Argentina por convertirse en centro de detención de la dictadura. In: El País, 19 de diciembre de 2017.

https://elpais.com/internacional/2017/12/19/argentina/1513717354_408056.html (5.8.2020)

“En aquellos días, la comisaría de Tigre era un lugar de amarga e inesperada congregación. “Yo no entendía por qué había tanta gente en la calle”, confiesa Arcelia, que pronto conoció a su “nueva familia”. Comenzó a ver a los que buscaban a Haroldo Conti. También a María Fucks de Núñez, a Cristina de Amoroso, a Elisa de Troiani, todas de Ford. También a las esposas de Altobelli y Ferreira de Terrabusi, a las compañeras de los trabajadores de Frigor, y de Siri, Ludueña y Lucero de Astilleros. Estaban también los padres de Francisco Guillermo Perrota, otro de los detenidos, que fueron de alguna manera padres de todo el grupo. En Tigre les negaron sistemáticamente que allí estuvieran los detenidos. Cristina, Silvia y Arcelia debieron ir a la Unidad Regional, a unas pocas cuadras, donde el teniente Ortiz les dijo: los extremistas están todos exterminados. Las esperanzas se trasladaban entonces al poco esperanzador predio militar de Campo de Mayo. [...] “Nos metían la mano por cuanto orificio encontraban”, dice Arcelia al recordar sus visitas a Villa Devoto. Describe el tormento que era ver subir cinco pisos por escalera a los niños y a los más viejos, sin luz, para ver apenas unos minutos a sus familiares detrás de una compacta muralla humana revestida por una reja horrible. “Eran pájaros pidiendo libertad”.³⁷

Der Generalsekretär der Confederación de Trabajadores de la Educación (CTERA), Alfredo Bravo, wurde

“aprehendido ilegalmente en la escuela donde se encontraba dictando clases, el 8 de septiembre de 1977, a partir de ese momento fue reiteradamente golpeado y variadamente torturado para que respondiera a preguntas sobre cada una de las organizaciones que dirigía. Posteriormente «legalizado», fue encarcelado como sometido al régimen del Estado de Sitio, que más tarde continuó bajo la forma de libertad vigilada luego del 16 de junio de 1978, durante este periplo perdió 25 kilos de peso.” [Su pase a la “legalidad” sin dudas se debió a los reclamos de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos (CIDH) a la que el gobierno de facto le respondió] “El Gobierno argentino niega que la actividad seguida con el Sr. Alfredo Bravo

³⁷ Alejandro Jasinski: Las mujeres de la Ford. “Debería matarlas”, les dijo el jefe de Campo de Mayo, Santiago Riveros.” In: El Cohete a la Luna. 2018.
<https://www.elcohetelaluna.com/las-mujeres-de-la-ford/> (5.8.2020)

configure violación alguna de los derechos humanos, sino que se halla encuadrada dentro de los procedimientos legales vigentes.”³⁸

Einhundertdreiundvierzig Unternehmer und Investoren aus sämtlichen Teilen des Landes wurden damals entmachtet und entführt. Elf von ihnen gelten bis heute als vermisst. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass regierungstreue Unternehmer überall im Land Fabriken übernahmen. Das galt beispielsweise für die *Papel Prensa S.A.*, deren Eigentümer, die Familie Graiver, entmachtet wurde, oder auch für die Firma *Galería Da Vinci Sacifía*.³⁹ Ebenfalls entführt wurden die Brüder Carlos, Rodolfo und Alejandro Iaccarino, Eigentümer der *Indústrias Lácteas Santiagueñas*, die während ihrer “Haft in der Hölle” enteignet wurden.⁴⁰

Der argentinische Friedensnobelpreisträger Rodolfo Pérez Esquivel äußerte sich zum Fall der sozial eingestellten Iaccarino-Brüder folgendermaßen:

“Con su compromiso como empresarios sociales buscaron siempre la forma de compartir el pan y la libertad, de desarmar un sistema de explotación contra los pequeños y medianos productores, de generar consciencia crítica y valores para que asuman su participación social

³⁸ Nunca más, 1984, S. 184.

³⁹ “Fue necesario, en virtud que FAPEL S.A. fue utilizada como “sello de goma” para despojar a la familia Graiver y sus socios de las acciones de PPSA. La Asamblea de accionistas realizada el 29 de marzo de 1979 fue la más importante de todas las que tuvieron lugar en la historia de FAPEL S.A. En esa reunión sus socios reconocieron el carácter ficticio del objeto social y dieron cuenta de la forma en que se instrumentó la apropiación de las acciones de PPSA”. “Informe “Papel Prensa, La Verdad”. Buenos Aires 2010, S. 50.

⁴⁰ “Según sus testimonios, fueron llevados al despacho del Subjefe de la Brigada Rómulo Ferranti a reunirse con Bruno Chezzi y Vicente Antonio García Fernández, pertenecientes a Equinoquímica S.A., quienes estaban interesados en las 25.000 hectáreas que poseían en Santiago del Estero y el avión Aerocommander Srike 500. A cambio de ello le ofrecían anular una causa que se les había armado en el Juzgado N° 2 de La Plata, a cargo del Juez Leopoldo Russo, por infracción a la ley 12.906, monopolio de la carne, la venta de la cancha de golf del Sierra Hotel de Alta Gracia y 300.000 dólares. La transacción se llevó a cabo en el mismo CCD. El 11 de noviembre de 1977 se apersonan nuevamente Bruno Chezzi y Vicente García Fernández con la Escribana Lía Cuartas de Caamaño y su marido a los efectos de suscribir el poder de venta. Posteriormente, se los notifica del sobreseimiento definitivo sobre la causa que se tramitaba en el Juzgado Federal N° 2 y que continúan su detención a disposición del P.E.N en Santiago del Estero.” Celeste Perosino, 2013, S. 108.

en la construcción democrática, el derecho e igualdad para todos y todas, saber que los pueblos juntos son una fuerza, desunidos son dominados, debieran aprender de ese caminar los actuales dirigentes políticos, sindicales y sociales”⁴¹.

Aufgrund von Zeugenaussagen weiß man heute, dass auch Mitglieder der Kirche, wie Pater Christian von Wernich, mit dem Staatsterrorismus kollaborierten. Andere dagegen wurden selbst zu Opfern, wie etwa die drei Priester der *Comunidad Palotina de San Patricio*, Alfredo Leaden, Pedro Duffau und Alfredo Kelly sowie die beiden Seminaristen Salvador Barbeito und Emilio Barletti, die am 4. Juli 1976 in der Pfarrkirche San Patricio in Belgrano erschossen wurden. Ein Jahr später, am 11. Juli 1977 kam der Bischof von San Nicolás, Carlos Ponce de León, bei einem fragwürdigen Autounfall ums Leben.

“el 18 de julio de 1976, fueron alevosamente asesinados, luego de ser secuestrados por quienes se identificaron como miembros de la Policía Federal, los sacerdotes P. Gabriel Longueville y Carlos de Dios Murias, en la localidad de Chamental (La Rioja) donde realizaban su apostolado. A la mañana siguiente a este crimen, hombres encapuchados fueron a buscar al párroco de Sanogasta, pero éste se había ido por recomendación del Obispo Monseñor Enrique Angelelli. Cuando el laico que los atendió les dijo que el párroco no estaba, lo acribillaron. El 4 de agosto, 17 días después del asesinato de aquellos sacerdotes, falleció Monseñor Enrique Angelelli, Obispo de la Diócesis de La Rioja, supuestamente en un «accidente» automovilístico». Las pruebas o presunciones de que fue atentado, se acumularon de manera abrumadora.”⁴²

Am 8. Dezember 1977 wurde in der Kirche von Santa Cruz in Buenos Aires die französische Nonne der *Misiones Extranjeras de París*, Alice Domon, entführt und in der ESMA (*Escuela de Mecánica de la Armada*) festgehalten, gefoltert,

⁴¹ Rodolfo Pérez Esquivel: Los hermanos sean unidos, porque esa es la ley primera. In: Miguel Russo: Los Iaccarino. El caso que derrumba la teoría de los dos demonios. Buenos Aires 2018, S. 18.

⁴² Nunca más, 1984, S. 177.

ehe sie getötet wurde. Ein ähnliches Schicksal ereilte die französische Ordensschwester Leonie Renéé Duquet.

Die junge Schwedin Dagmar Hagelin wurde irrtümlich festgenommen. Unter ihren Entführern war Alfredo Astíz, der als „Blonder Todesengel“ traurige Berühmtheit erlangte. Astíz verletzte die Schwedin während ihrer Festnahme schwer, indem er ihr in den Rücken schoss. Hagelin gilt bis heute als vermisst. Astíz war auch an der Entführung zweier Mütter von Vermissten, Teresa Careaga und María Ponce, sowie an jener von Alice Domon, beteiligt. Außerdem war an der Folter französischer Nonnen sowie an jener an der Gründerin der Madres de Plaza de Mayo, Azucena Villaflor beteiligt. 2011 wurde Astíz schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die ESMA diente als Hauptgefangenenlager, in dem hunderte Gefangene festgehalten, gefoltert und getötet wurden. Selbst während der 1978 stattfindenden Fußballweltmeisterschaft im nahegelegenen Stadion, lief der tödliche Betrieb in der ESMA weiter. Was die Diktatur jedoch nicht verhindern konnte, waren die Aktivitäten der *Madres* (Mütter) *de la Plaza de Mayo*, die von den Militärs spöttisch als *las Locas* (Verrückte) *de Plaza de Mayo* bezeichnet wurden, ihre wöchentlichen Runden zogen und die Herausgabe ihrer Kinder forderten. Auch konnte die Regierung nicht verhindern, dass unter anderem der Torwart der holländischen Mannschaft, Jan Jongbloed, sich mit den Madres traf, und man so in zahlreichen Teilen der Welt über die abscheulichen Machenschaften in Argentinien erfuhr.

Was die Außenpolitik der Militärdiktatur betraf, so setzte sie auf einen übersteigerten Nationalismus (*Proceso de Reorganización Nacional* 1978), um von internen Konflikten abzulenken. 1978 verschärften sich die Spannungen im Territorialstreit mit Chile (Beagle-Konflikt) in solchem Maße, dass Papst

Johannes Paul II seinen Kardinal Antonio Samoré entsandte, um zwischen den beiden Diktaturen zu vermitteln. Zugleich mobilisierte sich auf beiden Seiten der Kordillere die Zivilgesellschaft gegen den drohenden Krieg. 1981 belebte der neue argentinische Präsident Leopoldo Fortunato Galtieri den alten Malvinen-Konflikt (Falklandinseln) mit dem Vereinigten Königreich. Argentinien forderte die Souveränität über diese im Südatlantik gelegenen Inseln schon seit Jahrzehnten zurück. Doch die Militärjunta des Jahres 1982 verließ den friedlichen Weg des Protests und provozierte einen Vorfall, der in den Krieg um die Falklandinseln mündete. Ein wichtiger Teil der dafür mobilisierten Truppen bestand aus jungen Rekruten (damals gab es noch die Wehrpflicht in Argentinien) ohne jegliche militärische Ausbildung und ohne adäquate Ausrüstung. In vielen Fällen wurden die jungen Soldaten mit menschenrechtsverachtenden Methoden zum Dienst gezwungen, manchmal sogar unter Folter. Um dem Krieg Einhalt zu gebieten, schaltete sich dieses Mal Papst Johannes Paul II. persönlich ein.⁴³

DER PLAN CONDOR

Die argentinischen Militärdiktaturen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stürzten das Land in mehrere schwere Krisen und hinterließen eine höchst traumatisierte Gesellschaft. Eingebettet waren sie in die antikommunistische Doktrin des Kalten Krieges. Zahlreiche Ähnlichkeiten hinsichtlich des Vorgehens gegen linke Gruppierungen in benachbarten Staaten sind evident. Die rechten Diktaturen Südamerikas richteten die bewaffneten Streitkräfte im Kampf gegen den Kommunismus gegen ihr eigenes Volk. In einigen Phasen kam es auch zu

⁴³ Carolina Crisorio: Malvinas en la política exterior argentina. In: MINIUS, Revista do Departamento de Historia, Arte e Xeografía, Facultade de Historia, Ourense, n° XV (2007), S. 67-83.

Konflikten zwischen den Diktaturen Südamerikas, wie das Beispiel des Konflikts um den Beagle-Kanal zwischen Chile und Argentinien im Jahr 1978 zeigte. Konkurrenzdenken und Misstrauen hegte Argentinien auch gegenüber der brasilianischen Diktatur. Trotzdem arbeiteten Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay auf der Ebene ihrer Geheimdienste zusammen, im so genannten Plan Cóndor, der bereits 1975 seine Arbeit aufnahm. Der *Plan Condor* diente der Vernichtung der politischen Linken in Lateinamerika im Spannungsfeld des Kalten Krieges. Mit an Bord waren europäische und US-amerikanische Geheimdienste, stets ohne Hemmungen mit den totalitären, rechts-extremen Regierungen zusammenzuarbeiten. Der verstorbene britische Autor Christopher Hitchens, bezichtigt in seinem Buch „Juicio a Henry Kissinger“⁴⁴ den ehemaligen Außenminister der USA sowie verschiedene Agenten des FBI der Mittäterschaft, was diese bis heute von sich weisen. Unbestritten ist aber auch die Tatsache, dass die Umsetzung eines solchen Plans nur im Rahmen des Kalten Krieges und durch die Hetze der militärischen Regime Lateinamerikas gegen den Kommunismus möglich gewesen ist.

Einer der zentralen Orte der Verbrechen, die dem *Plan Cóndor* zuzuordnen sind, war das geheime Gefangenen- und Folterlager in Buenos Aires, das unter dem Namen *Automotores Orletti* (unter den Soldaten auch *El Jardín* genannt) bekannt war. Dort verschwanden mindestens 200 Menschen. Sie wurden gefoltert und ermordet, unter ihnen der Sohn des bekannten argentinischen Poeten Juan Gelman.

”En diciembre de 1992 un ex exiliado paraguayo, con la colaboración de un juez descubrió en una estación de policía de un suburbio de Asunción los completismos archivos que los militares

⁴⁴ Christopher Hitchens: *Juicio a Henry Kissinger*. Barcelona 2002.

de Paraguay habían acumulado sobre el plan, así como documentos de Argentina, Brasil, Chile y Uruguay. Estos son conocidos como los archivos del terror.⁷⁴⁵

Auch wenn die Umstände im internationalen Kontext zu dieser Zeit günstig gewesen wären, um sich von diesem Grad der Unterdrückung zu lösen, so muss doch hervorgehoben werden, dass diese Art von Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn die zentralen Mächte eines Landes den Widerstand der subalternen Klassen zur Genüge geschwächt haben. In anderen Worten, und das bestätigt der Fall Argentinens, die Umstände innerhalb des Landes begünstigen die Einführung eines solch blutigen Regimes, das bestätigt auch der Schriftsteller und Dichter Juan Gelman, der nach dem Putsch 1976 ins Exil flüchtete:

“En realidad, no puede haber un golpe de Estado sin contar con apoyo civil. Ese apoyo civil es en general de empresarios, agropecuarios, según la época, y sectores políticos. Es verdad que los políticos, los radicales, los comunistas, los demócratas progresistas, los socialistas golpearon las puertas para que los militares derrocaran a Perón. De alguna manera, el golpe del '76 se dio con un consenso social bastante grande, sobre todo en la pequeña burguesía urbana y en los sectores urbanos. Los pretextos que se usaron eran, por un lado, económicos: la mala gestión de Isabel. Eso existió, pero estábamos a nueve meses de elecciones generales, donde se podía elegir otro gobierno. Otro pretexto que se utilizó fue el de la guerrilla. Pero ocurre que en países como Italia y Alemania la guerrilla se pudo controlar y deshacer sin golpe de estado. Éste es el fundamento de la famosa teoría de los dos demonios. Es decir, de un lado estaba la guerrilla, del otro lado estaban los militares y en el medio había una población que no tenía nada que ver con nada. Ésta es una forma de desresponsabilizar a la gente en relación a lo que ocurría”⁷⁴⁶

⁴⁵ Readacción de la BBC mundo: 4 Claves para entender el Plan Condor. La empresa de la muerte creda por regimenes militares en Sudamerika (27.5. 2016).

⁴⁶ Felipe Piña: Entrevista a Juan Gelman. BTI.

<http://www.baraderoteinforma.com.ar/entrevista-a-juan-gelman/> (5.8.2014)

CONCLUSIO

Die Konsequenzen der verübten Brutalitäten waren schmerzhaft für einen Großteil der Bevölkerung, schmerzhaft vor allem aus ökonomischer Sicht. Denn dank der Petrodollars nahm die Diktatur enorme Auslandsschulden auf, die sich nicht positiv auf das beabsichtigte selbsttragende Wachstum mit einer gerechteren Einkommensverteilung auswirkten. Im Gegenteil, die negativen sozioökonomischen Auswirkungen der durch die Diktatur implementierten Politik hatten als Ergebnis

“un enorme endeudamiento externo, ya que el Estado no se redujo, sino que, por el contrario, aumentó el gasto público a expensas –entre otros factores– de una reducción en el presupuesto de salud y educación (que significaron los más bajos de la historia argentina). En el marco de la desregulación financiera, se provocó entonces un crecimiento explosivo de la deuda externa pública y privada para financiar el creciente déficit gemelo externo y fiscal. Se terminó de patentar un nuevo patrón de acumulación donde los grupos económicos locales y las empresas transnacionales no se endeudaron para realizar inversiones productivas sino para obtener renta mediante colocaciones financieras, en tanto la tasa de interés interna superaba largamente la tasa de interés internacional, para finalmente remitir los recursos al exterior y reiniciar el ciclo. De allí que «en la Argentina la otra cara de la deuda externa es la fuga de capitales locales al exterior.”⁴⁷

In der Mitte der 2000er Jahre führte das Bestreben, mehr über die Mechanismen der Staatsverschuldung und deren Bezug zu Menschenrechtsverletzungen zu erfahren, zu Untersuchungen hinsichtlich der Verknüpfungen zwischen Diktatur und den Großunternehmen. Jedoch wird seit Dezember 2015 diese Art der Ermittlungen von der Regierung nicht mehr finanziert.

⁴⁷ Maria Celeste Perosino: *Economía*. 2013, S.32.

Andererseits so wie Argentinien Vorbild hinsichtlich der Verurteilung der Militärjuntas der Diktatur war, erlebte es unter dem Druck der Streitkräfte und der von ihnen begünstigten zivilen Sektoren einen Rückschritt in seinem Bestreben, die Wahrheit zu suchen und zu finden. Es waren die Präsidenten Raúl Alfonsín (1983 – 1989) und Carlos Menem (1989 – 1999), die schließlich den „*Leyes del Perdón*“ (Gesetze der Vergebung) zustimmten. „*Ley de Punto Final*“ (Schlussstrichgesetz vom Dezember 1986) setzte eine Frist für die Eröffnung von Strafverfolgungen für Beschuldigte; „*Ley de Obediencia Debida*“ (Gehorsamgesetz vom Juni 1987) besagte, dass Offiziere niedrigen Ranges sowie Unteroffiziere der Streitkräfte rein ausführende Kräfte ihrer Befehlshaber waren und somit nicht belangt werden können. Menem begnadigte im Oktober 1989 insgesamt 277 der Verbrechen gegen die Menschheit beschuldigte Personen und im Dezember 1990 die Oberbefehlshaber der Militärjuntas. Paradoxerweise war Ex-Präsident Menem bis 1981 Gefangener der Diktatur in im Lager Las Lomitas, Formosa, gewesen. Nach mehreren Gerichtsverfahren zwischen 2001 und 2005 erklärte der Oberste Gerichtshof die Gesetze „*Punto Final*“ und „*Obediencia Debida*“ für verfassungswidrig. Auch wenn die Verfahren nur zögerlich in Gang und in vielen Fällen zu spät kamen, war der Wunsch nach Wiedergutmachung durch Gerichtsverfahren und nicht durch Rache bei Opfern und Angehörigen der Verhafteten oder Verschwundenen vorbildhaft. Bis zum Jahr 2016 wurden mehr als 2.500 Täter identifiziert, manche von ihnen wurden auch im Ausland verurteilt.⁴⁸

⁴⁸ Auto de procesamiento del juez Garzón vom 2.11.1999. www.elpais.com (7.8.2020).

TABELLE VI: Beschuldigte im Fall von Menschenrechtsverletzung bis November 2016

Beschuldigte (Militär und Zivil) insgesamt	2541
Beschuldigte auf der Flucht 24 Armee; 8 Armada; 7 Bundespolizei; 2 Luftwaffe; 2 Provinzpolizei; 1 Bundesstrafvollzugsanstalt; 1 Strafvollzugsanstalt Buenos Aires; 11 Zivilisten. 5 keine Daten	61
Beschuldigte mit Aufenthalt im Ausland	15
Aufenthaltsländer der Beschuldigten	
Brasilien (1 Auslieferung verweigert)	4
Kolumbien	1
Spanien (2 Auslieferung verweigert)	4
Vereinigte Staaten (1 Auslieferung verweigert)	2
Frankreich	1
Italien (2 Auslieferung verweigert)	2
Uruguay	1

Quelle: Telam, 2016

Ende März 2016 wurde die Nationale Hauptabteilung für Menschenrechte (*Dirección Nacional de Derechos Humanos*) innerhalb des Ministeriums für nationale Sicherheit (*Ministerio de Seguridad de la Nación*) aufgelöst, was einen enormen Rückschritt für die Wiedergewinnung der Erinnerung bedeutete. Ebenso besteht die Gefahr, dass öffentliche Dokumentenbestände, die in Sachen von Menschenrechtsverletzungen wichtig sind, zerstört werden.⁴⁹

2017 beantragten zahlreiche verurteilte Täter ihre Freilassung und beriefen sich dabei auch das Gesetz 2 x 1 (doppelte Anrechnung jedes im Gefängnis verbüßten

⁴⁹ Alejandra Dandan: El desguace de las áreas de Derechos Humanos en el sector público. Instrucciones para terminar con una política de Estado. www.pagina12.com.ar 28 de marzo de 2016.

Jahres). Im Mai 2017 wurde Luís Muiña dieses Ersuchen vom Obersten Gerichtshof auch gewährt.

“El fallo supremo del año pasado que desató el rechazo popular y de un amplio arco político. Había sido firmado por [los jueces] Elena Highton de Nolasco, Horacio Rosatti y Carlos Rosenkrantz. Lorenzetti y Juan Carlos Maqueda habían votado en disidencia. El nuevo fallo de esta semana no exhibe fundamentos porque se basa en una fórmula llamada “280”, un artículo del Código Procesal Civil que permite rechazar un planteo sin dar argumentos. El tribunal suele echar mano de él cuando quiere lograr un efecto sin comprometer un desarrollo argumental.”⁵⁰

Menschenrechtsorganisationen, die Oppositionsparteien sowie ein enormer Einsatz der argentinischen Gesellschaft im ganzen Land mahnten an, dass Verbrechen gegen die Menschheit nicht wie herkömmliche Delikte behandelt werden dürfen, da sie nicht verjähren können. Einige Mitglieder der Exekutive erhoben Einspruch gegen die Maßnahmen; die Debatten begannen, die Justiz zu spalten.

“Tras una decena de fallos contra la liberación o la prisión domiciliaria para los represores, la Corte Suprema de Justicia, el 8 de marzo de 2018, volvió sobre sus pasos y consideró inadmisibile aplicar el 2x1 a los delitos de lesa humanidad.

En esta ocasión firmaron Lorenzetti, Maqueda y Rosatti. Este último, como es evidente, admitió un cambio de posición que guarda coherencia con su postura del año pasado: su voto de entonces decía que con la ley que estaba vigente un acusado de crímenes de lesa humanidad, podía pedir el 2x1. Pero la ley cambió, fue reinterpretada por los legisladores, apenas unos días después aquel fallo supremo, por ende hoy la situación es otra.”⁵¹

⁵⁰ Irina Hauser: En un breve fallo, la Corte Suprema consideró “inadmisibile” un recurso de un represor que pretendía el beneficio. In: *Página 12* (8.3.2018)

<https://www.pagina12.com.ar/100140-los-supremos-recalaron-el-computo-del-2-x-1> (5.8.2020)

⁵¹ Hauser: En un breve fallo 2018, ebenda.

Zwischen Fortschritt und Rückschritt geht der Kampf weiter, um vollständige Kenntnis von der Wahrheit zu gewinnen, um die Erinnerung an die Geschehnisse zu erhalten und zu bewahren und um Gerechtigkeit zu erlangen.

AUTOREN

MANUEL BASTIAS SAAVEDRA

Manuel Bastias Saavedra ist Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main. Er koordiniert das Forschungsprojekt „Glocalising Normativities: A Global Legal History (15th-21st Century)“. Bastias Saavedra studierte Geschichte und Philosophie an der Universidad de Chile. Die Promotion zum Dr. phil. für Geschichte Lateinamerikas erfolgte an der Freien Universität Berlin. Zwischen 2013 und 2016 war er Professor für Geschichte Chiles an der Universidad Austral de Chile in Valdivia. Von 2016-2018 war er Forschungstendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte und am Zentrum für europäische Rechtspolitik (ZERP) an der Universität Bremen. Manuel Bastias Saavedra war Gastwissenschaftler am Centro de Pesquisa e Documentação de História Contemporânea do Brasil (CPDOC) in Rio de Janeiro und am Centro de Investigação e Desenvolvimento sobre Direito e Sociedade (CEDIS) der Universidade Nova de Lisboa. Seine Forschungsinteressen liegen in der Sozial- und Rechtsgeschichte Iberoamerikas und den iberischen Kolonialräumen in Amerika und Asien. Derzeit forscht er zu Landbeziehungen Chiles und den Philippinen im 18. und 19. Jahrhundert aus rechtsgeschichtlicher Perspektive.

BEATRIZ CAROLINA CRISORIO

Carolina Crisorio wurde in San Miguel de Tucumán, Provinz Tucumán im Nordwesten Argentiniens geboren. Nach ihrem Studium an der Universität von Buenos Aires wurde sie ebendort 1982 zur Professorin für Wirtschaftsgeschichte ernannt. Als Dozentin am Institut für Wirtschaftsforschung beheimatet forscht sie insbesondere über die Geschichte der internationalen Beziehungen in Lateinamerika (PEHRIAL) und lehrt Allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Lehrstuhl Eduardo Azcuy Ameghino. Von 2011 bis 2014 war sie Co-Direktorin des Ubacyt-Projekts, das die wirtschaftlichen Machtgruppen und das Problem der Abhängigkeit in Argentinien zwischen 1976 und 2001 - Historischer Prozess und theoretische Ansätze analysierte. Seit 2016 ist sie Co-Leiterin des Nachfolgeprojekts, das sich mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten und internationalen Beziehungen beschäftigt und dabei Kontinuitäten und Veränderungen zwischen Entwicklungsindustrialisierung und Deindustrialisierung (1966-1983) untersucht. Crisorio war

Gastprofessorin an den Universitäten von Entre Ríos und Tres de Febrero in Argentinien, der Universität Passo Fundo in Brasilien und der Universidad del Norte in Barranquilla in Kolumbien. Derzeit erforscht Carolina Crisorio die Beziehungen zwischen Lateinamerika, der Karibik und Europa im Rahmen des Projekts über die internationalen Beziehungen Lateinamerikas in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Seit 2014 ist Carolina Crisorio Generalsekretärin der Vereinigung latein-amerikanischer und karibischer Historiker*innen (ADHILAC).

CHRISTIAN CWIK

Der 1970 in Wien geborene Historiker begann 1999 an der Universität Wien, lateinamerikanische und karibische Geschichte zu unterrichten, bevor er im Jahr 2006 als Professor für iberische Kolonialgeschichte an die *Universidad Bolivariana de Venezuela* (UBV) in Caracas berufen wurde. Von 2009 bis 2010 folgte eine Gastprofessur an der Universidad de Cartagena in Kolumbien gefolgt von einer semestralen Vertretungsprofessur an der Universität Erfurt sowie eine DAAD-Kurzzeitdozentur an die Universidad de la Habana in Kuba (2012-2013). Von 2013 bis 2019 war er Chair für Atlantische und Europäische Geschichte an der University of the West Indies in Trinidad and Tobago. Im Wintersemester 2015/16 übernahm er die semestrale Vertretung der Professur für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte von Prof. Zeuske an der Universität Köln. Cwik lehrte zudem an der Universidad Pablo Olavide in Sevilla und der TU Dresden. Zur Zeit ist er am Zentrum für Inter-Amerikanische Studien der Universität Graz beschäftigt. Er ist der Verfasser von über 100 wissenschaftlichen Publikationen. Seine Forschungen umfassen frühe atlantische Expansionsgeschichte, afroamerikanischen Widerstand im lateinamerikanischen und karibischen Raum sowie die Geschichte der Flucht österreichischer und deutscher Opfer des europäischen Faschismus nach Lateinamerika und die Karibik. Christian Cwik ist Vizepräsident der Vereinigung lateinamerikanischer und karibischer Historiker*innen (ADHILAC).

HANS-JOACHIM KÖNIG

Hans-Joachim König, 1941 in Herford geboren, studierte Geschichte, Latein und Spanisch an den Universitäten in Münster und Hamburg. Die Promotion zum Dr. phil. und die Habilitation für Geschichte Lateinamerikas erfolgten an der Universität Hamburg. Dort war er viele Jahre

Wissenschaftlicher Assistent. Von 1984-1988 wirkte er als Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Neuere Geschichte und an der Forschungsstelle für Europäische Expansion der Universität Bamberg. Seit 1988 hatte er den Lehrstuhl für die Geschichte Lateinamerikas an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt inne und war Mitdirektor des dortigen Zentralinstituts für Lateinamerika-Studien. Hans-Joachim König war Gastprofessor in Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko; Mitherausgeber der *americana eystettensia*, von HISTORAMERICANA und des Jahrbuchs für Geschichte Lateinamerikas sowie Fachherausgeber für Globale Interaktion der Enzyklopädie der Neuzeit. Seit April 2006 ist er emeritiert. Er ist korrespondierendes Mitglied der Akademien für Geschichte von Chile (1991) und Kolumbien (1996), Träger des Ordens *Orden del Libertador* (Venezuela 1997). In der Vereinigung europäischer Lateinamerikahistoriker (AHILA) wirkte er von 1999-2005 als Vizepräsident und Präsident. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u.a. die Eroberung und Kolonisierung Amerikas, die europäische Expansion im Kontext Globaler Interaktion sowie vor allem die Problematik der Staats- und Nationsbildung in Lateinamerika im 19. und 20. Jahrhundert mit entsprechenden Publikationen.

STEFAN RINKE

Stefan Rinke wurde 1995 an der Katholischen Universität Eichstätt bei Hans-Joachim König promoviert. 2004 erfolgte die Habilitation. Seit 2005 ist er Professor für Geschichte Lateinamerikas am Lateinamerika-Institut und am Friedrich Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Gastprofessuren führten ihn unter anderem an die US-amerikanische Tufts University, das Colegio de México und die Universidad Católica de Chile. Von 2014 bis 2017 war Rinke Präsident der Vereinigung europäischer Lateinamerikahistoriker, AHILA. 2017 zeichnete ihn die mexikanische Akademie der Wissenschaften und CONACYT mit dem José Antonio Alzate Preis aus und ein Jahr später verlieh ihm die argentinische Universidad Nacional de San Martín die Ehrendoktorwürde. 2013 hatte er ein Einstein Research Fellowship inne. Seit 2019 ist er korrespondierendes Mitglied der Akademien der Geschichte Ecuadors und Mexikos. Rinke war Sprecher des ersten deutsch-lateinamerikanischen Graduiertenkollegs "Entre Espacios" (2009-2018) und ist seit 2019 Sprecher des Nachfolgerkollegs "Temporalidades del Futuro". Zudem war er Co-Sprecher des SFB 700 "Governance in Areas of Limited Statehood". Seine Forschungsinteressen konzentrieren sich auf die lateinamerikanische Geschichte im globalen

Kontext. Sein neuestes Werk “Conquistadoren und Azteken: Cortés und die Eroberung Mexikos”, ist seine vierzehnte Monographie, von denen die meisten ins Spanische, Portugiesische und Englische übersetzt wurden. Außerdem hat er mehr als 180 wissenschaftliche Aufsätze veröffentlicht und 36 Bände herausgegeben.

TOMÁS STRAKA MEDINA

Tomás Helmut Straka Medina wurde 1972 in Venezuela geboren, wo er als Historiker für Geschichte Lateinamerikas an der Katholischen Universität Andrés Bello in Caracas lehrt und forscht. Mehrere Gastprofessuren führte ihn an die Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) in Mexiko-Stadt sowie in die USA an die University of Chicago und das Pomona College in Kalifornien. Seit 2016 ist Tomás Straka Mitglied der venezolanischen Nationalakademie für Geschichte und Präsident der Rómulo Betancourt Stiftung. Straka ist Autor von *La Voz de los Vencidos* (2000), *Hechos y gente, Historia contemporánea de Venezuela* (2001), *Un Reino para este mundo* (2006), *La épica del desencanto* (2009) und der Monographie *La república fragmentada. Claves para entender a Venezuela* (2015). Weiters trat er als Herausgeber des 2019 herausgegebenen *Historical Dictionary of Venezuela* sowie des wissenschaftlichen Journals *Tierra Firme* in Erscheinung. Straka publiziert in verschiedenen Zeitschriften und online media, wie Nueva Sociedad, Debates IESA, El Nacional und Prodavinci. Zurzeit lebt und arbeitet Tomás Straka in Graz.

MICHAEL ZEUSKE

Von 1992 bis 1993 war der 1952 in Halle an der Saale (DDR) geborene Michael Max Paul Zeuske Professor für Vergleichende Geschichte/Amerika an der Universität Leipzig. Danach folgte er dem Ruf an die Universität zu Köln, wo er bis zu seiner Emeritierung 2018 die Professur für Iberische und Lateinamerikanische Geschichte inne hatte. Eine einjährige Gast- und Forschungsprofessur führte ihn 2018 an die Universidad de la Habana in Kuba. Seit August 2019 ist Michael Zeuske Senior-Professor am Center for Dependency and Slavery Studies (BCDSS – Exzellenzcluster) an der Universität Bonn. Publikationen u.a.: Zeuske: Die Geschichte der Amistad. Sklavenhandel und Menschenschmuggel auf dem Atlantik im 19. Jahrhundert, Stuttgart: Reclam, 2012 (Übersetzung: Zeuske: Amistad. A Hidden Network of Slavers and Merchants. Translated by Rendall, Steven,

Princeton: Markus Wiener Publishers, 2014). Zeuske: Sklavenhändler, Negerros und Atlantikkreolen. Eine Weltgeschichte des Sklavenhandels im atlantischen Raum, Berlin/ Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2015. Zeuske: Sklaverei. Eine Menschheitsgeschichte. Von der Steinzeit bis heute, Stuttgart: Reclam, 2018 (Übersetzung: <https://katakarak.net/cas/editorial/libro/esclavitud-una-historia-de-la>). Zeuske: Handbuch Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis heute, 2 Bde., Berlin/ Boston: De Gruyter, 2019 (2. Auflage). Michael Zeuske ist Autor von mehr als 20 Monographien und über 200 Artikeln in wissenschaftlichen Zeitschriften, Sammelbänden und Festschriften. Seit 2012 ist er korrespondierendes Mitglied der Akademie der Geschichte Kubas.

Der vorliegende Band beschreibt Erscheinungsformen von einigen Diktaturen in Lateinamerika im 20. Jahrhundert und beschäftigt sich mit den internen und externen Bedingungen sowie mit der Legitimation von Diktatur im Zeitraum zwischen 1945 und 1990. Die Beiträge fragen, wie Diktatoren in dieser Zeit die Konkurrenz zwischen den USA und der UdSSR für ihre politische Agenda nutzten, um größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Industrienationen sowie nationale Souveränität gegenüber der Hegemonialmacht USA zu erlangen oder sich z. B. mit der „Doktrin der nationalen Sicherheit“ weiter deren Einfluss unterzuordnen. Mit der Darstellung von unterschiedlich ausgerichteten Diktaturen auf Kuba, in Venezuela, Peru, Panama, Argentinien und Chile entsteht ein differenziertes Bild von Entstehung und Begründung von Diktatur in Lateinamerika.

www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-27444-4



wbg Academic